

Neuere Geschichte

Die Transformation der bäuerlichen Gesellschaft Mecklenburgs
in den Jahren 1945 bis 1952

Hausarbeit
zur Erlangung des Magistergrades
der
Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von
Jens Murken
aus Bremen

1994

INHALTSVERZEICHNIS

I. Einleitung	1
1. Untersuchungsgegenstand und -zeitraum, Fragestellung	2
2. Forschungsstand und Quellenlage	6
3. Forschungsmethode	11
II. „Vergeßt, was über Mecklenburg im Baedecker stand“ – Ausgangsbedingungen für eine Nachkriegszeit	15
1. „Kein Hüsung“ – Sozio-ökonomische Kriegsfolgen <i>Krieg, Kriegszerstörungen und -verluste (16) – Flucht, Zwangsausweisung und Umsiedlung (19) – Bevölkerungs- und Arbeitskräftezusammensetzung Mecklenburgs (22) – Landwirtschaftliche Produktionsbedingungen (25) – Ernährungslage, Gesundheitszustand und Wohnungssituation (28)</i>	15
2. „Du bist Kommunist, Du kennst die Politik unserer Partei“ – Besatzung und Klärung der Machtfrage <i>SMAD (32) – Sowjetische Deutschlandpolitik (35) – Landesverwaltung (38)</i>	31
III. „Demokratisierung des Dorfes“ – Die Transformation der bäuerlichen Gesellschaft	40
1. „Das Gesicht dem Dorfe zu“ – Strategien der Einheit <i>Das „Arbeiter-und-Bauern-Bündnis“ (45) – Die Einheitspartei (54) – Einheit der Nation (56)</i>	45
2. „Freier Bauer auf freier Scholle“ – Die Bodenreform <i>Bodenreform-Kampagne (59) – Willensbildung (63) – Durchführung (66) – Bodenreformkommissionen (68) – Festigung der Bodenreform (72) – Die Neubauern (78) – Neubäuerliche Gemeinwirtschaft (86) – „Stimmungen“ (91) – Bauernschautag (95) – Legalität und Legitimation (98)</i>	59
3. „Stützpunkte der Partei in jedem Dorfe“ – Der Bauernverband <i>Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (102) – Bäuerliche Interessenvertretung (108) – Die landwirtschaftlichen Genossenschaften (111) – „Förderung“ der Neubauernwirtschaften: MAS (115); Ablieferungssystem (118); Selbstversorgung (122); Neubauernbauprogramm (125); Beratung der Neubauern (129)</i>	100
4. „Klassenkampf auf dem Lande“ – Die Festigung der volksdemokratischen Ordnung <i>Großbauern und werktätige Bauern (138) – Bildung der VdgB (Bäuerliche Handels-Genossenschaft): Terminologie (144); Gleichschaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens (146); Widerstände (151); Rückgabe von Neubauernstellen (156) – Motive für die Gründung der DBD (159) – Propagierung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (165)</i>	133
IV. Schluß	174
Anhang: Bevölkerungsstatistiken	I
Zeittafel	VI
Abkürzungen	IX
Literaturverzeichnis	XI

*Fri sält Ji sin up frie Irdl –
 Ik heww sei seihn mit Riseneken
 In starke Kraft gewaltig ringen,
 Dat wille Land tau Saatfeld dwingen,
 De flit'gen Hän'n enanner reiken,
 Hüsing tau bu'n, wo't ehr geföll,
 Up ehren Bodd'n, up frie Stell.
 Ik sach s', wo s' sturnen up ehr Land,
 Wo s' dräwer recken ehre Hand,
 Wo s' spröken fri un stolz un stark:
 Dit s' uns'! – Uns' eigen Hännerwark,
 De Arbeit is uns' Mark un Teiken.
 Hir sünd wi Herr; dit' is uns' eigen!*

Fritz Reuter, *Kein Hüsing*

I. Einleitung

„Herrenzeit aus“ verkündeten 1945 die Protagonisten der Bodenreform, und 12000 Bauern, darunter 7112 Großgrundbesitzer, verloren ihr Vermögen¹. Nachdem 1952 die Parole „alle Kräfte für die Stärkung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“² verwirklicht wurde, verloren und verließen sogar noch mehr Bauern ihr – im doppelten Sinne – Land. Diese beiden Struktureingriffe in das Landwirtschafts- und Landgesellschaftsgefüge der sowjetisch besetzten Zone und der frühen DDR markieren entscheidende Einschnitte der DDR-Bauernpolitik. Sie werden die wichtigste inhaltliche und chronologische Begrenzung der vorliegenden Arbeit bilden.

Nach der deutschen Vereinigung ist ob der Frage der Antastbarkeit der besetzungsrechtlich durchgeführten Enteignungen im Zuge der Bodenreform eine Kontroverse entbrannt. „Ist wieder Gutsherrenzeit?“, fragte der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg Mitte dieses Jahres und befürchtete, daß das ‚Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz‘ der Bonner Koalition – das dann im September 1994 verabschiedet worden ist und den Betroffenen einen Anspruch auf Entschädigung gewährt – die ostdeutschen Bauern zu „Verlierer[n] der Geschichte“ werden läßt³. Die Argumentationsgrundlage dieses Gesetzes – das ‚Bodenreform-Urteil‘ des Bundesverfassungsgerichtes vom 28.4.1991, das die Bestimmung der Gemeinsamen Erklärung von Bundesrepublik und DDR vom 15.6.1990, nach der „Enteignungen auf besetzungsrechtlicher bzw. besetzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis

¹ Vgl. Olaf Mehring, „Junkerland in Bauernhand?“. Der Streit über die Enteignungen in SBZ und DDR, in: *Das Parlament*, Nr. 45-46, 11./18.11.1994, 11. Die Zahlen gelten für die Zeit bis 1949; von September 1949 bis November 1952 „sollen 15200 Bauernfamilien nach Westdeutschland geflohen sein“; vgl. Horst Duhnke, *Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone*, o.O. 1955, 128.

² Walter Ulbricht, *Die Aufgaben und Perspektiven der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*, Rede auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden der LPG vom 5./6.12.1952, Berlin 1952, 62.

³ Edwin Zimmermann, in: *Freitag*, 27.5.1994, Nr. 22.

1949) [...] nicht mehr rückgängig zu machen [sind]⁴, übernahm – wurde kurz vor seiner Verabschiedung durch einen Brief Gorbatschows an den britischen Historiker Norman Stone in Frage gestellt. Hierin erklärte der frühere sowjetische Präsident, die Beibehaltung der Ergebnisse der Bodenreform in der SBZ sei während der Zwei-plus-vier-Verhandlungen nicht Bedingung für eine Einwilligung in die deutsche Vereinigung gewesen⁵.

Das vom Bundesverfassungsgericht sanktionierte angebliche Verbot der Rückgängigmachung der Bodenreform verdeutlicht, wie sehr die juristischen Formeln der Rückgabe, der Rückgewährung, der Entschädigung, der Rehabilitation, der Umkehrbarkeit und der Wiedergutmachung historische Annahmen und Erkenntnisse zur Grundlage haben. Wenn die Vergangenheit zum ‚Steinbruch‘ gegenwärtiger Entscheidungen degeneriert, droht der Geschichte die mißbräuchliche Verwertung in gegenwärtigen, durch moralische, materielle und politische Werturteile angeheizten Konflikten – wie in dem derzeitigen über das landwirtschaftliche Eigentum. Aufgabe der Geschichtsforschung ist es daher, die „Grundlinien der agrarwirtschaftlichen Entwicklung“ des ländlichen Raumes zu verdeutlichen, Einsichten in das „Alltagsleben auf dem Land“ zu gewähren, Kenntnisse des „Wandels der ländlichen Gesellschaft“ zu vermitteln und damit zur Klärung der Anspruchsgrundlage gegenwärtiger Interessen beizutragen⁶.

1. Untersuchungsgegenstand und -zeitraum, Fragestellung

Die Landwirtschaft ist – besonders in Krisenzeiten – der für die Grundversorgung der Bevölkerung wichtigste wirtschaftliche Sektor eines Landes. Sie ist durch klimatische Bedingungen, Landschaftsverhältnisse und Nutzflächenzustand von mehr Faktoren abhängig und damit auch anfälliger als andere Bereiche wirtschaftlicher Produktion. Sensibilität ist ebenfalls Charakteristikum der landläufig häufig als vierschrötig bezeichneten Bauern, die *von* der Natur und *mit* der Natur leben. Im Zuge der landwirtschaftlichen Modernisierung, dem Verlust an Selbständigkeit und der marktabhängigen und -orientierten „Einbindung in ein industrielles Gesellschaftssystem“⁷ mußte die bäuerliche Gesellschaft sich nun ebenfalls – in Erweiterung ihrer Naturverbundenheit – für die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen

⁴ Zit. n. Mehring, aaO.

⁵ Vgl. die beglaubigte deutsche Übersetzung des Briefes in der FAZ – die in diesem Zusammenhang von dem SPIEGEL (36/1994, 27) als „Zentralorgan der Junker-Erben“ tituliert wurde – vom 27.8.1994, 3.

⁶ Arnd Bauerkämper, „Von der Bodenreform zur Kollektivierung“, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, 137.

⁷ Eine verstärkte Entwicklung seit der Jahrhundertwende. Bruno Hildenbrand/Karl Friedrich Bohler/Walther Jahn /Reinhold Schmitt, *Bauernfamilien im Modernisierungsprozeß*, Frankfurt/M.-New York 1992, 41.

aufgeschlossen zeigen. Spätestens mit dem Nationalsozialismus wurde zudem eine staats- und lebenstragende Rolle der Bauern propagiert, wurde der bäuerliche Stand regierungsmäßig politisiert und ideologisiert.

Das Deutsche Reich war bis Kriegsende, auch der nationalsozialistischen ‚Blut-und-Boden-Ideologie‘ zum Trotz, zu einem Industriestaat geworden; nach Krieg und gestoppter Industrialisierung schien es „wieder zum ‚Ackerland‘ zu werden“⁸. Die fünf sowjetisch besetzten Länder und Provinzen allein – ohne Ruhrgebiet und schlesischer Industrie – waren schon Agrarland. Innerhalb dieser war Mecklenburg-Vorpommern⁹ traditionell, d.h. seit dem 17. Jahrhundert, der wirtschaftlich und gesellschaftlich am stärksten agrarisch strukturierte Landstrich. Das bis 1918 noch feudalistisch verfaßte Land blieb bis 1945 durch ‚Gutswirtschaft in großräumiger Wirtschaftsweise‘ geprägt. Gegen Kriegsende sah sich die bäuerliche Gesellschaft dieser Region einer extremen Wandlung unterworfen. Durch Fluchtbewegungen und Besatzung verdoppelte sich die Bevölkerungszahl. Nach dem Verlust der agrarischen Überschußgebiete im ehemaligen Ostdeutschland und den besetzten oder abhängigen Ländern, durch die aufgrund der Zonentrennung erzwungene Autarkisierung der Ostzone und durch die angewachsene Bevölkerung lag eine Hauptlast der Versorgung der SBZ gerade auf dem landwirtschaftlichen Sektor Mecklenburgs, der „Speisekammer“ der Zone¹⁰. Diese herausgehobene Lage und Position lässt ein besonderes Augenmerk und eine besondere Einflußnahme der Machthaber auf diesen Bereich vermuten.

Die schon durch Militarisierung und Krieg aufgebrochenen Gesellschaftsstrukturen sollten durch die Maßnahmen der Besatzungsmacht, insbesondere durch die Bodenreform, zu einer generellen Neuformierung des bäuerlichen Gesellschaftsbaues führen. Es wurde ein neuer Typ Bauer kreiert, deren Name über Jahre hinweg ihren Charakter wie auch ihr Stigma darstellen sollte: Neubauer. Was auch immer diese Menschen vor der Bodenreform von Beruf gewesen waren, aus pragmatischen und praktischen, persönlichen wie politischen Gründen würden sie von nun an – mit unterschiedlichem Erfolg – Bauern sein. Für die einen – die sozialistische Partei – sollten sie die Verkörperung der Hoffnungsträger und Musterschüler einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung sein, für die anderen – viele Altbauern

⁸ Werner Abelshauser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt/M. 1983, 119.

⁹ Mecklenburg-Vorpommern wurde das neu geschaffene Land vom 9.7.1945 bis zum 28.2.1947 genannt. Danach hieß es bis zur Errichtung der Bezirkestruktur Mecklenburg.

¹⁰ Vgl. Peter Joachim Lapp, „Die neuen Bundesländer. I. Mecklenburg-Vorpommern“, in: *DA* 24.1991, 681. Rund zwei Drittel aller Flächen Mecklenburgs wurden landwirtschaftlich genutzt (davon ca. 70% als Ackerland, der Rest als Dauergrünland).

– blieben sie immer die, „die nicht wirtschaften können“¹¹.

Die DDR verstand sich selbst als ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘ und in ihrer Frühphase als ‚Diktatur des Proletariats‘. In der marxistisch-leninistischen Ideologie war das Proletariat die Avantgarde der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung während der Übergangsperiode zum klassenlosen Sozialismus. Für die Verwirklichung des revolutionären Überganges – so formulierte es bereits Lenin – bedurfte das Proletariat allerdings der Unterstützung der Bauern. Diese besaßen zwar noch kein revolutionäres Bewußtsein, zählten aber auch zur ‚ausgebeuteten‘ Klasse. Wie gestaltete sich der Prozeß der Umgestaltung der in der Ideologie als zur Avantgarde gehörenden Bauernschaft im andererseits als ‚rückständig‘ geltenden Mecklenburg?

Die fast zur Hälfte aus Kriegsflüchtlingen bestehende Gruppe der Neubauern zeichnete sich durch mehrere Besonderheiten aus: In einer durch Krieg und Entnazifizierung erschütterten Gesellschaft gab es für sie eine Perspektive. Nicht nur, daß sie als ‚ideologisch wertvoll‘ für einen ins Visier genommenen Gesellschaftstypus galten, sie erhielten zudem noch Land und neues Heimatrecht, in einer Zeit, in der halb Europa ‚unterwegs‘ und verarmt war. Aus dieser Lage heraus läßt sich ein spezielles Verhältnis zu ihren ‚Gönnern‘ – den Kommunisten – mutmaßen. Waren die Neubauern – die auch weiterhin besondere Förderungsmaßnahmen erhielten – das gesellschaftspolitische *Medium* der schon früh als ‚Russenpartei‘ verschrieenen SED bei der Durchsetzung ihrer Herrschaftsansprüche auf dem Land?

Nicht allein die herausgehobene ideologische Bedeutung macht in einem kommunistisch geprägten Staatsverband die Beschäftigung mit der Bauernschaft interessant. Vielmehr können die – auch auf dieser Basis erfolgten – besonderen Struktureingriffe in die Agrargesellschaft und die Agrarwirtschaft als symptomatischer Ausdruck einer Herrschaftsgeschichte stalinistischer Prägung betrachtet werden.

Die Diskussion über eine Stalinisierung der SBZ wurde maßgeblich beeinflußt durch die Arbeit von Sigrid Meuschel über die SED-Herrschaft¹², in der sie die Jahre der SBZ als Phase einer unwiderruflichen Stalinisierung unter antifaschistischem Deckmantel charakterisiert. Die Strukturelemente der Stalinisierung sind Einheitlichkeit, Zentralisierung, Planung und Erfassung; ihr Grundzug war, daß *eine* Partei „über eine machtlose, weil eigenständiger Institutionen beraubte und durchorganisierte Gesellschaft“ durch Massenmobilisierung, durch eine Ideologie und mit Terror regierte¹³. Verfolgt man – als Forschungsrichtung – den

¹¹ Von dieser Bezeichnung bzw. Einstellung berichteten mir mehrere Gesprächspartner in Mecklenburg.

¹² Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt/M. 1992.

¹³ Ebd., 116.

„totalitären Anspruch der Parteiherrschaft“¹⁴, die Planungsautorität für die Bereiche Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft und Weltanschauung einzunehmen, so sollen bei dem hier zu analysierenden Vorgang der ‚Gleichschaltung‘ die Schnittpunkte aufgezeigt werden, an denen dieser Anspruch auf die gesellschaftliche Ordnung und die gesellschaftlichen Interessen traf, sie umzubrechen suchte. Im Untersuchungsfeld der bäuerlichen Gesellschaft¹⁵ soll nach den Mechanismen, der Richtung und den Effekten der Stalinisierungsangriffe auf die „Systemautonomie“, den „Interessenpluralismus“ und die „traditionelle soziale Hierarchie“ gefragt werden¹⁶. Inwieweit führte dieser machtpolitisch durchgesetzte Prozeß der sozialen „Entdifferenzierung“ in den Jahren 1945 bis 1952 zu einen „Prozeß des Absterbens der Gesellschaft“¹⁷?

Die Umstrukturierung der bäuerlichen Gesellschaft in Mecklenburg ist keineswegs als genuin agrarpolitische Entwicklung zu beschreiben, sondern im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen der ‚Durchherrschung‘ der Gesellschaft¹⁸ zu betrachten: Die wirtschaftlichen *Notwendigkeiten* der Nachkriegszeit, die politischen *Möglichkeiten* und die bündnispolitischen und ideologischen *Absichten* der Kommunisten machten die Strukturveränderungen zu fundamentalen, richtungsweisenden Eingriffen in die Grundordnung des Gemeinwesens.

Der Aufbau der Arbeit verfährt nach dem ‚Basis-Überbau-Modell‘. D.h.: der Darstellung der sozioökonomischen Grundlagen der Gesellschaft – besonders der sie prägenden Arbeits-, Produktions-, Besitzverhältnisse und Machtstrukturen – wird die Herausarbeitung des darauf basierenden Transformationsprozesses folgen. Dieser wird in die deutschlandpolitischen Konstellationen und machtpolitischen Konzeptionen der sowjetischen und deutschen Kommunisten eingebettet. Die Bodenreform als der in der bisherigen Forschung den Schwerpunkt bildende Akt der Umstrukturierung wird – trotz der ihr zugestandenen Beispielhaftigkeit – in die Kette des Transformationsverlaufes eingereiht, um die Vorbereitung, die Durchführung, die Konsequenzen, die Reaktionen und die Verschärfung der Entwicklung *als* Entwicklung verstehen zu können. Es wird also nicht nur um die politische Machtdurchsetzung gehen, sondern darü-

¹⁴ Sigrid Meuschel, „Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR“, in: *GuG*, 19.1993, 5.

¹⁵ Wenn im Titel der Arbeit von ‚bäuerlicher Gesellschaft‘ gesprochen wird, so sind damit in erster Linie die *selbständigen landwirtschaftlichen Erwerbspersonen* und ihre *mithelfenden Familienangehörigen* gemeint. Da *Landarbeiter* aufgrund ihrer, sich von den Landwirten unterscheidenden sozialen, wirtschaftlichen und mentalen Verfaßtheit gesondert zu untersuchen wären, wird hier nicht der Begriff ‚ländliche Gesellschaft‘ gewählt.

¹⁶ *Antrag zum Forschungsprojekt ‚Transformationsgesellschaft und Stalinisierung in der SBZ 1945 bis 1948/49‘*, unveröff. Ms. Münster 1993, 9.

¹⁷ Meuschel, *Legitimation*, aaO., 10.

¹⁸ Vgl. Alf Lüdtke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR“, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 188.

berhinaus um den Verlauf, die Mechanismen und die Wahrnehmung dieser Politik. Auch aus diesem Grunde wird die Marge 1952 gewählt.

Aufbauend auf den Strategien der ländlichen Gesellschaftspolitik der KPD/SED wird die Durchführung der Bodenreform mit ihren sozistrukturellen Folgen untersucht. Auf diese erste Phase, die bis ca. Ende 1946 dauerte, wird die organisatorische Festigung der Ergebnisse der Landreform und die Institutionalisierung eines neuen ländlichen Verbandswesens (mit neuen ländlichen Eliten) dargestellt. Gefragt wird, wie beispielsweise die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), eine Organisation, die als Artikulationsplattform bürgerlicher Interessen propagiert wurde, die ihr zugeschriebene Rolle eines ‚Transmissionsriemens‘ für den politischen Willen der allein führenden SED erfüllte.

Als „Klassenkampf auf dem Lande“ wurde auch in der DDR-Historiographie die dritte Phase der sog. ‚antifaschistisch-demokratischen Umwälzung‘ in der SBZ bezeichnet. Seit 1948 richtete sich die Politik des entstehenden Parteistaates verstärkt gegen die sich nicht nur wirtschaftlich und sozial konsolidierenden groß- und mittelbäuerlichen Schichten, sondern auch gegen die dadurch aufkommende Tendenz zur Artikulation der die Gesellschaft durchziehenden heterogenen Interessen und Interessenkonflikte. Ausdruck der gesteigerten Machtfülle und Machtsicherheit war im Zuge des 1952 angekündigten „Aufbaus des Sozialismus“ die Kollektivierung, die Aufhebung privatwirtschaftlicher Betriebsweise. Sie soll den Abschluß der Arbeit bilden.

Die Transformationspolitik, d.h. die „Strategien des Erwerbs und der Sicherung der Macht, die zur Entmachtung der alten Eliten und zur Entdifferenzierung der Gesellschaft führten“¹⁹, machte im Untersuchungszeitraum eine auf Partizipation gestützte Veränderung des herrschenden Zustandes nicht mehr möglich. Die Untersuchung wird daher vornehmlich ihren Blick auf die Äußerungen, die Verhaltensweisen und Reaktionen der von dieser Politik betroffenen bürgerlichen Bevölkerung richten, dabei jedoch beobachten, inwiefern es sich bei dem Machterwerb um einen kommunikativen Prozeß handelte, bei dem auch die totalitär und willkürlich waltende Regierung auf die Stimmungen und Strömungen in der Bevölkerung reagierte.

2. Forschungsstand und Quellenlage

Bauern als das zweite ideologisch bedeutsame Standbein des Arbeiter-und-Bauern-Staates fanden in der DDR-Historiographie vielfach Berücksichtigung. Die ‚Errungenschaften‘ der

¹⁹ Meuschel, *Legitimation*, aaO., 54.

KPD/SED-Herrschaft auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft (Bodenreform, Kollektivierung) wurden als ‚Erfolgsgeschichte‘ auf dem Weg in den Sozialismus gepriesen. Solch apologetische ‚Einbahnstraßen‘-Geschichtsschreibung bezog sich überwiegend auf die Klassiker (Lenin, Marx, Engels, Stalin, Ulbricht), ließ zeitgenössische Quellen, die die stringente Entwicklung hätten infrage stellen können, unberücksichtigt, mußte sie unberücksichtigt lassen. Die zeitgeschichtliche DDR-Geschichtsschreibung betrieb überblicksartige Geschichte vom Ende her, stellte sich damit in den Dienst der Politik, sogar stärker als es notwendig gewesen wäre²⁰. Die DDR-Zeitgeschichtsforschung war „Herrschafts- und Legitimationswissenschaft“²¹, sie war ihrem Charakter und ihren Methoden nach weniger Geschichtswissenschaft – auch nicht eine marxistische – als vielmehr institutionalisierte ‚Jahrestag-Kunde‘²². Viele Studien verfügten über einen schmalen Anmerkungsapparat, waren sprachlich domestiziert, mit pädagogisch-parteilichem Anspruch verfaßt und inhaltlich nur in der Gesamtschau verwendbar²³. Dies trifft insbesondere für die unveröffentlichten Dissertationen zu; vielfach fungierten Politiker oder Wirtschaftsfachleute als Korrektoren oder Referenten²⁴. Dennoch sind trotz der „auffällige[n] Politiknähe“²⁵ Unterschiede innerhalb der DDR-Forschung auszumachen gewesen. Nuancen im verordneten Geschichtsbild, Differenzierungen und historischen Erkenntnisgewinn bringen hingegen die vielfach sorgfältiger gearbeiteten Detailuntersuchungen und Mikrostudien, die ihre Systemtreue inhärent bekunden, dann aber hohen Informationswert besitzen können²⁶. Ein Charakterzug ist ihnen deutlich anzumerken: sie versuchen mit Akribie in dem ihnen zugänglichen Archivmaterial die Lücken der nicht

²⁰ Nonkonformistische Alternativen werden in Georg G. Iggers, *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt/M. 1991, passim, aufgezeigt.

²¹ Wolfgang Köttler, „Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR“, in: *APuZ* B17-18/92, 17.4.1992, 7.

²² In der Agrargeschichte gaben häufig Politiker der Forschung die Vorgaben ihrer Arbeit, wenn sie auf Festveranstaltungen zum Jahrestag der Bodenreform oder des Bauernkrieges sprachen; z.B. Kurt Hager, *Das Vermächtnis von 1525 wurde erfüllt. Rede auf der Festveranstaltung des ZK der SED und des Ministerrates der DDR zum 450. Jahrestag des deutschen Bauernkrieges in Mühlhausen am 15.3.1975*, Berlin 1975; Erich Honecker, „Das Bündnis der Arbeiter und Bauern war, ist und bleibt Eckpfeiler unserer Politik. Rede in Schwerin am 5.9.1975“, in: ders., *Reden und Aufsätze*, Bd. 3, Berlin 1976.

²³ Hierin brillierten eher noch die nicht-geschichtswissenschaftlichen Dissertationen aus den Bereichen der Agrarwirtschaft oder -wissenschaft, z.B. Wolfgang Rasper, *Zur Rolle der Staatsmacht im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung auf dem Lande*, Berlin 1975, Promotionsarbeit am Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR.

²⁴ So Bernhard Quandt – ehemaliger mecklenburgischer Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident –, dem neben Stefan Doernberg die informative Dissertation von Siegfried Stein, *Der Kampf der demokratischen Kräfte unter Führung der KPD um die Durchführung der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg (Mai 1945 bis Dezember 1945)*, Berlin 1961, vorgelegt wurde. Dieses Verfahren galt nicht nur für Dissertationen, die am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED erstellt wurden.

²⁵ Detlef Pollack, „Zum Stand der DDR-Forschung“, in: *PVS*, 34.1993, 119.

²⁶ Vgl. z.B. die im Literaturverzeichnis angegebenen Arbeitens von Siegfried Kuntsche.

zugänglichen Aktenbestände zu schließen, durch Parallelüberlieferungen ihren ‚Forscherdrang‘ zu befriedigen. Wissenschaftliche Integrität mußte häufig der Ideologiefunktion der DDR-Forschung als Mittel der Systemauseinandersetzung Rechnung tragen, d.h. die „Neigung zur Schönfärberei“²⁷ sorgte für starke Abstriche bei den Standards der geschichtswissenschaftlichen Forschung. Die Aushängeschilder der DDR-Historiographie handelten mehr als gesellschaftspolitische Didakten, deren Aufgabe es war, den von ihnen erkannten und vom System durchgesetzten quasi objektiven „Realitäts- und Wahrheitsgehalt“ historischer Entwicklungen zu begründen und zu propagieren²⁸. Als eines der letzten, im Sinne eines Lehrbuches zur DDR-Geschichte zu behandelnden Werke wurde 1989 unter der Leitung von Rolf Badstübner noch der neunte Band der *Deutschen Geschichte* veröffentlicht²⁹. Die Aufarbeitung „weißer Flecken“ in der Geschichte der DDR ließ bis zum Herbst 1989 auf sich warten, bis die *politischen* Vorzeichen für das wissenschaftliche Arbeiten sich radikal änderten³⁰.

Bei der Bearbeitung vorliegender Untersuchung zur Vor- und Frühgeschichte der DDR fiel jedoch ebenfalls signifikant auf, daß auch die Ergebnisse der bundesdeutschen DDR-Forschung aus der Zeit vor 1989 nur mit Vorsicht und kritischer Distanz zu lesen sind. Längst nicht jede Ungenauigkeit und Glättung ist auf die mangelhafte Quellengrundlage zurückzuführen; häufig führten auch hier politische Stereotype und An- und Absichten den Autoren die Feder³¹. Die aufgrund der Möglichkeiten in der Regel vorgegebene Fixierung auf die Politikgeschichte sorgte auch in der Bundesrepublik dafür, daß die Geschichtswissenschaft an der Systemauseinandersetzung partizipierte³².

²⁷ Jürgen Kuczynski, „Strittmatters ‚Wundertäter‘, Bd. 3“, in: ders., *Jahre mit Büchern*, Berlin-Weimar 1986, 166, zit. n. Dietrich Staritz, „DDR-Geschichte im deutsch-deutschen Wissenschaftsdialog“, in: *APuZ* B 34/89, 18.8.1989, 15.

²⁸ So Heinz Heitzer/Gerhard Lozek, „Kritische Bemerkungen zur bundesdeutschen DDR-Forschung“, in: ebd., 19. Vgl. zum Ebnen und Errichten von Barrieren für Karrierewege durch die SED Rainer Eckert, „Aufstiegschancen und EntwicklungsbARRIEREN für den geschichtswissenschaftlichen Nachwuchs in der DDR“, in: Alexander Fischer (Hg.), *Studien zur Geschichte der SBZ/DDR*, Berlin 1993, 263 ff.

²⁹ Rolf Badstübner (Leiter), Evamarie Badstübner-Peters, Günter Benser, Peter Kirste, Siegfried Kuntsche, Wolfgang Mühlfriedel, *Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949*, Köln 1989.

³⁰ Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung“, in: *APuZ*, B 11/90, 9.3.1990, 3-15. Jetzt nahmen auch einzelne DDR-Historiker selbstkritisch zu ihren zurückliegenden Forschungsarbeiten Stellung. Vgl. Rainer Eckert/Wolfgang Köttler, Gustav Seeber (Hg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992; Jan Herman Brinks, *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit*, Frankfurt/M.-New York 1992.

³¹ Dies gilt in erster Linie für die Arbeiten, die bis Mitte/Ende der sechziger Jahre entstanden, z.B. Matthias Kramer, *Die Landwirtschaft in der SBZ*, Bonn 1957.

³² Daß es auch anders ging, demonstrierte z.B. Wolfgang Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Probleme des Wiederaufbaus in der SBZ*, München 1987. Ohne die nunmehr benutzbaren Möglichkei-

Die Forschungen zur Entwicklung der ländlichen Gesellschaft der SBZ müssen ebenso wie die gesamte DDR-Forschung von der Basis her neu konstruiert werden. DDR-Geschichte hat Konjunktur, wie die bereits 759 laufenden Forschungsprojekte (1993) belegen³³. Von den zahlreichen DDR-Darstellungen zur ‚Agrargeschichte‘ der SBZ/DDR 1945 bis 1952 vermitteln die Arbeiten von Rolf Stöckigt und Joachim Piskol, Christel Nehrig und Paul Trixa einen Überblick über die Thematik³⁴. Auf westdeutscher Seite sind die Arbeiten von Armin Moritz zur Bodenreform und die am Arbeitsbereich ‚Geschichte und Politik der DDR‘ der Universität Mannheim herausgegebenen Schriften zur Transformation des Parteiensystems³⁵ ebenso einschlägig, wie die Kenntnis der Standardwerke von Hermann Weber, Dietrich Staritz und Christoph Kleßmann die Einführung in die Thematik erleichtert³⁶. Inhaltlich wie ‚biographisch‘ unabkömmlig ist immer noch das *SBZ-Handbuch*, auch wenn es nur in der seit 1990 unveränderten Fassung vorliegt³⁷. Aus der Masse der mittlerweile erschienenen ‚Nach-Wende‘-Veröffentlichungen sind - neben den bereits erwähnten – die von Jürgen Kocka und Elke Scherstjanoi herausgegebenen Sammelbände anzuführen³⁸. Für Aufregung in der Forscherlandschaft sorgten nicht allein die Aufzeichnungen Wilhelm Piecks zur Deutschlandpolitik³⁹, sondern mehr noch die darauf basierenden Interpretationen Wilfried Loths⁴⁰. Fortschritte in der Neubefragung der DDR-Forschung sind nicht allein schon gegeben, weil nun der

ten bzw. Quellen arbeitete er die Probleme heraus, die die Grundlage für die moderne Sozialgeschichtsschreibung zur SBZ bilden. Vgl. Ludwig Watzal, „DDR-Forschung. Das realistische Bild der DDR zwischen Ignoranz und Verdrängung“, in: *Das Parlament*, Nr. 6, 31.1.1992, 12.

³³ Vgl. Thomas Heimann u.a. (Bearb.), *Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim 1994*.

³⁴ Rolf Stöckigt, *Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, Mai 1945 bis April 1946*, Berlin 1964; Joachim Piskol/Christel Nehrig/Paul Trixa, *Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945-1949)*, Berlin 1984. Vgl. auch den Literatur- bzw. Forschungsbericht von Gerhard Heitz/Renate Schilling/Ilona Ballwanz, „Forschungen zur Agrargeschichte“, in: *Historische Forschungen in der DDR 1970-1980*, Berlin 1980, 648 ff.

³⁵ Armin Moritz, *Regression und Reform in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation. Zu einigen strukturellen und ökonomischen Besonderheiten der Agrarwirtschaft der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren*, Erlangen-Nürnberg, Diss. 1984; Bernhard Wernet-Tietz, *Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945-1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR*, Köln 1984 (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, hg. von Hermann Weber, Bd. 2).

³⁶ Hermann Weber, *Die DDR 1945-1990*, München 1993; Dietrich Staritz, *Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat*, München 1987; Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn 1986.

³⁷ Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), *SBZ-Handbuch*, München 1993.

³⁸ Jürgen Kocka (Hg.), *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993; Elke Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für höchstens ein Jahr“, *Die Gründung der DDR*, Berlin 1993.

³⁹ Zusammenhängend veröffentlicht in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.), *Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, Berlin 1994.

⁴⁰ Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994.

umfassende Zugriff auf das Archivmaterial möglich geworden ist. Es gilt, über das Zählen von Kuhschwänzen⁴¹ hinaus theoretische Einordnungen, Periodisierungen und Erklärungsmodelle vorzunehmen und anzubieten. Notwendig sind beide Schritte, und so versteht sich vorliegende Arbeit in erster Linie als Beitrag zur Aufklärung der Grundlagen und zum Aufzeigen von Vielfalt und Handlungsspielräumen.

Materialgrundlage dieser Untersuchung waren die Aktenbestände aus dem Mecklenburgischen Landeshauptarchiv in Schwerin (MLHA). Das Profil dieses Archivs ist „vor allem geprägt von archivalischen Quellen zur Entwicklung der Landwirtschaft“⁴². Aus dem umfangreichen Bestand wurden v.a. die Akten zur Bodenreform⁴³, und aus den Beständen des Landesverbandes der VdgB, des Ministerpräsidiums, des Land- und Forstwirtschaftsministeriums, des Innenministeriums, der Räte der Kreise und ausgewählter KPD und SED-Karteien eingesehen. Die Archivarbeit mußte aus praktischen Gründen den anderen Tätigkeiten zur Einarbeitung in das Thema vorausgehen; ohne Kenntnis der Sekundärliteratur und sogar ohne konkrete Themenstellung erwies sich dieses Vorgehen im Nachhinein sogar als vorteilhaft. Gerade aufgrund der „Sprödigkeit der Quellen“⁴⁴ schärfte die intensive Auseinandersetzung mit dem Stoff den ‚historischen Sinn‘ des Historikers. Das Thema wurde – auf der Suche nach den ‚Mentalitäten‘ der von der Transformationspolitik betroffenen Zeitgenossen – gewählt als Ergebnis dieses eigentlich verkehrt herum konzipierten Vorgehens⁴⁵. Die Fundstücke sind Schätze in der Flut der spröden Quellen.

Mit dem Ende der DDR, die damit für die Historiker zu einem abgetrennten Sammelgebiet geworden ist, ist es für die neue, gesamtdeutsche Zeitgeschichtsschreibung gleichzeitig notwendig geworden, ihre bisherigen Forschungsmethoden zu reflektieren und zu verändern. Die Geißel des Kalten Krieges, der auch die westdeutsche Zunft ihren Tribut gezollt hat, ist weg-

⁴¹ Hierzu wurde vor kurzem eine agrarwissenschaftliche Dissertation vorgelegt: Annette Clement, *Produktionsbedingungen und Produktionsgestaltung in den bäuerlichen Wirtschaften Mecklenburgs zur Zeit der Bodenreform 1945 bis 1949. Eine Untersuchung für die Kreise Hagenow, Güstrow und Neubrandenburg*, Diss. Uni Rostock 1992.

⁴² Sigrid Fritzlar, „Quellen im Staatsarchiv Schwerin zur Entwicklung der Landwirtschaft in Mecklenburg 1945-1949. Unter besonderer Berücksichtigung der Kreis- und Gemeindebestände“, in: *Archivmitteilungen*, 41.1991, 164.

⁴³ Diese vierbändigen Quellennachweise wurden 1970 unter der Leitung von Siegfried Kuntsche erarbeitet. Vgl. Siegfried Kuntsche, „Quellennachweise des Staatsarchivs Schwerin zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern“, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1972/1, 333-337.

⁴⁴ Siegfried Kuntsche, *Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaues der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform*, Alt Schwerin 1975, 26.

⁴⁵ Die Defizite des gesammelten Archivmaterials traten erst bei der genauen Bearbeitung der Sekundärliteratur zutage. Einige Bestände (ohne vielversprechende Titel) wären daher genauer zu durchforsten gewesen.

gefallen, die deutschen Archive sind zugänglich, und eine neue Staatswirklichkeit existiert. Die Zeitgeschichte als die aktuellste und politischste Richtung innerhalb der Geschichtsforschung⁴⁶ hat aus diesem Grunde neben den genannten noch weitere Realitäten in Betracht zu ziehen. Eine Art neuer Historikerstreit ist bereits entbrannt über die Frage, *wer* die Geschichte der DDR erforschen solle⁴⁷. Durch die wirtschaftliche und sozialpolitische Misere des Landes politisiert und polarisiert sich die Gesellschaft. Neben den bekannten politischen Auswirkungen wie Sozialneid und Fremdenfeindlichkeit, mutiert auch der Blick *auf* und die Erinnerung *an* die eigene Vergangenheit: Verdrängung und Stilisierung sind auf allen Ebenen des politischen und auch des geschichtswissenschaftlichen Alltagsgeschäftes an der Tagesordnung, wie das Beispiel des Umgangs mit den Stasi-Akten zeigt⁴⁸.

3. Forschungsmethode

Auf dem Historikertag in Hannover 1992 fand unter der Leitung von Winfried Schulze eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Was kommt nach der Alltagsgeschichte?“ statt, an der noch Ute Daniel, Wolfgang Hardtwig, Jürgen Kocka, Hans Medick und Alf Lüdtke teilnahmen. Im Gefolge der damaligen kontroversen Methodendiskussion zwischen der sog. „modernen deutschen Sozialgeschichte“ und der neuen Alltagsgeschichte wurde in diesem Jahr ein kleiner Sammelband mit den überarbeiteten und ergänzten Diskussionsbeiträgen herausgebracht⁴⁹. Den darin enthaltenen Beiträgen von Hardtwig, Kocka und Daniel ist die Auffassung gemeinsam, daß mit der Konjunktur der sich auf „kleine Einheiten“, Erfahrungen und Erinnerung beziehenden Alltagsgeschichte ein damit korrespondierender wissenschaftsgeschichtlicher Trend hin zu einer „Dezentrierung der Perspektiven“ einhergegangen sei, der in der Geschichtswissenschaft seinen Ausdruck in einem „verstärkten Pluralismus der Fragestellungen und Methoden“ findet⁵⁰.

⁴⁶ Vgl. Hans Günter Hockerts, „Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder“, in: *APuZ*, B 29-30/93, 16.7.1993, 3-19.

⁴⁷ Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, „Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre“, in: *FAZ*, 10.8.1993, 23; Jürgen Kocka, „Auch Wissenschaftler können lernen“, in: *FAZ*, 25.8.1993, 31; Peter Hübner, „Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt. Wie Historiker in der DDR sich durch Konzessionen die Wissenschaftsfreiheit zu sichern hofften/Erklärung eines Betroffenen“, in: *FAZ*, 8.9.1993, 36; Rainer Eckert, „Nicht ohne Reue. Noch einmal: Wer soll die Geschichte der DDR erforschen?“, in: *FAZ*, 22.9.1993; Harro Zimmermann, „Alte Seilschaften, neue Elite. Ein Historikerstreit nicht nur ums DDR-Erbe“, in: *FR*, Nr. 10, 13.1.1994.

⁴⁸ Vgl. Armin Mitter, „Nach Öffnung der Stasi-Akten. Dossiers allein spiegeln nicht die Vergangenheit“, in: *Das Parlament*, Nr. 15, 3.4.1992, 13.

⁴⁹ Winfried Schulze (Hg.), *Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie*, Göttingen 1994.

⁵⁰ Wolfgang Hardtwig, „Alltagsgeschichte heute. Eine kritische Bilanz“, in: Schulze, aaO., 26.

Die Sozialgeschichte scheint sich thematisch und disziplinär aus ihrer traditionellen Verbindung mit der Wirtschaftsgeschichte zugunsten einer kulturgeschichtlichen Erweiterung ihres Spektrums zu lösen⁵¹.

Im Zentrum der Diskussion steht aufgrund der Erfahrungen seit 1989 die „Abhängigkeit der sozialen Verhältnisse [...] von der Politik“⁵². Kocka kreiert pointiert eine neue politische Sozialgeschichte, die „nach den sozialen und ökonomischen Bedingungen und Folgen politischer Strukturen, Prozesse und Entscheidungen fragt“, aber zudem der kulturellen Dimension und „überhaupt der Geschichte der Erfahrungen und Erwartungen“ viel Gewicht einräumt. Für ihn gewinnt „im Licht der jüngsten Erfahrungen“ (Hervortreten nationaler Identitäten und Ressentiments) nicht die „dramatische“ Ereignis- und Erfahrungsgeschichte, sondern vielmehr die periodenübergreifende Struktur- und Prozeßgeschichte an Plausibilität⁵³. Hierin können die Subjekte jedoch nicht mehr als „Marionetten der Strukturen“ erscheinen; indem die Handelnden sich die soziostrukturrellen Bedingungen aneignen, werden diese erst „soziale Wirklichkeit“⁵⁴. Diese „poststrukturale“ Erweiterung der Sozialgeschichte stellt die Frage nach den *Möglichkeiten* der Akteure, ihren Handlungsspielräumen *und* ihren Handlungsbedingungen⁵⁵. Hat sich der Sozialhistoriker einerseits für die soziale Rekrutierung, die Organisierung und alltägliche Praxis der Verwaltungs- und Kontrollapparate des Parteistaates zu interessieren⁵⁶, so geht es ihm andererseits darum, das „Wechselwirkungsverhältnis“ zwischen der beginnenden totalitären Herrschaft und den „vielfältigen Weisen“ zu erforschen, in denen die Menschen mit ihr umgingen – als Bürger, Opfer, Objekte, Nutznießer⁵⁷.

In vorliegender Arbeit sollen die Vielschichtigkeit und die Interaktionen des Transformationsprozesses im politisch geprägten Sozialverband angedeutet werden. Zwei Vorgehensweisen werden dabei eine nicht weiter thematisierte Berücksichtigung finden: Zum einen ist das die m.E. notwendige Auseinandersetzung des Historikers mit seiner Rolle in der postmodernen

⁵¹ Methodisch gefordert wird dafür neben einer Klärung des Kulturbegriffes eine „hermeneutische Wende“, in der die *qualitative Narration* (i.e. „kompliziertes historisches Argumentieren“) das *einfache Alltagserzählen* ablöst; Jürgen Kocka, „Perspektiven für die Sozialgeschichte der neunziger Jahre“, *ebd.*, 37.

⁵² *Ebd.*, 33.

⁵³ *Ebd.*, 34 f.

⁵⁴ Reinhard Sieder, „Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft?“, in: *GuG* 20. 1994, 447.

⁵⁵ *Ebd.*, 449.

⁵⁶ Vgl. Jürgen Kocka, „Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR“, in: *APuZ*, B 40/94, 7.10.1994, 36.

⁵⁷ Jürgen Kocka, „Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung“, in: ders., *Historische DDR-Forschung*, aaO., 11.

Geschichtswissenschaft⁵⁸. Die besondere Situation, als westdeutscher Historiker ein ostdeutsches zeitgeschichtliches Thema zu behandeln, bedarf einer verstärkten Selbstreflexivität des Forschenden⁵⁹, um nicht in die Position des ‚Besserwessis‘ zu geraten. Zeitgeschichtsforschung hat immer auch eine politikrelevante Dimension und gilt nicht zuletzt der Schaffung von Arbeitsmärkten und -plätzen. Eine im politischen Bereich erkennbare ‚Siegermentalität‘ würde die Geschichtswissenschaft und ihre Ergebnisse diskreditieren. Selbstreflexivität bedeutet daher eine „möglichst weitgehende Reflektion über erkenntnisleitende Interessen, über Selektionskriterien und über Methodenauswahl“ sowie das Offenlegen dieser Voraussetzungen und Grenzsetzungen des eigenen Forschens⁶⁰.

Dazu gehört – und das betrifft die zweite Vorgehensweise – die Anerkennung der Tatsache, daß die „Beobachter aus dem Westteil Deutschlands [...] nun Erkenntnisse gewinnen [können], die Beteiligten im Osten [aber] Erfahrungen [haben] und damit eine Dimension mehr“⁶¹. Diese Erfahrungen gelten zu lassen, ihnen überhaupt die Möglichkeit zur Äußerung zu geben, ist nicht nur eine günstige Gelegenheit für den Historiker, „historische Sinnbildungsprozesse empirisch zu untersuchen“⁶², sondern auch sein Beitrag zur Herstellung der sog. inneren Einheit Deutschlands⁶³. Denn die Zeitgeschichtsforschung besitzt eine Eigentümlichkeit, die sie vom Rest ihrer Zunft merklich unterscheidet: ihr ‚Material‘ lebt. Zwar lebt nicht alles, aber doch der Teil, den man als ‚Zeitzeugen‘ tituliert. Diese Zeitzeugenschaft äußert sich im historiographischen Sinne jedoch selten von selbst, man muß sie zur Äußerung auffordern, quasi zum Leben erwecken mit Hilfe von Erinnerungsvideos⁶⁴. Der Begriff *oral history* bezeichnet allerdings nur unzureichend das, was geschieht, wenn der Historiker in eine aktive Kommunikation mit seinem ‚Material‘ tritt – im Gegensatz zur passiven Kommunikation, die er herkömmlich, mit Archivalien und Literatur, führt⁶⁵, und bei der er nicht

⁵⁸ Postmodernismus befürwortet die unaufhebbare Vielfältigkeit der Lebensformen, Denkansätze, Handlungsorientierungen und kulturellen ‚Welten‘.

⁵⁹ Ute Daniel, „Quo vadis, Sozialgeschichte? Kleines Plädoyer für eine hermeneutische Wende“, in: Schulze, aaO., 57.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Peter Bender, *Unsere Erbschaft – Was war die DDR, was bleibt von ihr?*, Hamburg 1992, 104.

⁶² Alfons Kenkmann, „Erlebnisse, die ein ganzes Leben nachhängen“, in: *FR*, Nr. 201, 30.8.1994, 8.

⁶³ Das erkannte auch die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, wie sie unter der Überschrift „Erinnern als Lernprozeß“ in ihrem Abschlußbericht mitteilt: „Als besonders eindrucksvoll erwiesen sich [...] die Begegnungen mit Zeitzeugen vornehmlich aus den neuen Bundesländern. Ihre Befragung ließen Anhörungen in der Kommission gelegentlich zu Lehrstunden werden“; Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, *Bericht der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Drucksache 12/7820, 31.5.1994, 279.

⁶⁴ Vgl. Hockerts, aaO., 8 f.

⁶⁵ Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß sicherlich jeder Zeitgeschichtler während seiner Forschungen irgendwann einmal auch Kontakt zu dazugehörigen Zeitgenossen gefunden hat, die ihm dann eine wichtige und

nur die Fragen, sondern auch die Antworten formuliert⁶⁶. Die ‚kommunikative Vergegenwärtigung‘ stellt eine neue Zeitebene zwischen Vergangenheit und Gegenwart dar, auf der sich der Quellenproduzent und der Historiker begegnen und die vom herkömmlichen Quellenmaterial nicht erreicht werden kann. Ein programmatischer Terminus für diese, sowohl den Erinnerungsvorgang und die Form der mündlichen Weitergabe als auch das „mäeutische Element“⁶⁷ umfassende Tätigkeit, wurde bisher noch nicht gefunden.

In den nun folgenden Ausführungen werden die Ergebnisse der Befragungen *nicht* explizit aufgeführt und eingearbeitet⁶⁸; sie bilden vielmehr eine Ergänzung und einen lebendigen Hintergrund für die Einordnung der „spröden“ Quellen. Die vordergründig triviale Erkenntnis, daß Geschichte „nicht nur von Individuen gestaltete, sondern vor allem auch von den Individuen erlittene Geschichte“ ist⁶⁹, ist in dieser Arbeit somit zum ganz privaten ‚Verstehensluxus‘ geworden. Die Diskrepanz zwischen den abstrakten, Unterschiede ‚glättenden‘, paraphrasierenden und theoretisierenden Vorstellungen der geschichtswissenschaftlichen Arbeitsweisen und der Spezialität des Lebens trat deutlich hervor. So trug die *oral history*-Methode vielleicht sogar mehr zum Verständnis der Zeit und zum Bewußtmachen der Möglichkeiten, Aufgaben und Chancen des Historikers bei als zur Mehrung historischen Wissens. Der Reflektion des Historikers über den „Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ (Nietzsche) kann durch das Verfahren der mündlich erfragten, erinnerten und gehörten Geschichte erfolgreich nachgeholfen werden, denn – wie bereits festgestellt – das ‚Material‘ lebt!

eindrucksvolle Erfahrung waren.

⁶⁶ Im Deutschen erfuhr die Bezeichnung *oral history* daher verschiedene Übersetzungen, die sowohl die äußere Form als auch die Wesensmerkmale dieser Tätigkeit zu reflektieren suchten: ‚mündlich erfragte Geschichte‘, ‚erinnerte Geschichte‘ und ‚gehörte Geschichte‘.

⁶⁷ Herwart Vorländer (Hg.), *Oral History. Mündlich erfragte Geschichte*, Göttingen 1990, 8, 18 f.

⁶⁸ Aus Platz- und Darstellungsgründen. Kurze Zitate würden den Inhalten der Interviews nicht gerecht werden, lange würden den Lesefluß stören.

⁶⁹ Kenkmann, aaO.

II. „Vergeßt, was über Mecklenburg im Baedecker stand“ – Ausgangsbedingungen für eine Nachkriegszeit

1. „Kein Hübung“ – Sozio-ökonomische Kriegsfolgen

Wenn aus wirtschaftlicher Sicht auch nicht von einer Stunde „Null“ gesprochen werden kann⁷⁰, so lag die Landwirtschaft der SBZ und ihre Bevölkerung wie die meisten anderen Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens am und mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst brach in einem Zustand erleichterter, aber hoffnungsloser, desorientierter und überfordernder Erschöpfung. Viele Menschen befanden sich bei Kriegsende nicht mehr an ihren angestammten Wohnorten, viele waren obdachlos, viele auf der Flucht⁷¹. Mecklenburg und Vorpommern als nördlichste sowjetisch besetzte Landstriche waren Durchzugsgebiet der zuletzt kämpfenden Truppen, befreiter KZ-Insassen, durch den Krieg versprengter und flüchtender Menschen. Viele Äcker wurden – wenn sie überhaupt noch bestellt worden waren – willkürlich zumeist von sowjetischen Truppen abgeerntet oder waren durch Kriegseinwirkung zerstört. Die Versorgung sowohl der umherziehenden und der untergekommenen Alt- und Neubevölkerung wie auch der eigenen Soldaten mußte für die sowjetischen Besatzer oberstes Organisationsziel sein, um eine Ernährungskrise und damit weitere politische Instabilität zu verhindern. Der zügige Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung, längst in Moskau mit deutschen Emigranten geplant, setzte so auch in Orten Mecklenburgs bereits vor der offiziellen Kapitulation ein, denn die Startbedingungen einer Nachkriegslandwirtschaft deuteten auf eine sich abzeichnende folgenschwere Ernährungskrise⁷²: Vieh sowie Landmaschinen hatte man noch kurz vor Kriegsende für die ‚Heimatfront‘ requiriert, an eine Rückgabe war nach Kriegsende aufgrund der hohen Verluste nicht zu denken. Nicht nur die landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich von Oder und Neiße gingen verloren, auch die Rüstungsproduktion hatte längerfristige Auswirkungen auf die Belieferung der Landwirtschaft mit Düngemitteln, Maschinen u.ä., obwohl die Versorgung der Bevölkerung bis Kriegsende durch Einführen aus abhängigen Ländern auf relativ hohem Stand gehalten werden konnte⁷³. Unter diesen Voraussetzungen wurde auf der Potsdamer Konferenz deklariert, daß das Hauptgewicht der Wirtschaftsorganisierung auf der Landwirtschaft liegen müsse, in

⁷⁰ Daß „nach dem Kriege bei ‚null‘ angefangen werden mußte“, galt auch in der Wirtschaftsgeschichte häufig als – jedoch nicht aufrechtzuerhaltene – Setzung; Horst Lambrecht, *Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960*, Berlin 1977, 39, Anm. 73.

⁷¹ Vgl. C. Weisz, „Versuch zur Standortbestimmung der Landwirtschaft“, in: Ludolf Herbst (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955*, München 1986, 119.

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

der als einzigm Bereich keine Produktionsbeschränkungen galten, sondern im Gegenteil unverzüglich Maßnahmen zur weitestmöglichen Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion einsetzen sollten.

Krieg, Kriegszerstörungen und -verluste

In der Bilanz eines Krieges hat kein Faktor soviel familiäre, psychische, soziale aber auch wirtschaftliche Konsequenzen wie der Verlust an Menschenleben. Nach mehr als 5½ Jahren Krieg, Kriegsangst und Kriegsbedrohung hatte beinahe jede Familie zumindest ein Opfer zu beklagen. Die – wenn man so will – volkswirtschaftlich ‚wertvollsten‘ Jahrgänge wurden in den Schlachten radikal ausgedünnt⁷⁴, viele kehrten erst nach Jahren der Gefangenschaft zurück. Für hunderttausende von Kriegsversehrten, Witwen und Waisen verkörperte der Krieg den katastrophalen Zusammenbruch persönlicher Lebensplanung, was perspektivisch für das Gemeinwesen wiederum eine unabsehbare gesellschaftliche Fürsorgeherausforderung und ökonomische Potentialsverminderung darstellte.

Neben dem strategischen Bombenkrieg und den Selbstzerstörungsmaßnahmen zu Kriegsende verwüsteten in Vorpommern und Mecklenburg – wenn auch in geringerem Ausmaße als in den Ostgebieten – intensive Boden- und „aussichtslose“ Durchhaltekämpfe⁷⁵ und die Strategie der ‚verbrannten Erde‘ die Dörfer und damit die Grundlagen ländlicher Wirtschaft. Vor allem die vorpommerschen Kreise⁷⁶ wie Radow und Ueckermünde wurden hochgradig devastiert, während sich im westlichen Mecklenburg durch ‚gezielten‘ Beschuß die Schäden in Grenzen hielten. Der Wirtschaftsbericht für den Rat des Kreises konstatiert, daß „durch die kriegerischen Ereignisse [...] der Landkreis Hagenow nur wenige Schäden erlitten [hat]“⁷⁷. Für die Bevölkerung des zudem noch bis Ende Juni 1945 anglo-amerikanisch besetzten West-Mecklenburgs⁷⁸ verlief das Kriegsende vergleichsweise glimpflich, auch wenn vereinzelt plündernde amerikanische Soldaten erwähnt werden⁷⁹, und solche Vorgänge in der

⁷⁴ Vgl. Helmut Arntz, „Die Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg“, in: *Bilanz des Zweiten Weltkriegs*, o.O. 1953, 439-447.

⁷⁵ Gerhard Grüneberg, *Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft*, Berlin 1965, 13.

⁷⁶ In der Endphase des Krieges wurden die deutschen Truppen an der Ostfront konzentriert, so daß die anglo-amerikanischen Verbände vom Westen her schneller und ‚kampfloser‘ vorrücken konnten, vgl. K.-D. Erdmann, *Der zweite Weltkrieg* (HB der deutschen Geschichte 21), Stuttgart 1983, 168.

⁷⁷ *MLHA RdK Hagenow* 36,1, vom 20.11.1945. A. Clement, aaO., 54, führt hingegen den – allerdings anscheinend schon ideologisch gefärbten – Rechenschaftsbericht einer kleinen Gemeinde desselben Kreises an, in dem es im August 1946 heißt, daß „das Erbe, das die Gemeinde Neugarge am 1.Juli [nicht am 8.5.!, d.V.] 1945 übernahm, [...] furchtbar [war]. Unser kleines friedliches Dorf war nicht wiederzuerkennen“.

⁷⁸ Die Demarkationslinie vom 8.5. bis 30.6.1945 verlief in Nord-Süd-Richtung ca. vom Ostseebad Kühlungsborn bis westlich von Wittenberge.

⁷⁹ „Nachmittags zweimal [waren] amerikanische Soldaten erschienen [...] und [hatten] Frau Blank [der Frau des Bürgermeisters, d.V.] Uhr und Ringe weggenommen [...], sodaß sie auch dieserhalb in Furcht lebte“, *MLHA RdK Ludwigslust* 28,4 (Untersuchungsergebnis des Landrats Haecker vom 4.5.1945).

Erinnerung dann jargongerecht als „Wildwest“ und „Gangstertum“ typisiert wurden⁸⁰. Im Juli 1945 war die Bevölkerung bereits wieder so selbstbewußt, daß sie über die „unerträglichen Zustände“, die nach dem Zusammenbruch durch die sich eigenmächtig versorgenden Flüchtlinge, DPs und Soldaten der Roten Armee herrschten, „sehr ungehalten“ war: „In Fresenbrücke macht uns der Kommandant immer noch große Schwierigkeiten. Er holt die Schweine von den Bauern ab, ohne eine Bescheinigung von der Kreiskommandantur zu haben. Der Hafer auf dem Felde wird aus der Mitte [Miete, d.V.] herausgeholt, obwohl strenge Anweisungen bestehen, daß die Armee von den Feldern der Bauern nichts nehmen darf. [...] In Löcknitz [...] sind es die Letten, die immer wieder die Bevölkerung ausplündern, ihnen Vieh, Wirtschaftsgegenstände, Honig aus den Bienenstöcken usw. wegnehmen“⁸¹.

Im Landkreis Demmin, wo die Rote Armee am 30.4.1945 einmarschiert war, und der Zivilkommandant am 15.5. den Landrat eingesetzt hatte, waren bei Kriegsende 365 Häuser (=70%) zerstört. 700 Einwohner begingen bis dahin Selbstmord. Ein Halbjahresbericht der Kreisverwaltung – die zunächst auch unter Zuhilfenahme ehemaliger Nazis wieder aufgebaut wurde –, vermerkt für die Situation vieler Orte beispielhaft: „Zunächst war es wichtig, die Bevölkerung [...] einschließlich der vielen Flüchtlinge mit Lebensmitteln zu versorgen und die Obdachlosen unterzubringen. Daher galt die größte Sorge der Landwirtschaft, um die Feldbestellung und die Einbringung der Ernte zu sichern.“ Trotz der großen Schwierigkeiten herrschte Zuversicht, das Ablieferungssoll erfüllen zu können, „wenn uns alles angerechnet wird, was die Soldaten der Roten Armee ohne Bezahlung und Bescheinigung genommen haben.“ Zu den 53000 Einwohnern stießen 54000 Flüchtlinge hinzu, „deren Unterbringung immer mehr Schwierigkeiten macht. Alle Arbeitsfähigen sind in der Landwirtschaft, besonders bei den Erntearbeiten eingesetzt worden.“ Im Herbst 1945 war „die Stimmung der Bevölkerung [...] bei den meisten ernst und gedrückt. Es wird über zu geringe Lebensmittelzuteilung geklagt. Auch der Mangel an Kleidung und Schuhzeug, besonders bei den Umsiedlern, wird mit Eintritt der kalten Witterung besonders fühlbar.“⁸²

Die Vernichtung der ‚Produktionsmittel‘ der Landwirtschaft war im SBZ-Gebiet territorial sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Kombination mit den Folgen der Flüchtlingsströme bekam Mecklenburg die volle Härte der Kriegsauswirkungen zu spüren. Die Viehbestände san-

⁸⁰ Nachlässe Bembnista und Angerstein, *MLHA BPA Schwerin* V5/014 von 1972 und V5/003.

⁸¹ Brief des Ludwigsluster Landrats vom 20.7.1945 an den sowjetischen Kreiskommandanten, *MLHA RdK Ludwigslust* 28,21.

⁸² Tätigkeitsbericht des Landrats an die Innere Verwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern über die Verwaltung des Kreises Demmin vom Mai bis November 1945, *MLHA RdK Demmin* 46.

ken drastisch, u.a. auch, weil noch im März 1945 der Befehl ergangen war, „massenweise Nutzvieh abzuschlachten“⁸³ und weil zwischen Mai und Juli tausende Stück Vieh aus den westlichen Teilen Mecklenburgs in die Westzonen „verschleppt“ wurden⁸⁴.

	MEB 1938 ⁸⁵	MEB 1945 ⁸⁶ (Ändrg. in %)	MEB-Vp 3.6.1946	MEB 1946 i.Vgl.z. 1936 ⁸⁷	SBZ 1946 i.Vgl.z. 1938 ⁸⁸
Pferde	128636 194847	- 60	149.973	- 23,7	- 20
Rinder	509797 776527	- 70	450198	- 39,9	- 24
Schafe	285028 440492		119198	- 77,1	- 58
Schweine	803639 1178103	- 84	255897	- 71,5	- 66

Ein Jahr nach Kriegsende lagen die Zahlen in der Viehzucht für Mecklenburg-Vorpommern teilweise noch unter denen des um ca. 740000 ha kleineren Mecklenburgs des Jahres 1938. Viel zugfähiges Vieh mußte zudem „arbeitsfremd“ in der Anspannung eingesetzt werden, da ca. 30% aller landwirtschaftlichen Geräte und 40-50% aller Transportmittel zerstört, unbrauchbar oder reparaturbedürftig waren (obwohl der absolute Bestand an Landmaschinen in Mecklenburg – der unter dem Zonendurchschnitt lag – im Vergleich zu 1938 gewachsen war)⁸⁹.

⁸³ G. Grüneberg, aaO., 11.

⁸⁴ Peter Kirste, *Zur Ausarbeitung der wirtschaftlichen Konzeption der KPD 1944-1945. Die ersten Schritte der Arbeiterklasse zur Verwirklichung der Wirtschaftspolitik der KPD bei der Einleitung der Umwälzung vom Mai bis Dezember 1945*, Phil. Diss., Berlin 1975, 166.

In einer Analyse der Verhältnisse in der Landwirtschaft vom Juli 1945 stellte das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft fest (MLHA MLF 1705/1): Von den früheren Rindviehbeständen besaß die Rote Armee das meiste. Pferde fehlten v.a. in den Westkreisen (ca. 15000), weil geflohene Gutsbesitzer sie mit nach Westen genommen haben. Durch die während des Einmarsches vernachlässigte Schädlingsbekämpfung würde z.B. nur $\frac{1}{3}$ des Rapsertrages zu erbringen sein. Schwerpunkt der Arbeit sollte die Ernte und Einnistung unter Zurückstellung des Drusches sein. Mit der Herausgabe der neuen Ablieferungsnormen war zudem die Schaffung von Annahmeorganisationen notwendig geworden.

⁸⁵ Diese Werte stammen aus den Akten des MLF Nr. 3667 (oben) und Nr. 3668 (unten); vgl. Clement, aaO., Tabelle 29.

⁸⁶ MLHA MLF 3667.

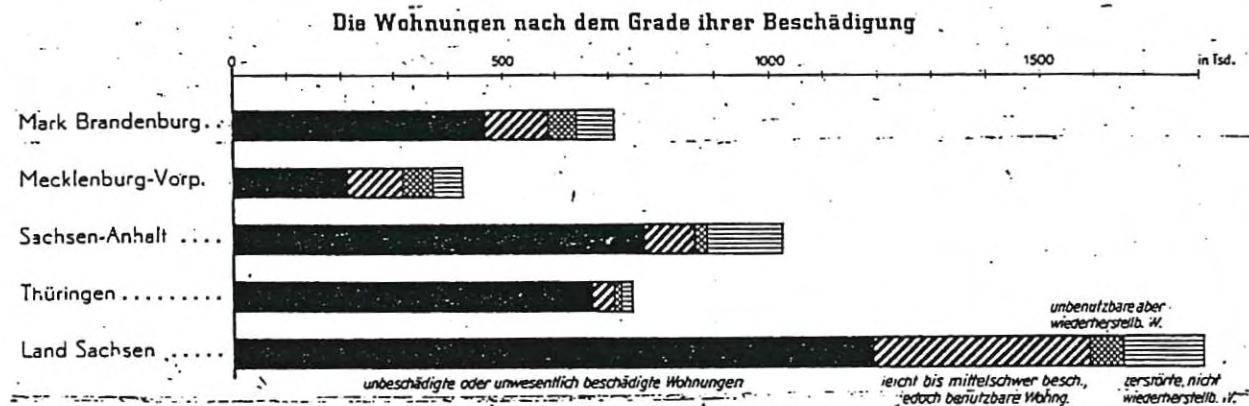
⁸⁷ Piskol/Nehrig/Trixia, aaO., 14.

⁸⁸ Kramer, aaO., 102.

⁸⁹ Vgl. Horst Barthel, *Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR in der Nachkriegsperiode (1945-1949/50)*, Wirtschaftswiss. Habil. Berlin 1968, 48; Staritz, *Gründung*, aaO., 59.

Neben die technische Unterversorgung trat die Knappheit an organischen, aber auch mineralischen Düngemitteln, die gerade im Frühjahr vonnöten waren. Die Leuna-Werke produzierten im Herbst 1945 noch etwa $\frac{1}{4}$ der Vorkriegsmenge an Stickstoff, Phosphatdünger war in der SBZ fast überhaupt nicht mehr vorhanden.⁹⁰

Die elementarste Not resultierte jedoch aus der Obdachlosigkeit vieler Menschen. Schutzlos waren sie den Wirkungen des Krieges ausgesetzt. Zum einen führten die direkten kriegerischen Ereignisse zur Wohnraumverminderung, zum anderen drückte die Fluchtbewegung (Bedarf: 223000 Wohnungen) auf die Zahl der Wohnplätze. In Mecklenburg wurden 109000 Wohnungen (26%) – davon die Hälfte völlig – zerstört.⁹¹ Geht man davon aus, daß „für je 1000 Einwohner durchschnittlich 300 Wohnungen erforderlich“ waren, lag der veranschlagte Mindestneubaubedarf bei 276000 Wohnungen⁹².



Auf die Kriegszerstörungen und Plünderungen noch Monate nach Kriegsende folgte in der russischen Zone so fließend die Demontage, daß eine differenzierte Verlustrechnung im nachhinein kaum aufstellbar ist. Trotz andauernden materiellen Schadens ließ zumindest die physische Existenzbedrohung für die Bevölkerung spürbar nach.

Flucht, Zwangsausweisung und Umsiedlung

Bei dem in der westdeutschen Geschichte zumeist rundum als „Vertreibung“ gekennzeichneten Geschehen⁹³ handelte es sich um Vorgänge, die bereits vor dem Untersuchungszeitraum dieser Arbeit liegen, denn schon lange vor Kriegsende setzten ungeheure Bevölkerungsbewegungen von Deutschen in Richtung ‚Altreich‘ und die späteren Besatzungszonen ein. Zu-

⁹⁰ Vgl. Bernd Niedbalski, *Die DWK in der sowjetischen Besatzungszone und ihre Rolle bei der Herausbildung neuer Strukturen in Wirtschaft und Staat*, Diss. Berlin 1991, 45.

⁹¹ Karteiblatt der *Statistischen Praxis* 3.1947; Barthel, aaO., 41.

⁹² Ebd.

⁹³ Ein besonders diskreditierter Fürsprecher: Peter-Heinz Seraphim, *Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone*, Berlin 1954; vgl. Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 40.

nächst handelte es sich um luftkriegsbedingte, aber „,freiwillige‘ und von den NS-Behörden gelenkte ,Umquartierungen‘ und Evakuierungen von Stadtbewohnern“⁹⁴ in sowohl umliegende wie auch weiter entfernte, dünn besiedelte Gebiete⁹⁵.

Die unfreiwilligen Abwanderungen begannen Anfang 1945 mit der Flucht von insgesamt etwa 4,5 bis 5 Millionen Deutschen vor der unaufhaltsam in die Ostgebiete einrückenden Roten Armee. „Massenhafte Vergewaltigungen von Frauen, willkürliche Tötung vieler Deutscher, Raub und Mißhandlung während des Einzuges der Roten Armee“⁹⁶ waren die gleichartigen Muster der Auswüchse und Übergriffe auf die Flüchtenden. Die Hauptlast der Flucht lag nicht nur wegen der ständigen Gewaltbedrohung bei den Frauen; sie hatten – da gerade aus den ländlichen Regionen der überwiegende Teil der Männer in der Wehrmacht war – die Verantwortung für die Kinder wie für die älteren Familienmitglieder zu tragen und mußten „in dramatischen Situationen oft lebenswichtige Entscheidungen treffen“⁹⁷.

Nach Beendigung der Kriegshandlungen begannen die ‚wahllos‘ und ‚irregulär‘ erscheinenden⁹⁸ – jedoch in systematischer Absicht forcierten – Vertreibungen von zunächst ca. 250000 Deutschen, v.a. aus Ostbrandenburg, Ostpommern, Niederschlesien und Danzig. In Mecklenburg stellten die Flüchtlinge aus Ostpommern den größten Anteil, gefolgt von Ostpreußen und Sudetendeutschen⁹⁹. Diese Vertreibungen waren zum einen sicherlich „Konsequenz und Ausdruck des aufgestauten Hasses und spontanen Rachebedürfnisses bei den von der nationalsozialistischen Okkupation unterdrückten, ausgebeuteten und erniedrigten osteuropäischen Völkern“ und trafen „nun kollektiv die gesamte deutsche Bevölkerung“¹⁰⁰, v.a. waren sie jedoch eine von den Sowjets initiierte Maßnahme der „Austreibung der Deutschen aus den Ostgebieten entgegen unserer früheren Parole ‚bleibt dort‘“¹⁰¹. Nahezu zwölf Millionen deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße mußten den Vertreibungsterror erleiden¹⁰². Das war für die später im sowjetischen Machtbe-

⁹⁴ Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 39.

⁹⁵ So strömten – umgekehrt zu ihrer Fluchtrichtung 1945 – bis Ende 1944 noch „Hunderttausende von Bombenflüchtlingen aus dem mittleren und westlichen Reichsgebiet in die ländlichen Gegenden Ostdeutschlands ein.“ Diese tauchten in den späteren Vertriebenenstatistiken nicht auf. (*Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, hg. v. Bundesministerium für Vertriebene, bearb. v. Th. Schieder, 5 Bde., Bonn 1953 ff., Bd. I/1, 3E u. 6E).

⁹⁶ *Dokumentation der Vertreibung*, aaO., I/1, 23 E.

⁹⁷ Wolfgang Meinicke, in: Alexander von Plato/Wolfgang Meinicke, *Alte Heimat - neue Zeit. Flüchtlinge, Umgang mit dem Vertriebenen*, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, 28.

⁹⁸ Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 40 f.

⁹⁹ Joachim Schultz-Naumann, *Mecklenburg 1945*, München 1989, 326. Nach *MLHA Min. Präs.* 1032/1, 2 stammten 70,6 % aus dem heutigen Polen, 10,9 % aus der ČSR und 5,1 % aus Schlesien.

¹⁰⁰ Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 40.

¹⁰¹ „Besprechung mit Shukow vom 11.7.1945“, in: Badstübner/Loth, aaO., 53.

¹⁰² *Dokumentation der Vertreibung*, aaO., I/1, 8 E.

reich Verbliebenen – in Mecklenburg ca. eine Million Menschen¹⁰³ – Trauma, psychologische Barriere und Hypothek zugleich¹⁰⁴ im Umgang mit der neuen Staatsmächtigkeit, denn „keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung“¹⁰⁵. Auf der Konferenz der Alliierten in Potsdam wurde zwar die „ordnungsgemäße Überführung der deutschen Bevölkerung“¹⁰⁶ aus Polen, der ČSR und Ungarn vereinbart, in der Praxis geschah die Ausweisung und Zwangsumsiedlung aus diesen Ländern aber bis 1946/47¹⁰⁷ ebenfalls „sehr gewaltsam und verlustreich“¹⁰⁸.

Nach Mecklenburg-Vorpommern treckten von April 1945 bis März 1946 834000 Flüchtlinge und Aussiedler, zudem zogen 198000 Menschen als ‚Schwarzgänger‘ auf dem Fußwege durch das Land¹⁰⁹.

Daß unter den Flüchtlingen aus Ostdeutschland die Vorstellung herrschte, bei Kriegsende und damit einhergehender Normalisierung der Lage würde man friedlich in die Heimatorte zurückkehren können, beweist die erhebliche und dabei häufig übereilige und leichtsinnige Rückwanderungsbewegung¹¹⁰. Sofern jedoch überhaupt eine Heimkehr möglich war, war es die „Rückkehr von geschlagenen, geschändeten und ausgeraubten Menschen, die [...] kein Zuhause, sondern zerstörte und abgebrannte Wohnungen inmitten verlassener Orte vorfanden“¹¹¹. Ähnlich stellte sich die Lage der in Mitteldeutschland Zuflucht suchenden ostdeutschen Flüchtlinge dar, die aus ihren Heimatorten vor der Roten Armee davongezogen waren, „ohne dem Regime der Sowjets entkommen zu sein“¹¹² und die sich deshalb wenigstens um Rückkehr in ihre Heimat bemühten. Zudem bestand die Hoffnung, daß die sowjetischen Truppen sich in den Ostgebieten nun – nach dem Waffenstillstand – disziplinierter verhielten (nämlich ebenso wie in der SBZ)¹¹³. In Mecklenburg konnte die Rote Armee vom 16. April an auf einer Linie bis ostwärts von Ludwigslust, Schwerin und Wismar vor-

¹⁰³ Am 1.12.1946 wurden 1046070 Umsiedler gezählt. Davon waren 21,9% männlichen und 42,2% weiblichen Geschlechts, 30,7% waren Kinder unter 14 Jahren; *MLHA Min. Präs.* 1032/1, 2.

¹⁰⁴ Die Tage des Einmarsches der Roten Armee stellen in Erlebnisberichten „erlebnismäßig alles andere in den Schatten“; *Dokumentation der Vertreibung*, aaO., I/1, 60 E.

¹⁰⁵ Ebd., 142 E.

¹⁰⁶ Art. XIII der Potsdamer Erklärung. Vgl. Klaus-Dietmar Henke, „Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung“, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt a.M. 1985, 49-69.

¹⁰⁷ Vgl. Josef Henke, „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im Osten und Südosten 1944-1947“, in: *APuZ* B 23/85, 8.6.1985, 31.

¹⁰⁸ Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 41.

¹⁰⁹ *MLHA MdI* 146.

¹¹⁰ Vgl. *Dokumentation der Vertreibung*, aaO., I/1 69 ff.

¹¹¹ Ebd. 70 E.

¹¹² Ebd. 71 E.

¹¹³ Vgl. ebd. 72 E.

stoßen und am 3./4. Mai einem halben Jahr nach dem sie zum ersten Mal deutsches Reichsgebiet betreten hatte den Krieg beenden. Aber obwohl auf Seiten der sowjetischen Armeeführung nach den ersten Wochen der Okkupation die Tendenz zu wachsen begann, Ausschreitungen zu begegnen¹¹⁴, hatten die im Westen des sowjetischen Kampfgebietes Lebenden ähnliche Übergriffe zu erleiden wie die Ostdeutschen. Gleichwohl die sowjetischen Aufrufe, die die Rote Armee zur Vergeltung aufforderten [...] etwa ab März 1945 eingestellt [wurden]¹¹⁵, konnten sich Soldaten in den jeweils eroberten Gebieten bis zur Einrichtung einer Kommandatur ungezügelt und hemmungslos ‚austoben‘. Willkürliche Erschießungen, aber auch Selbstmorde waren in beinahe allen Familien zu verzeichnen. Wie Kleßmann die Nachwirkungen der demographischen Veränderungen für die westdeutsche Nachkriegsgeschichte beschreibt¹¹⁶, so stellte auch in Ostdeutschland der Umgang mit den wirtschaftlichen, aber auch mit den sozialen und langwierigen mentalen Folgen¹¹⁷ der Flüchtlingsströme und Fluchtereignisse eine besondere Herausforderung für Staat und Partei dar, zumal die Menschen nun unter dem Regime lebten, vor dem sie zuvor geflohen waren.

Überdies strapazierte der Zustrom dieser Bevölkerungsgruppen die Integrationsfähigkeit des dörflichen Sozialgefüges. Unter dem Druck des engen Zusammenlebens von Einheimischen und Flüchtlingen traten in allen Besatzungszonen erhebliche sozio-kulturelle Konflikte hervor, da die Umsiedler andere Menschen mit anderen Sitten und Gebräuchen und Lebensgewohnheiten waren¹¹⁸. Die Einheimischen sehen die Vertriebenen als Eindringlinge an, und die Umsiedler sind deshalb verbittert¹¹⁹.

Auf einer (der ersten) Konferenz des Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe in Waren am 1.12.1945, an der Gemeindevorsteher, Vorsitzende und Mitglieder der Kreiskommissionen für Bodenreform, der Bürgermeister der Stadt und ein Vertreter der Militärikommandantur teilnahmen, kam der Kreiskomiteevorsitzende auf die ‚Flüchtlingsfrage‘ zu sprechen: 24000 Flüchtlinge befinden sich schon im Kreis Waren, in allernächster Zeit aber werden noch

¹¹⁴ Ebd., 68 E.

¹¹⁵ Ebd., 69 E.

¹¹⁶ Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 42.

¹¹⁷ R. Bessel beschreibt z.B. den *Gefühlsstau* einer jungen DDR-Polizistin, die auch Mitglied des Parteikommittes war. Bei einem Vergewaltigungsfall der die Erinnerung an die Vergewaltigung ihrer Mutter durch sowjetische Soldaten 1945 wachrief entfuhr ihr der Satz Das sind ja die Methoden der Roten Armee! Ihr, die sie trotz dieses Erlebnisses eine gute Kameradin und aktive Parteigängerin wurde, gelang es wie vielen anderen, oberflächlich opportunistisch und rational zu handeln, die Vorgänge zu verdrängen und von der späteren Entwicklung zu trennen solange ähnliche Erscheinungen nicht wieder aufraten; vgl. Richard Bessel, ‚Police of a ‚New Type‘? Police and Society in Eastern Germany after 1945‘, in: *German History* Vol. 10, No. 3, 1992, 290-301.

¹¹⁸ Rudolf Reutter, Ernte und Volkssolidarität, in: *Neuer Weg*, 4.1946, 3.

¹¹⁹ Was nicht im Baedecker steht. Kleiner Reiseführer durch die Ostzone, in: *DIE ZEIT*, 20.11.1947, zit. n. Christoph Kleßmann/Georg Wagner (Hg.), *Das gespaltene Land: Leben in Deutschland 1945-1990; Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte*, München 1993, 62 f.

viele hinzukommen. Sie kommen zu uns mit leeren Händen. Sie haben recht, wenn sie uns ins Gesicht schleudern: „Sind wir denn allein an diesem Kriege schuld?“ Wir alle müssen die Last der Zeit gleichmäßig ertragen. Ich hoffe, daß Strömungen gegen die zu uns kommenden Umsiedler auch nicht Fuß fassen. Die Beamten des Landratsamtes, die diese Strömungen verbreiten, werde ich in den nächsten Tagen zur Verantwortung ziehen. Die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe sollen sich der Umsiedler annehmen“¹²⁰.

Bevölkerungs- und Arbeitskräftezusammensetzung Mecklenburgs

Die SMAD ließ gleich nach Kriegsende die Flüchtlinge v.a. in die Agrargebiete Mecklenburgs und Brandenburgs, später auch nach Sachsen schicken, so daß diese Regionen „innerhalb kürzester Zeit hoffnungslos überfüllt waren“¹²¹. Das Vorgehen der SMAD, der sowjetischen Stadtkommandanten und der Bürgermeister war häufig jedoch uneinheitlich, die Flüchtlinge wurden mit Marschbefehl von Ort zu Ort weitergeleitet und irrten so teilweise „monatelang auf den Straßen“¹²² ziellos umher. Durch ihre Obdachlosigkeit verstärkte sich „ihr Gefühl der Hilflosigkeit, des Unerwünschtseins“ und ihr „verzweifelte[r] Willen, [...] in die alte Heimat zurückzukehren“¹²³.

Die hierin begründete Integrationsproblematik war nur – so erkannten es die Verwaltungsstellen – in der gemeinsamen Behandlung der ausschlaggebenden Faktoren – „Ernährung, Unterbringung und Vermittlung in den Arbeitsprozeß“¹²⁴ – zu bewältigen. Aus diesem Grunde wurde der zunächst gehegte „Plan einer übermäßigen Belegung Mecklenburgs“¹²⁵ wieder fallengelassen. Insgesamt 1,73 Mio. Umsiedler und Heimkehrer strömten ins Land, von denen 0,68 Mio. in westliche Zonen weitergeleitet wurden¹²⁶.

Die „Wellen“ von Flüchtlingen und Vertriebenen, die infolge direkten Kriegsgeschehens, „wilder Vertreibungen“ und systematischen Terrors bis Sommer 1946 und seitdem durch „ge-regelte“ Ausweisung aus Polen und der ČSR in die SBZ einzogen, ließ die Gesamtbevölkerung 1948 einen jahresdurchschnittlichen Höchststand von 19 Mio. Personen¹²⁷ erreichen (1939: 16,7 Mio.)¹²⁸. In Mecklenburg erhöhte sich der Grundstock der Bevölkerung von

¹²⁰ *MLHA RdK Waren* 65, Bericht vom 3.12.1945 an Oberstleutnant Artimow.

¹²¹ Meinicke in: v. Plato/Meinicke, aaO., 31.

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd., 31 f.

¹²⁴ Ebd., 34.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ *MLHA Min. Präs.* 1032/1, 2.

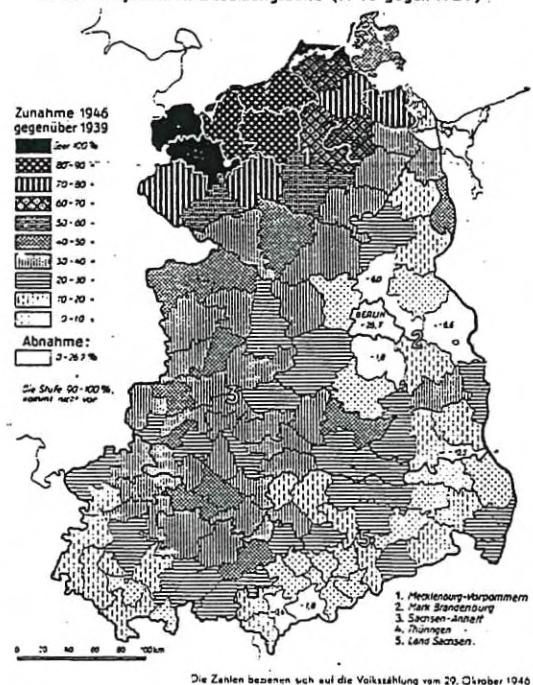
¹²⁷ Vgl. Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 356.

¹²⁸ Zank, aaO., 31. Vgl. zum statistischen Material den ANHANG am Ende der Arbeit. Die Angaben der Bevölkerungszahlen für die „SBZ“ 1939 schwanken zwischen einerseits 14,9 und 15,157 (ohne Berlin) und 16,745 Mio. Menschen andererseits.

1,35 (1939) und 1,7 (1945) auf über 2,1 Millionen bis 1946¹²⁹. Die Bevölkerungsdichte stieg von 1939 bis 1946 von 61,3 auf 93,3 Einwohner pro Quadratkilometer¹³⁰. Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung erreichte Ende 1945 36,6%, im August 1946 waren es 41,7 und im März 1949 46,5%¹³¹. Durch die Kriegsverluste und die Flüchtlingszahlen hatten sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung, die Alters- und Geschlechtsstruktur - ohnehin ungünstig entwickelt¹³². Letztere verschob sich stark zugunsten des weiblichen Bevölkerungsanteils.¹³³

Diese Veränderungen hatten Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotential. Zwar erhöhte sich der sog. wirtschaftliche Tragkörper¹³⁴ – für die ganze SBZ – zahlenmäßig um 1 Mio. Personen, er sank jedoch anteilmäßig um etwa 3,5% auf 66,5% der Gesamtbevölkerung. In Mecklenburg, das bereits 1939 unter dem Durchschnitt lag, reduzierte sich der wirtschaftliche Tragkörper deutlich um 10% auf 57,3%.¹³⁵ Unberücksichtigt der noch um mehr als 10% geringeren Quote bei den Flüchtlingen klappte die ‚Schere‘ von Arbeitskräftepotential zur gleichzeitig gewachsenen Gesamtbevölkerung hier weiter als in den anderen SBZ-Ländern auseinander und konnte „nur teilweise (quantitativ)“¹³⁶ durch den Anstieg der weiblichen arbeitsfähigen Bevölkerung ausgeglichen werden. Es mußten nun nicht nur weniger „Arbeitsfähige erheblich mehr Kinder und Greise ernähren als vor dem Krieg“¹³⁷, es oblag zudem dem in Mecklenburg vorherrschenden agrarischen Sektor die Versorgung der gesamten SBZ-Bevölkerung und der sowjetischen

Schwerpunkte
in der Veränderung der Besiedlungsdichte
in der sowjetischen Besatzungszone (1946 gegen 1939):



Die Zahlen beziehen sich auf die Volkszählung vom 29. Oktober 1946

¹²⁹ Vgl. *MLHA Min. Präs.* 1033, 1; 2,2 Mio. nach *Min. Präs.* 1032/1, 2.

¹³⁰ *MLHA Min. Präs.* 1033, 3. Zur Bevölkerungsdichte der Landkreise (am 19.7.1945) vgl. ANHANG, I f.

¹³¹ Vgl. Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 125 f.

¹³² Vgl. die Graphik in *Statische Praxis*, H.1, Januar 1949, 1.

¹³³ *Statistisches Jahrbuch der DDR*, Berlin 1955, 8 f.

¹³⁴ Vgl. ANHANG, II f.

¹³⁵ Vgl. ANHANG, III.

¹³⁶ Armin Moritz, aaO., 125. Reduzierte sich, wie gesagt, der wirtschaftliche Tragkörper um 10%, so sank der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung ‚nur‘ um 4,7%. Das Geschlechterverhältnis am wirtschaftlichen Tragkörper war 1939 beinahe ausgeglichen (♀: 50,5%), 1946 überwog der Frauenanteil mit 61,2%. Der Anteil der Frauen an der Erwerbsquote (= Zahl der Erwerbspersonen in % der Bevölkerung, hier incl. Erwerbslose) stieg ‚zonenweit‘ von 1939 36,7% auf 1946 45,2%; vgl. ANHANG.

¹³⁷ Zank, aaO., 34.

Truppen, was aufgrund der demographischen und der wirtschaftlichen Strukturveränderungen besondere Mühe bereitete.

Die berufliche Gliederung der Neubürger wurde 1947 von der Landesverwaltung als ungünstig für die Berufsstruktur der Bevölkerung bewertet, da nur ein geringer Teil aus den Mangelberufen (z.B. 5% Bauberufe) kam, sich jedoch ein hoher Anteil ungelernter Arbeiter (13,6%) unter ihnen befand. Immerhin entstammten 51,2% landwirtschaftlichen Berufen¹³⁸, was gut ins Gefüge Mecklenburg-Vorpommerns paßte, wo 1939 40,9% der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten, 1946 sogar annähernd 50%¹³⁹.

Vor dem Hintergrund des enormen Bevölkerungszuwachses, des abgeschnittenen Zonadsseins und der maschinell wie strukturell beeinträchtigten Produktionsbedingungen resümiert Zank für die Jahre bis 1948/49¹⁴⁰ dennoch korrekt, daß „im Vergleich zur Situation 1944 schließlich – und diese bestimmte die Ausgangslage – [...] die SBZ von Arbeitskräften geradezu überschwemmt [war]“¹⁴¹. Dieses Potential mußte versorgt und eingebunden werden, um wirtschaftliche, aber auch soziale Stabilität zu erreichen.

Landwirtschaftliche Produktionsbedingungen

Während der Dauer des zweiten Weltkrieges wurden auf dem Lande hunderttausende von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen als Ersatz für die zur Wehrmacht einberufenen Männer eingesetzt¹⁴². Das ermöglichte eine weitgehende Stabilisierung der landwirtschaftlichen Produktionserträge. Als mit Kriegsende der überwiegende Teil dieser Landarbeiter von den Bauernhöfen in Richtung Heimat aufbrach, hinterließen sie eine große Lücke, da viele der kriegsdienstleistenden Bauern häufig erst nach Jahren aus der Gefangenschaft zurückkehren konnten¹⁴³. Dieser Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft, der sich durch die Schrumpfung des Maschinenparks noch erhöhte, übte eine starke Sogwirkung auf

¹³⁸ Vgl. *MLHA Min.Präs.* 1032/1, 29.

¹³⁹ 49,1%. Vgl. *Statistische Praxis*, H.10, Okt. 1948, S.1 und H.12/1948.

¹⁴⁰ Seit dieser Zeit entschärft sich die Lage durch vermehrte Abwanderung in die Westzonen.

¹⁴¹ Zank, aaO., 57.

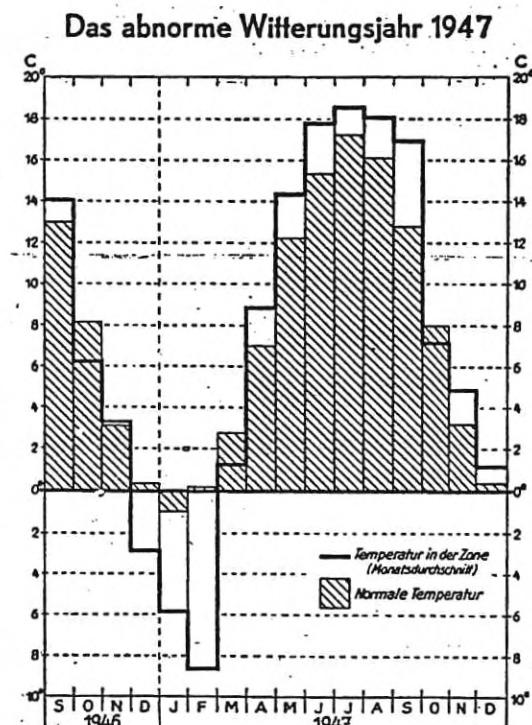
¹⁴² In Mecklenburg machten die über 100000 ausländischen Zwangsarbeiter mehr als 2/3 der gesamten Landarbeiterchaft aus, vgl. Schneider, *Landproletariat*, 22-33.

¹⁴³ Die sog. Displaced Persons (DPs), von denen trotz alliierter Vorstöße zu ihrer Repatriierung abertausende in Deutschland umherziehen, werden im Laufe des Jahres 1945 zu einem „gravierenden Sicherheitsproblem“ (Kleßmann). „Es gibt in manchen Gemeinden noch Ausländer, die trotz Aufforderung nicht in ihre Heimat abgereist sind. Sie haben sich dadurch von der Roten Armee losgelöst, sie ernährt sie nicht. Auch wir werden sie nicht ernähren. Deshalb versuchen sie sich durch Raub und Plünderung alles zum Leben notwendige zu verschaffen, oftmals unter Zuhilfenahme von gestohlenen Uniformen und Waffen. Sorgt dafür, daß in jeder Gemeinde des Nachts ein Nachtwächter auf Posten ist, nach Möglichkeit mit einem Blasinstrument ausgerüstet, damit er Alarm blasen kann, sobald ein Fuhrwerk sich dem Ort nähert“, Vorsitzender des Kreiskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe Waren an Konferenzteilnehmer, 1.12. 1945, *MLHA RdK Waren* 65.

die unter Arbeitslosigkeit¹⁴⁴, Wohnungs- und Lebensmittelangst leidenden Stadtbewohner, v.a. aber auf die Flüchtlinge aus. Diese stellten Ende 1945 schon 40% aller Landarbeiter in der SBZ und „fungierten damit in beschäftigungspolitischer Sicht [...] als ein mobiles und flexibles Reservepotential“, verstärkten auf Dauer allerdings auch die für die Nachkriegsgesellschaft typischen Verteilungskonflikte in den Dörfern¹⁴⁵. Die ab August 1945 tätigen „Arbeitseinsatzbehörden“ erfaßten u.a. die ehemaligen Mitglieder der NSDAP karteimäßig und führten sie „schweren körperlichen Arbeiten“ zu: „In den Monaten August bis September wurden über 400000 Arbeitskräfte für die Einbringung der Ernte bereitgestellt; in den Monaten Oktober bis November 160000 Arbeitskräfte für die Hackfruchternte und die Herbstbestellung“¹⁴⁶.

Ein starkes Absinken der Ernteerträge durch Kriegseinwirkungen und -folgen war dennoch über Jahre hinweg ein Menetekel drohender Versorgungskrisen. Durch rechtzeitige Aussaat vor der heranrückenden Kampffront konnte 1945 wenigstens eine – wenn auch um die Hälfte des durchschnittlichen Ertrages geringere – Ernte eingebracht werden. Auch 1946 erreichten die Durchschnittsernteerträge in Mecklenburg aufgrund von Saatgut- und Düngemittelangst nur etwa 55 (bei Wintergetreide) bis etwa 75 Prozent (bei Kartoffeln) der Menge von 1944¹⁴⁷. Daß Mecklenburg 1947 eine weitere Mißernte erlebte, lag neben den immer noch nachwirkenden Kriegsfolgen auch an den extrem ungünstigen Witterungseinflüssen. Von Dezember 1946 bis Februar

1947 lag die Lufttemperatur um 3,2 bis 8,8 Grad Celsius unter der durchschnittlich normalen Temperatur. Der Dezember hatte 24 Frosttage, der Januar 26, der Februar 28 und der März 1947 immer noch 18 Tage, an denen die Temperatur zeitweise unter 0°C sank¹⁴⁸. Ein



Auf Grund der monatlichen Angaben des Meteorologischen Zentralobservatoriums Potsdam. Die Lufttemperaturen ergeben sich als arithmetisches Mittel aus 17, ab Juli 1947 aus 22 Stationen unter 1000 m Seehöhe. Die „normale Temperatur“ beruht auf dem Durchschnitt der Jahre 1880 bis 1930.

¹⁴⁴ Die Arbeitslosenzahl betrug im Juni 1945 480000; *MLHA MdI*, Nr. 31, 53 f. Zur Arbeitsmarktpolitik vgl. Moritz, aaO., 129; Meinicke in: v. Plato/Meinicke, aaO., 65; Zank, aaO., 171.

¹⁴⁵ Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 127.

¹⁴⁶ „Tätigkeitsbericht der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern für die Zeit von Mitte 1945 bis Mai 1946“, 17.6.1946, in: *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46*, Berlin 1989, 273.

¹⁴⁷ *MLHA Min. Präs.* 1033, 22.

¹⁴⁸ *Statistische Praxis* 2.1948, 2.

zeitiger Frostbeginn verursachte hohe Auswinterungsschäden am Getreide. Wegen Saatgutmangels konnte ein großer Teil nicht neu bestellt werden, so daß eine erhöhte Brachfläche zu Buche schlug.¹⁴⁹

Die bis 1945 durch Gutswirtschaft geprägte Landwirtschaft Mecklenburgs war auf die Marktgetreideproduktion in großräumiger Wirtschaftsweise ausgerichtet. Die nach dem Kriegsende veränderten Rahmenbedingungen erforderten für die Nahrungsmittelversorgung den Übergang zu einer intensiven Produktionsweise: Nachdem 1939 63,5% der Ackerfläche mit Getreide und nur 9,4% mit Hackfrüchten bestellt wurden, nahm 1947 der Getreideanbau nur noch 58,6% der Ackerfläche in Anspruch, die Anbaufläche für Hackfrüchte wuchs gleichzeitig hingegen deutlich.¹⁵⁰

Der Ertrag ist abhängig von der Bodenbeschaffenheit des Landes, die in Mecklenburg sehr unterschiedlich ist. Der Norden verzeichnet einen größeren Anteil an Ackerland an der landwirtschaftlichen Nutzfläche, wogegen v.a. im Südwesten der leichtere Sandboden überwiegt. Der äußerste Osten und der Kreis Waren wiederum weisen größere Waldgebiete auf. Der ergiebigste Boden mit einer Ackerwertzahl von 50,5 ist im ‚Klützer Winkel‘ zwischen Wismar und Lübeck zu finden¹⁵¹. Von den 2,3 Mio. ha Gesamtfläche Mecklenburgs (1947) waren 1,5 Mio. ha landwirtschaftliche Nutzfläche (65%), davon 1,1 Mio. ha Ackerland¹⁵². Die landwirtschaftliche Nutzfläche hatte allerdings zonenweit kriegsbedingt um 18% abgenommen¹⁵³, fruchtbare Ackerland war vermint, durch Verteidigungsbefestigungen, Bomben- und Granattrichter zerfurcht oder durch den Einsatz schwerer Fahrzeuge und Panzer verdichtet. Der Viehmangel führte nicht nur zu Schwierigkeiten bei der Bewirtschaftung der Felder, sondern auch zu einer – durch schwere Arbeiten bei gleichzeitigem Futtermangel verursachte – Überbeanspruchung des noch verfügbaren Nutzviehs, das als Ersatz für nicht vorhandene Maschinen herhalten mußte und dadurch geringere Erträge lieferte¹⁵⁴. 10347 Pferde, aber auch – wenn diese nicht vorhanden waren – Vieh und Milchkühe waren 1946 in Mecklenburg zudem für Holztransporte für die Nutz-, Industrie- und Brennholzversorgung bereitzustellen¹⁵⁵. Im Kalenderjahr 1946 wurden ca. 3,5 Mio. Festmeter Derbholz aufgeschlagen, was 400% des normalen Einschlags und Raubbau am Waldbestand bedeutete¹⁵⁶. Diese hals-

¹⁴⁹ Vgl. Clement, aaO., 76.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., 73.

¹⁵¹ *MLHA Min.Präs.* 1032/1, 36. In Ueckermünde betrug die Ackerwertzahl 20,4, im Landesdurchschnitt lag sie bei 36,3; vgl. *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 603.

¹⁵² *MLHA Min.Präs.* 1034, 24.

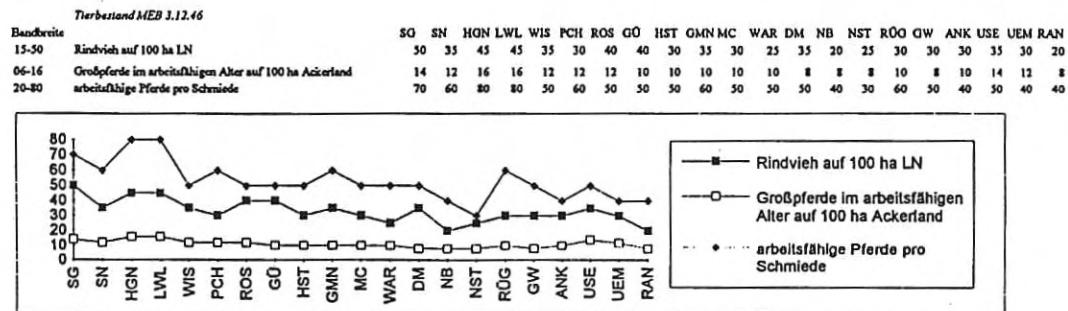
¹⁵³ Vgl. G. Grüneberg, aaO., 12, Anm. 5.

¹⁵⁴ Vgl. Clement, aaO., 36.

¹⁵⁵ SMAM-Befehl Nr. 87 vom 24.5.1946 (*MLHA Min.Präs.* 1463).

¹⁵⁶ Vgl. *MLHA Min.Präs.* 1032/1, 38.

brecherische, durch harte Strafmaßnahmen erzwungene Rundholzanfuhr, die unter den Bauern auf große Ablehnung stieß, führte nicht nur zu Verzögerungen bei der Ernte und Herbstbestellung¹⁵⁷, sondern vernichtete auch unzähliges lebendiges und totes Inventar der Landwirte.



Indes: Trotz all der beschriebenen und sicherlich gerade für die Neubauern nicht gering zu erachtenden Startschwierigkeiten waren es früher wie heute in durch „höhere Mächte“¹⁵⁸ bedingten Krisenzeiten (Krieg, Naturkatastrophen etc.) in erster Linie immer die politisch-ideologisch geschaffenen Rahmenbedingungen, die maßgeblich die landwirtschaftliche Produktion und die Gesinnung und Befindlichkeit der Bauern beeinflußten. Mit den Widrigkeiten der Natur hatten die Bauern gelernt, sich zu arrangieren.

Ernährungslage, Gesundheitszustand und Wohnungssituation

Durch ihre erzwungene Autarkisierung hatte die Landwirtschaft der SBZ, die „schon vor 1945 nicht fähig gewesen war, den gesamten Nahrungsmittelbedarf des Gebietes zu decken“¹⁵⁹, längerfristig in einem engen Nahrungsmittel Spielraum zu wirtschaften und sah sich kaum kurzfristig in der Lage, die Versorgung der angewachsenen Bevölkerung zu konsolidieren. Zudem hinterließen die „umfangreichen Entnahmen“¹⁶⁰ der sowjetischen Besatzungsmacht aus den Ertragsmengen eine nicht unerhebliche Versorgungslücke. Insbesondere die Heimatvertriebenen bekamen die Versorgungskrise zu spüren. Ihnen mangelte es häufig nicht nur an den elementarsten Bekleidungsstücken, sondern auch an Tauschwerten und -

¹⁵⁷ Arbeiteten die Bauern für die Rote Armee, war diese bereit, ihnen Futter- und Brotgetreide als Entlohnung zu geben (bei Holztransporten mit Pferdegespannen z.B. erhielten die Bauern je fm gefahrenen Holzes den Gegenwert für 1 kg Futterkorn), die eigene landwirtschaftliche Arbeit mußte jedoch ruhen.

¹⁵⁸ Diese etwas pathetische Formulierung soll den mentalen Umgang mit dem häufig als unbeeinflußbares Schicksal empfundenen politischen und gesellschaftlichen Zustand wiederspiegeln, wie er sich beispielsweise in dem quasi-religiösen Anruf „wenn doch nur unser gnädiger Herr wiederkehren möchte“, äußerte; *MLHA Min. Präs.* 554, Brief Schulz an Hoernle vom 19.11.1947. „Der wird's schon richten“, möchte man anfügen.

¹⁵⁹ Staritz, *Gründung*, aaO., 59.

¹⁶⁰ Moritz, aaO., 130.

möglichkeiten für eine über die knappe Bezugsscheinmenge hinausgehende Lebensmittelbeschaffung¹⁶¹.

Die ZEIT berichtete 1947 unter dem Motto „Vergeßt, was über Mecklenburg im Baedeker stand“:

„In Mecklenburg also, früher einem fetten stillen Bauernland, drängen sich die Menschen. Beispielsweise im Schloß Basthorst bei Crivitz: da wohnen 32 Familien, insgesamt rund 150 Menschen, in 32 Zimmern des Gebäudes. Aber jedes Zimmer hat einen Ofen, der den Familien selbst zu eigen gehört. Und die Siedler sagen, daß dies immerhin etwas sei. Im ganzen Kreise Parchim sind die Gutshäuser dicht belegt. Ländliches Wohnen, doch wenig Gelegenheit, Zusätzliches zu erhalten, weil das ‚Ablieferungssoll‘ der Bauern dort drüben scharf kontrolliert wird; offenbar schärfer, als dies in den Westzonen der Fall ist. Die Lebensmittel wandern in die Städte, so daß es beispielsweise in dem Dorf Dobbertin – es gehört zu den Dörfern, die seinerzeit besonders stark ausgeplündert wurden – keine Kartoffeln gab. Leider können aber die Städte, obwohl sie das ‚Ablieferungssoll‘ erfüllt sehen, sich gegenüber Mecklenburgs Landbevölkerung nicht entsprechend revanchieren. Keine Textilien, Neusiedler in Lumpen. Und der Pfarrer von Dobbertin läuft immer noch in seinen Kriegsgefangenenkleidern herum. Keine Schuhe: das ist besonders von Güstrow notiert, wo außerdem die Verkehrsmittel fehlen, die Schaffenden an die Arbeit zu bringen. Kirchgänger in Lumpen: so heißt es von Wismar, vom stark zerstörten Rostock heißt es, daß die Wohnverhältnisse schwierig sind; dennoch sind die Flüchtlingsdauerlager aufgelöst. Dies hat man immerhin geschafft in der stark zerstörten Stadt“¹⁶².

Der Grad der Lebensmittelversorgung, die zunächst von der SMA direkt gesteuert wurde¹⁶³, beeinflußte wesentlich das Stimmungsbarometer der Bevölkerung, wie die Berichte der Landräte an die Innere Verwaltung des Ministerpräsidiums zeigen: „Durch die [...] Mängel und Schwierigkeiten bei der Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel und die dadurch zwangsläufig verzögerte Verteilung an die Bevölkerung ist die Stimmung der breiten Masse nicht sonderlich erfreulich. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sich im nächsten Monat die ganze Lebensmittelbeschaffung besser eingespielt hat und die Bevölkerung die ihr von der SMA zugewiesenen Lebensmittel auch tatsächlich bekommt“¹⁶⁴. Diese und viele andere immer noch sehr euphemistisch gehaltene Situationsbeschreibungen bargen in sich schon die unausgesprochene Befürchtung einer längerfristigen Versorgungskrise. Die Nahrungsmittelmenge, die durch die von der SMA am 15.5.1945 zur geregelten Verproviantierung der

¹⁶¹ Vgl. ebd.

¹⁶² 20.11.1947, zit. n. Kleßmann/Wagner (Hg.), *Das gespaltene Land*, aaO., 62 f.

¹⁶³ Die Erfassung und Verteilung von Lebensmitteln funktionierte in den ersten Nachkriegsjahren in der SBZ aufgrund des strengen Ablieferungssystems „relativ am besten“, Werner Abelshauser, „Zur Entstehung der ‚Magnet-Theorie‘ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von H. Schlaue-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946“, in: VfZ 27.1979, 665.

¹⁶⁴ Brief des Hagenower Landrats vom 19.11.1945, *MLHA RdK Hagenow* 36, 5.

Bevölkerung eingeführten fünfstufigen Lebensmittelkarte¹⁶⁵ zugeteilt wurde, reichte kaum zum Leben.

Von der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Landes Mecklenburg waren nach Angaben des Ministeriums für Handel und Versorgung im Januar 1947 76,8% Lebensmittelkartenempfänger¹⁶⁶, davon annähernd ein Drittel auf Karte 5, im Volksmund „Sterbekarte“ genannt¹⁶⁷. In einem Bericht an einen sowjetischen Kreiskommandanten hieß es: „Durch die einseitige Ernährung der Bevölkerung, hervorgerufen durch den vollständigen Mangel an Fett, Zucker und Gemüse sowie durch die geringen Fleischzuteilungen, hat sich die gesundheitliche Lage der Bevölkerung bedenklich verschlechtert“¹⁶⁸.

Gerade Unterversorgung, Schwächung und die sanitären und hygienischen Verhältnisse der in Mecklenburg umherziehenden oder in Auffang- und Quarantänelagern untergebrachten Flüchtlinge forcierten auch unter der Altbevölkerung die Seuchen- und Epidemiegefahr. Das Staatliche Gesundheitsamt Hagenow ermittelte Anfang Dezember 1945 Typhus, Diphtherie und Tripper als häufigste Krankheiten¹⁶⁹. Auch wenn 1945 eine genaue statistische Erfassung der Typhus- und Fleckfieberfälle unmöglich war, so wurden zeitweilig 45000 Typhuskranke und 5000 Fleckfieberkranke vermutet¹⁷⁰. Durch den außergewöhnlich strengen Winter 1946/47 verdoppelte sich die Zahl der Tbc-Erkrankungen strichweise. 9% der 1947 in Mecklenburg Gestorbenen litten an Tuberkulose¹⁷¹. Im selben Jahr wurden 8800 neue Tbc-Kranke, 9100 an Gonorrhöe und Syphilis Erkrankte, 4770 Typhus- und 3740 Diphtherie-Fälle in den Krankenanstalten gezählt¹⁷². Seuchenherde bildeten sich vielfach dort, wo Menschen – „gänzlich verlaust, schlecht ernährt, voll Kräfte“¹⁷³ – auf engstem Raum zusammenleben mußten, z.B. in Notunterkünften wie Wohnbaracken, Nissenhütten, Bunkern, Wohnlauben, Wellblechbaracken, Bretterbuden, Erdhöhlen, Scheunen, Wohnwagen, Kellern,

¹⁶⁵ Karte 4 und 3 waren für Angestellte bestimmt, Karte 2 erhielten Arbeiter, Künstler, Ingenieure, Ärzte und Lehrer, Karte 1 bekamen Schwerarbeiter, Politiker, prominente Intellektuelle und Antifaschisten, die im KZ saßen.

¹⁶⁶ *MLHA Min. Präs.* 1034, 6.

¹⁶⁷ Vgl. Peter Bloch, „Hunger und „Russenplage“, in: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hg.), *DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945-1949*, Köln 1989, 10. Die für die nicht arbeitende Bevölkerung bestimmte Karte berechtigte zum Erhalt von 9 kg Brot, 600 g Fleisch und 210 g Fett.

¹⁶⁸ Auszug eines Berichtes an den sowjetischen Kreiskommandanten von Angermünde (Ende August 1945), zit. n. Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 14.

¹⁶⁹ *MLHA RdK Hagenow* 36, 20.

¹⁷⁰ Vgl. H.-U. Krellenberg, *Die Eingliederung der Umsiedler in das gesellschaftliche und politische Leben in Mecklenburg 1945-1949 (dargestellt an den Kreisen Parchim und Malchin)*, Phil. Diss. A Rostock 1971, 48.

¹⁷¹ *MLHA Min. Präs.* 1034, 8.

¹⁷² Ebd., 10. Zum Vergleich: 1946 wurden in der Britischen Zone 72,1 und in der Amerikanischen Zone 61,9 Diphtherie-, Tbc- und Typhuskrankungen auf 10000 Einwohner gezählt (vgl. Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 51), in Mecklenburg lag der Wert 1947 bei 82,4.

¹⁷³ Krellenberg, aaO., 74.

Gasthäusern, Fremdenheimen und sonstigen Lagern¹⁷⁴. Die Einrichtung von Lagern, die auch dazu dienten, die Seuchenherde zu isolieren, wurde in Mecklenburg im September 1945 begonnen und erreichte Ende November schon die Zahl von 98 mit einer Belegung von 200000 Personen bei einer Aufnahmekapazität von eigentlich nur 71000 Menschen¹⁷⁵.

Die Komplexität der Notlagen ist z.B. in den (etwas romantisierenden) Erinnerungen von Wilhelm Stenz erfaßbar, der im Frühjahr 1947 nach Leezen kam und eine 6 ha große Parzelle Land erhielt, daneben „aber hatte ich noch nichts, – kein Pferd, keine Kuh, keinen Ochsen, kein Schwein, keine Saat, nicht einmal eine Harke – nur die Hände. Meine erste Wohnung [...] befand sich im ehemaligen ‚Schloß‘. Es war ein Zimmer für mich und meine beiden Kinder. [...] Wir hatten zuerst kaum etwas zu essen und sammelten Wildfrüchte. Aber wir haben uns in den ersten Wochen durchgeschlagen, wenn auch sehr kümmerlich. [...] Im Winter 1948 war mein Haus rohbaufertig“. Aber es gab „z.B. keine Dachnägel. Ich stellte sie mir [nachts] selbst her. [...] Am Tage hatte man dafür keine Zeit“¹⁷⁶.

Auf die – bereits oben beschriebene – kriegsfolgebedingte Wohnungsnot addierte sich der aus der während des Krieges eingeschränkten Bautätigkeit resultierende Fehlbetrag. Während zwischen 1933 und 1938 auf dem Gebiet der späteren SBZ noch nahezu 400000 Wohnungen entstanden waren, wurden in der Zeit von 1939 bis 1943 nur noch wenig mehr als 100000 Wohnungen erbaut¹⁷⁷. Für viele der durch die Bodenreform neu angesiedelten Familien blieb die Wohnungsnot bis in die 50er Jahre ein Dilemma, das der zuständige mecklenburgische Vizepräsident 1946 wie folgt einordnete: „Die dringendste Frage ist neben der Viehbeschaffung, daß unsere Bauernkollegen im Laufe dieses Sommers ein Dach über den Kopf bekommen“¹⁷⁸.

2. „Du bist Kommunist, Du kennst die Politik unserer Partei“ – Besatzung und Klärung der Machtfrage

Gegen Kriegsende befanden sich insgesamt 2½ Mio. sowjetische Soldaten – unter ihnen Besatzungsverwaltung und Deutschlandexperten – westlich von Oder und Neiße. Zonenweit entstand auf Kreis-, Stadt- und Bezirksebene „ein dichtes Netz von Kommandanturen“¹⁷⁹,

¹⁷⁴ Vgl. Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 52.

¹⁷⁵ *MLHA Ministerium für Sozialwesen* 31.

¹⁷⁶ *MLHA Nachlaß BPA Schwerin* V5/237.

¹⁷⁷ Vgl. Meinicke in: von Plato/Meinicke, aaO., 45.

¹⁷⁸ Rundschreiben Warnkes an alle Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe vom 10.4.1946, *MLHA MLF* Nr. 3213, 9 f.

¹⁷⁹ Jan Foitzik, „Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Organisation und Wirkungsfelder in der SBZ 1945-1949“, in: *APuZ* B 11/90, 9.3.1990, 45.

denen in der ersten Besetzungsphase, d.h. nach der militärischen Einnahme einer Stadt- oder Kreisverwaltung die Verwaltungshoheit oblag.

Die Zahl der Besatzungstruppen wurde 1946 auf 700000, 1947 auf 300000 abgebaut, 1948 infolge der Berlin-Krise jedoch wieder auf 600000 Mann aufgestockt.¹⁸⁰ Den nicht aus der SBZ abgezogenen Truppenteilen der Roten Armee (Gruppe Sowjetischer Streitkräfte in Deutschland – GSSD¹⁸¹) fiel im Rahmen der sowjetischen Besatzungspolitik – wie es sowohl in der westlichen Forschung als auch in der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung rückblickend, politisiert und komprimiert hieß – die Aufgabe zu, die systematische Umgestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der SBZ mit dem Ziel des Aufbaus einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu sichern¹⁸².

SMAD

Nach dem faktischen Untergang des Deutschen Reiches als Subjekt des Völkerrechts und auf Grundlage der Vereinbarungen der alliierten Siegermächte¹⁸³ löste am 9. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ihren Oberbefehlshaber der Truppen als oberste Regierungsgewalt im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab. Die SMAD besaß bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1949 als oberste exekutive, legislative und judikative Instanz „die ökonomische, soziale, politische und kulturpolitische“¹⁸⁴ Autorität und war während dieser Zeit mit ca. 50000 Bediensteten die „zentrale Agentur der sowjetischen Interessen“¹⁸⁵, sie besaß natürlich auch die „Rechtsetzungsfunktion zur Verwirklichung grundlegender alliierter Beschlüsse“¹⁸⁶ in der SBZ. Ihre „herausgehobene staatsrechtliche Stellung“¹⁸⁷ erlaubte es der SMAD, gestalterisch und kontrollierend unmittelbaren Einfluß auf die Formierung des politischen Systems zu nehmen. Der organisatorische Aufbau der SMAD entsprach in der funktionellen Gliederung der Ressorts dem des Kontrollrats¹⁸⁸. Anfang Juli wurden zur unmittelbaren Einwirkung auf die sich bildenden deutschen Gebietskör-

¹⁸⁰ Ebd., 44 f.

¹⁸¹ DDR-Handbuch, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, 499 f.

¹⁸² Autorenkollektiv unter der Leitung von Karl-Heinz Schöneburg, *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945-1949*, Berlin 1983, 35.

¹⁸³ „Erklärung auf der 1. Sitzung der Alliierten Kontrollkommission am 5. Juni 1945 in Berlin“, in: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949*, Berlin 1968, 43 ff.

¹⁸⁴ Weber, *DDR 1945-1990*, aaO., 5.

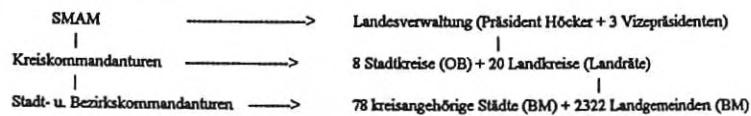
¹⁸⁵ Jan Foitzik, Befehls- und Kommunikationsstruktur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Köln 1993, 324.

¹⁸⁶ Jan Foitzik, „SMAD“, in: *SBZ-Handbuch*, 9.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Vgl. Staritz, *Gründung*, aaO., 45.

perschaften die fünf Länder- bzw. Provinzverwaltungen der SMAD gebildet (in Mecklenburg: SMAM), einen weiteren Monat später zwölf bzw. 14 Bezirkskommandaturen – drei in Mecklenburg und Pommern: Schwerin, Güstrow, Stettin – und die Kreiskommandanturen¹⁸⁹. Für das Land Mecklenburg wurden also am 9. Juli 1945 vom Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung und dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Marschall Shukow, mit dem Befehl Nr. 5 zum Chef der SMAM Generaloberst Fedjuninski, der ab 1943 Befehlshaber der 2. Stoßarmee war, und zum Stellvertretenden Chef der SMAM in Zivilangelegenheiten Generalmajor Skosyrew ernannt¹⁹⁰. Letzterer, ein ehemaliger Parteifunktionär, leitete die eigentlichen Aufgaben der Besatzungsadministration.



Die SMAD teilte sich in der SBZ – typologisch – mithilfe von „dirigistische[n], interventionistische[n] und konsultative[n] Einflußformen“¹⁹¹ mit. Sie war Aufsichtsbehörde – jedoch nicht immer direkter Ansprechpartner¹⁹² – der gesamten deutschen Verwaltung sowie der politischen Parteien und Massenorganisationen und ihrerseits formal ein nachgeordnetes Organ des Rates der Volkskommissare/des Ministerrates der UdSSR unter Stalins Leitung. Die fachliche Richtlinienkompetenz lag bei den „parallelen Institutionen des sowjetischen Staats- und Parteiapparates“¹⁹³. So unumstritten, herausgehoben und ausschließlich, wie es hier erscheinen mag, stellte sich die organisatorische Entwicklung und der rechtsförmliche Rahmen der SMAD allerdings nicht von Anfang an dar. Die Konkurrenz separater Organe (wie z.B. des Kriegsrates), Befehlswege und „protektionistische Eigenmächtigkeit untergeordneter

¹⁸⁹ Vgl. Foitzik, in: *APuZ* B 11/90, aaO.

¹⁹⁰ *MLHA Min. Präs.* 1458, 14.

¹⁹¹ Foitzik, in: Schönhoven/Staritz, aaO., 325. Foitzik benennt mit *Dirigismus* Befehle, mit *Intervention* direkte Zusammenarbeit und mit *Konsultation* eine „kaschierte“ Befehlsausgabe.

¹⁹² „Die zur Gewährleistung der angestrebten ‚Einheitlichkeit der Planung und Lenkung‘ erforderlichen Konzultationen fanden in den Ländern auf den parallelen Fachebenen der SMAD und der Ministerien durch Gruppen- und Unterabteilungschefs statt. Erst wenn keine Klärung möglich war, wurde auf deutscher Seite der vorgesetzte Chef eingeschaltet. Ein Vortragsrecht bei der SMAD hatte jedoch nur der Ministerpräsident oder seine Vertreter [...] Der Umgangston zwischen ostdeutschen Beamten und sowjetischen Offizieren hing in einem hohen Maße von der Kunst ab, eine richtige Atmosphäre zu schaffen [...] Besprechungen mit der SMAD [sollten] erst dann aufgenommen werden [...], wenn zwischen beiden Seiten eine grundsätzliche Übereinstimmung erreicht worden sei, da es sonst erfahrungsgemäß zu einem Diktat seitens der SMAD komme.“ Foitzik, in: Schönhoven/Staritz (Hg.), 348 f.

¹⁹³ Ders., in: *SBZ-Handbuch*, 39.

SMAD-Instanzen¹⁹⁴ führten zu einer symptomatischen „partielle[n] Dysfunktion“, was sich jedoch auch – folgt man Foitzik – als „leistungssteigernde[r] Faktor[]“ erweisen könnte¹⁹⁵.

Stärker als es in der bisherigen Forschung angesprochen wurde, können gerade anhand der Startphase der Nachkriegsverwaltung und -politik Handlungsspielräume unterhalb der für (zeitgenössische) Außenstehende scheinbar starren ordnungspolitischen SMAD-Bürokratie aufgezeigt werden. Wenn der Mai 1945 auch das abrupte Ende nationalsozialistischer Herrschaft bedeutete, der Zeitpunkt dieses Herrschaftsendes zudem in beiden deutschen Staaten als Neubeginn der jeweils positiv belegten Staatsform verstanden wurde, so besaßen die Zeitgenossen – insbesondere die nun politisch handelnden – noch eine andere ‚Welt-sicht‘, die sich nicht von einen auf den anderen Tag veränderte: Trotz bereits jahrelang bestehender Nachkriegsplanung und damit verbundener zukünftiger Interessenpolitik und -strategie war Deutschland auch mit Kriegsende im Bewußtsein der Sieger immer noch der militärisch aggressive, menschenverachtende, undemokratische, potentiell bedrohliche, terroristische Feindstaat – der besonders die Sowjetunion verwüstet hatte¹⁹⁶. So war Deutschland zwar mehrfach besetzt, wurde aber doch einheitlich betrachtet. Die über ideologische Grenzen hinaus ähnlich waltenden und strukturierten Militär- und Kommandobürokratien, die kriegsbedingt in allen Ländern eher staatsgelenkte Wirtschaftsweise und das durch den gemeinsamen Feind reduzierte öffentliche Meinungsspektrum drängten die latenten Gegensätze, die sich in Friedenszeiten wieder stärker hervorkehren würden, in den Hintergrund; das Gefühl des Sieges nach beinahe sechsjährigem Krieg in Europa schweißte die Alliierten bei allen bestehenden ideologischen Gegensätzen zunächst einmal enger zusammen. Die ‚Teilung der Welt‘ und somit die Teilung Deutschlands war nur *eine* Option für eine Nachkriegsgeschichte¹⁹⁷, besonders, da die nun anstehenden neuen, nicht-militärischen Aufgaben nach alliierter Vorstellung und gemeinschaftlicher formaler Absprache gleichermaßen alliierter wie zonaler Politik unterworfen gewesen wären. Erst mit dem Auftreten immer un-nachgiebigerer Antagonismen, aber auch Vorbehalte und Mißverständnisse im Verhältnis Ost

¹⁹⁴ Foitzik, in: Schönhoven/Staritz, aaO., 347.

¹⁹⁵ Ders., in: SBZ-Handbuch, 10.

¹⁹⁶ Als Indiz dafür kann die in den Aufzeichnungen Wilhelm Piecks vorhandene Äußerung (Marschall Shukows) zu den „Exzessen der Rotarmisten“ gelten: „Gefühl bei R[ote] A[rmee], daß dtsch. Volk nicht demokratisch – nicht umgestellt – Feind der SU“, in: Badstübner/Loth, aaO., 54.

¹⁹⁷ Vgl. hierzu Wilfried Loths Band *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955*, München 1990. Die für die Bewertung wichtige Implikation einer ‚guten‘ westlichen und einer ‚bösen‘ kommunistischen Welt stand häufig der Einsicht im Wege, daß auch demokratisch verfaßte Staaten Machtpolitik betreiben (können).

– West, begann die eigenständige Handlungskompetenz der jeweiligen Besatzungsmacht zu dominieren.

An dieser Stelle sollen die hieran anschließenden Konzeptionen und Optionen sowjetischer Deutschlandpolitik – die Wilfried Loth jüngst (wieder) zum Streitgegenstand der historischen Forschung werden ließ – thematisiert werden, da die im folgenden betrachtete Entwicklung der Agrarpolitik und -verwaltung nicht ohne diesen „Überbau“ verortbar wäre¹⁹⁸.

Sowjetische Deutschlandpolitik

Die Thesen Loths werden – das ist erfreulich – erst einmal ohne eine von vornherein antikommunistische Zielrichtung und unter Ausblendung des Wissens um den weiteren Verlauf vorgebracht. Die hauptsächlich herangezogenen Aufzeichnungen Wilhelm Piecks – die durch ihren Paraphrase-Stil sehr auslegungsbedürftig sind – veranlassen Loth, seine bereits in vorherigen Arbeiten gemachten Thesen zu Möglichkeiten *neben* einem konsequenten Weg in einen sozialistischen deutschen Teilstaat zu unterstreichen. Zusammen mit der Neuinterpretation bekannter Quellen ergibt das eine stringente Argumentation, die zeigen kann, daß „Stalin tatsächlich eine Demokratisierung Deutschlands unter der Obhut der vier Siegermächte betrieb und nur infolge der Unfähigkeit der Kommunisten, sich an demokratische Spielregeln zu halten, bei dem sozialistischen Teilstaat landete“¹⁹⁹. Dadurch, daß Stalin in allen Fragen die letzte Entscheidungsbefugnis zustand, konnten aber auf unteren Ebenen, wie z.B. in der SBZ, in auf diese Art zwangsläufig freigewordenen politischen Handlungsspielräumen von Stalin abweichende Positionen zur Durchsetzung gelangen. Den vor Ort Handelnden lag durch ihre Ausbildung zu kommunistischen Kadern eine Vorgehensweise in den Kategorien von „Klassenkampf“ und „Feindbild“ näher als Demokratie. Differenzen zwischen dem „ideologisch keineswegs [...] festgelegt[en]“ Stalin²⁰⁰ und den auf einen sofortigen Übergang zum Sozialismus fixierten „machthungrigen deutschen Kommunisten“ und „sowjetische[n] Apparatschiks“ waren demnach ausschlaggebend für die „kontraproduktive“ Entwicklung²⁰¹. Wesentlich war zudem die Zurückhaltung Stalins in alliierten Verhandlungen aufgrund seines „großen Respekt[s] vor den Westmächten“²⁰², seine also eher *reagierende* Politik, dazu die Angst vor einem Zusammengehen des westlichen mit dem deutschen Ka-

¹⁹⁸ Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, aaO.; ders./Badstübner, aaO.

¹⁹⁹ Wilfried Loth, „Ziele sowjetischer Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg“, in: Schönhoven/Staritz, aaO., 304.

²⁰⁰ Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, aaO., 34.

²⁰¹ Henning Köhler, „Stalin: ein deutscher Demokrat“, in: FAZ, Nr. 177 vom 2.8.1994, 8.

²⁰² Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, aaO., 26.

pital²⁰³. Die Sowjets verfolgten zwei politische Wege, die sich nicht ausschließen sollten: zum einen ein „Minimalprogramm“ zur Propagierung und Erreichung der Einheit Deutschlands, zum anderen ein „Maximalprogramm“ eines besonderen deutschen, demokratischen Weges zur Arbeitermacht mit der Perspektive des Sozialismus²⁰⁴. Als wichtigste deutsche innenpolitische Aufgabe betrachtete es Stalin neben der „Säuberung des Staatsapparates“²⁰⁵, die „Macht der Rittergutsbesitzer [zu] brechen“²⁰⁶.

In gewissem Gegensatz dazu steht jedoch die *faktische* Dimension der Herrschaftsausübung. Loth sieht sie als ein von den Sowjets eher unbeabsichtigtes Ergebnis eigenen Unvermögens²⁰⁷, was zum einen allerdings der zeitgenössische Beobachter (ohne heutiges Quellenwissen) kritischer beurteilte²⁰⁸, was die Quelle zum anderen vielfach selbst nicht bezeugen könnte²⁰⁹ und was sich schließlich durch die kompromißlose, von der Verwaltung, über die Wirtschaft und die Politik bis in das tägliche Leben der Menschen undemokratisch konzipierte Vollzugspraxis sowjetischer Deutschlandpolitik manifestierte. Die Stalinsche, sowjetische und kommunistische Politik war nicht demokratisch, sondern autoritär-administrativ – wie es auch dem Klima während der in den Pieck-Aufzeichnungen skizzierten Besprechungen mit Stalin entsprach. Eine demokratische Meinungsfindung wurde auf keiner Ebene wirklich gesucht (sie wurde auch nicht gebraucht), Konzepte und Programme wurden oktroyiert und der Unterschied zwischen dem sowjetischen System und einer parlamentarischen Demokratie war den Agierenden stets bewußt, wurde von ihnen häufig thematisiert.

Das alles schließt natürlich Differenzen in den Vorstellungen der beteiligten Handelnden nicht aus. Der streng hierarchisch gegliederte Entscheidungsweg, der sukzessive deckungsgleich auf die Möglichkeiten politischer Partizipation übertragen wurde, und die kommuni-

²⁰³ Ebd. 16, 22.

²⁰⁴ „Bericht Walter Ulrichts über eine Beratung bei Stalin am 6.2.1946 um 9 Uhr abends“, in: Badstübner/Loth, aaO., 68.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ „Beratung am 4.6.1945 um 6 Uhr bei Stalin, Molotow, Shdanow“, ebd., 50.

²⁰⁷ „... sowohl die sowjetischen Besatzer als auch die deutschen Kommunisten [bleiben] einen dichotomischen Klassenkampf-Denken verhaftet [...], das sie hindert, die Realität im besetzten Deutschland adäquat zu erfassen, und sie zugleich dazu verleitet, demokratische Spielregeln, die sie nach der Stalinschen Konzeption einführen sollen, selbst immer wieder zu verletzen“, in: Badstübner/Loth, aaO., 25.

²⁰⁸ Konrad Adenauer, ein zugegebener dezidierter Antikommunist, schreibt schon am 31. Oktober 1945 in einem Brief an den Duisburger Oberbürgermeister Weitz: „Rußland hat in Händen: die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs. Rußland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist eine Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.“ In: Manfred Overesch, *Die Deutschen und die Deutsche Frage 1945-1955. Darstellung und Dokumente*, Düsseldorf 1985, Dok. Nr. 10, 65.

²⁰⁹ Zum Beispiel: Das strategische Ziel Sozialismus ließ den „demokrat. Weg“ nur als Übergangsphase zu (Badstübner/Loth, aaO., 68). Im Juli 1946 wurde des weiteren auf einer deutschlandpolitischen Besprechung gefordert, die „Schlagkraft der Partei [zu] verstärken“, weil sie die „staatliche Kraft werden [muß]“ (ebd., 75).

stische resp. sowjetische Definitionsmacht für alle Lebensbereiche ließen jedoch Kritik und Alternativen in reglementierten und kontrollierten, „mono-organisatorischen“²¹⁰ Bahnen verlaufen. Ein parlamentarisch-demokratisches, unabhängiges System, in dem die Kommunisten der Gefahr einer Nichtbeteiligung an der Macht ausgesetzt gewesen wären, war für Stalin keine denkbare Option, da er so womöglich schon bald den Einfluß auf deutsche Politik und wirtschaftliche Ressourcen verloren hätte²¹¹.

Die Frage nach den Handlungsspielräumen in der sowjetischen Deutschlandpolitik ist für unser Thema insofern von Bedeutung als die anscheinend tatsächlich bestehende Spannbreite in der Vorstellungswelt und den Deklarationen der Politikgestalter Anknüpfungspunkte bieten konnte sowohl für eine Verständigungspolitik im Äußeren, als auch für eine gesamtdeutsche Perspektive, als auch für die Etablierung einer auf Partizipation beruhenden demokratischen Entwicklung²¹². Der Moskauer Historiker Alexej Fillitow hat beim Studium der Akten des sowjetischen Ministeriums des Äußeren feststellen können, daß es – ähnlich wie bei den USA – divergierende Pläne zur Nachkriegsgestaltung Deutschlands gab; allerdings sah kein Plan ein einheitliches oder zerstückeltes *kommunistisches Deutschland* vor²¹³.

Entscheidend war jedoch – und dieser Punkt wäre die für die Lebenssituation der Menschen wichtige Erweiterung der Aussagen von Loth –, daß die *Praxis* der Sowjets in der SBZ eine demokratische Entwicklung untergrub und im Westen auf Ablehnung stieß²¹⁴. So ‚gut marxistisch‘ wie das Sein das Bewußtsein bestimmte, gebot die Praxis der Herrschaft im Innern über die Befindlichkeit der Menschen; und die „verbal auf antifaschistische, de facto jedoch

²¹⁰ Meuschel, *Legitimation*, aaO., 41.

²¹¹ Zur Notiz Piecks „Gefahr – Österreich“ aus einer Information Ulbrichts vom 22.12.1945 schreibt Badstübner: „Im Ergebnis der unerwarteten, katastrophalen Wahlniederlage der österreichischen KP entstand ein ‚Österreich-Syndrom‘, das sich in der Politik von KPdSU/SU und KPD fortan deutlich bemerkbar machte“, in: Badstübner/Loth, aaO., 62.

²¹² Es gab ein großes Potential an Kräften, die aus unterschiedlicher Motivation ‚ein neues Deutschland bauen‘ wollten. Beispiele sind die spontan gegründeten antifaschistischen Ausschüsse, aber auch das neue Verwaltungspersonal, das durch die umfassende Entnazifizierung ungewöhnliche Aufstiegschancen besaß. Die jahrelange sowjetische Propaganda für Einheit, Frieden, Antifaschismus und Demokratie machte sich dieses Potential zunutze, ohne den propagierten Weg realpolitisch einzuschlagen.

²¹³ WDR III, „Zeitfragen – Streitfragen“, 17.7.1994, 11.30-12.00 Uhr. Die Gewichtung der sowjetischen Interessen legte als erstes Ziel die Bewahrung der neuen Grenzen von 1945 fest, als zweites Ziel den Zugriff auf das Uran und das dazugehörige *know-how* aus Sachsen und Thüringen als Reparationsleistungen.

Vgl. zu den in der Diskussion der Loth-Thesen wenig theoretisch reflektierten Demokratiekonzeptionen Kapitel III dieser Arbeit.

²¹⁴ Abgesehen davon gab es während der ersten Nachkriegsjahre noch Initiativen bei den Westmächten, sich auf eine ‚Viererregelung‘ für ein einheitliches Deutschland einzulassen. Zu dieser Zeit wollte allein Frankreich unter allen Umständen ein einheitliches Deutschland verhindern und an den Zerstückelungsplänen festhalten. (Loth, in: WDR III, „Zeitfragen – Streitfragen“, aaO.)

sehr bald auf sowjetsozialistische Umstrukturierung ausgerichtete Transformationspolitik hatte dabei immer auf die sowjetische Deutschlandpolitik Rücksicht zu nehmen²¹⁵.

Landesverwaltung

Durch die als allmächtig erlebte Entscheidungsgewalt der SMAD wurden die Landesregierungen und -parlamente in der SBZ in die Rolle von reinen Ausführungsorganen und Akklamationsgremien gedrängt²¹⁶. Die Landesverwaltung, der sich die SMAM in einem Gebäudekomplex direkt vis-à-vis eingerichtet hatte, unterstand bis zur Landtagswahl vom 20. Oktober 1946 überhaupt keiner parlamentarischen Kontrolle, obwohl gerade in dieser Phase, mit der Bodenreform, der Entnazifizierung und der politischen Säuberung der Wirtschaft, entscheidende gesellschaftspolitische Weichen gestellt wurden²¹⁷. Die 1945/46 eindeutig eine Minderheit darstellenden Kommunisten wurden von Anfang an mit den wichtigsten Funktionen innerhalb der Landesverwaltung betraut, während die Sozialdemokraten in leitenden Positionen auffallend unterrepräsentiert blieben²¹⁸. Ihre enge Verbindung zur SMAD verlieh der KPD [] eine weit über ihre zahlenmäßige Stärke und ihren tatsächlichen Rückhalt in der mecklenburgischen Bevölkerung hinausgehenden Einfluß auf die politische Entwicklung des Landes²¹⁹. So konnte insbesondere bei der Neubesetzung des öffentlichen Dienstes politisch erwünschtes Personal eingeschleust werden, wobei fachliche Auswahlkriterien dabei häufig in den Hintergrund traten:

Eines Tages erklärte mir Genosse Gustav Sobottka: „Du wirst eine Funktion in der neuen Landesverwaltung, die wir demnächst bilden werden, übernehmen. Halte dich bereit, morgen werde ich dich den anderen Kandidaten vorstellen.“ Ich war unangenehm überrascht. [...] Als ich dann hörte, daß ich die Ressorts Volksbildung, Kultur, Justiz und Gesundheitswesen übernehmen sollte, protestierte ich laut: „Nein, das kann ich nicht. Ich bin Bergmann mit achtklassiger Schulbildung. Eine deutsche Universität habe ich noch nicht von innen gesehen, die Justiz kenne ich nur von der Angeklagtenseite her, und das Gesundheitswesen ist mir nur noch durch die Gesundbeter-Ärztekommision in Erinnerung. Zudem kenne ich Mecklenburg überhaupt nicht []“ Aber Gustav Sobottka, Kurt Bürger und andere Genossen belehrten mich nicht gerade sanft eines anderen. „Du bist Kommunist, du kennst die Politik unserer Partei, die Partei hält dich für diese Aufgabe geeignet, also führe den Parteiauftrag durch.“ So wurde ich nun Mitglied der Landesregierung²²⁰.

²¹⁵ Meuschel, *Legitimation*, aaO., 41. Diese von Staritz aufgegriffene Unterscheidung zwischen Transformationspolitik und Deutschlandpolitik ermöglicht eine differenziertere Betrachtung der Strategien von Innen- und Außenpolitik.

²¹⁶ Deutscher Bundestag, *Bericht der Enquete-Kommission*, aaO., 20.

²¹⁷ Barbara Fait, Mecklenburg (-Vorpommern), in: *SBZ-Handbuch*, 111.

²¹⁸ Ebd. 113.

²¹⁹ Ebd. 112.

²²⁰ Gottfried Grünberg, *Vereint sind wir alles*, Berlin 1966 [oder: Als Mitglied der Gruppe Sobottka im Einsatz, 616-633, hier 627].

Trotz der zersetzenden Widrigkeiten, die 12 Jahre Verfolgung, Exil und Untergrund mit sich brachten, war die KPD in der SBZ also schon bei ihrer Gründung zum Herrschen prädestiniert. Nicht nur, daß die weltanschauliche Basis die Kommunisten in einem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands politisch begünstigte²²¹, auch die idealistisch-ideologische Überzeugung der Genossen, den wissenschaftlich fundierten ‚Königsweg‘ der Geschichte zu beschreiten und dazu die rigorose macht- und kampfpolitische Vorgehensweise, daß der Stärkere gewinne – die die simple Grundlage für eine neue Diktatur auf deutschem Boden bilden sollte –, ließ die kompromißlose KPD rasch zur führenden Macht werden. Nicht noch einmal sollten Faschisten oder Kapitalisten, Junker und Militärs die ‚Menschenkinder‘ unterdrücken dürfen; „Du mußt steigen oder sinken, du mußt herrschen und gewinnen, oder dienen und verlieren, leiden oder triumphieren, Amboß oder Hammer sein!“²²²

²²¹ „Wer aber sollte die Bevölkerung dazu [zum Aufbau, J.M.] aufrufen und führen, wenn nicht die Arbeiterparteien? Die sowjetische Kommandantur würde eine solche Mitarbeit sehr begrüßen und unterstützen. Die sowjetischen Genossen seien Vertreter eines Arbeiter-und-Bauern-Staates und an der Einheit der deutschen Arbeiterklasse interessiert“; aus: Gottfried Grünberg, *Als Mitglied der Gruppe Sobottka im Einsatz*, 619.

²²² Diesen Vers Johann Wolfgang von Goethes machte sich beispielsweise Bernhard Quandt – Kommunist, KZ-Häftling, Landrat, Minister, Ministerpräsident – zum Motto.

III. „Demokratisierung des Dorfes“ – Die Transformation der bäuerlichen Gesellschaft

Der Umstand, daß die mitteleuropäischen Demokratien widerstandslos zusammengebrochen waren und daher grundsätzlich nicht in der Lage zu sein schienen, den Faschismus aufzuhalten, überlagerte die „Erfahrung, daß Kommunismus und Demokratie unvereinbar waren“²²³. Eine antifaschistische, von einem ‚Block der kämpferischen Demokratie‘ – in den auch das nationale Bürgertum einbezogen werden konnte – getragene Demokratievariante erschien vielen als praktikabler Weg, um „über die weltanschaulichen und politischen Unterschiede hinweg“ überhaupt noch eine Demokratie möglich zu machen²²⁴. Im Sinne einer – der eigenen – Partei formulierte Ulbricht den Grund für eine ‚Demokratisierung‘ als Strategie: „Die Demokratisierung im Dorfe muß durchgeführt werden, damit die demokratischen Bauern und ihre Ausschüsse im Dorfe bestimmen“²²⁵. Solange allerdings die Junker ihre „Herrenstellung im Dorf“ behalten würden, könne sich das „demokratische Leben im Dorf“ nicht entwickeln²²⁶.

Der Horizont politischer Betätigungsfelder stellte sich für den typischen mecklenburgischen Landbewohner zu Kriegsende sehr beschränkt dar. „Der Landwirtschaft in den Gebieten mit typisch junkerlichem Großgrundbesitz [hafteten] noch feudale Züge an. Besonders das mecklenburgische Dorf war zurückgeblieben. Einklassenschulen sowie ein äußerst rückständiges Versorgungs- und Verkehrssystem gaben hier dem Dorf das Gepräge. Vielfach lebte man in diesen Dörfern sogar noch mit der Petroleumlampe“²²⁷. Die Einschätzung, daß eine „grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Zustände auf dem Lande [...] aus politischen, ökonomischen und sozialen Gründen notwendig“²²⁸ war, teilten selbst Kritiker des ostdeutschen Regimes²²⁹. Für Ulbricht, für den zwischen der Entwicklung der Demokratie und der Arbeitsmoral ein „ganz enger Zusammenhang“ bestand²³⁰, hing diese Veränderung „von der

²²³ Antonia Grunenberg, *Antifaschismus – ein deutscher Mythos*, Reinbek 1993, 89.

²²⁴ Vgl. Horst Laschitzka, *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD*, Berlin 1969.

²²⁵ Walter Ulbricht, „Der Plan des demokratischen Neuaufbaus. Aus der Rede auf der ersten Reichskonferenz der KPD in Berlin 2. und 3. März 1946“, in: ders., *Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945*, Berlin 1959, 37.

²²⁶ Ders., „Die demokratische Bodenreform – ein ruhmreiches Blatt in der deutschen Geschichte. Zum 10. Jahrestag der Bodenreform 1955“, in: ders., *Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik*, Bd. I, Februar 1945-Mai 1958, Berlin 1961. 115.

²²⁷ Grüneberg, aaO., 9.

²²⁸ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 18.

²²⁹ So z.B. J. Peter Nettl, *Die deutsche Sowjetzone bis heute*, Frankfurt/M. 1953, 43, 152.

²³⁰ Vgl. Alf Lüdtke über die Arbeit als Fundament des Neuaufbaus („Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten“), in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 190 f. Lüdtke referiert, daß „gutes Arbeiten“ als moralische Größe einen

Frage der Kader, von der Frage der Umerziehung der Menschen, von der schnellen Heranziehung neuer Kräfte“ ab²³¹. Die kommunistische Demokratisierungskonzeption suchte somit durch die Verbindung von Umstrukturierung, Mobilisierung, Dominierung und Unterweisung demokratische Zustände zu erreichen, korrekt nach ihrer tautologischen Definition von Demokratie, die als „Herrschaft des Volkes [die] freie Entfaltung aller gesunden Kräfte und freiwillige Einordnung des einzelnen in den demokratischen Willen der Gemeinschaft“ kennzeichnete²³².

Wenn sich die KPD in ihrem ersten programmatischen Aufruf an das deutsche Volk nach dem Kriege (11. bzw. 13.6.1945) den „Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands“²³³ auf ihre Fahnen schrieb, so gilt es also zu hinterfragen, was mit der „Sache der Demokratisierung Deutschlands“ gemeint war, was darunter verstanden werden konnte und was darunter verstanden werden sollte. In der DDR-Historiographie wurden rückblickend, d.h. nach ‚erfolgreich‘ beendeter ‚Demokratisierung des Dorfes‘, die Wesenszüge ihrer Konzeption folgendermaßen zusammengestellt²³⁴: Die „Vernichtung des faschistischen Zwangssapparates“ auf dem Land müsse einhergehen mit einer „ständigen Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit“ über die Ursachen und Zusammenhänge des Nationalsozialismus, damit die von der KPD propagierte Perspektive der „demokratischen Umgestaltung“ Fuß fassen könne. Für die Entwicklung „demokratischer Verhältnisse“ sei zum einen die „Verankerung der marxistischen Arbeiterpartei in allen Dörfern“ Voraussetzung, zum anderen sei ein zügiger „Aufbau neuer demokratischer Selbstverwaltungsorgane von unten nach oben“ durch die „ständige Aktivierung“ möglichst großer Teile der Landbevölkerung erforderlich. Kernstück der Demokratisierungskonzeption war die Herstellung des „Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft“, das durch die aufgrund einer „demokratischen Bodenreform“ entstandenen Neubauernwirtschaften eine „breite Basis“ erhielt. Damit einher ging einerseits die „allseitige [...] Hilfe für die werktätige Bauernschaft“ und andererseits

„Resonanzboden“ unter den Arbeitern besaß.

²³¹ Walter Ulbricht, „Die erste Phase des wirtschaftlichen Aufbaus. Schlußwort auf der Konferenz zur Beratung der Richtlinien der KPD für die Wirtschaftspolitik 29.12.1945 und 7.1.1946“, in: ders., *Zur sozialistischen Entwicklung*, aaO., 32 f.

²³² Stichwort ‚Demokratisch‘ der „Fremdwörter-Erklärung“ in: *Neuer Weg*, 6.1946, 33.

²³³ „Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands“, in: *Deutsche Volkszeitung*, 13.6.1945, zit. n. Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., Dok. 52, 412 f.

²³⁴ Vgl. zum folgenden Rudolf Woderich, *Zu den Anfängen der Demokratisierung des Dorfes in Ostmecklenburg von 1945 bis Ende 1947, dargestellt vornehmlich am Beispiel des Kreises Neubrandenburg*, Diss. Uni Rostock 1965, 5-9. Die DDR-Forschung bis ca. Ende der sechziger Jahre übernahm sprachlich und semantisch die politische Begrifflichkeit aus der SBZ-Zeit. Diese Sekundärquellen können daher in vorliegender Arbeit z.T. als – auf die Begrifflichkeit bezogen – Quellenersatz dienen.

die „Einschränkung der durch Großbauern betriebenen [...] Ausbeutung“, um durch die „Stärkung des bestimmenden Einflusses [...] der Neubauern“ den Zusammenschluß aller Bauern zu erreichen in einer neuen „bäuerlich-demokratischen Massenorganisation“, die nach den „Prinzipien der Politik des Blocks“ handelt. Die Demokratisierung des Dorfes wäre nach kommunistischer Lesart unwirksam geblieben, wenn nicht durch eine „demokratische Kulturrevolution“ der „allgemeinen geistig-kulturellen Zurückgebliebenheit des Dorfes“ Rechenschaft getragen worden wäre. *Summa summarum* kennzeichneten diese Elemente 1945 die sog. „Demokratie neuen Typs“, in dem „die Reste des Feudalismus – der gutsherrliche Großgrundbesitz – beseitigt sind, in dem das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln fortbesteht, jedoch die Großunternehmen auf dem Gebiet der Industrie, des Transport- und Kreditwesens dem Staat gehören und der Machtapparat des Staates nicht mehr der monopolistischen Bourgeoisie, sondern den werktätigen Massen von Stadt und Land“²³⁵. Die Wesenszüge der „Demokratisierung des Dorfes“ wurden zwar selten in solch programmatischer Dichte dargelegt, durchzogen jedoch ausschnitthaft als Leitmotiv alle parteioffiziellen Äußerungen. Die hinter dieser Politik stehende Demokratiekonzeption²³⁶ erhielt nach außen bewußt eine vieldeutbare Konnotation; die antifaschistisch-demokratische Legitimationsformel wurde nicht nur zum entscheidenden Wertmaßstab und -horizont für das gesellschaftspolitische Handeln, sondern bildete wegen ihres konsensfähigen Allgemeinplatzes auch den gemeinsamen Nenner der nach politischer Neuorientierung Suchenden.²³⁷ Referenzpunkt von höchster Ebene aus konnte dabei das vierte ‚D‘ der Potsdamer Erklärung sein. Die Unterstützung der Forderung nach einer „Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“²³⁸ wurde fortan als Ziel in allen Gründungsaufrufen der Parteien,

²³⁵ Eugen Varga, „Demokratie neuer Art“, in: *Neue Welt*, 11.1947, 33.

²³⁶ Meuschel, *Legitimation*, aaO., 81-101, erläutert den in der kommunistischen Propaganda bewußt mehrdeutig verwendeten Demokratiebegriff derart prägnant, daß sich das Nichtaufgreifen ihrer Thesen in Loths entsprechendem Kapitel „Demokratischer Zentralismus“ (in: *Stalins ungeliebtes Kind*, aaO., 31 ff.) als erhebliches Manko für die Diskussion darstellt. Zur ideologischen Rüstkammer der Demokratiekonzeption gehört der für die kommunistische Strategie ebenso wichtige Wandel der ‚Volksfront‘-Vorstellung zu der der ‚Nationalen Front‘ ab 1941, wie das damit zusammenhängende komplizierte Leninsche Modell der „zwei Revolutionen“, nach dem auf eine relativ kurze ‚bürgerlich-demokratische‘ Zwischenphase in eine ‚sozialistische‘ überzugehen sei, als auch die nach 1935 aktuelle Prognose der Kommunistischen Internationale einer ‚Demokratischen Republik‘ als Etappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus; vgl. Staritz, „Die SED und Stalins Deutschlandpolitik“, in: *DA* 8.1994, 858; Werner Berthold, *Marxistisches Geschichtsbild. Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution*, Berlin 1970, passim.

²³⁷ Der „fast symbiotische“ Gebrauch identischer Begriffe aus der politischen Ideologie – Individuum, Freiheit, Demokratie, Staat, Republik – in den verschiedenen politischen Lagern verdeutlicht das. Vgl. Grunenberg, aaO., 94 f.

²³⁸ „Aus der amtlichen Verlautbarung über die Berliner Konferenz der drei Mächte (Potsdamer Abkommen) vom 2. August 1945“, in: Jürgen Weber, *Die Deutsche Frage nach 1945*, Bamberg 1986, 37.

der Organisationen und des Antifa-Blocks in der SBZ formuliert. Die konkrete Ausgestaltung der Demokratisierungsvorstellungen rief auf der Ebene der Politikgestaltung bald Differenzen hervor²³⁹, die jedoch für die Adressaten schwer erfahrbar und durchschaubar waren²⁴⁰. Das sich für alle Lebensbereiche wiederfindende Präfix ‚demokratisch‘ gereichte dem Inhalt zum moralisch-integren, besatzungshoheitlich bescheinigten Qualitätssiegel, und unterband damit eine Diskussion oder gar Opposition, wenn man sich nicht außerhalb der Gesellschaft, die das „neue Deutschland bauen“ wollte, zu stellen gedachte. Die Phase der unmittelbaren Nachkriegszeit, die in der DDR als „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ in die Geschichtsbücher einging, wurde staatstheoretisch daher als ‚antifaschistische Demokratie‘ bezeichnet im Unterschied zur ‚wahren Demokratie‘ der Zukunft²⁴¹. Den Schülern der Landesparteischule erläuterte der Sekretär des KPD-Landesvorstandes von Mecklenburg-Vorpommern, Karl Mewis, in seiner Rede über „Demokratie und Staat“ im Februar 1946 den Unterschied zwischen drei Staatsformen²⁴²: Dabei entspreche die bürgerliche Demokratie der kapitalistischen Herrschaft, die sozialistische Demokratie bedeute hingegen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wesentlich – auch von der bürgerlichen Demokratie – unterscheide sich davon die faschistische Diktatur als imperialistischer Kapitalismus. „Also: Aus der bürgerlichen Demokratie kann sehr wohl (muß nicht, aber kann sehr wohl) die faschistische Diktatur erwachsen, aus der sozialistischen Demokratie niemals“. Allerdings gebe es zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie „Berührungspunkte, Gemeinsamkeiten“. „Gegenwärtig befinden wir uns in der Periode der Vorbereitung der Herrschaft des Proletariats, der Periode der Heranführung der Massen an die Verwirklichung des Sozialismus“, d.h. die „revolutionäre Diktatur des Proletariats“ oder die „antifaschistisch-demokratische

²³⁹ Erich Gniffke greift in seinem ‚Trennungsbrief‘ an die SED Differenzen, die in diesem Zusammenhang stehen, auf: „‚Volksdemokratisch‘ wurden fortgesetzt die ‚reaktionären‘ Kräfte in den bürgerlichen Parteien von diesen absorbiert. Vorgestern waren es Hermes und Schreiber, gestern Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, und heute sind die nächsten, sind schließlich alle daran, die selbständig denken wollen und sich nicht korrumpern lassen“, in: Erich W. Gniffke, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966, 368.

²⁴⁰ Das SMAD gestattete durch das von ihr zensierte Pressewesen und durch ihre materielle Bevorzugung der KPD keine pluralistische öffentliche Inhaltsdebatte über das Thema.

²⁴¹ Die KPD verwahrte sich „angesichts der ideologischen Verwüstung“ gegen die von der SPD formulierte Forderung der sofortigen Herstellung des Sozialismus. Um nicht sogleich „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“, wurde die dem deutschen Zustand angemessene Ordnung – die weiterhin bürgerlich-kapitalistische Schichten umfassen würde – in der KPD-Rhetorik als ‚antifaschistisch-demokratisch‘ tituliert und nicht als ‚Volksdemokratie‘ wie in den Staaten Mittelosteuropas; vgl. Dietrich Staritz, „Ein ‚besonderer deutscher Weg‘ zum Sozialismus?“, in: *Geschichte und Gesellschaftskunde*, 5.1990; Gniffke, aaO., 32 f.; Anton Ackermann, „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“, in: *Einheit*, Nr. 1, Februar 1946, 22 ff.; Walter Ulbricht, „Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“, Rede vom 25.6.1945, in: ders., *Zur sozialistischen Entwicklung*, aaO., 9.

²⁴² Rede vom 13.2.1946, *MLHA BPA Schwerin LL KPD I/39*, 142-149.

Republik“. Genauso wenig wie jedoch das, was sich selbst als Demokratie bezeichnet, eine Demokratie sein muß, muß auch nicht sofort jenes eine Diktatur sein, was sich im marxistisch-leninistischen Sinne Diktatur nennt²⁴³. Weitaus weniger klassisch marx-gebunden als Mewis sich im internen Kreis (der Entwicklung/Parteilinie vorausgreifend) mitteilte, verliefen die sich um die Bevölkerung bemühenden Appelle und Aufrufe. Hinter der Formel ‚Mitwirkung‘ verbarg sich ein scheindemokratischer Vorgang: Durch Mobilisierung und Beteiligung als Willensäußerungssurrogat wurde die Bevölkerung in die Pflicht genommen, was sich beispielsweise in folgendem willfährigen ‚Bekenntnis‘ äußerte: „Wir Bauern versprechen unsere ganze Kraft für eine erfolgreiche Beendigung der Frühjahrssauzaat, für eine gute Saatenpflege einzusetzen. Wir demonstrieren gemeinsam mit unseren Schwestern und Brüdern in der Stadt für die Einheit Deutschlands, für Fortschritt und ein besseres Leben“²⁴⁴.

Eine autonome Selbsttätigkeit der Werktäglichen als revolutionäre Subjekte im Umwälzungsprozeß konnte nur über den Weg ihrer Unterwerfung unter die Herrschaft der Avantgarde-Partei geschehen, die für sich das Wissen um die „volonté générale“ reklamierte. Das „revolutionäre Subjekt selbst vermöge es nicht, den Verblendungszusammenhang der entfremdeten Arbeit in emanzipativer Praxis“ zu analysieren und zu überwinden²⁴⁵. Aus diesem Grunde – und so postulierte Ulbricht die parteiische Demokratie – sei es unerlässlich, daß in „öffentlichen Ämtern nur die besten Demokraten“ säßen. „Wir sind [...] gegen gewisse Praktiken in anderen Gebieten Deutschlands, wo den Beamten die politische und parteipolitische Tätigkeit untersagt wird. Wir sind umgekehrt der Meinung, daß die Beamten und die Angestellten die besten Demokraten und Antifaschisten sein müssen“²⁴⁶. Daher faßt Meuschel den „Herrschungsplan“ der Kommunisten folgendermaßen zusammen: Aufbauend auf der „Annahme einer ökonomisch determinierten Entwicklung [...], sah [er] die Änderung der ökonomischen Strukturen als entscheidende Voraussetzung des Sozialismus an und machte die Überwindung eines in der Klassengesellschaft notwendig falschen Bewußtseins nicht nur von der Veränderung der Eigentumsverhältnisse abhängig, sondern von einem von oben angeleiteten Erziehungsprozeß“²⁴⁷. Zentral für die „totalitäre Versuchung“ sei – „statt durch das Praktizieren

²⁴³ „Die DDR war ihrem Herrschaftssystem nach eine Diktatur“, leitet Monika Kaiser apodiktisch ihren Aufsatz ein: „Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952“, in: Kocka, *Historische DDR-Forschung*, aaO., 57. Kaiser begründet ihre These u.a. mit Marx' 1875 geäußerter Kritik am Gothaer Programm, wonach die Übergangsperiode der revolutionären Umwandlung „nichts andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“.

²⁴⁴ Bauer Fritz Gleitze in einer Pressezuschrift zum 1. Mai 1948, zit. n. Rasper, aaO., 102.

²⁴⁵ Meuschel, aaO., 81 f.

²⁴⁶ Walter Ulbricht, *Der Plan des demokratischen Neuaufbaus*, Rede auf der ersten Reichskonferenz der KPD am 2./3.3.1946 in Berlin, Berlin 1946, 14.

²⁴⁷ Meuschel, aaO., 84.

der Rechte die Demokratie als stets prekären Prozeß immer erneut herzustellen“ – der Weg, zuerst die Bedingungen einer ‚realen‘ Demokratie zu schaffen und *daraufhin* die allgemeinen Freiheitsrechte zu gewähren²⁴⁸.

1. „Das Gesicht dem Dorfe zu“ – Strategien der Einheit

Das „Arbeiter-und-Bauern-Bündnis“

Die ‚Arbeiterklasse‘ resp. die KPD, die sich nach eigener Meinung das „geschichtliche Recht auf die Führung des deutschen Volkes erworben“²⁴⁹ hatte, besaß nach ihrer Auffassung nach dem Zusammenbruch als „einzige deutsche Partei ein reales, wissenschaftliches Programm, in dem konkrete Schritte zur Lösung der Bauernfrage festgelegt waren“²⁵⁰. Dieses ursprünglich revolutionäre politische Programm hatte sich allerdings den aktuellen sozialen und ökonomischen Problemen und Bedürfnissen des gerade beendeten Krieges insofern unterzuordnen, als die Zielrichtung der Kommunisten hin auf radikale Strukturveränderungen in den Besitzverhältnissen und auf eine politische Umwälzung mit einer Ablösung traditioneller Eliten zurückhaltender als üblich diskutiert wurde²⁵¹. Die Behandlung der Überlebensfragen der Menschen und das engagierte Unterstützen und Eingreifen beim Ingangbringen einer Verwaltung des Versorgungsdefizits machte die Kommunisten zunächst für über ihre herkömmliche Klientel hinausgehende Bevölkerungsgruppen attraktiv. Die Landwirtschaft, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand, wurde sowohl intern als auch – nach dem Krieg – auf ‚offener Straße‘ als oberster Tagesordnungspunkt geführt, wobei für die KPD erst die Erfüllung mehrerer politischer und wirtschaftlicher Grundbedingungen die Voraussetzung für eine erfolgversprechende Politik auf dem Lande bieten konnte. Edwin Hoernle, nach dessen optimistischer Einschätzung es „nicht schwer“ sein werde, die Landbevölkerung für die eigene Politik zu gewinnen, konnte in den eigenen Reihen höchstens eine Minderheit hinter sich wissen; er verkörperte die Doppelstrategie, nach der neben „intensivster Propaganda“ den Bauern vom neuen Regime „sofort greifbare Vorteile“ erwachsen müßten. Für ihn war es daher von vorrangiger Bedeutung, die Landbevölkerung

²⁴⁸ Ebd., 85.

²⁴⁹ Grüneberg, aaO., 13.

²⁵⁰ Karl Urban/Fritz Reinert (Autoren), *Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung und Festigung der demokratischen Bodenreform*, Potsdam-Babelsberg 1978, 14.

²⁵¹ Z.B. wurde bei der Verteilung der öffentlichen Ämter (Bürgermeisterposten etc.) – nicht nur aus Personalmangel – darauf geachtet, daß Vertreter des jeweils dominierenden Milieus (Bürgerliche, Geistliche etc.) zur Einflußnahme auf die Gebiete entsprechend eingesetzt wurden. Unkontrollierte Eigeninitiative (z.B. ‚Antifa-Ausschüsse‘) war allerdings nicht erwünscht, denn „es ist doch ganz klar: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ (Ulbricht), in: Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, München 1985, 317.

„handgreiflich davon [zu] überzeugen, daß unser Weg der einzige Weg ist zum Frieden, zum Wiederaufbau, zum Fortschritt²⁵². Als der führende Agrarpolitiker der KPD seit der Weimarer Republik und späterer Präsident der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft entwarf Hoernle bereits im August 1944 im Rahmen seiner Tätigkeit im Politbüro des Zentralkomitees der KPD ein Agrarprogramm mit den „vordringlichsten Aufgaben des neuen Regimes auf dem Lande“²⁵³. Für ihn bestand neben der Entnazifizierung und der Sicherung der Volkernährung die dritte Hauptaufgabe in der „Herstellung fester persönlicher und organisatorischer Verbindungen zwischen Land und Stadt, vor allem zwischen der Industriearbeiterschaft, dem werktätigen Bauerntum und den Landarbeitern“²⁵⁴. Im Frühjahr 1945 wurde in Moskau während der letzten Schulungen der späteren ‚Initiativgruppen‘ verlautbart, daß „in diesem Sommer [...] keinerlei strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft durchgeführt werden [dürften], da sie die Versorgung der Bevölkerung gefährden könnten. Im Sommer 1945 sei alles zu tun, um die Einbringung der Ernte zu gewährleisten und eine Hungerkatastrophe zu verhindern“²⁵⁵. Die Anfang Februar 1945 verfaßten Richtlinien des Politbüros der KPD „Über die Arbeit der deutschen Antifaschisten in den vom Hitlerfaschismus befreiten deutschen Gebieten“²⁵⁶ benannten neben dezidierten landwirtschaftlichen Ratschlägen zur maximalen Bestellung des Bodens auch politisch-pädagogische Maßnahmen, ohne die eine „Lösung dieser unmittelbaren Aufgaben [nicht] möglich“ sei: Es müsse eine „intensive Aufklärungsarbeit über die Kriegsschuld Deutschlands, die Verbrechen des Nazismus und die Mitverantwortung des deutschen Volkes, über die Notwendigkeit der Vernichtung des Naziregimes sowie über die Notwendigkeit der Wiedergutmachung vor allem gegenüber der Sowjetunion [erfolgen]. Nach der jahrzehntelang geführten Lügenpropaganda gegen die Sowjetunion ist die Verbreitung der Wahrheit über die Sowjetunion eine vordringliche Aufgabe“²⁵⁷. Trotz der desaströsen Lage in Deutschland gingen die Kommunisten davon aus, daß selbst eine Politik, die sich nach der erfolgten Beendigung des Krieges nun in besonderem Maße der Verbesserung der Lebensumstände widmete, dennoch einer intensiven Propagandaarbeit bedürfte. Aus dieser Betrachtungsweise, die ‚breite Masse‘ als passive Objekte,

²⁵² Edwin Hoernle, „Das Agrarprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie August 1944“, in: ders., *Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928-1951*, hg. vom Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, Berlin 1972, 338.

²⁵³ Ebd., 333.

²⁵⁴ Ebd., 333.

²⁵⁵ Leonhard, aaO., 289.

²⁵⁶ In: Ulbricht, *Bauernbefreiung*, Bd. I, aaO., 3.

²⁵⁷ Ebd., 4.

Manövriermasse oder sogar (in dieser Zeit der ‚Kollektivschulddebatte‘) als Opfer der herrschenden Umstände zu verstehen, sprach die Überzeugung, daß selbst bei den vom Nationalsozialismus ins Unglück Gestürzten die Notwendigkeit bestand, Massenschulungen und -mobilisierungen zur ihrer Umerziehung durchzuführen²⁵⁸. Das dieser Auffassung, der insbesondere die auf die *opinio communis* abzielenden Kommunisten anhingen, zugrundeliegende „abstrakte Menschenbild“ beschnitt im Namen eines „neuen, nie gesehenen Menschen [...] die Rechte der konkreten Individuen“²⁵⁹. Durch Praktizierung einer „Erziehungsdiktatur“ sollte der Antifaschist geformt werden als ein „im Grunde [...] unpolitischer Mensch“²⁶⁰. Diese Politik der gesellschaftlichen Homogenisierung – als „Gleichheit in der Repression“ (Meuschel) – fand ihren ersten Ausdruck in der Kampagne zur Förderung der Zusammenarbeit des Landvolks mit den Arbeitern der Städte. Mit ihr sollte zum einen der Austausch von Gütern zwischen Stadt und Land zur Überbrückung der Versorgungskrise angeregt werden, zum anderen aber eine Verbreiterung der Klientel der Kommunisten erreicht werden. In den Verlautbarungen wurde diese, aus der wirtschaftlichen Notlage für jeden noch einsehbare Interesseneinheit zu einer Gesinnungseinheit verdichtet. „Nun gilt es, ungeachtet aller Schwierigkeiten das normale Leben im Dorfe wiederherzustellen, damit die Versorgung der Bevölkerung und der Besatzungsmacht sichergestellt wird. Die Schaffung einer neuen Ordnung auf dem Lande ist vor allem die Sache der Dorfbewohner, aber die Lösung dieser großen Aufgabe ist nur mit Hilfe der Werktätigen in der Stadt möglich. Der Bauer ist auf den Arbeiter angewiesen und der Arbeiter auf den Bauern“²⁶¹. Auch wenn die Kommunisten in ihrer Ideologie und Politik die Bauern immer etwas stiefmütterlich behandelt hatten²⁶², stand das Ziel der Errichtung eines sog. Arbeiter-und-Bauern-Bündnisses in der kommunistischen Weltanschauung in einer Tradition seit Friedrich Engels. Schon für den mußte die Partei als ‚revolutionärer Vortrupp der Arbeiterklasse‘ „um aber die politische Macht zu erobern, [...]“

²⁵⁸ Diese Denkungsart, die keinesfalls *nur* den Kommunisten zu eigen ist, ist Grundlage eines nicht auf Freiheit des Individuums ausgerichteten, undemokratischen Politikverständnisses. Dies wird in unserem Zusammenhang an verschiedenen Stellen aufzuzeigen sein.

²⁵⁹ Meuschel, aaO., 85.

²⁶⁰ Grunenberg, aaO., 86. Der Antifaschist hatte „keine Vorstellung von politischem Handeln, weil er nur ausführte. Er durfte sich keine selbständigen Gedanken machen, denn damit hätte er sich in die Nähe individualistischer oder liberalistischer Politikkonzepte begeben. Der Anti-Faschist ließ die Partei entscheiden und begriff sich als ihr ausführendes ‚Organ‘.“

²⁶¹ Walter Ulbricht, „Über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Dorf“, Artikel in der *Deutschen Volkszeitung* – dem Organ der KPD – vom 11.7.1945, in: ders., *Bauernbefreiung*, Bd. I, aaO., 22 f.

²⁶² Die Bauern unterschieden sich ideologisch von den Landarbeitern eben dadurch, daß sie *auch* Besitzer von Produktionsmitteln waren und damit eigentlich nicht der Arbeiterklasse zuzurechnen wären. Da sie aber ebenfalls unter der ‚Knute‘ der Großagrarier standen, konnte die weltanschauliche Lücke relativ problemlos überbrückt werden.

vorher von der Stadt aufs Land gehen, [sie] muß eine Macht werden auf dem Land.“²⁶³ Kernaussage des von Lenin – allerdings für Rußland – entworfenen Revolutionsmodells ist, daß das Proletariat nur dann eine wirklich revolutionäre Klasse sei, wenn „es als Avantgarde aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt“. Dafür müsse die kommunistische Partei den Klassenkampf ins Dorf hineinragen und dort die „werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Lande“ um sich scharen.²⁶⁴ Als potentielle Bündnispartner rechnete Lenin aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation das Landproletariat (Lohnarbeiter), die Halbproletarier (Parzellenbauern) und die Kleinbauernschaft, hingegen galt es, die „schwankende“ Mittelbauernschaft zu „neutralisieren“ und die starke Großbauernschaft als „direkte und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats“ zu bekämpfen²⁶⁵. Gerade die zwischen 1933 und 1945 in Deutschland verbliebenen Kommunisten, die von der Entwicklung der Parteilinie abgeschnitten waren²⁶⁶, hielten sich an die Aussagen ihrer ‚Klassiker‘, schlossen aber auch an die Konzepte der Weimarer Zeit an²⁶⁷. Besonders die mecklenburgischen Kommunisten rekurrierten wegen der Gegebenheiten in ihrem Land auf das agrar- und bündnispolitische Strategiepapier „Das Gesicht dem Dorfe zu!“ vom 14.2.1926, worin die KPD als der „unermüdliche Anwalt aller Enterbten und Unterdrückten“ zunächst politische Anliegen für die werktätige Bauernschaft und die Landarbeiter aufstellte, dafür jedoch von den werktätigen Bauern ‚Unterstützung des Kampfes der Arbeitermassen‘ einforderte.²⁶⁸ Einen weiteren „hervorragenden Markstein kommunistischer Agrarpolitik“ bildete das Bauernhilfsprogramm vom Mai 1931²⁶⁹. In diesem,

²⁶³ Friedrich Engels, „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Werke*, Moskau 1987, 601.

²⁶⁴ W.I. Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“, in: ders., *Ausgewählte Werke*, Moskau 1987, 592 f.

²⁶⁵ Ebd., 593, 595 f.

²⁶⁶ Vgl. zu den „ideologisch stehengebliebenen“ Staritz, *Gründung*, aaO., 78 ff.

²⁶⁷ Die „Mitglieder der Partei kannten vielfach nicht die neuesten Beschlüsse der Partei. Da sie keine genügende politische Orientierung [...] erhielten, blieben sie oft noch auf dem Stand der Parteiarbeit von vor 1933 stehen“; Stein, aaO., 77. So beschreibt z.B. Bernhard Quandt – während der NS-Zeit inhaftiert, dann Landrat in Güstrow, Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident in Mecklenburg – die Neukonstituierung der KPD: „Die neue Kreisleitung der KPD, die am 19. Juni aus den Ortsgruppen heraus gewählt wurde, begann das Werk fortzusetzen, das der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, im Programm der nationalen und sozialen Befreiung und im weiteren Verlauf im Bauernhilfsprogramm als Testamentsvollstrecker des Klassikers der Marxismus, Friedrich Engels, verkündete“, in: B. Quandt, „Der Wiederaufbau der KPD und die demokratische Bodenreform 1945 – Aus meiner Tätigkeit als 1. Sekretär der KPD und als Landrat in Güstrow“, in: Rat der Stadt Güstrow (Hg.), *1228 Güstrow 1978, Beiträge zur Geschichte der Stadt*, Güstrow 1978, 43.

²⁶⁸ Die Rote Fahne (Zentralorgan der KPD), Nr. 38, vom 14.1.1926, 1.

²⁶⁹ Grüneberg, aaO., 15. Dieses Programm der KPD war eigentlich erst der Anfang einer neuen bündnispolitischen Vorstellung, die neben dem Landproletariat nun auch bäuerliche Schichten an sich zu binden versuchte. Vgl. Stefan Doernberg, *Die Geburt eines neuen Deutschland 1945-1949*, Berlin 1959, 153, der das Bauernhilfsprogramm ebenfalls als „Wende in der Agrarpolitik der KPD“ betrachtet.

von Ernst Thälmann proklamierten „Kampfprogramm der Hilfe für die werktätigen Bauern“ wurde u.a. die „entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeldliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne“ gefordert. Die KPD stellte die „Lebensforderungen der deutschen Bauern“ auf, für die sich dann das „werktätige Landvolk [...] unter Führung der Kommunistischen Partei“ einsetzen und „im festen Bündnis mit dem Industrieproletariat für die Durchführung dieser Forderungen überall kämpfen“ müsse.²⁷⁰ Das sich auch in diesen Formulierungen offenbarenden Dilemma für die KPD, daß nämlich das Gros der Landbevölkerung kein ‚Klassenbewußtsein‘ besaß, die Geschichte zudem gezeigt hatte, daß „die Bauern ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung nicht allein erreichen können“²⁷¹, findet sich bruchlos in den zeitgenössischen Aussagen nach dem Kriege wieder. In der DDR-Historiographie wurde es als eine – allerdings bald bewältigte – Herausforderung für die KPD dargestellt. Ein bezeichnendes, die Komplexität der Probleme der Zeit abglättendes Beispiel liefert Grüneberg, der die Schwierigkeiten, die die KPD mit der Vereinnahmung der Bauern hatte, wie folgt andeutet: „In zahlreichen Aussprachen und Versammlungen erfuhr die Dorfbevölkerung, wer die Schuldigen am Krieg und an seinen Folgen waren und wie sich das deutsche Volk ein neues Leben aufbauen konnte. Bald erkannten die bewußten und aktiven Landarbeiter und werktätigen Bauern, daß sie nun selbst im Dorf bestimmen und in den neu zu schaffenden Gemeindeverwaltungen entscheiden mußten“²⁷². Dennoch war eine „Erziehungsarbeit“ vonnöten, um „rückständige und falsche Auffassungen bei Bauern und Landarbeitern“ zu überwinden, die z.T. aus ideologischen Unsicherheiten innerhalb der Partei herrührten²⁷³. Die sich im Klassenbündnis von Arbeitern und werktätigen Bauern vollziehende „geistig-moralische Erneuerung“ der „vom Faschismus irregeführten Menschen“ hatte nicht die Mündigkeit der Bevölkerung zum Ziel, sondern die – durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten leichter zu erzwingende – Einschwörung auf die Politik der KPD, die „vollkommen den Interessen der werktätigen Dorfbevölkerung [entsprach]“²⁷⁴. Für die Bauern waren es aber weniger politische Ambitionen als die sozio-ökonomische Not, die ihr Interesse lenkte – hin auf eine Steigerung des Lebensstandards und der Ernte. Politische Interessen oder die Verknüpfung ihrer landwirtschaftlichen Lage mit politischen Bedingungen und Maßnahmen mußten bei den Bauern erst hervorgerufen werden;

²⁷⁰ Achtseitige Flugschrift *Ernst Thälmann proklamiert: Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei* vom 22. Mai 1931, 7 f.

²⁷¹ Willi Herferth/Karl-Heinz Poosch/Walter Schmidt/Rolf Stöckigt (Autorenkollektiv), *Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf*, Berlin 1965, 6.

²⁷² Grüneberg, aaO., 18.

²⁷³ Stöckigt, aaO., 115 f.

²⁷⁴ Grüneberg, aaO., 17 f.

sie konnten nicht aufgegriffen werden, da sie von den Bauern gar nicht formuliert, evtl. nicht einmal gedacht wurden.

Daß den ‚Akkreditierungsversuchen‘ der KPD in Richtung Bauernschaft nicht uneingeschränkt Erfolge beschieden waren, bemerkten auch die Moskauer Stellen, die Ende August 1945 – unzufrieden mit den propagandistischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bodenreform-Kampagne – forderten, die „Politik sehr elastisch“ zu gestalten, was in der Umsetzung bedeuten sollte, die „Herausgabe von Literatur [zu] beschleunigen, evtl. auch Broschüren unter Pseudonymen [zu veröffentlichen, damit,] wenn [die] Linie noch nicht feststeht, [diese] evtl. geändert werden kann“. Konkret wurde ein Rückgriff auf „Engels [und den] Bauernkrieg für [die] Bodenreform[werbung]“ verlangt, daneben empfahl man, die „Rolle Thälmanns mehr hervor[zu]heben – seine Reden [zu] veröffentlichen – wo manches gesagt – was heute nicht opportun“ sei.²⁷⁵ Der Parteipolitik schien durch eine Berufung auf die versöhnlicheren Aussagen Engels’ größerer Erfolg beschieden als dieses bei der Benutzung einschlägiger Zitate aus dem *Kommunistischen Manifest* zu erwarten gewesen wäre²⁷⁶. Da im Bemühen, eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Bauern und Arbeitern zu kreieren, nur schwer auf einen quasi traditionell gegebenen Naturzustand rekuriert werden konnte, erforderten die für die Kommunisten politisch notwendigen Versuche, diese Verbindung zu erzwingen, stärkere Suggestion und strategisches Taktieren, um den „relativ leichtesten und friedlichsten Weg zur Eroberung der politischen Macht zu finden“²⁷⁷. Den Bauern – selbst den späteren Neubauern – wurde während des gesamten behandelten Zeitraums von Parteiseite mit Vorbehalten und Mißtrauen begegnet, da sie – die „sowohl Werktätige als auch Besitzer von Produktionsmitteln sind“ – ihr „tief eingewurzelter Eigentumssinn“ und ihre „soziale Stellung [...] nicht von selbst den sozialistischen Weg gehen lassen“. Im Eintreten für die antifaschistisch-demokratische Ordnung kam es für die KPD darauf an, die Bauern – wenn sie schon nicht als unabänderlich Verbündete angesehen werden konnten – doch „zumindest zu

²⁷⁵ Mitteilungen W.S. Semjonows – Generaloberst, Botschafter und stellvertretender Politischer Berater des Chefs der SMAD – vom 25.8.1945, in: Badstübner/Loth, aaO., 54. Thälmann verkörperte die ‚gute‘, bauernfreundliche Tradition innerhalb der proletarisch ausgerichteten deutschen kommunistischen Politik.

²⁷⁶ Marx, der im Gegensatz zu Engels an seiner Meinung über die Bauern festhielt und der in der frühen Nachkriegszeit wohl auch deswegen auffällig wenig herangezogen worden ist, äußerte sich zur Bauernfrage wie es im *Manifest* geschrieben steht: Bauern „sind nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen“ („Manifest der Kommunistischen Partei“, in: Marx/Engels, *Ausgewählte Werke*, aaO., 39).

²⁷⁷ Rolf Stöckigt, „Die Gründung der SED und ihre Bedeutung für das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern“, in: *ZfG* 2.1966, 198.

neutralisieren“²⁷⁸ und sie so auf einem Weg, der „möglichst *einfach, leicht und zugänglich*“²⁷⁹ für sie war, in die ‚Bündnisgesellschaft‘ zu geleiten.

Daß die Beziehungen zu den Bauern, die trotz großer Kriegs- und Reparationseinbußen als Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Versorgungsfragen eine exponierte Stellung innehatten, nicht unproblematisch waren, und sie damit nicht allerorts ‚Bündnistauglichkeit‘ besaßen, zeigt folgendes Beispiel: „Die geradezu unsinnigen Preise, welche Bauern heute für Lebensmittel namentlich von notleidenden Großstädtern erpressen können, erregen Erbitterung nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch bei denen, die noch genug Vorräte haben und also selbst nicht darunter leiden. So äußert sich ein Arbeiter: ‚Man verliert alle Achtung vor der Arbeit und dem mühsam durch Arbeit verdienten Geld, wenn man hört, wie ein Bauer für einen Zentner Erbsen RM 1000,- genommen und dafür ein Pferd gekauft hat. Ich [...] muß fast ein halbes Jahr arbeiten, um solche Summe zu verdienen.‘ Der Haß gegen den so notwendigen Bauernstand erhält dadurch wieder Nahrung wie vor 25 Jahren, und das ist gefährlich für die Volksgemeinschaft, zumal er sich zugleich gegen die ‚Regierung‘ richtet“²⁸⁰.

Vor der Durchführung der Bodenreform brachte die KPD jedoch auch noch auf andere Weise der Bevölkerung ihre agrarpolitische Linie nahe. Sie entwickelte parallel zu den Befehlen der SMAD und SMAM damit korrespondierende Kampagnen und Propagandafeldzüge, die das wirtschaftlich Notwendige – das man den Landwirten nicht hätte zu erläutern brauchen – als großartiges solidarisches Gemeinschaftswerk anpriesen, welches durch die medienwirksame Animation und das aufopferungsvolle und kompetente Voranschreiten der Kommunisten von Erfolg gekrönt sein würde²⁸¹. Bereits am 18.6.1945 wurde mit dem SMAD-Befehl Nr. 40²⁸² ein neues Ablieferungssystem für die landwirtschaftliche Produktion eingeführt wurde. Dieses

²⁷⁸ Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“, in: ders., aaO., 595.

²⁷⁹ Lenin, „Über das Genossenschaftswesen“, in: ders., aaO., 696.

²⁸⁰ Der Landrat von Demmin im Tätigkeitsbericht vom 22.3.-7.4.1946, *MLHA RdK Demmin* 46.

²⁸¹ Zum Wirksamwerden der Bündnispolitik der KPD wurde solange und derart intensiv in den Hauspostillen eine Kampagne propagiert, daß in der Art und Weise von *self-fulfilling prophecies* der Eindruck entstehen konnte, das Geforderte sei tatsächlich erreicht worden. Das Schema einer solchen Manipulation sah etwa wie folgt aus: Ein ohnehin für jederman verständiger Vorgang (z.B. die Feldbestellung) wurde – obwohl ohnehin für alle einsichtig (Hungersnot) – von Parteiseite her zur *res publica* erklärt, offiziös eingefordert (z.B. in Presseaufrufen), offiziell legalisiert, verordnet oder ergänzt (z.B. durch Befehle) und schließlich wurde das, was naturgemäß geschieht (Ernte) als Erfolg der Politik dargestellt.

So geglaubt wurde dieses höchstens von Außenstehenden (z.B. von Historikern), dennoch verfehlte die Aktion nicht ihre Wirkung, da die durch die Lohbudelei Erhöhten und Begünstigten (z.B. durch freie Spitzen) ihren Argwohn verloren und das System mittrugen. Als anderes Beispiel dieser ‚Bauernfängerei‘ vgl. die Bodenreform-Kampagne.

²⁸² *MLHA MdI* Nr. 336, „Befehl Nr. 40 vom 18.6.1945“.

räumte sog. „freie Spitzen“ ein, welche die Landwirte nach Erfüllung ihrer Pflicht auf dem freien Markt verkaufen konnten²⁸³, und wurde als geeignet erachtet, die „landwirtschaftliche Marktproduktion im Interesse der Versorgung der Bevölkerung zu stimulieren“²⁸⁴. Durch Abschaffung der nationalsozialistischen Totalablieferungspflicht sollte das Vertrauen der Bauernschaft in die neuen gesellschaftlichen Zustände gestärkt werden. Für die Bekanntmachung dieser Maßnahme, die als „prinzipielle Wendung in der Bauernpolitik“ verkündet wurde²⁸⁵, aber besonders bei der damit einhergehenden Erntehilfs-Kampagne wurde der Propagandaapparat der Partei auf Hochtouren gebracht. Zahllose Presseaufrufe, Resolutionen, Versammlungen und Aktionen²⁸⁶ formierten die „breite Bewegung für die Einbringung der Ernte“²⁸⁷. Zur verlustlosen „Bergung der ersten Friedensernte“²⁸⁸ mußten alle Kräfte mobilisiert werden, da aufgrund des Mangels an Arbeitskräften, Zugvieh und Landmaschinen die Bauern nicht allein dazu imstande waren, aber auch um die Bewirtschaftung der Staatsdomänen und der verlassenen Gutsflächen zu regeln. Die KPD inszenierte öffentlichkeitswirksam Gemeinschaftseinsätze von Städtern und Bauern, organisierte landwirtschaftliches Gerät wie Sensen oder Pflüge, entsandte Arbeitskräfte und Reparaturkolonnen aus Industriebetrieben²⁸⁹. Auch die neuen Verwaltungsorgane und die „sowjetischen Bauern im Soldatenrock“²⁹⁰ unterstützten auf ihre Art die Ernteeinbringung, die letztendlich und folgerichtig als ein „bedeutender Erfolg der demokratischen Kräfte“²⁹¹ gefeiert werden mußte. Die Kommunisten verstanden es, die situationsbedingten Notwendigkeiten der Einführung eines neuen Ablieferungssystems und der Erntesicherung für einen propagandistischen Probelauf zu benutzen, der die Massenwirksamkeit ihrer Agrarpolitik und die Möglichkeiten ihrer neu erworbenen Macht-position testen konnte. Zudem konnte er als politisches Ergebnis das gewünschte, scheinbar durch die Aktion hervorbrachte Arbeiter-und-Bauern-Bündnis als vollzogen melden, wenn dieses augenscheinlich auch nicht der Motivation der Massen entsprang, ein festes, demokra-

²⁸³ Deutsche Volkszeitung Nr. 17 vom 1.7.45 und Nr. 37 v. 25.7.1945.

²⁸⁴ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 25.

²⁸⁵ Sie „differenzierte gerecht zwischen Kleinbauern-, Mittelbauern-, und Großbauernwirtschaften; Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung*, Bd. I, 1. Halbband, Berlin 1955, 139; Stein, aaO., 65 f.

²⁸⁶ Vgl. allein die Artikel in der DVZ 20.6.45 „Sichert dem Volke die Ernte“ (Hoernle); 24.6.45 „Sichert das tägliche Brot“, „Arbeitseinsatz für die Ernte“; 1.7.45 „Sicherung unserer Volksnährung“, „Bringt rechtzeitig die Getreideernte ein!“ (Ackermann); 11.7.45 „Rasche Erntehilfe tut Not!“ (Ulbricht); 25.7. „Alle Kräfte für die Ernte“.

²⁸⁷ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 28.

²⁸⁸ Ebd., 26.

²⁸⁹ Vgl. Woderich, aaO., 16 f.

²⁹⁰ Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit*, Bd. I, 1. Hbhd., aaO., 141.

²⁹¹ Ebd., 144.

tisches ‚Kampfbündnis‘ der werktätigen Klasse herzustellen: Aufgrund zu langsamer Ernteeinbringung zog nämlich die SMAM am 19.7.1945 mit Befehl Nr. 2 nun die „gesamte arbeitsfähige Land- und Stadtbevölkerung, wie auch das gesamte landwirtschaftliche Inventar, das Zugvieh, den Trecker- und Autopark“ heran, denn „jeder, auch der letzte, Hektar muß abgeerntet werden“²⁹². Die Mobilisierung der Bevölkerung für die ‚breite Bewegung‘ zur Ernteeinbringung gelang nicht durch Appelle allein, denn wer sich dem Befehl entzog, erhielt keine Lebensmittelkarten²⁹³. Die SMAM griff auch weiterhin ein, denn schließlich galt es auch, die Versorgung der Truppen zu sichern. Am 4.8.1945 wurde den Leitern der SMA „zwecks schneller Beendigung der Aufräumearbeiten und Unzulässigkeit des Fallens der Körner und Verlustes der Ernte“ befohlen, „sämtliche arbeitsfähige Landbevölkerung zur Bergung der Ernte heranzuziehen und im Falle der Notwendigkeit auch die Bevölkerung der Städte heranzuziehen“²⁹⁴. Welch drakonische Sanktionen auf Verstöße, die als ‚Sabotage‘ geahndet wurden, folgen konnten, zeigt der Fall des nicht vorbestrafen Hans Litz aus Spornitz im Kreis Parchim, der wegen der „Nichtausführung des Befehls über die Anmeldung der Aussaatflächen und des Viehs“ vom Kriegstribunal „zum höchsten Strafmaß Erschießen sowie Beschlagnahme des gesamten Vermögens“ verurteilt wurde. Litz, so konnte es jedenfalls die Bevölkerung dem DIN A3-Plakat entnehmen, mit dem sein Fall öffentlich gemacht wurde, hatte, um sich der „Pflichtablieferungen für die Versorgung der Besatzungstruppen und der Bevölkerung [...] zu entziehen, böswillig 23 ha Aussaatfläche verheimlicht und durch diesen Betrug versucht, Getreidelieferungen, die für die oben genannte Aussaatfläche in Betracht kommen, zu hinterziehen“²⁹⁵. Die Massenaktionen, die die KPD – oft gemeinsam mit der SPD – arrangierte und die die erste Phase der ‚Demokratisierung des Dorfes‘ einläuten sollte, beruhten in der Regel auf Befehlen der Sowjets. So ordnete der Oberste Chef der SMA auch zur „Beendigung der Ernteeinbringung und zur Durchführung der Herbstaussaat und des Schälpflügens“ den Präsidenten der Landesverwaltungen an, binnen „kürzester Frist“ das Kornernteeinbringen und den Korndrusch zu beschleunigen²⁹⁶, denn zeitgleich in den Ernteabschluß fiel der Beginn der Bodenreform, über deren Startverzögerungen sich Pieck und ein nervöser Semjonow am 28.8.1945 berieten: „Fachleute seien Auffassung, daß Kampagne zeitlich nicht günstig mitten in Herbstbestellung Felder bleiben liegen besser ab Mitte Nov.

²⁹² *MLHA Min. Präs.* 1462, 5.

²⁹³ Ebd.

²⁹⁴ Befehl Nr. 22: „Einbringung der Ernte landwirtschaftlicher Kultur“, *MLHA Min. Präs.* 1458, 25.

²⁹⁵ Litz hatte durch diese Handlungen gegen das Gesetz der Sowjetischen Besatzungsbehörde verstößen und sich eines Verbrechens gemäß Art. 58-14 des Strafgesetzbuches der RSFSR schuldig gemacht, *MLHA Min. Präs.* 1462, 16: Befehl Nr. 6 vom 20.8.1945. Das Urteil „ist endgültig und unterliegt keiner Revision“.

²⁹⁶ Befehl Nr. 46 vom 4.9.1945, *MLHA Min. Präs.* 1458, 69-72.

[...] Was ich [Pieck, J.M.] denke – ich: Einwand ist ökonomisch richtig, aber politisch nicht – nicht mehr aufschieben Fristen sind kurz“²⁹⁷. Denn obwohl die Flut der Presseaufrufe zur Ernährungs- und Bodenreform-Kampagne bis September 1945 und die Betonung der Bedeutung dieser Bestrebungen in der DDR-Historiographie den Eindruck erwecken konnten, daß sich große, von der Bevölkerung getragene Umwälzungen auf dem Lande vollzogen, war die sowjetische Seite „unzufrieden über [den] nicht genügenden Eifer u. Ernst an [der] Bodenreform-Kampagne“²⁹⁸.

Parallel zu der Herstellung von „Bündnisbeziehungen“ zwischen Arbeitern und Bauern entwickelte sich als ein zweiter Schwerpunkt kommunistischer Programmatik – und das nun im Gegensatz zur Vorkriegszeit – der Plan einer gemeinsamen Politik mit den Sozialdemokraten, was bereits frühzeitig formuliert wurde als „Kurs auf Schaffung [einer] Partei der Werktagen“²⁹⁹, die den Charakter einer Volkspartei tragen sollte.

Die Einheitspartei

Die KPD hielt zwar in der Frühphase ihrer Neugründung eine Einheitspartei aus Kommunisten und Sozialdemokraten für „unzeitgemäß“³⁰⁰, propagierte aber statt dessen eine „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ als eine durch „Vereinbarungen gestützte Verbindung“ mit der SPD – die die KPD ja eigentlich aufgrund ihrer „Politik vor 1933 als diskreditiert, desorientiert und desorganisiert“ ansah³⁰¹. Allerdings verfügte die SPD nicht nur in Mecklenburg traditionell über das weitaus größere Wähler- und Mitgliederpotential als die KPD. 1933 zählte die SPD ca. 35000, die KPD hingegen lediglich 2800 Mitglieder in Mecklenburg. Bei den Reichstagswahlen am 6.11.1932 erhielt die SPD 125000, die KPD 50000 Stimmen.³⁰² Jedoch dürfte nicht nur dies Marschall Shukow dazu veranlaßt haben, den Mitgliedern des SPD-Zentralkomitees zu erklären: Ich habe „den Auftrag aus Moskau, hier ein demokratisches Staatsleben zu entwickeln. Ich weiß genau, daß ich mich dabei in erster Linie

²⁹⁷ Badstübner/Loth, aaO., 55.

²⁹⁸ Ebd.

²⁹⁹ Eine Partei, in der „als Mitglieder auch SPD u[nd] andere“ vorhanden sein sollten; vgl. Beratung Piecks u.a. am 4.6.1945 bei Stalin, Molotow und Shukanow, in: Badstübner/Loth, aaO., 50 f.

³⁰⁰ Vgl. Werner Müller, „Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)“, in: *SBZ-Handbuch*, aaO., 445 f. Anfänglich veranlaßten die KPD Probleme beim Neuaufbau, die Durchsetzung der neuen Parteistrategie (des *schrittweisen Übergangs zum Sozialismus*) bei allen – alten wie neuen, emigrierten wie internierten – Mitgliedern, das Bewußtmachen des gewandelten Selbstverständnisses als nunmehr staatstragende Partei und schließlich die Hoffnung, aufgrund eines Popularitätsschubes mehrheitsfähig zu sein, einen Zusammenschluß abzulehnen.

³⁰¹ Ebd.

³⁰² Vgl. Staritz, *Gründung*, aaO., 92; *Geschichte Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952*, hg. von den Bezirksleitungen der SED Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, Rostock 1986, 52.

nicht auf die Kommunistische Partei stützen kann, sondern daß ich auf Sie angewiesen bin, denn ich weiß, daß Sie die Massen hinter sich haben“³⁰³. Aber trotz dieses verlockenden Angebotes existierte zunächst innerhalb der sich neu aufbauenden SPD eine starke Strömung, die auf dem Wege einer „selbstkritischen Rückbesinnung auf den revolutionären Marxismus“ eine einheitliche marxistisch-sozialistische Einheitspartei zu gründen gedachte³⁰⁴. Der Zentralausschuß der Partei – wohl auch beeinflußt durch ein Interesse großer Teile sozialdemokratischer Anhänger und von Teilen der Bevölkerung³⁰⁵ – sandte mehrere Gesprächsofferten an die KPD, die jedoch ohne Resonanz blieben. Die Kommunisten selbst wurden am 19. Juni mit einem Entwurf für einen gemeinsamen Arbeitsausschuß initiativ, dem die SPD zustimmte. In diesem Ausschuß, der die Vereinigung der beiden Parteien vorbereiten sollte, sah sich die SPD zunehmend in ihrem Aktionsradius beschränkt, schwor sich die KPD doch zum einen auf ihren Kurs vom VII. Weltkongreß der Komintern (1935), der noch betont anti-sozialdemokratischen Impetus besaß, ein, und gelang es ihr zum anderen durch den stützenden Vereinigungsdruck der SMAD, die SPD zu majorisieren.³⁰⁶ Von einer reinen „Zwangsvereinigung“ auf oberer Partieebene zu sprechen, würde dennoch das SPD-eigene Einheitsstreben unterbelichten³⁰⁷, auch wenn in der Sozialdemokratie „Neigung und Abneigung, Naivität und Klarsicht“ die Kommunisten betreffend, „immer eng beieinander [lagen], besonders eng im sowjetisch besetzten Nachkriegsdeutschland“³⁰⁸. Bedenkenswert an dieser Interpretation ist der Aspekt, da mit der Vereinigung, die „ohne breitere innerparteiliche

³⁰³ Berichtet von Otto Grotewohl auf dem Leipziger Bezirkstag der SPD am 26.8.1945, zit.n. Loth, aaO., 30. In der Realität stellte sich diese besondere Beziehung zwischen der Besatzungsmacht und der SPD jedoch nicht her. Die SPD wurde von der SMAD beim „Aufbau ihrer Organisation materiell und politisch gegenüber der KPD deutlich benachteiligt. Die Sozialdemokraten bekamen weniger Papier und Lizenzen zum Druck von Zeitungen [...], ihre Publikationen unterlagen strengerer Zensur, und auch bei der materiellen Ausstattung der Parteibüros (Autos, Telefone, Mobiliar)“ wurde die KPD übervorteilt; vgl. Staritz, *Gründung*, aaO., 91 f. Zudem und dadurch verschob sich mittlerweile der Mitgliederstrom zugunsten der KPD, obwohl diese „von der Bevölkerung als verlängerter Arm der Roten Armee empfunden“ wurde; Günter Wetzel, „Das Dilemma der SPD nach dem Kriege“, in: FAZ, 26.8.1994, 10. Im August zählten die Kommunisten in Mecklenburg-Vorpommern bereits 8000 Anhänger, im Oktober besaßen sie etwa 20000, die SPD 25000 Mitglieder; vgl. Werner Müller, aaO., 458 f., 479 f. Die KPD war für die SMAD und die Sowjets insgesamt der wichtigste, durch die Emigration kontinuierlichste Ansprechpartner, auch wenn es im Zeitraum bis zur SED-Konstituierung nur eine einzige Zusammenkunft eines Mitgliedes der engeren Parteiführung (Ulbricht) mit Stalin gab; vgl. Hans-Joachim Krusch, „Neuansatz und widersprüchliches Erbe. Zur KPD 1945/46“, in: BzG 5.1991, 626.

³⁰⁴ Staritz, *Gründung*, aaO., 82. Vgl. Werner Müller, „Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)“, in: SBZ-Handbuch, aaO., 463.

³⁰⁵ Geschichte der Landesparteorganisation der SED Mecklenburg, aaO., 92 f.

³⁰⁶ Vgl. Staritz, *Gründung*, aaO., 85.

³⁰⁷ Vgl. Klaus Schwabe, *Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern*, Schwerin 1992; Heinz Niemann, *Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus*, Berlin 1991, 126 f.

³⁰⁸ Brigitte Seebacher-Brandt, „Zornige Holzhammerbaum. Vom Recht zur Rechthaberei oder Ein groteskes Bild der Sozialdemokratie“, in: FAZ, 16.8.1994, 8.

Diskussionen und Legitimation“³⁰⁹ forciert wurde, Teilen der sich den Arbeiterparteien zurechnenden Bevölkerung ihre Auswahlmöglichkeiten zur Artikulation ihrer Interessen und Einbringung ihrer Kenntnisse beschnitten wurden, und ihnen eine Alternative neben der die Wirklichkeit „wissenschaftlich“-teleologisch erkennenden Parteilinie entzogen wurde.

Ende 1945 – die „pädagogische Propaganda“ der Kommunisten schien indes so weit vorgedrungen zu sein, daß die Bevölkerung ihre politischen Defizite im Sinne der KPD bereits selbst erkannte – bestand dennoch Unsicherheit in der Frage der politischen Orientierung: „Ein Einwohner der Ortschaft Werder führt aus, daß die Bevölkerung seiner Gegend politisch noch sehr unreif sei. Es beständen die verschiedensten Meinungen. Einige meinten, man müsse sich an die KPD halten, andere wieder, an die SPD [...]. Er selber sei sich auch nicht im klaren, denn obgleich er zwei Jahre im KZ gesessen hätte, fände er doch nirgends Unterstützung“³¹⁰.

Mit der Gründung der SED war die Zeit der Optionen, die Orientierungsschwierigkeiten bedeutet haben konnten, vorbei. Die neue Partei, die sich selbst schon bald als „führende Staatspartei“ titulierte, wuchs nämlich „in die vielfältigsten Funktionen der Verantwortlichkeit für das Leben des Volkes“ hinein³¹¹, gab vor, „erlösergleich“ die Interessen und Schwierigkeiten des Volkes auf sich zu laden³¹², unterband und inkriminierte im selben Atemzug aber auch alle Bedenken, Haltungen und Meinungen, die nicht in das Interessenspektrum der Partei fielen.

Die Einheit der Nation

Neben dem Klassenbündnis und der Einheitspartei bestimmte ein drittes wesentliches Einheitsziel – und dieses galt für das gesamte politische Spektrum – das politische Geschäft: die Einheit der Nation. Die Nation stand im Zeitalter der Nationalstaaten als die übergreifendste Orientierungseinheit staatlichen Interesses im Zentrum politischer Entwürfe. Auf sie rekruierten universalistische Sozialisten wie auch volkstümelnde Separatisten. Der Nationalsozialismus, der mit seinem aggressiven Chauvinismus die halbe Welt in Schutt und Asche legte, schien im historischen Rückblick bundesrepublikanischer Sozialisation den Nationalismus und nationale Politik in Deutschland ein für alle Mal diskreditiert zu haben. Die frühe Nach-

³⁰⁹ Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 136.

³¹⁰ Bericht über die erste Sitzung des KdgB Waren vom 1.12.1945, *MLHA RdK Waren* 65.

³¹¹ Franz Dahlem, „Der neue Typus des Funktionärs der SED“, in: *Einheit*, Nr. 4, September 1946, 196.

³¹² Max Fechner fand für die „souveräne“ Interessenartikulation des Volkes die passende Formel: Die Partei „hat bewiesen, daß sie die Partei des Volkes ist, die das durchführt, was sie im Interesse der breiten Masse fordert“; „Der Kampf um die Gemeinde“, in: *Einheit*, Nr. 3, August 1946, 145.

kriegszeit, aber auch die Gegenwart zeigen jedoch auch andere Perspektiven auf, lassen andere Fixierungen nachweisen. Die jahrelange völkische Propaganda mit ihrer Überhöhung der eigenen, der deutschen Nation als einzige sinnstiftender Einheit im ‚Überlebenskampf‘ gegen die äußeren Feinde erzeugte zumindest die nachwirkende Verankerung einer Nationsidee im kollektiven Bewußtsein der deutschen Bevölkerung, das fortwährende Abheben auf die Nation im politischen Diskurs ließ sie aber auch zum überzeichneten Thema werden selbst bei den dezidiertesten Gegnern des Nationalsozialismus (als dem radikalsten Protagonisten der Nation). Durch die Demütigung der militärischen Besetzung, die Auflösung des deutschen Staatsverbandes und die Errichtung willkürlicher Zonengrenzen, durch die Abtrennung und Fremdverwaltung ehemals deutschen Territoriums und durch die großen Flüchtlingsströme sollte die Nation trotz bedingungsloser Kapitulation und totaler Niederlage des Nationalsozialismus das Kernproblem der sich neuformierenden politischen Landschaften in West wie in Ost bleiben³¹³.

Die Thematisierung der nationalen Einheit besaß von der Geographie der SBZ her zwei Zielrichtungen: Die staatliche Vereinigung Deutschlands auf Basis der Vorkriegsgrenzen und die Einheit der Besatzungszonen. Hinsichtlich des letztgenannten Punktes lag auf Seiten der Politik der UdSSR eine „erheblich überschätzte Bedeutung der ‚nationalen Frage‘ in Deutschland“ zugrunde³¹⁴. Ganz anders gestaltete sich jedoch die Politik bei der Frage der Ostgrenze; diese wurde als der „schwächste Punkt in unserer Propaganda“³¹⁵ gewertet. Gerade die großflächige Entnazifizierungspraxis in der SBZ führte zu Verleugnungs- und Verdrängungsprozessen, so daß noch „kaum jemand zugab, Nazi gewesen zu sein“³¹⁶ und die Nation als öffentlich nicht länger gefahrlos erörterbarer Gesprächsinhalt umso fester im Unterbewußtsein der Menschen ‚schlummerte‘. Dies war in Mecklenburg v.a. bei den Flüchtlingen der Fall, für die die ‚nationale Frage‘ ihre Konkretisierung durch ihr verlorengegangenes Heimatrecht erhielt. Wo auch immer sich die Möglichkeit bot, mit staatlichen Instanzen in Kontakt zu treten, wurde dieses Problem thematisiert. So erkundigte sich etwa ein Neubauer auf einer Konferenz der gegenseitigen Bauernhilfe im Dezember 1945, die als Tagesordnungspunkt lediglich die ‚Aufgaben des Bauernkomitees‘ führte, beim anwesenden Vertreter der Mi-

³¹³ Vgl. z.B. Helga Grebings knappe Erörterungen zur Sozialdemokratie als nationale Partei; „Sozialdemokratie und Nation. Zur Geschichte der Diskussion der ‚nationalen Frage‘ in der SPD vor und nach 1945“, in: Schönhofer/Staritz, aaO., 74 ff.

³¹⁴ Jochen Laufer, „Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchner Konferenz der Ministerpräsidenten 1947“, in: Kocka, *Historische DDR-Forschung*, aaO., 29.

³¹⁵ Ebd., Bericht „Dreijährige Erfahrungen der Arbeit der Informationsverwaltung“ (aus: Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau).

³¹⁶ Meuschel, aaO., 59.

litäركommandantur, „ob und wann die Möglichkeit besteht, in die Heimat im Kreis Gumbinnen [Ostpreußen] zurückzukehren?“³¹⁷. Selbst der KPD, der aufgrund ihrer Abhängigkeit von den Sowjets keine andere Wahl blieb als die Anerkennung der neuen Oder/Neiße-Grenze, fiel es schwer, in ihren ‚internationalistischen‘ Reihen auf höchster Ebene Persönlichkeiten zu finden, die rasch die Festschreibung der neuen polnischen Westgrenze akzeptieren konnten³¹⁸. Dennoch mußte sich schon allein aus Versorgungsgründen die – pragmatische – Einsicht durchsetzen, daß eine nationale Politik *de facto* nur die Kompensation nationaler Wünsche und Heimatgefühle auf den verkleinerten Territorium würde bedeuten können. „Wir müssen erkennen, daß in diesem - nun begrenzten, engen - deutschen Raum Millionen neu untergebracht werden müssen, also ein Neubesiedlung ganz Deutschlands erfolgen muß [...] Die planmäßige Neubesiedlung Deutschlands wird das A und O der Streuung und Lenkung des Flüchtlingsstroms überhaupt sein. Das ist eine Riesenarbeit, aber die einzige Grundlage, nach der wir überhaupt arbeiten können, wenn wir nicht immer wieder von neuem anfangen wollen“³¹⁹. Die Schaffung von Loyalität zur neuen Gebietskörperschaft, aber auch zur neuen dominierenden Partei, sollte auf unterschiedlichen, harmonisierenden Wegen erreicht werden: durch Befriedigung materieller Ansprüche und Sehnsüchte und durch die Formung eines

³¹⁷ MLHA RdK Waren 65, Bericht über die erste Konferenz des KdgB am 1.12.1945.

³¹⁸ In diesem Punkt war Walter Ulbricht der einzige, der vorbehaltlos die neue deutsche Ostgrenze anerkannte. So schrieb er schon am 11.7.1945 in der *Deutschen Volkszeitung*: „Die früheren Bewohner der Gebiete östlich der Oder können sich nur in dem Gebiet, wo sie gegenwärtig leben, ansässig machen, da eine Rückkehr in das Gebiet östlich der Oder nicht möglich ist.“ Rudolf Appelt – ein allerdings tschechoslowakischer Kommunist (in der Deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel) – verkündete: „Wenn wir für die Erhaltung eines einheitlichen deutschen Staates eintreten, so weiß das deutsche Volk sehr wohl, daß wir unter Einheit Deutschlands [...] einen Einheitsstaat aus jenen Ländern und Provinzen [verstehen], die nach dem Hitlerkrieg von Deutschland noch übriggeblieben sind“ (in: *Einheit*, Nr. 3, August 1946, 187). Die ‚Grenzen der Einheit‘ wurden bewußt offengehalten, denn die „Erkenntnis“, daß das „Deutsche Volk [...] nicht leben [kann] ohne die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“, wog schwer (Otto Grotewohl, „Die Grundrechte des deutschen Volkes und der Weg zur Einheit Deutschlands“ in: *Einheit*, Nr. 6, November 1946, 331). Am Vorabend der ersten (Gemeinde)Wahlen in Mecklenburg am 15. 9.1946 erschien sodann im *Neues Deutschland* (vom 14.9.) eine vielversprechende Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden der SED, Max Fechner: „Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, daß die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebiets entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst auf der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt werden“. Diese wahlstrategische Erklärung, die aber auch der Überzeugung vieler SED-Funktionäre entsprach, fand in der Bevölkerung so begeisterte Aufnahme, daß der SED-Parteivorstand sich genötigt sah, eine etwas abgeschwächte offizielle Erklärung nachzuschicken: „Die Sozialistische Einheitspartei wird alles tun, damit auch in den Fragen der zukünftigen Grenzen des neuen Deutschlands die Stimme des Volkes auf der Friedenskonferenz Gehör findet“ („Die SED zur Grenzfrage“, in: *Neues Deutschland*, 21.9.1946). Im April 1947 gab die SED-Führung ihre selbständige Haltung zur deutschen Ostgrenze auf. Franz Dahlem vom ZS der SED erklärte: „Der Verlust der Ostgebiete trifft das deutsche Volk schwer. Aber das Leben muß weitergehen“ („Zur Frage der Ostgrenze“, in: *Neues Deutschland*, 2.4.1947).

³¹⁹ KPD-Funktionär Ottomar Geschke (am 3./4.9.45), zit. n. von Plato/Meinicke, aaO., 33.

emotionalen Zu- und Zusammengehörigkeitsgefühls. Letzteres sollte durch Kampagnen zur nationalen Einheit bewerkstelligt werden³²⁰, ersteres durch eine Bodenreform.

2. „Freie Bauern auf freier Scholle“ – Die Bodenreform

Die Nahtstelle zwischen Entnazifizierung und Enteignung bildete in Mecklenburg die Bodenreform. Mit der Enteignung der aktiven Nationalsozialisten, der Kriegsverbrecher und der Großgrundbesitzer wurde die Wirtschafts- und Besitzstruktur und die soziale Schichtung der agrarischen Gesellschaft einschneidend verändert. Aus ihrem Begründungszusammenhang heraus war die im Herbst 1945 eingeleitete Bodenreform allerdings „nicht nur ein erster Schritt zur Entmachtung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, sie war auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen lebensnotwendig für die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes durch eine planvolle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Sie war weiter notwendig zur Schaffung einer neuen Heimat und neuer Existenz für viele durch den Hitlerkrieg ruinerter, heimatlos gewordener bäuerlichen Umsiedler“³²¹.

Bodenreform-Kampagne

Die von der KPD mit maßgeblicher Unterstützung der sowjetischen Seite forcierte Bodenreform und Entmachtung der Großgrundbesitzer wurde prinzipiell jedoch auch von den anderen Parteien befürwortet und in der Öffentlichkeit programmatisch vertreten. Die im KPD-Aufruf vom 13.6.1945 formulierte Forderung nach einer „Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten“³²² wurde im vier Tage später veröffentlichten SPD-Aufruf mit der Forderung „Aufteilung des Großgrundbesitzes“ übernommen³²³, findet sich im CDU-Gründungsauftrag vom 26.6.1945 wieder, in dem die CDU „unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle“ zu ermöglichen versprach³²⁴ und taucht selbst noch im Gründungsauftrag

³²⁰ Nach Meuschel, aaO., 102, verlief die sich radikalisierende nationale Kampagne der SED in drei Phasen: „Zunächst war da die Suggestion, ein ‚besonderer deutscher Weg‘ zum Sozialismus könne verallgemeinerungsfähig-sozialistische und partikular-nationale Ziele gemeinsam lösen. Sie wichen der Mobilisierung der Emotionen für die ‚Rettung der Nation‘ aus den Händen ihrer Feinde, wobei die SED sich als die einzige Partei darstellte, die die ‚wahren‘ nationalen Interessen des deutschen Volkes vertrete. Und schließlich kontrastierte sie die kosmopolitischen Feinde und Verderber des Volkes mit dessen bodenständigen und kulturvollen Tugenden“.

³²¹ Richtlinien bzw. Anleitung der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe vom 21.10.1947, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 251.

³²² *Deutsche Volkszeitung*, 13.6.1945.

³²³ Aufruf des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, in: *Das Volk*, 17.6.1945.

³²⁴ Gründungsauftrag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, in: *Neue Zeit*, 25.6.1945.

der LDPD vom 5.7.1945 auf. Dieser sah „für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenanordnung“ die Unterstellung unter die „öffentliche Kontrolle“ vor, „wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind, und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls“ einen solchen Schritt geböte³²⁵. Daß eine Bodenreform aus wirtschaftlichen, sozialen und selbst politischen Gründen durchzuführen war, schien unter den Parteien *common sense* zu sein, unter der Bauernschaft war hingegen wenig Bereitschaft, geschweige denn „begeisternder Schwung“ oder „revolutionärer Elan“³²⁶ für eine solch tiefgreifende Veränderung zu finden³²⁷. Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit, aber auch ihre bewußtseinsmäßige Fixierung auf den Gutsherren konnte die meisten Bauern noch nicht einmal im Traum an eine Bodenreform denken lassen. Das aus der lebenslangen persönlichen Beziehung resultierende Verhältnis, welches zwischen den Bauern und den Gutsherren bestand, erschien unveränderlich. Walter Ulbricht machte diese Erfahrung Anfang Juli 1945 in Schlaitz im Kreis Bitterfeld, wo er auf den verunsicherten Bürgermeister Heilemann stieß, der neben der Bewirtschaftung seiner zwei Hektar noch „beim Herrn auf dem Gut“ arbeitete:

Heilemann: ... „aber wie sollen wir denn das jetzt ändern?“

„Das ist doch ganz einfach“, rieten wir ihm. „Sie nehmen dem Gutsbesitzer den Boden weg, dann ist schon der erste Schritt zu einer demokratischen Ordnung geschaffen.“

Ein Bauer meinte: „Aber wir haben doch gar kein Gesetz dafür, ein Gesetz fehlt uns.“

„Ein Gesetz?“ fragte ich ihn. „Wenn die Bauern hier beschließen, daß sie dem Gutsbesitzer das Land wegnehmen, ist das ihr demokratisches Recht; denn der Gutsbesitzer oder seine Vorfahren haben die Bauern auch nicht gefragt, als sie ihnen das Land weggenommen haben. Warum wollt ihr dann den Bauern fragen, wenn ihr das Land wieder in die Hände der Bauern, der rechtmäßigen Besitzer, nehmt?“

Da meinten die Bauern: „Ja, Sie haben schon recht, aber ein Gesetz wäre doch gut.“

Wir beruhigten sie: „Na gut, wenn ihr ein Gesetz braucht, werden wir auch ein Gesetz beschaffen, damit ihr das ganz ordentlich durchführen könnt.“³²⁸

Anders lag der Fall bei den Flüchtlingen. Sie standen in ihrer neuen Heimat im „luftleeren“ Raum: Jede Maßnahme, die ihre Not zu lindern versprach, war ihnen willkommen, wobei sie jedoch in kurzfristigen Perspektiven – bis zum Zeitpunkt der Rückkehr in ihre Heimat im Osten – dachten.

³²⁵ Gründungsauf ruf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, in: *Der Morgen*, 3.8.1945.

³²⁶ Herferth/Poosch/Schmidt/Stöckigt, aaO., 46.

³²⁷ Erst nachdem man den Bauern die Möglichkeit einer Bodenreform genauer erläutert und schmackhaft gemacht hatte, konnten sie der Enteignungsrede etwas abgewinnen: „Nachdem der Gemeindevorsteher die Sache noch einmal erklärt hatte, äußerten auch einige andere Bauern ihre Zustimmung. Die Schweigsamen gaben durch Kopfnicken zu verstehen, daß auch sie einverstanden waren. Es war zwar nicht gerade so, wie ich mir eine begeisterte Zustimmung der Bauern vorgestellt hatte, aber alle Anwesenden hatten in der einen oder anderen Form ihr Einverständnis geäußert“; Leonhard, aaO., 363.

³²⁸ Walter Ulbricht, *Bauernbefreiung*, aaO., 44 f.

Über die Art der Durchführung einer Bodenreform entbrannte trotz grundsätzlicher Übereinstimmung auf der Parteienebene aufgrund dieser differenten mentalen Verfaßtheit der Bevölkerung und aufgrund unterschiedlicher politischer Prämissen und unterschiedlichem Legitimationsdruck ein deutlicher Streit, der in der von den Sowjets inspirierten Absetzung³²⁹ der CDU-Führer Andreas Hermes und Walther Schreiber kulminierte³³⁰. Plädierte die CDU aus Gründen eines rechtsstaatlichen Prozederes für eine Entschädigung insbesondere der nicht NS-belasteten Großgrundbesitzer, so ging es der machtbegünstigten KPD nicht um die Einhaltung eines demokratischen, rechtsstaatlichen Verfahrens – obwohl sie sich mühte, den ‚demokratischen‘ Charakter der Bodenreform herauszustellen –, sondern um die dauerhafte Anbindung einer in ihrer Schuld stehenden Klientel, die zum einen als Beweismittel der Richtigkeit kommunistischer Bündnispolitik und Ideologie würde dienen können, und die zum anderen zukünftig auch weitere Veränderungen im staatlichen Gefüge mittragen würde³³¹. Zu diesem frühen Zeitpunkt, da die KPD sich durchaus noch durch die Wahrung demokratischer Formen entsprechenden Rückhalt und Wahlerfolg hätte sichern können, schlug sie ohne Not den oktroyierenden Weg ein. Sie, deren Führungsspitze sich zu 80% aus ehemaligen Moskauer Emigranten rekrutierte, hatte einen anderen Weg nicht gelernt, nicht lernen müssen, da ihr Konzept schließlich gemäß eigener Anschauung ‚wissenschaftlich‘ fundiert und machtgestützt war, aber auch nur in der Einhaltung der Gesetzmäßigkeiten Erfolg versprach³³². Zum Erzfeind der bäuerlichen, angeblich um die Bodenreform kämpfenden Klasse wurden von Seiten der Sowjets und der KPD die Großgrundbesitzer auserkoren. Der in der Tat bis Kriegsende bestehende „unverhältnismäßig große politische Einfluß der großagrarischen ‚Junker‘ auf die deutsche Politik“³³³ wurde in der Frühphase der Bodenreform-Agitation³³⁴ dazu genutzt, gegen sie – als die an Nationalsozialismus, Krieg und Ausbeutung der Bauernschaft als hauptschuldig deklarierten – die Bodenreform als Akt der Bestrafung und Vorbeugung gegen neue Unterdrückung einzusetzen. Durch diese Fixierung auf einen gemeinsamen, bedrohlichen Gegner sollte die Geschlossenheit in den Reihen der so uneinheitlichen Landbevölke-

³²⁹ Vgl. *Neue Zeit*, 24.12.1945, 3.

³³⁰ Vgl. zu den parteipolitischen Auseinandersetzungen: Peter Hermes, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945*, Saarbrücken 1963, 33, 40, 43; Gniffke, aaO., 71 ff.; Siegfried Suckut, „Der Konflikt um die Bodenreform in der Ost-CDU 1945“, in: DA 1982, 1080, 1086.

³³¹ Mehr dazu später im Abschnitt *Neubauern*.

³³² Eine ‚Regel‘ – sozusagen als Legitimationskompenstation – war daneben, daß es als stichprobenartige Erkundung eines Meinungsbildes zum „stalinistischen Ritual [gehörte], vor der Durchführung von bereits festgelagten Maßnahmen [...] die Stimme des Volkes‘ zu hören“; Leonhard, aaO., 363 (Anm.).

³³³ Duhnke, aaO., 114.

³³⁴ Später war das nicht mehr der Fall.

rung begründet werden. Es befanden sich jedoch zum Zeitpunkt des Beginns der Bodenreform nur noch etwa 10% der vormalig 2199 Großgrundbesitzer Mecklenburgs im Lande, d.h. der vermeintliche Volkszorn, der sich gegen eine zahlenmäßig ohnehin sehr kleine Gruppe zu richten gehabt hätte, brauchte keiner Überprüfung standzuhalten³³⁵.

An der Konzeption, der Vorbereitung, der Gesetzgebung, der Durchführung und der Kontrolle der Bodenreform waren verschiedene Institutionen unterschiedlich aktiv beteiligt: das Politbüro der KPdSU, die SMAD bzw. SMAM, die Parteiführung und die Landesleitung der KPD bzw. SED, der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“³³⁶, die Landesverwaltung und -regierung und die Bodenreformkommissionen, die auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene gebildet wurden. Eine aktive Rolle sollte ebenfalls die Bevölkerung spielen, um in einer „demokratischen Massenbewegung“ auf dem Lande auch dort die antifaschistisch-demokratische Ordnung als Form der „volksdemokratischen Revolutionen“ Mittel- und Südosteuropas durchzusetzen.

Im folgenden soll nach drei Ebenen der Durchführung der Bodenreform gefragt werden: Wer vollzog die Reform *de iure*, wer *de facto* und drittens – hier soll der Schwerpunkt liegen –, womit identifizierte die bäuerliche Bevölkerung den Bodenreformprozeß: mit einer der oben genannten Institutionen oder wurde er gar als souveräner ‚basisdemokratischer‘ Akt verstanden? Wenn auch sicher ist, daß es weder von den Sowjets noch von den deutschen Kommunisten ein ungelenktes, spontanes Volksbegehr zur Enteignung der Großgrundbesitzer gewollt wurde, so bezweckte man doch, das „einheitliche, geschlossene Handeln der Volksmassen“ als die Grundregel des Kommunismus einzuhalten, die nicht zuletzt als Ermächtigung und Rückversicherung des eingeschlagenen politischen Weges dienen konnte. So äußerte Mitte

³³⁵ So war es möglich, den Junkern ein Vielzahl von Schwierigkeiten, die während der Durchführung der Bodenreform entstanden, anzukreiden, gegen ihre aus dem Westen Deutschlands unternommene Einflußnahme – als ‚Sabotageakte‘ und ‚Störrmanöver‘ deklariert –, die wurde, die gemeinschaftliche Kampfkraft der Bauern zu mobilisieren. Da bei vielen, v.a. ehemaligen Gutsarbeitern und -bauern ohnehin noch lange ein gewaltiger Respekt vor dem Gutsherrn herrschte, war es ein leichtes, die Vorstellung an den Junker – der selbst schon lange nicht mehr gesehen ward – als beständig über allen Köpfen schwebendes Damoklesschwert wachzuhalten. Mit einem Ende 1945 bei der Landesregierung in Schwerin eingegangenen Brief eines ehemaligen Gutsbesitzers wurde z.B. eine medienwirksame Kampagne durchgeführt, die die weiterhin drohende Gefahr beschwore; *MLHA MdI*, Nr. 325 Brief Puziers aus Willerswalde (Krs. Grimmen), in abgeänderter Form veröffentlicht in *Schweriner Volkszeitung* vom 23.2.1946 und *Demokrat* vom 28.2.1946.

³³⁶ Zu den Antifa-Blöcken vgl. Siegfried Suckut, „Block-Ausschüsse“, in: *SBZ-Handbuch*, aaO., 595-618 und Manfred Koch, „Blockpolitik und Parteiensystem in der SBZ/DDR 1945-1950“, in: *APuZ*, B 37/84, 15.9.1984, 3-14.

August 1945 das ZK der KPD schließlich auch optimistisch: „Die Bodenreform gibt der Partei große Möglichkeiten der Ausdehnung ihres Einflusses auf die bäuerliche Bevölkerung“³³⁷.

Willensbildung

Die offiziöse DDR-Historiographie kennzeichnete die Schritte zur Durchführung der Bodenreform³³⁸ ausgehend von einer durch die Funktionäre der KPD vollzogenen „Überzeugungsarbeit unter den Landarbeitern und Kleinbauern“. Der zweiter Schritt war die Verkündung der länderweiten „Verordnungen über die Bodenreform“. Die darauf fußende „Verwirklichung“ der Bodenreform als „revolutionäre Aktion der werktätigen Bauern und Landarbeiter“ fand ihre Umsetzung durch die Ortsbodenkommissionen, deren Hauptaufgabe es war, eine „wirklich gerechte Landverteilung“ zu sichern. Diese, mehr KP-orientierte Interpretation erfuhr ihre Ergänzung hinsichtlich der Rolle sowjetischen Organe: Die sowjetische Besatzungsmacht nutzte ihre „Positionen als oberste Regierungsgewalt, um die KPD bzw. SED bei der Führung der demokratischen Massenbewegung auf dem Lande maximal zu unterstützen. Sie lenkten die Tätigkeit der Landes- und Provinzialverwaltungen in Übereinstimmung mit den Orientierungen der Parteiführung der KPD bzw. SED“³³⁹. Tätig wurden Partei und Besetzungsorgane allerdings erst – folgt man dieser Diktion –, nachdem die „Bewegung für die Bodenreform immer mehr an[schwoll]“, und die KPD daraufhin die „Anregungen und Forderungen der Landarbeiter und Bauern“ aufgriff, zusammenfaßte und die „Grundprinzipien der Bodenreform“ ausarbeitete³⁴⁰. Diese Vermengung von staatlichen Aufgaben, parteipolitischen Interessen und besetzungsrechtlichen Kontrollmechanismen ist Hauptansatzpunkt der Kritik an einem System, das sich in permanenter Wiederholung selbst als demokratische, „wahrhaft menschliche“³⁴¹ Gesellschaftsordnung anpries. „Und nun stellen Sie die Frage, wo bleibt die Demokratie, wo bleibt das Mitbestimmungsrecht, wo bleibt denn die Selbstverwaltung?“. Mit dieser rhetorischen, das Dilemma bestätigenden Frage wandte sich der 1. Vizepräsident der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Johannes „Hans“ Warnke, auf der Tagung der Oberbürgermeister und Landräte am 20./21.8.1945 an sein Auditorium und

³³⁷ „Anweisung des ZK der KPD an die Bezirks- und Kreisleitungen über die Durchführung der Bodenreform im sowjetisch besetzten Gebiet“, zit. n. Monika Schwank/Franz Göttlicher, „KPD und demokratische Bodenreform“, in: *BzG* 5.1975, 853.

³³⁸ Walter Schmidt, *Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart. Teil I: 1945-1952*, Berlin 1960, 85, 87.

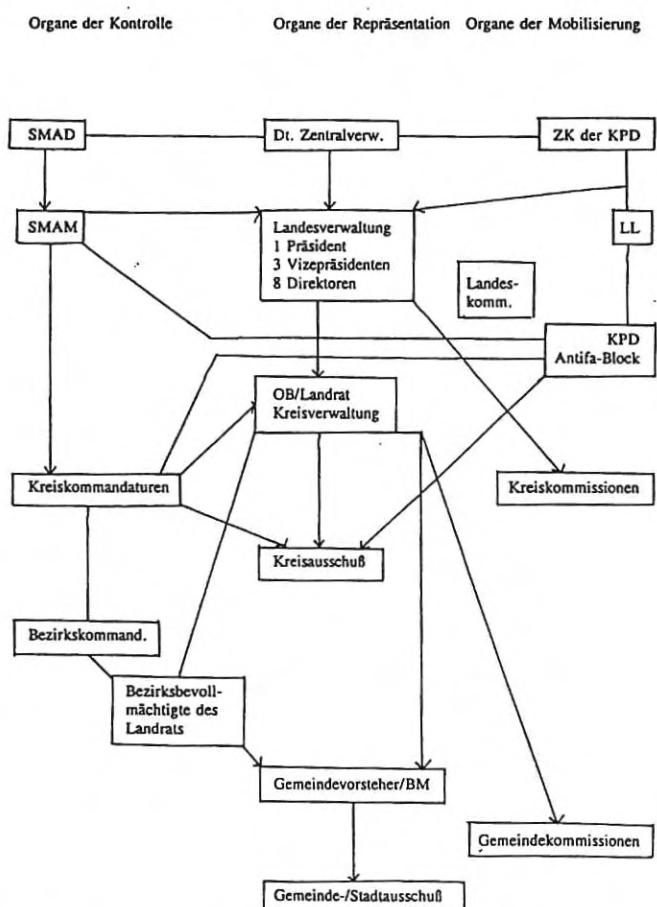
³³⁹ Siegfried Kuntsche, „Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die Sowjetische Militäradministration bei der Leitung der demokratischen Bodenreform“, in: *Jahrbuch für Geschichte* 1974, 180.

³⁴⁰ Doernberg, aaO., 160 f.

³⁴¹ Beispiel: Herferth/Poosch/Schmidt/Stöckigt, aaO., 5.

gab folgende Antwort: „Sollen wir zu den Mitteln kommen wie vor 1933, daß jeder Mann und jede Frau wählen darf, den sie wählen wollen. [...] Das können wir nicht erlauben. Wer hat denn nun das Recht, an der Selbstbestimmung in der Verwaltung teilzunehmen? Das Recht hat der ganze antifaschistische Block. Diese Kreise haben nur das Recht, mitzubestimmen an der Selbstverwaltung“³⁴².

Da Kritik an dieser Form von Demokratie, die sich grundlegend vom liberal-demokratischen Demokratieverständnis westlicher Provenienz unterscheidet, bereits in der bisherigen Forschung den Hauptargumentationsstrang bildete, soll an dieser Stelle auch einmal danach gefragt werden, welche Bindekraft dieses System trotz aller Defizite letztendlich dennoch für die Bevölkerung besaß: Wie weit, wie lange und wodurch fühlte sich die Bevölkerung durch die Staats- und Parteiinstrumente repräsentiert? Richtet man den Blick zunächst auf das oligarchische ‚Herrschaftsknäuel‘, dann sind drei Gewalten auf vier Verwaltungsebenen auszumachen: die sowjetische Militärverwaltung, die deutschen Verwaltungsorgane und die Partei untergliedern sich in eine oberste, zonenweite, eine obere, landesweite, eine mittlere, kreisumfassende und eine untere Instanz auf Gemeindeebene.



³⁴² Rede in Schwerin am 20.8.1945; *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46*, Berlin 1989, 88.

Die Pfeile im Schaubild deuten Hierarchien in den Beziehungen der verschiedenen Instanzen zueinander an. Dabei handelt es sich um Befehlswege oder direkte Unterordnungsverbindungen, um Kompetenzabgrenzungen, Zuarbeitungslinien, um Abhängigkeits-, aber auch Konsultationsbeziehungen, was in der DDR-Literatur prägnant und euphemistisch rundum als „Beratung, Unterstützung und Anleitung“³⁴³ vermittelt wurde. Dieses System war insofern inkonsistent, als all diese Zügelungsformen in den zwischeninstanzlichen Beziehungen alternierend eintreten konnten, verlässliche Sicherheit oder gar Unabhängigkeit einer Institution nicht gewährleistet war. Das wurde verstärkt durch personelle Verschränkungen und Doppelzugehörigkeiten, die die Loyalität eines ‚Dieners zweier Herren‘ erforderten. Die Besatzungsmacht bildete den einzigen selbständigen Pfeiler, an dessen deutsche Seite – sozusagen unter sowjetischen Gnaden – sich eine eng verknüpfte Partei-/Verwaltungsexekutive lehnte³⁴⁴. Hierbei übernahm die Verwaltungsinstanz – von der Landesregierung bis zum Gemeindevorsteher – in ihrer Außenwirkung die Rolle eines verantwortbaren Repräsentationsorgans³⁴⁵, die Parteischiene zeichnete als propagandistisches Mobilisierungsorgan. Was offiziell als ‚Selbstverwaltung‘³⁴⁶ deklariert wurde, erhielt neben der oben von Warnke offenbarten Partizipationsbeschränkung auch „klare Weisungslinien und Unterstellungsverhältnisse“ durch die „gesellschaftlichen Gesamtinteressen“, worüber allerdings nur „zentrale Organe der politischen und staatlichen Führung“ die Entscheidungen fällen konnten³⁴⁷. Die „verständige Mischung von zentraler Leitung“³⁴⁸ konnte demnach das Gemeinwohl formulieren, die Interessen, aber auch

³⁴³ Vgl. z.B. Kuntsche, „Unterstützung“, aaO., 180.

³⁴⁴ Wenn auch von einer „eindeutigen Prädominanz der Ordnungskraft der Besatzungsmacht“ (Foitzik, in: *APuZ*, aaO., 51) gesprochen werden muß, so duldet die SMAD sukzessive eine größere Eigenverantwortung der deutschen Organe (vgl. Karl-Heinz Schöneburg, aaO., 32), nicht zuletzt auch, um das Rampenlicht der Kritik der Bevölkerung an mißliebigen Aktionen auf diese deutsche Verwaltung zu lenken. Dennoch ist sicherlich auch vorstellbar, daß sich die Sowjets aufgrund des „internationalistischen Charakter[s] der Arbeiterbewegung“ ihrer in der UdSSR ausgebildeten deutschen Kader sicher sein konnten; vgl. Günter Benser, „Das deutsche Volk und die Siegermächte. Zu einigen internationalen Aspekten der Klassenkampfsituation nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus“, in: *ZfG* 2.1972, 151, der auf direkte Kontakte zwischen dem Politbüro der KPdSU und der KPD-Führung hinwies.

³⁴⁵ In den ‚Selbstverwaltungen‘ galt das „Prinzip der Einzelleitung und der persönlichen Verantwortung. Es waren also die Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Landräte [...] gegenüber den sowjetischen Kommandanten und den ihnen übergeordneten, staatlichen Organen verantwortlich“; Johannes Kornow, *Arbeiterklasse und Staatsmacht im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Mecklenburg und Vorpommern von Mai 1945 bis zur Konstituierung der im Herbst 1946 gewählten Machtorgane*, Diss. Greifswald 1984, 89.

³⁴⁶ „Die demokratischen Selbstverwaltungsorgane und die Rolle der Arbeiterklasse“, aus der Rede Walter Ulbrichts auf dem ersten Gewerkschaftskongreß in Halle am 29.8.1945, in: ders., *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. II, Berlin 1953, 465 ff.

³⁴⁷ Kornow, aaO., 72 f.

³⁴⁸ Ebd., 73.

die „Rolle der deutschen demokratischen Öffentlichkeit“³⁴⁹ repräsentierten v.a. die KPD und der Parteienblock. Dieses augenscheinlich diffuse System einer gebündelten Interaktion von Volkswille, Volksherrschaft und Selbstverwaltung wurde der Bevölkerung verkauft als Prinzip des „demokratischen Zentralismus [im] Prozeß der volksdemokratischen Durchdringung der von unten nach oben aufgebauten Selbstverwaltungen“³⁵⁰. Der Aufbau der Verwaltung geschah jedoch – und hier ist das Gefüge vom Kopf auf die Füße zu stellen – nur „im Einvernehmen mit dem jeweiligen Kommandanten der Roten Armee und den Leitungen der antifaschistischen Parteien am Ort“³⁵¹. Am Beispiel der Handlungskompetenz im Bodenreformprozeß lässt sich die Differenz zwischen Vorgabe und Wirklichkeit der Selbstverwaltung aufzeigen, da eine

„zentrale Lenkung ihrer Tätigkeit [...] in dem für die Durchführung der demokratischen Bodenreform entscheidenden Zeitraum zwischen Herbst 1945 und Frühjahr 1946 auf zwei Wegen möglich gewesen [ist]. Sie konnte einerseits durch das ZS und die LL der KPD über die Aktionsgemeinschaft mit der SPD und den Landesblock der antifaschistisch-demokratischen Parteien oder direkt über den 1. Vizepräsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen erfolgen, die jeweils der KPD angehörten und eine Schlüsselstellung bei der Leitung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen im allgemeinen und der Bodenreform im besonderen innehatten. Sie konnte andererseits von den sowjetischen Besatzungsorganen in Wahrnehmung der obersten Regierungsgewalt durchgeführt werden“³⁵².

Durchführung

Rechtsgrundlage der Bodenreform in Mecklenburg bildete die Verordnung der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern über die Bodenreform vom 5.9.1945³⁵³. Die Verordnung, die inhaltlich und formal mit den entsprechenden Bodenreformverordnungen der anderen SBZ-Länder und -Provinzen übereinstimmte, lehnte sich in ihrem Grundtenor an die Gründungsaufrufe der Parteien an und ging in ihrer Konkretisierung zurück auf eine Resolution des Antifa-Blockes in Sachsen-Anhalt vom 1.9.1945. Auch in Mecklenburg folgte die Verordnung formell einem Aufruf des Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien des

³⁴⁹ Sergej Ivanovic Tjulpanov, „Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands“, in: *ZfG* 15.1967, 240.

³⁵⁰ Kornow, aaO., 82. Das erstmals von Lenin entwickelte Strukturprinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘, das für die kommunistische Partei, die von ihr beherrschten Massenorganisationen und den Staat bestimmt war (Ziel: Sicherung der Parteiherrschaft über Staat und Gesellschaft incl. Gerichtsbarkeit), wurde offensiv erst ab 1948 durchgesetzt (vgl. Kapitel „Klassenkampf auf dem Lande“).

³⁵¹ Ebd., 75; vgl. Warnkes Rede am 20.8.1945, aaO., 87. Als anschaulicher Beleg dafür kann der Organisationsgrad der Verwaltungen Mecklenburg-Vorpommerns zum Jahreswechsel 1945/46 herangezogen werden. Die entscheidenden Stellen sind bereits von Parteimitgliedern (i.d.R. KPD oder SPD) besetzt. Oberbürgermeister/Landräte: 0% parteilos; Bürgermeister: 2,6% parteilos; Dienstkräfte: 67,7% parteilos; vgl. Kornow, aaO., 87.

³⁵² Kuntsche, „Unterstützung“, aaO., 147.

³⁵³ *Amtsblatt* Nr.1, 1946, 14 ff. Verordnung Nr. 19.

Landes vom 3.9.1945 zur Durchführung einer Bodenreform³⁵⁴. Initiiert wurden die Bodenreform-Gesetze allerdings von der KPD, die am 30.8.1945 dem Zentralen Block-Ausschuß in Berlin den „Beginn der Debatte über die Bodenreform“ vorschlug, dabei jedoch auf Widerstand der CDU stieß³⁵⁵. Durch die Herbeiführung eines Präzedenzfalles auf Landesebene „unter Ausnutzung von Uneinigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien und durch Einsatz massiver Drohungen der Besatzungsmacht“³⁵⁶ konnte die KPD Bodenreformverordnungen durchsetzen, die inhaltlich ihren bereits Mitte August erarbeiteten Entwürfen entsprachen³⁵⁷. Am 29.8.1945 berieten sich in Karlshorst Tschujenkov (Leiter der Abt. Land- und Forstwirtschaft der SMAD) und Pieck gemeinsam mit Hoernle und Semjonow über die „Frage der Ausführungsbestimmungen zur Bodenreform“³⁵⁸, die noch gar nicht bestehenden gesetzlichen Grundlagen für etwaige Ausführungsbestimmungen wurden dabei nicht einmal thematisiert. Da die Gesetzgebung „allerdings einer Kontrolle seitens der SMA unterworfen“³⁵⁹ war, bedurften die in der darauffolgenden Woche verkündeten normativen Akte in diesem Gremium (ohnehin) keiner weiteren Erörterung mehr³⁶⁰. Daß die SMAD die Bodenreform erst mit Befehl vom 22.10.1945 sanktionierte³⁶¹ und „alle bis dahin [von deutschen Kommunisten] erlassenen Vorschriften [...] nachträglich für rechtskräftig“ erklärte³⁶², wird in der heute wieder aufgeflammt Debatte über die Enteignungen zur Zeit der sowjetischen Besatzung teilweise immer noch als Beweis angesehen für eine unabhängig von der Besat-

³⁵⁴ *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, aaO., 139-142. Der Aufruf wurde am 4.9. in der Schweriner Volkszeitung veröffentlicht und unterzeichnet von den Leitungen der KPD, der SPD, der CDU, des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und des FDGB.

³⁵⁵ Staritz, *Gründung*, aaO., 110.

³⁵⁶ Koch, in: *APuZ*, B 37/84, 8.

³⁵⁷ Edwin Hoernle und Rudolf Reutter (Leiter der Abt. Landwirtschaft beim ZK der KPD) legten dem ZK einen Entwurf vor, etwa gleichzeitig leitete das Zentralsekretariat den Landesleitungen der KPD eine Richtlinie zu; vgl. Kuntsche, „Unterstützung“, aaO., 149 f.

³⁵⁸ Badstübner/Loth, aaO., 56 f.

³⁵⁹ Kuntsche, „Unterstützung“, aaO., 148.

³⁶⁰ Die letzte Erläuterung fand – laut der Erinnerung Warnkes – am Tag der Unterzeichnung der Verordnung auf einer Tagung der Kommandanten beim Chef der SMAM, an der Warnke aufgrund seiner Partei- und Verwaltungsfunktionen teilnahm, statt. Beispielsweise für den Instanzen-Mischmasch sind die weiteren Ausführungen Kuntsches dazu (aaO., 163): „Da den Kommandanten auch der Verordnungstext in russischer Übersetzung ausgetragen worden war, das Organ der KPD-Landesleitung, die *Volkszeitung*, den Text aber erst zwei Tage später veröffentlichte, erhielten die Landräte zuerst über die Kreiskommandanten Kenntnis von der Bodenreformverordnung“. Der Verwaltungsweg spielte keine Rolle!

³⁶¹ Befehl Nr. 110 über „das Recht der Landes- und Provinzialverwaltungen, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen“, in: *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, aaO., 183 f.

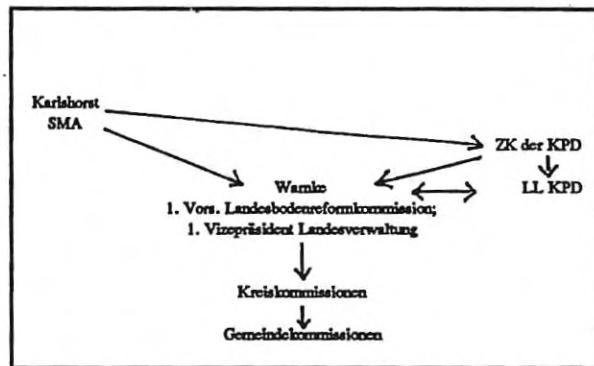
³⁶² Klaus Peter Krause, „Begriffsverwirrungen über die ‚Bodenreform‘ zwischen 1945 und 1949“, in: *FAZ*, 2.9.1994, 8.

zungsmacht bestehende Handlungskompetenz der von den deutschen Kommunisten dominier-ten Verwaltungen³⁶³.

Bodenreformkommissionen

Zur Verteilung des Grundbesitzes schuf die Bodenreform-Verordnung ‚Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform‘ auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene und bestimmte den Vizepräsidenten Warnke, der als Mitglied der KPD zu den Unterzeichnern des Blockaufrufes gehörte, zum Vorsitzenden der 7-köpfigen Landeskommision. Die Weisungsbefugnis für die- se neuen Organe lag *de iure* bei der mecklenburgischen Landesverwaltung³⁶⁴, in der Praxis jedoch bei den ‚Arbeitern der Verwaltung‘, die „weniger Paragraphen [kannten], aber mehr von dem, was dem Volke ziemt“³⁶⁵. Am besten Bescheid wußte demnach Hans Warnke, denn er saß an den Schalthebeln der politischen Macht, die immerhin die „Kernfrage aller revoluti- onärer Umwälzungen“ darstellte³⁶⁶.

Der am 15.8.1896 in Hamburg geborene Hans Warnke, Dachdecker von Beruf, war bereits seit 1924 KPD-Mitglied des Mecklen- burg-Schweriner Landtags. Zwischen 1933 und 1944 wurde er mehrfach in Zuchthaus und KZ verbracht. Von Mai bis Juli 1945 war er Oberbürgermeister von Güstrow, seit Juni auch Mitglied der Bezirksleitung bzw. des Landesvorstandes der KPD in Mecklenburg-Vorpommern. Als 1. Vizepräsident des mecklenburgischen Landesverwaltung war er zuständig für die Ressorts Innere Verwaltung mit Polizei, Wirtschaft und Verkehr, Verwaltung für deutsche Umsiedler und fungierte als Vorsitzender der Landesbodenreformkommission³⁶⁷. Warnke besetzte den wichtigen Knoten- punkt zwischen Partei und Verwaltung als einer der wenigen nicht-remigrierten KPD-Funkti- onäre, aber er entsprach dem idealtypischen Staatsbediensteten, der ein „politisch bewußter,



³⁶³ Mit der Folge, daß die Enteignungen der Zeit bis 1949 rechtlich mit den legislativen Unternehmungen nach der Gründung der DDR auf eine Stufe gestellt werden, was juristisch evtl. geschehen kann, jedoch für eine hi- storische - Motive und Notwendigkeiten berücksichtigende - Einordnung nicht ihre alles einebenende Entspre- chung finden darf.

³⁶⁴ Vgl. VO Nr. 19, aaO., Artikel IV, 1 und 2.

³⁶⁵ Kornow, aaO., 90. Ulbricht gab die Leitlinie vor: Die Beamten „sollen sich nicht hinter ihrem Berg von Pa- pier vor dem Volke verstecken, sondern sie sollen täglich mit dem Volke wirken und täglich zeigen, wer sie sind“, in: W. Ulbricht, *Der Plan des demokratischen Neuaufbaus*, aaO., 14.

³⁶⁶ Kuntsche, „Unterstützung“, aaO., 144.

³⁶⁷ SBZ-Handbuch, aaO., 1051 f; Geschichte der Landesparteiorganisation, aaO., 107.

kämpferischer, antifaschistischer Demokrat mit einer positiven Einstellung zur sowjetischen Besatzungsmacht [ist]; ein in Übereinstimmung mit den Zielen der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Gewerkschaften handelnder Beauftragter des Volkes“³⁶⁸ im als ‚Parteiministerium‘ verstandenen Innenministerium³⁶⁹. Warnkes Aufgabe als ein führender politischer Beamter bestand darin, die unteren Träger der Staatsmacht im Sinne des „Willens der von ihm vertretenen Massen“³⁷⁰ anzuleiten und zu unterstützen, sein Recht als Multifunktionär in Landesverwaltung und Landesbodenkommission war es zunächst, die Vertreter in den Kreiskommissionen zu bestätigen, von deren Ebene aus wiederum die Zusammensetzung der Gemeindebodenkommissionen zu bestätigen war³⁷¹. Neben der Weisungsbefugnis oblag es der Landeskommission, den Fortgang der Bodenreform statistisch zu erfassen, auszuwerten und daraufhin Anleitungen zur weiteren Bewerkstelligung zu erteilen. Tages- und Wochenmeldungen, Monats- und Vierteljahresberichte über „Maßnahmen zur Festigung der Bodenreform“ waren seit Oktober 1945 der Landesverwaltung zu melden³⁷², die Ende September den ihr untergeordneten, „vielfach demokratisch gewählt[en]“³⁷³ Kreiskommissionen sorgfältig ihre Residenz mitteilte, aber auch die ersten Aufträge ausgab³⁷⁴.

Die auf den Bauernversammlungen gewählten Gemeindekommissionen als die im Grunde basisdemokratischsten Gremien bei der Durchführung der Landreform konnten ihre Arbeit jedoch nicht immer so reibungslos aufnehmen wie auf der Papierform gewünscht, so daß es geschehen konnte, daß z.B. Schwierigkeiten bei der Wahl eines Vorsitzenden einer Bodenreform-Kommission schlachtrichtig durch eine Ernennung von Parteiseite her kompensiert wurden:

³⁶⁸ Schöneburg, aaO., 55.

³⁶⁹ Vgl. Günther Glaser, „Sicherheits- und militärisches Konzept der SED in der SBZ von 1948. Eine Dokumentation“, in: *BzG*, 4.1992, 56.

³⁷⁰ Rede Sobottkas auf der Landrätekonferenz am 20./21.8.1945, zit. n. Kornow, aaO., 79.

³⁷¹ VO Nr. 19, aaO., Art. IV, 2 a) und b). Obwohl es laut Verordnung die Verwaltungen gewesen wären, die die Bestätigungen vorzunehmen hätten, geschah dieses i.d.R. nicht ohne Absprache mit der entsprechenden Bodenkommission.

³⁷² *MLHA MLF 2706*.

³⁷³ Rasper, aaO., 47. Nach der Bodenreform-Verordnung (Art. IV, 2 b) waren die Kreiskommissionen „in den Kreisen“, d.h. in den Kreisverwaltungen nur „zu bilden“, nicht zu wählen. Es wurden in den Verwaltungen Unterabteilungen gebildet, die sich der Bodenreform annahmen.

³⁷⁴ „Die Dienststelle der Landeskommission für Bodenreform in Schwerin ist in der Schloßstraße 4 (d.i. das Regierungsgebäude II), Obergeschoß rechts, Zimmer 66 und 33 (nebeneinander liegend) untergebracht“. Die Kreiskommissionen hatten telefonisch – „Sammelnummer 5051 (das ist die Behördenzentrale) Apparat 477 und 533“ – am 1.10. nach dem Stande des Tages anzugeben: „a) Wieviel Güter enteignet sind, die den aktiven Nazis, vom Kreisleiter aufwärts, gehörten, b/c) wieviel Hektar davon Ackerland bzw. Wald sind, d) wieviel Bodenanwärter bisher gemeldet sind, e-h) wieviel Kleinpächter, Flüchtlinge, landlose und landarme Bauern und wieviel Landarbeiter unter diesen Bodenanwärtern sind“; Rundschreiben/Rundtelegramm von Ernst Goldenbaum (Geschäftsführer)/Alfried Hansch (Sekretär und Büroleiter) von der Landeskommission am 29.9.1945 an sämtliche Kreiskommissionen für Bodenreform, *MLHA MLF 2706*, 14.

„Durch die vorhin genannten Gründe eingeschüchtert, wollte kein Bauer den Vorsitz der Bodenreformkommission übernehmen. Ich erhielt deshalb den Auftrag, den Vorsitz zu übernehmen“. Ein die Bauern verängstigender Grund wird daraufhin angeführt: „In Quassel mußte der Gutsverwalter Hoge zwangsweise ausgesiedelt werden, weil er den Bewerbern für eine Siedlung drohte: ,Sie sollten sich gleichzeitig den Baum aussuchen, auf dem sie aufgehängen würden‘“³⁷⁵.

Auch als der Landrat Bernhard Quandt aus Güstrow³⁷⁶ am Sonntag, den 27.9.1945 um 14 Uhr, wie vorher angekündigt, die Bodenreform in Bredentin mit der Verlosung der aufgeteilten Güter beginnen wollte, hatte sich niemand außer ihm am verabredeten Versammlungsort eingefunden. Der Pastor der Gemeinde, Landessuperintendent Siegert, hatte seine ‚Schäfchen‘ per Glockenschlag zu sich in die Kirche gerufen. Dort sollte nun die Verlosung des Bodens stattfinden, denn der Pastor war zugleich zum Vorsitzenden der Gemeindebodenkommission bestimmt worden, schreckte aber davor zurück, als erstes das Gut eines ehemaligen SS-Obersturmführers aufzuteilen, sondern sprach sich dafür aus, die Staatsdomäne vorzuziehen, aus Angst, der SS-Mann könnte eines Tages zurückkehren.³⁷⁷

Immerhin bildeten sich bis Mitte Dezember in Mecklenburg 2267 Gemeindekommissionen mit insgesamt 11133 Mitgliedern, die „unter der Beratung der 21 Kreiskommissionen“³⁷⁸ arbeiteten. Die in der Bodenreform-Verordnung geforderte Mitgliederzahl pro Kommission von 5 bis 7 Personen wurde jedoch nicht immer erreicht³⁷⁹, dennoch wurde die „in allen Phasen [...] führende Rolle der Arbeiterklasse“³⁸⁰ in der politischen und sozialen Zusammensetzung der Gemeindekommissionen dokumentiert³⁸¹:

³⁷⁵ Leo Bembnista, „Politischer Lebenslauf“, verfaßt am 16.10.1972, *MLHA Nachlässe BPA Schwerin V5/014*.

³⁷⁶ Quandt wurde am 12.8. Landrat, nachdem ihm tags zuvor Hans Warnke im Kreisparteibüro aufsuchte und erklärte: „Wir müssen in der personellen Besetzung des Staatsapparates etwas ändern. Güstrow ist der Kreis in Mecklenburg-Vorpommern, der die meisten Rittergüter hat [die zweitmeisten: Rügen hatte 169; J.M.]. Hier muß ein konsequenter Kommunist das Heft in der Hand halten. Um 16 Uhr habe ich den Block der antifaschistischen Parteien zusammengerufen. Die Landesleitung der Partei schlägt vor, daß du die Funktion des Landrates übernimmst. Bereite dich darauf vor, ich denke, daß du damit einverstanden bist“; B. Quandt, in: Rat des Kreises Güstrow, aaO., 46 f.

³⁷⁷ Erinnerungsbericht Bernhard Quandts am 11.1.1994 an d.V.

³⁷⁸ *Volkszeitung* 9.12.1945.

³⁷⁹ *MLHA Mdl* 328.

³⁸⁰ Kornow, aaO. 98.

³⁸¹ Woderich, aaO., 23, entnahm die Zahlen für Vorpommern dem Kreisarchiv Neubrandenburg, Kreisbericht vom 1.1.1947 über die Durchführung der Bodenreform, die Zahlen für das Land Mecklenburg aus *MLHA Mdl* 25, 132 a, Gesamtstatistik über den Stand der Bodenreform vom 1.2.1946. Die Zahlen für Greifswald stammen aus Kornow, aaO., 99.

SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG	Greifswald am 17.4.46, Anzahl / %	Vorpommern (WRN, UEM, ANK, Stargard) in %	Land Mecklenburg- Vorpommern in %
Landarbeiter und landlose Bauern	365 / 60,7	64,4	58,2
Kleinpächter und landarme Bauern	57 / 9,5	7,4	9,2
Umsiedler	163 / 24,1	20,5	22,4
sonstige	16 / 2,7	7,6	9,8
PARTEI POLIT. ZUSAMMENSETZUNG			
KPD und SPD		48,9	41,7
CDU und LDP		1,3	1,3
parteilos		48,8	56,9 ³⁸²

Der ‚Fluch‘ der Statistiken ist, daß sie immer dann am wenigsten aussagen, wenn man mit ihnen etwas belegen will. Der KPD- und SPD-Anteil läßt sich bezogen auf das ganze Land anhand korrespondierender Aufstellungen noch weiter differenzieren: Die KPD stellte allein etwa 23,5%, die SPD etwa 21% der Bodenkommissionsmitglieder³⁸³. Der hohe Prozentsatz parteiloser Mitglieder – er diente in der ostdeutschen Historiographie als Beweis gegen die „Behauptung westlicher Historiker von der totalen Herrschaft der Kommunisten in der Bodenreform“³⁸⁴ – verrät kaum etwas über die tatsächlichen Machtverhältnisse bzw. politische Ausrichtung oder Präferenz, waren bei den „beratenden“ Kreiskommissionen doch größtenteils Kommunisten verantwortlich³⁸⁵.

Zu den Aufgaben der Gemeindebodenkommissionen zählte die Erfassung der konfisierten Güter, die Ausarbeitung von Aufteilungsplänen, die Prüfung der Anträge der Anspruchsbe rechtigten, die Vermessung, Verlosung und Übergabe des aufgeteilten Grund und Bodens an

³⁸² Für Woderich wurde aus der Tabelle „u.a. folgendes sichtbar“ (23 ff.): Die Gemeindekommisionen waren „tief in den Volksmassen verwurzelt“ und genossen daher eine große Autorität bei der Landbevölkerung. Die parteipolitische Bindung widerspiegelt das bereits „große Vertrauen“ zu den Arbeiterparteien, „besonders zur KPD“ [?]. Der hohe Umsiedleranteil „beweist ihre demokratische Gleichberechtigung“ in politisch entscheidenden Fragen, und die ehedem „fälschlicherweise mit ‚Landarbeiterideologie‘“ bezeichnete, „historisch begründete politische Zurückhaltung“ der Landarbeiter wurde durch den „führenden“ Einfluß der KPD weitgehend gemildert. Die Realität stellte sich nach Aussagen vieler Beteiligter für diese i.d.R. weitaus nüchterner und unpolitischer dar, was kurzgefaßt wiedergegeben werden kann als ‚pragmatisches Handeln der Betroffenen‘. Die Partei agierte und reagierte für die meisten unbemerkt – unbemerkt als sie es womöglich selbst wollte – im Hintergrund, vor Ort wurden die ergangenen Bestimmungen, Verordnungen und Aufträge ausgeführt.

³⁸³ Volker Klemm, *Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR*, Berlin 1985, 178.

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ Von den 163 Mitgliedern der 21 Kreiskommissionen Mecklenburgs gehörten (Stand: Dezember 1945) 90 der KPD, 41 der SPD und 2 der CDU an. Nur noch 18,4% (30 Mitglieder) waren parteilos; *SBZ-Handbuch*, aaO., 115.

die Neubauern, die Grundbucheintragung und – wenn es noch nötig war – auch die Verweisung der sich der Enteignung widersetzen Gutsbesitzer³⁸⁶.

Festigung der Bodenreform

Zur umfassenden Anleitung befand sich „bei jedem Landratsamt (Abt. für Landwirtschaft) [...] ein Sachbearbeiter, welcher den Komitees und durch diese auch den einzelnen Bauern in allen einschlägigen Fragen mit Rat und Tat zur Seite“ stand³⁸⁷, d.h. es handelte sich bei ihm um einen nicht in der Gemeinde Ansässigen, der als ein Kontroll- und Überprüfungsorgan sein Ohr bei den Bauern hatte und seinen Mund bei der Verwaltung. Daß neben der Durchführung auch die „Festigung“ der Bodenreform einer angestrengten Überzeugungsarbeit vor Ort bedurfte, bestätigte beispielsweise der Abteilungsleiter für Landwirtschaft im Landratsamt Ludwigslust, Otto Polet: „Nach der Durchführung der Bodenreform, die von unserer Abteilung geleitet wurde, entstanden im Kreis Ludwigslust besondere Schwierigkeiten. Der Kreis bestand vorwiegend aus Altbauern und hier war die ideologische Arbeit die schwierigste Aufgabe, das stellte an die Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaft größte Anforderungen, so daß sie oft Tag und Nacht, auch sonntags unterwegs waren, um die Bauern zu überzeugen, mit uns zu gehen“³⁸⁸. Das der Öffentlichkeit fortgesetzt vermittelte Bild einer die Bodenreform vehement einfordernden und stürmisch tragenden Bevölkerung (was ja schon ein Widerspruch in sich ist) stimmte mit der Realität nicht überein, wie auch die Schweriner *Volkszeitung* in einem vorläufigen Abschlußbericht der Bodenreform zugab: „Die praktische Durchführung war durch die alte Gewohnheit der Landarbeiter, nur Befehle auszuführen, erschwert. Sie konnten es nicht fassen, daß nun ohne einen ‚Mann vom Amt‘ ihre Gemeindekommission die gesetzliche Befugnis hatte, einen Aufteilungsplan für das Gut des ehemaligen Herrn zu machen“³⁸⁹. Die sich nach der Propaganda volksdemokratisch gebärdende Handlungskompetenz der Bevölkerung für einen Landreformprozeß entspräche etwa nachstehendem Schema.

³⁸⁶ Vgl. Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 122.

³⁸⁷ *MLHA MLF*, Nr. 3213, 4-8. Die angesprochenen „Komitees“ waren die zur Festigung der Bodenreform (gegenseitige Bauernhilfe) aus den Kommissionen hervorgegangenen Organe.

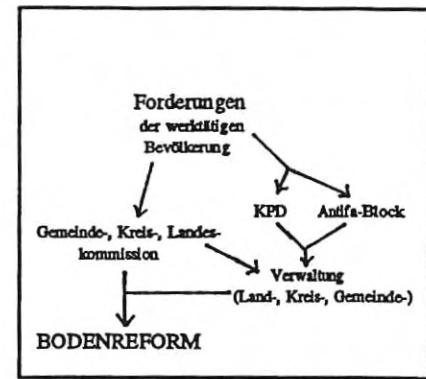
³⁸⁸ Politische Beamte auf allen Ebenen: Sonderschichten, um der doppelten Loyalität gerecht zu werden; später verfaßter Erinnerungsbericht an 1945 (vielleicht durch die zeitliche Distanz stilisiert, dennoch in der Tendenz beispielhaft), *MLHA Nachlaß BPA Schwerin V5/171*.

³⁸⁹ „Das neue demokratische Gesicht des Dorfes. Vorläufiger Abschlußbericht der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern“, in: *Volkszeitung*, Nr. 112, 9.12.1945.

Die Forderungen der (werkaktiven) Bevölkerung würden entweder von Organen ihres Vertrauens gebündelt und in den Gremien von Staat und Partei vertreten, oder sie formierten direkt und souverän aus ihren eigenen Reihen eine exekutive Gewalt.

Tatsächlich sollte jedoch die politische Richtlinienkompetenz bei der von den „Gemeindebodenkommissionen durchzuführende[n] Agrarreform gemäß der Konzeption des ZK der KPD von den neugebildeten Provinzial- und Landesverwaltungen über die Kreisverwaltung gelenkt werden“³⁹⁰ und damit von oben nach unten verlaufen. Die Verwaltungsorgane auf „Kreis- und Landesebene beschränkten [sic!] sich darauf, die Gemeindekommissionen in ihrer Tätigkeit anzuleiten und ihre Maßnahmen zu sanktionieren bzw. – sofern es nottat – zu korrigieren“³⁹¹. Daß der organisatorische Ablauf einer rasch durchzuführenden Landreform (die Herbstbestellung stand an) sicherlich einer geübten Koordination und der Autorität einer anerkannten Instanz oder zumindest gesetzmäßigen Legitimation bedurfte, muß denn auch dem sowjetzonalen Bodenreform-Prozeß zugestanden werden; wann eine Korrektur von Maßnahmen jedoch „Not tat“, bestimmte die Parteilinie. Denn trat der Fall ein, daß die Gemeindebodenkommissionen ihre Aufgabe, „erzieherisch und ideologisch aufklärend gegenüber den Werkaktiven des Dorfes“ zu wirken, vernachlässigten, rückte als Korrektiv die „wirtschaftlich-organisatorische und erzieherische Tätigkeit der [übergeordneten] antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane in den Vordergrund“³⁹². Die auf diese Art praktizierte und „von der KPD vorgeschlagene Einbeziehung der werkaktiven Dorfbevölkerung in die von den staatlichen Organen geleitete Agrarumwälzung“³⁹³ verschaffte der KPD zum einen die gewünschte Massenbasis, verschleierte zum anderen aber nicht nur ihre undemokratischen machtpolitischen Methoden, sondern verschweißte die Bevölkerung mit dem neuen System. Sie machte sie zum Handlanger, Mitverschwörer und Vorzeigeart eines Prozesses, mit dem sie – ob sie es wollte oder nicht – identifiziert werden würde und für den sie bürgen würde³⁹⁴.

Ebenso wie sich in der parteipolitischen Organisiertheit der Landesverwaltung bezüglich der Parteimitgliedschaft ein Schnitt zwischen den überwiegend parteilosen Dienstkräften und dem



³⁹⁰ Urban/Reinert, aaO., 29.

³⁹¹ Siegfried Kuntsche, *Die „Gemeinwirtschaft“ der Neubauern. Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaus der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg*, Diss. Uni Rostock 1970, 32.

³⁹² Urban/Reinert, aaO., 31 f.

³⁹³ Ebd.

³⁹⁴ MLHA MdI 328.

höheren, häufig verbeamteten Personal feststellen lässt, unterschied sich die Gemeindeebene der Bodenreform-Verwaltung im Grad ihrer parteipolitischen Organisiertheit von den höheren Stellen³⁹⁵. Die Parteibindung der Verwaltung, aber auch die ansteigende Parteimitgliedschaft der Bevölkerung, die enge Anbindung und Einbindung in den Transformationsprozeß und die stete Massenmobilisierung und ideologische Infiltration darf jedoch nicht nur als Ausdruck einer sich intensivierenden Staatsparteibevormundung verstanden werden. Es ist auch nach Modernisierungseffekten zu fragen, wie z.B. nach Aufstiegsmobilitäten, nach der Durchbrechung sozialer Schranken oder nach einer verlässlichen Sozialsteuerung und -betreuung. Was jedoch auf der einen Seite die Menschen sich ‚wohlfühlen‘ und systemkonform werden lässt, vermag andererseits „subjektive Selbsttätigkeit und [...] Selbständigkeit aller Art“³⁹⁶ zu be- oder gar zu verhindern.

Basisdemokratische Entwicklungen, Entscheidungen oder Meinungen, die vom vorgeschlagenen Weg der Staats- und Parteiführung abzuweichen drohten, wurden schleunigst unterbunden. Das intensive Berichtssystem, häufige Versammlungen, Kontrollfahrten auf dem Lande und Belehrungen spielten die Rolle eines pseudodemokratischen Korrektivs, denn die nach eingehender „Anleitung“ gemeinsam gefassten Beschlüsse, Entschlüsse und Aufrufe – die einem Glaubensbekenntnis gleich in alle Welt ausgesandt wurden – schienen Ausdruck einer Mehrheitsmeinung zu sein, die nicht nur hohe politische Analysefähigkeit und Weitsicht besaß, sondern sich zudem noch einwandfrei zu artikulieren gelernt hatte. Dies zeigt als ein frühes Beispiel die ‚Entschließung der Kreisbauernversammlung für den Kreis Ostprignitz zur Durchführung einer demokratischen Bodenreform‘ vom 2.9.1945³⁹⁷:

„Die Kreisbauernversammlung [...] stimmt einmütig den Ausführungen des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, Wilhelm Pieck, über die Lage und die Aufgaben unseres deutschen Volkes, insbesondere über die Notwendigkeit der Durchführung einer demokratischen Bodenreform, vollinhaltlich zu und gelobt, alle Kräfte an die Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform zu setzen und auch damit Garantien für die Schaffung eines friedlichen demokratischen Deutschlands zu schaffen [...] Aber noch sitzen die Kriegsinteressenten und Stützen des Hitlerregimes, die Junker und Großgrundbesitzer, auf ihren Gütern. Sie hoffen, das Heft

³⁹⁵ Vgl. Kornow, aaO., *passim*; *SBZ-Handbuch*, aaO., 113.

Gemeindebodenreformkommissionen (in %): 41,7 KPD/SPD; 1,3 CDU/LDPD; 56,9 parteilos

Landesbodenreformkommissionen (Anzahl): 61 KPD; 31 SPD; 7 CDU; 6 parteilos

Präsident: SPD

Vizepräsidenten: 2 KPD; 1 CDU

Direktoren: 2 KPD; 4 SPD; 1 CDU; 1 parteilos

Landesverwaltung: 4 KPD; 5 SPD; 1 CDU; 6 parteilos [Stand: Ende 8/45]

Oberbürgermeister/Landräte: 8 KPD; 7 SPD; 3 CDU; 10 parteilos [Stand: 21.7.45]

Oberbürgermeister/Landräte: 14 KPD; 8 SPD; 2 CDU; 4 parteilos [Stand: Ende 8/45]

Bürgermeister: 58 KPD; 14 SPD; 2 CDU; 2 parteilos [Stand: Ende '45]

Dienstkräfte: 1404 KPD; 1786 SPD; 386 CDU; 7501 parteilos [Stand: Ende '45]

³⁹⁶ Jürgen Kocka, „Eine durchherrschte Gesellschaft“, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 549.

³⁹⁷ Vgl. *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, aaO., 130 ff.

wieder in die Hand zu bekommen, um ihre Ausplündierungsmethoden gegen Bauern und Arbeiter fortsetzen zu können. Wir Bauern und Landarbeiter fordern, daß diese Kriegsschuldigen und Leuteschinder restlos enteignet werden. Der Junkerboden, der einst durch List und Gewalt unseren Vorfahren vom Adel abgenommen wurde, muß wieder Bauernboden werden. [...] Die Flüchtlinge und Kriegsvertriebenen wollen und können seßhafte Bauern werden. [...] Wir verlangen die Aufteilung des Bodens der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen und des ganzen Großgrundbesitzes über 100 Hektar an die kleinen Bauern, Landarbeiter und Kriegsvertriebenen. Wir wollen endlich einmal freie Bauern sein, auf freier Scholle, in einem demokratischen Deutschland“³⁹⁸.

Maßnahmen im Zuge der ‚antifaschistisch-demokratischen Umwälzung‘ wurden „weitestgehend“ durch die SMAD bzw. das ZK und die Landesleitungen (LL) der KPD vorgegeben. Die Vizepräsidenten standen durch ihre Ämterhäufung in „ständigem Kontakt mit der Abteilung Landespolitik im Zentralapparat der KPD“ und waren der Partei gegenüber für die „Durchsetzung der Parteibeschlüsse in ihren Ländern bzw. Provinzen verantwortlich“³⁹⁹. Bei der „Festigung der Bodenreform ist das wechselseitige Zusammenwirken des Zentralsekretariats der KPD und SMAD und auch der entsprechenden Leitungsorgane auf Landesebene ziemlich klar aus den Akten herauszulesen“⁴⁰⁰; der ‚werkätigen Masse‘ wurde die Rolle von Klaqueuren aufoktroyiert, in der sich die Mehrheit jedoch nicht gefiel. Sie bildeten weniger durch ihre objektiven Lebensumstände eine ‚Klasseneinheit‘, als vielmehr durch die Definitionsmacht der KPD/ SED, die sie als Pseudo-Repräsentations- und Legitimationssubjekte missbrauchte.

Die sich der sozialen Frage widmende „Transformations-Politik“⁴⁰¹ der Kommunisten fand in der Bodenreform den „Katalysator der sozioökonomischen Transformation“⁴⁰². Auf dem Weg zur Erschaffung sog. antifaschistisch-demokratischer, am Modell ‚Sozialismus‘⁴⁰³ aus

³⁹⁸ Dieses Dokument wäre als *ein* reichhaltiges Beispiel bestens für eine Diskursanalyse geeignet. Es beinhaltet Spuren aller zeitgenössisch-aktuellen Themen, Probleme und Unternehmungen, verweist aber auch sprachlich auf den aufkommenden abwechlungsarmen, formalisierten und parteilich getrimmten Proklamationsstil und besitzt die stilistische Raffinesse, bereits Feststehendes vehement einzufordern. Es tauchen etwa auf: Antifaschismus, die KPD als ‚Leitwolf‘, das Arbeiter-und-Bauern-Bündnis, der Großgrundbesitz als zusammenführender, gemeinsamer Gegner, die Bodenreform-Einforderung.

³⁹⁹ SBZ-Handbuch, aaO., 75.

⁴⁰⁰ Kuntsche, aaO., 153.

⁴⁰¹ Dietrich Staritz, „Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)“, in: Hermann Weber (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, 215.

⁴⁰² Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 121.

⁴⁰³ Bis Anfang 1946 standen Antifaschismus und Demokratie als politische Ordnungsvorstellungen in der Diskussion eindeutig im Vordergrund. Der Sozialismus wurde erst wieder thematisiert, als die Einheitspartei schon gegründet war. Zuvor kursierten die – allerdings auf Stalins Idee beruhenden – Thesen Anton Ackermanns, nach denen die Übertragung des Sowjetsystems auf Deutschland als falsch angesehen wurde; vgl. ders., „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“, in: *Einheit*, Februar 1946. Im Oktober 1946 aber legte Ulbricht die „Strategie und Taktik der SED“ (in: *Einheit* 5.1946, 262) ganz im Sinne seiner Demokratiekonzeption – nach der das einmal hergestellte Klassen-Mehrheits-Verhältnis und nicht eine sich stets wieder in Wahlen zu

gerichteter Zustände, versetzte sich das Regime mit der Durchführung einer gravierend umschichtenden Bodenreform in die Lage, ihre gesellschaftspolitischen Ziele beschleunigt und irreversibel umzusetzen. Mit der 1952 einsetzenden Kollektivierung verrauchten die wirtschaftlichen Ergebnisse der Bodenreform, die staatspolitischen Vorhaben wie Sicherung der politischen Machtbasen und Ausweitung der Zugriffsmöglichkeiten zur Durchherrschung der Gesellschaft wurden jedoch konsolidiert, was allerdings keine Rückschlüsse auf den Zustimmungsgrad und den Rückhalt in der Bevölkerung zuläßt. Um im Bild zu bleiben: Die die Katalyse beaufsichtigende Instanz (SMAD, KPD, SED) benötigte neben stetig steigender⁴⁰⁴ Aufmerksamkeit und Kontrolle⁴⁰⁵ vor allen Dingen Aktivatoren (z.B. Parteikader/Multiplikatoren⁴⁰⁶), um die katalytische Wirkung zu erhöhen, sie zumindest aber vor aus den gestiegenen Ansprüchen der Bevölkerung (z.B. durch den Vergleich zur Entwicklung in Westdeutschland⁴⁰⁷) entstandenen Katalysatorgiften („Provokation“⁴⁰⁸), die die Wirkung hemmen würden, zu bewahren.

Als Aktivposten bei der Festigung der Bodenreform wünschte sich die Partei aber auch die Neubauern⁴⁰⁹, die durch die Reform ihr Land erhielten und denen so der Aufbau einer neuen Existenz ermöglicht wurde. In einem Redemanuskript unbekannter sowjetischer Herkunft

beweisende Mehrheit die Stoßrichtung der Politik vorgibt – wie folgt dar: „Da die Arbeiterklasse und die am Sozialismus gleichermaßen interessierten werktätigen Massen die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes bilden, erstrebt die SED die Errichtung der Arbeitermacht mit den Mitteln der Demokratie“.

⁴⁰⁴ In einer Information über ein Gespräch mit Bockow, Tjulpanov und Wolkow am 22.12.1945 konstatierte Ulbricht, daß „unsere Politik noch nicht genug entwickelt [ist] / Bodenreform / Arbeiter / Intelligenz“; Badstübner/Loth, aaO., 62. Aber auch noch ein dreiviertel Jahr später wurde dieses auf einer Besprechung der Mitglieder des ZS bei Bockow moniert: „Beschwerde wegen Agitprop. – zu wenig Literatur über Agrarreform zu wenig Versammlungen führender Gen., im Verlag erscheint nichts“; ebd., 81.

⁴⁰⁵ So hieß es auf einer deutschlandpolitischen Besprechung am 26.7.1946 in Karlshorst z.B.: „SED große Kraft, leitende Rolle große Verantwortung“, die Partei sei die „Plattform“, die die „Richtlinien für künftige Staatsordnung demokr. Republik“ vorzugeben habe; ebd., 75 f.

⁴⁰⁶ Während einer Beratung im Parteihaus am 29.5.1946 wurde z.B. die Funktion der Lehrer erörtert: „Lehrerschaft stärker beeinflussen Stütze im Dorf“; ebd., 74. Wesentlich blieb natürlich weiterhin die „Agitprop-Arbeit geschulte Kader nötig“ (20.9.1946, ZS bei Bockow); ebd., 82. In einem Telefonat am 4.10.1946 mit Pieck äußerte sich Semjonow vor allem zu Fragen der Landwirtschaft, wobei er betonte, daß es gelte, die Rolle der „Komitee[s] der gegenseitigen Bauernhilfe stärker hervor[z]kehren“; ebd., 83.

⁴⁰⁷ Die Situation in den Westzonen, die wahrlich längst noch nicht rosig war, wurde aber bereits frühzeitig in der Ostzone diskreditiert, um vor der eigenen Bevölkerung im Vergleich gut darzustehen: „Über die Lage in den westlichen Zonen muss mehr Material veröffentlicht werden, vor allem über die Lage der Industrie, über Arbeitslosigkeit, dem Verbleib faschistischer und reaktionärer Elemente in der Verwaltung und in den Betrieben“ (11.10.1946), ebd., 84.

⁴⁰⁸ Neben den täglich vorkommenden, als „Sabotage“ titulierten Ereignissen hatte sich die SED aber auch mit innerparteilicher Opposition zu beschäftigen, wie es z.B. aus einem Bericht des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD, Serow, vom 7.8.1946 hervorgeht; ebd., 77 ff.

⁴⁰⁹ Wichtig erschien eine gewissenhafte, verlässliche (Aus)bildung: „Bauern – nötig – führende Leute schaffen – Bauernbibliothek“; Ulbricht über eine Beratung bei Stalin am 6.2.1946, ebd., 69.

(evtl. von Tjulpanov verfaßt) aus dem Spätsommer 1947 hieß es unter dem Stichwort ‚Die Bodenreform‘:

„Ich möchte betonen, daß die Bodenreform für uns eine große Anzahl Anhänger im Dorfe geschaffen hat, ca. 300-400000 Wirtschaften. Die deutschen Bauern haben ihr Land von der sowjetischen Besatzungsmacht und der Partei der Arbeiterklasse bekommen. Das ist eine gute Voraussetzung für das Bündnis der Arbeiter und Bauern. Das ist auch eine gute Voraussetzung für die deutsch-sowjetische Freundschaft in Zukunft, da wir hier 300-400000 unserer Anhänger haben, die von uns das gutsbesitzerliche Land bekommen haben. Hieraus ergibt sich die große Bedeutung dieser Frage für die gesamte Demokratisierung Deutschlands“⁴¹⁰.

Der im Zuge der Bodenreform enteignete Grundbesitz – Ländereien mit den dazugehörigen Immobilien und dem Inventar der Großgrundbesitzer (über 100 ha Größe), der Kriegsverbrecher, der aktiven Nationalsozialisten und des Staates⁴¹¹ – wurde nicht unmittelbar den neuen Eigentümern übergeben, sondern in den sog. Bodenfonds überführt.

Herkunft des Bodenfonds ⁴¹²	Stand	Betriebe (Anzahl)	Fläche insgesamt (ha)	∅-Fläche (ha)
Privatbesitz < 100 ha	15.11.1946 01.01.1950	437 1157 <i>+165%</i>	19869 37845	45 33
Privatbesitz > 100 ha	15.11.1946 01.01.1950	1844 2199	726611 823726	394 375
Betriebe in Staatsbesitz ⁴¹³	15.11.1946 01.01.1950	375 472	165574 133489	442 283
Siedlungsgesellschaften etc.	15.11.1946 01.01.1950	25	4991	200
Staatswälder u. Forst	15.11.1946 01.01.1950	49	50139	1023
sonstiger Grundbesitz	15.11.1946 01.01.1950	105	23388	223
insgesamt	15.11.1946 01.01.1950	2656 4007	912054 1073578	343 268

In diesem staatlichen Bodenfonds verblieben die Flächen rechtlich auch nach ihrer Verteilung, so daß sie im Falle einer späteren Aufgabe der Neubauernwirtschaft wieder in diesen Topf zurückfielen und von dort aus ein weiteres Mal vergeben wurden. Das in seiner Rechtsnatur eingeschränkte Eigentum der Neubauern an ihrem Grund und Boden wurde ihnen zwar persönlich, vererbbar und schuldenfrei übergeben, das Bodenreformland durfte aber weder

⁴¹⁰ Die Rede wurde im Vorfeld des 2. Parteitages der SED gehalten; Badstübner/Loth, aaO., 168.

⁴¹¹ Vgl. Bodenreform-Verordnung Nr. 19, aaO., Art. II.

⁴¹² Zu den Werten vgl. Stöckigt, aaO., 260 f.

⁴¹³ Die Betriebe in Staatsbesitz schließen für dieses Datum auch die Siedlungsgesellschaften, die Staatswälder und den sonstigen Grundbesitz mit ein.

ganz noch teilweise „veräußert, verpachtet, verpfändet oder geteilt“ werden⁴¹⁴. Zur Vermeidung einer Flurzersplitterung und zur rationellen Bewirtschaftung der Flächen mit den noch vorhandenen Großgeräten empfahl die Landesbodenkommission den Gemeindekommissionen, die „Auslegung des gesamten Ackers der Kleinbetriebe meist in einer oder höchstens in zwei Parzellen“ durchzuführen⁴¹⁵ – gerade, da abzusehen war, daß durch die zeitliche Überlagerung von Bodenreform und Herbstbestellung die Abkehr von der gutsbetrieblichen Großflächenwirtschaft besonders schwer fallen würde⁴¹⁶.

Die Neubauern

Nähme man das Brechtsche *Lied der neuen Erde* mit seiner Schlußzeile „Es herrscht kein Herr mehr, und es dient kein Knecht, es herrscht ein freies menschliches Geschlecht“ zum Maßstab, dann wäre die Durchführung der Bodenreform Sache der „aus ihren Katen [hervortretenden] Bauern“ gewesen und damit reduziert auf die Alteingesessenen. Die neue Spezies freier Menschen – dieses Bild wurde immerhin noch zum 10. Jahrestag der Bodenreform, als die erste Kollektivierungsphase bereits eingesetzt hatte, in großer Aufmachung im *Freien Bauern* propagiert⁴¹⁷ – wurde besonders in Mecklenburg jedoch auch von den sog. Umsiedlern geprägt, die mit beinahe 45 % am Gesamtanteil der Bodenempfänger eine nicht zu vernachlässigende Gruppe darstellten⁴¹⁸. Sie bildeten das Gros der fortan als Neubauern bezeichneten ländlichen Klasse, die ihren sämtlichen, neuen Landbesitz aus den Bodenzuteilungen der Bodenreform erhalten hatte und fortan als hauptberufliche Bauern wirtschaftete⁴¹⁹.

⁴¹⁴ Hans-Hermann Lochen, „Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945 und 1949“, in: *Deutschland-Archiv* 24. 1991, 1037; vgl. Manfred Hoffmann, *Das Schicksal der Bodenreformwirtschaften in der DDR. Ein Beitrag zur Analyse der Agrar- und Eigentumspolitik der SED*, Köln 1978, 36 ff.

⁴¹⁵ Friedrich Mager, *Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg*, Berlin 1955, 561. Vgl. Hans Warnke zu den ersten Maßnahmen zur Durchführung der Bodenreform, in: *Schweriner Volkszeitung*, Nr. 34 vom 9.9.1945 und Ernst Goldenbaum zur Bodenreform im Stadium der Durchführung, in: ebd., Nr. 42 vom 19.9.1945.

⁴¹⁶ Das bisherige Rotationssystem war durch die Einführung neuer Fruchtfolgen abzulösen.

⁴¹⁷ *Der Freie Bauer* – Wochenzeitung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (BHG), Nr. 36, 10. Jg. 1955, 1.

⁴¹⁸ Nach der Bodenreform gab es in Mecklenburg 107287 Neubauern und 55034 Altbauern /Stand: 1.10.1948), *MLHA BPA Schwerin* I/8/6.

⁴¹⁹ Es hätte zudem einige Berechtigung, auch die Gruppe der nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten (c) zu den Neubauern zu zählen, da diese in Mecklenburg – im Unterschied zu anderen Regionen – ihr Land „überwiegend nicht [als] Kleingartenparzellen der städtischen Bevölkerung“ erhielten; vgl. Siegfried Kuntsche, „Zur wirtschaftlichen Situation des werdenden Neubauerndorfes in Mecklenburg-Vorpommern. Das Zugkraftproblem“, in: *WZ der Universität Rostock*, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, H. 1, Teil II, 21. Jg. 1972, 150.

	Empfänger	Stand ⁴²⁰	Beglückigte (Anzahl)	mit Familie	Anteil (%)	Zuteilung (ha)	ø-liche Zuteilung (ha)
a	landlose Bauern und Landarbeiter	15.11.1946 01.01.1950	35868 38286	- 130131	46,53 44,81	333630 365352	9,30 9,54
b	Umsiedler	15.11.1946 01.01.1950	32621 38892	- 133674	42,76 44,88	306637 365943	9,40 9,41
	NEUBAUERN (a + b)	15.11.1946 01.01.1950	68489 77178	- 263805	89,29 89,68	640267 731295	9,35 9,48
c	Arbeiter und Angestellte	15.11.1946 01.01.1950	8067 9842	- 30193	4,44 2,38	31873 19437	3,95 1,97
d	landarme Bauern	15.11.1946 01.01.1950	15954 10867	- 36859	4,73 5,07	33915 41316	2,13 3,80
e	Kleinpächter	15.11.1946 01.01.1950	3428	- 10538	0,80	6561	1,91
f	Altbauern (Waldzulage)	15.11.1946 01.01.1950	13204	- 42288	2,06	16814	1,27
	INSGESAMT (a - f)	15.11.1946 01.01.1950	92510 114519	- 383683	100,00 100,00	717055 815423	7,75 7,12

Ob man die Bodenreform nun als Erfüllung der „Sehnsucht der Landarbeiter und Kleinbauern“ nach eigenem Land bewertet oder als Versorgungsmaßnahme für die orientierungslose und zu irredentistischen Gefühlen neigende Bevölkerung, es stabilisierten sich infolge der Landverteilung die „politischen Verhältnisse auf dem Land zugunsten der politischen Führung“⁴²¹. Schenkt man der Stabilisierungsthese glauben, ist danach zu fragen, welche Rolle die Neubauernschaft für diese Stabilisierung spielte. Die Neubauern traten in den Mittelpunkt des Interesses und der Agitation der Partei, obwohl sie auch im Zuge der Bodenreform noch unsicher, unentschlossen und inaktiv waren: „Viele der neuen Bauern wissen noch nicht recht, was sie machen sollen; sie lassen sich treiben, ohne selbst zu denken und zu handeln“⁴²². Zwar konnten die Neubauern, die ihrer Herkunft nach Umsiedler, Landlose und Landarbeiter waren, als ‚natürliche‘ Verbündete der Arbeiterklasse und ihrer Partei betrachtet werden, da sie kein Privateigentum an Produktionsmitteln besaßen. Kamen aber nicht gerade „längerfristig wirkende Bewußtseinsmomente“⁴²³ zum Tragen, wenn es nach dem Verständnis der KPD eigentlich gegolten hätte, sich das Transformieren gegebener Verhältnisse anzueignen? Durch das Nachwirken der nationalsozialistischen, antikommunistischen Ideologie und

⁴²⁰ Die Werte für den 15.11.1946 stammen aus: *MLHA MdI*, Nr. 25, 133 („Ergebnisse der Bodenreform“), die für den 1.1.1950 aus Klaus Schreiner (Gesamtbearbeitung), *Kommunistische Agrarpolitik in Mecklenburg (1945-1952)*, Neubrandenburg 1980, 36.

⁴²¹ So wurde es übereinstimmend in Ost und West beurteilt: Immler, aaO., 34.

⁴²² Otto Möller, „Womit muß sich der neue Bauer jetzt beschäftigen?“, Schweriner *Volkszeitung* vom 3.1.1946.

⁴²³ Kuntsche, *Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes*, aaO., 27.

der Hörigkeit dem Gutsbesitzer gegenüber⁴²⁴ haben viele der Neubauern die „grundlegenden Veränderungen ihres Lebens mehr hingenommen als selbst mitgestaltet“⁴²⁵. Die Bedeutung der Bedeutung (der „Schöpferkraft“) der Neubauern als eine „reale Potenz“ unterstützt die Vermutung, daß sich die ‚sowjetdeutschen‘ Machthaber eine soziale Basis – quasi ein Medium – für ihren „Klassenkampf auf dem Lande“ schaffen wollten⁴²⁶. Für die ideengeschichtlich im Materialismus fußende Partei spielte die ökonomische Entwicklung eine besonders wichtige Rolle, so daß sie annehmen konnte, daß die Neubauern als die materiell Privilegierten und die Verbündeten auf dem Lande das „größte Interesse am Weiterbestehen des Regimes“ haben würden⁴²⁷. Deutlich wurde die Betriebsgrößenstruktur zugunsten der klein- resp. neubäuerlichen Wirtschaften verändert⁴²⁸:

Größenklasse (ha)	Betriebe (1939)	Anteil (%)	LNF (ha)	Anteil (%)	Betriebe (1945)	Anteil (%)	LNF (ha)	Anteil (%)
0,5 – 1	5175	11,1	3499	0,3	6741	4,9	4924	0,3
1 – 2	6400	13,8	8907	0,8	8721	6,4	12931	0,9
2 – 5	8473	18,2	25982	2,5	14059	10,3	48090	3,2
5 – 10	5863	12,7	40669	4,0	68072	49,6	518240	34,9
10 – 20	9282	20,0	128887	12,6	26622	19,4	342879	23,1
20 – 50	7883	17,0	228059	22,2	10685	7,8	328005	22,1
50 – 100	1719	3,8	96084	9,4	1889	1,4	118295	8,0
100 – 200	351	0,8	41159	4,0	131	0,1	16993	1,1
> 200	1185	2,7	453306	44,2	202	0,2	95328	6,4
insgesamt	46331	100	1026552	100	137122	100	1485686	100

*MacSp.
ohne Vorp.*

⁴²⁴ „Juristisch wurde ihre Hörigkeit vor bald 140 Jahren aufgehoben, aber die faktische Hörigkeit blieb bis gestern, und mit ihr blieb die geistige Hörigkeit. Bei der Durchführung der Bodenreform haben wir wiederholt erschreckende Proben der noch vorhandenen geistigen Hörigkeit unserer Landbevölkerung zu kosten bekommen. Viele Landarbeiter und viele der kleinen Bauern, die als Anlieger des großen Gutshofes auf Pachtland angewiesen waren, konnten gar nicht fassen, daß die Stunde ihrer Befreiung nun wirklich geschlagen hatte“, Edwin Hoernle, *Die Bodenreform – ein Weg zu Demokratie und Frieden*, Berlin 1946, 7.

⁴²⁵ Kuntsche, *Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes*, aaO., 27.

⁴²⁶ Konrad Müller, *Die mitteldeutsche Landwirtschaft 1945-1974. Ein agrarsoziologisch-sozialgeographischer Beitrag zu ihrem Strukturwandel*, Berlin 1975, 12.

⁴²⁷ Duhnke, aaO., 121.

⁴²⁸ Vgl. Siegfried Kuntsche/Siegfried Schlombs (Hg.), *Dokumente der Bauernbefreiung. Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin*, Schwerin o.J. (1975), 76. Die über 100 ha großen Wirtschaften machten den „völlig neuartigen Sektor volkseigener Gutsbetriebe“ aus. Neben der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben – die VEGs waren Versuchsgüter, Vermehrungs- und Zuchtbetriebe – war mit ihnen „ein Schritt vorwärts zum Sozialismus“ möglich geworden, da sich nun „lenkende Schlüsselpositionen der gesamten Landwirtschaft in der Hand des Volkes und damit heute schon unter einem weitgehenden Einfluß der Arbeiterklasse befinden“, Edwin Hoernle, „Probleme der Agrarpolitik im neuen Deutschland“, in: *Einheit* 11.1948, 1036.

Im – ebenfalls im Sinne der Parteiideologie bedeutsamen – Kampf um die Macht fand so auf propagandistischer, ideologisch begründeter, aber auch auf rechnerischer Ebene ein Elitenaustausch statt. Die KPD/SED verharrte jedoch nicht bei der sich rein materiell dokumentierenden Bündnispartnerschaft, sondern intensivierte ihre Einflußmöglichkeiten – und dieses war womöglich die wichtigere Komponente – durch eine Verstärkung der Organisation und Organisierung der Neubauern. Wurden die eben noch (und auch weiterhin) protegierten Neubauern durch die Schaffung einer Massenorganisation auf dem Lande (der ‚Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe‘) zur Manövriermasse der nach ubiquitärer politischer ‚Durchherrsung‘ der Gesellschaft strebenden Staatspartei? Es darf daneben die Frage mitverfolgt werden, ob die KPD/SED angesichts der bei den Neubauern festgestellten Eigenschaften Konservativismus, Loyalität und Hörigkeit den Versuch unternahm, mit Hilfe einer nachholenden Sozialisation die bäuerliche Gesellschaft auf *ihre* Herrschaftsmacht auszurichten und umzuleiten.

In der Broschüre „*Junkerland in Bauernhand*“. *Was soll der Bauer von der Bodenreform wissen?*“, die die mecklenburgische Landeskommision für Bodenreform herausgab, wurden u.a. die Modalitäten der Bezahlung des Bodenreformlandes erörtert. Für den Boden der Bauernstellen, die in der Regel eine Größe von maximal fünf Hektar haben sollten (bei schlechtem Boden acht, bei sehr schlechtem Boden zehn), war eine Summe zu zahlen, die dem „Werte einer Jahresrente entspricht“⁴²⁹, entsprechend den Ablieferungspreisen von September 1945 und seiner Bodenqualität⁴³⁰. Bis Ende 1945 mußte eine Rate von zehn Prozent abgezahlt sein, wobei allerdings eine bis zu dreijährige Stundungsmöglichkeit eingeräumt wurde. Landarme Bauern und Kleinpächter hatten den Rest in bar oder natura im Laufe von zehn Jahren zu erbringen, landlose Bauern, Landarbeiter und Umsiedler innerhalb von zwanzig Jahren⁴³¹. Die bereits hieraus ersehbare Differenzierung zwischen den Neubauern und den schon zuvor als Bauern wirtschaftenden Landwirten kann als ein Indiz für die unterschiedlichen – wirtschaftlichen, sozialen und mentalen – Startbedingungen gewertet werden. „Unsere Neubauern haben wohl jetzt ihr Land, aber wir wissen sehr gut, daß ihnen noch sehr viel fehlt, um diese Wirtschaft ganz aufzubauen“, charakterisierte auch der nachmalige mecklenburgische Ministerpräsident Kurt Bürger in seiner Rede auf der Landeskonferenz der VdgB im März 1946 die

⁴²⁹ 1000–1500 kg Roggen je Hektar; Paul Steinmann, *Bauer und Ritter in Mecklenburg*, Schwerin 1960, 110.

⁴³⁰ Leichter Boden (Kartoffelacker) war mit 190 Reichsmark pro Hektar zu bezahlen, besserer Boden (Haferboden) mit 220, schwererer Boden (Klee- und Zuckerrübenacker) mit 250, schwerer Boden (Weizenacker) mit 280 RM/ha; Niederwald wurde mit 100 RM/ha veranschlagt, Nadelwald mit 150 und Hartholzwald mit 200 RM/ha.

⁴³¹ MLHA MLF 2854, 81.

Situation⁴³². Aus dem sich ebenfalls im Bodenfonds befindlichen lebendem und totem Inventar wurden in Mecklenburg folgende Bestände verlost⁴³³:

Inventar	01.02.1946	15.11.1946	Inventar/100 NB (am 15.11.46)
Arbeitspferde	9458	14932	21,8
Rindvieh (insg.)	21906	23506	34,3
Milchkühe	14271	19033	27,8
Schweine	9265	13733	20,1
Schafe/Ziegen	12712	17470	25,5
Schlepper	1123	1671	2,4
Anhängepflüge	1673	3082	4,5
Dreschmaschinen	1146	1828	2,7
Garbenbinder	2489	3728	5,4
Lokomobile	488	476	0,7
Pferdepflüge	14431	21420	31,3
Eiserne Eggen	10322	15401	22,5
Kultivatoren	3321	4513	6,6
Häufelpflüge	3249	5358	7,8
Drillmaschinen	2085	2586	3,8
Mähdrescher	3213	4745	6,9
Kartoffelroder	1520	2332	3,4
Wagen/Anhänger	7435	11608	1,7

Nicht nur für den Grund und Boden hatten die Neubauern zu zahlen, auch das Vieh mußte bezahlt werden, obschon „laut Gesetz [...] Vieh und Gebäude unentgeltlich abzugeben [sind]. Es besteht aber vielfach die Meinung, daß ein Neubauer mit einem geschenkten Stück Vieh wesentlich unachtsamer umgeht als [mit] einem von ihm selbst bezahlten. Der Siedler soll daher für jedes Stück Vieh eine bestimmte Summe an die Kasse des Bauernkomitees zahlen, diese Summe bleibt solange sein Guthaben, als das Vieh sich gesund in seinem Besitz befindet. Geht das Vieh zugrunde, so fällt das Geld an das Komitee, welches es für die Neuanschaffung von Maschinen usw. verwenden kann“⁴³⁴. Falls es jedoch überhaupt möglich war, eine Kuh aus den geringen Beständen zu erhalten, mußte diese von einer derartigen

⁴³² 17.3.1946, Rede Bürgers (KPD), *MLHA MLF* Nr. 3212, 31.

⁴³³ Die Werte für den 1.2. und 15.11.1946 sind Stöckigt, aaO., 268, 271, 274 entnommen.

⁴³⁴ Der Vorsitzende des Kreiskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe von Waren am 1.12.1945, *MLHA RdK Waren* 65.

Qualität sein, daß die mit ihrem Erwerb einhergehenden Selbstversorgungs-, Ablieferungs- und Arbeitspflichten erledigt werden konnten. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Bauern verstärkte sich erstens dadurch, daß landwirtschaftliche Großgeräte bei den Bauernhilfskomitees verblieben⁴³⁵, zum anderen infolge der Tatsache, daß mit der Neuorganisation der Saatgut- und Tiervermehrungsstellen auch hier durch zentrale Stellen politischer Einfluß v.a. auf die neubäuerlichen Wirtschaften ausgeübt werden konnte⁴³⁶ und zum dritten dadurch, daß der Neubauer eine Wirtschaft von einer Größe erhielt, die er ohne fremde Arbeitskräfte bestellen konnte, d.h. mit der er nicht in den Stand versetzt wurde, nach der Vertreibung der Junker nun selbst zum „kapitalistischen Ausbeuter“ zu werden⁴³⁷. Da aufgrund des Veräußerungsverbotes von Neubauernstellen eine „faktische Nationalisierung“⁴³⁸ des verteilten Grund und Bodens bewirkt wurde, erhielten die Neubauern, ganz im Gegensatz zu der propagierten These, sie seien „zur herrschenden demokratischen Kraft auf dem Lande“⁴³⁹ geworden, eine Zwangsjacke verpaßt, die durch die materielle Misere noch enger anlag. „Reine Neubauerndörfer ohne Altbauern mit ganz ungenügender Anspannung, Wagenmangel und Gerätenot, wie das unsere, sind sich vollkommen selbst überlassen. Von 17 Siedlern haben nur sechs Anspannung und Wagen und Gerät, weil sie zuerst da waren, als aufgeteilt wurde. Diese sechs haben ‚immer zu tun‘. ‚Gegenseitige Bauernhilfe‘ ist nach deren Meinung auch nicht möglich. Der [...] Bürgermeister vertritt den Standpunkt: ‚Es muß jeder selbst sehen, wie er fertig wird und wenn er alles auf dem Buckel auf den Acker trägt!‘ [...] Da im Dorfe neu eintreffende Zugtiere nicht etwa unter den Gespannlosen verlost, sonst nach Gunst verteilt werden, werden wir weiter vor der Frage stehen: Wie sollen wir die Bestellung schaffen? Die Tierhalter selbst feiern den Sonntag, [...] weil ihre Tiere ‚Ruhe haben müssen‘. [...] So wie uns geht es noch manchem Neubauern und dazu die Sorge um das ‚Tägliche Brot‘, das viele

⁴³⁵ In einer Gemeinde im Kreis Raudow z.B. wurden 64 Siedlerstellen mit insg. zwölf Sätzen Eggen, vier Hauelpflügen, acht Schälpflügen und zwei Hungerharken ausgestattet; beim Bauernhilfskomitee verblieben – d.h. es gingen nicht in das Eigentum verschiedener Neusiedlerstellen ein – ein Trecker, ein Dreschsatz mit Presse, eine Lokomotive zum Dreschen, zwei Düngerstreuer, zwei Loks zum Pflügen, ein Kultivator, acht Grasmäher, ein Rübenheber, ein Traktorenbinder, vier Kartoffelroder, sechs Pferdebinder, zwölf Tiefpflüge, vier Ablegemaschinen, acht große Ackerwagen und vier Drillmaschinen; *MLHA MLF*, 2836a, 1 „Bericht über die Durchführung der Bodenreform in Battinsthal“ vom 17.2.1946.

⁴³⁶ Grüneberg, aaO., 33 ff.

⁴³⁷ Sicherlich war die Größe der Bauernstellen auch deswegen so gewählt, damit „möglichst viele [Hervorh. v. V.] Familien eine selbständige Existenz und Ackernahrung“ erhielten; vgl. Steinmann, aaO., 110.

⁴³⁸ Vgl. Hans Immler, *Agrarpolitik in der DDR*, Köln 1971, 32.

⁴³⁹ Klemm, aaO., 182.

„Selbstversorger“ nicht haben. [...] Wir brauchen Landhelfer auf unseren Wirtschaften. [...] Hungernde Menschen können nicht arbeiten!“⁴⁴⁰.

Eine Existenzgründung auf dieser Basis wurde schon im Januar 1946 vom mecklenburgischen Vizepräsidenten Möller skeptisch beurteilt: „Wenn wir jetzt zum Frühjahr nicht für die Bodenreform-Betriebe Vieh bekommen, wenn wir nicht jedem Neubauern eine Kuh geben können, verliert er vollkommen das Gefühl, daß er ein Bauer ist. Wenn er kein Haus hat, kein Saatgut, kein Vieh, dann läuft er uns weg. Wenn man 80000 Neubauern ansetzt, von denen 50000 keine Kuh haben, so kann das leicht ein Schlag ins Wasser werden“⁴⁴¹. Das ZK der KPD betonte bereits Ende November 1945 in einem Schreiben an die KPD-Bezirksleitungen die Notwendigkeit, daß „die Partei jetzt alles unternimmt, um den Neubauern praktisch in allen Fragen zu beraten und zu helfen. Die Bodenreform kann nur gesichert werden, wenn die neuen Bauern [...] alles das [...] bekommen, was sie für ihren neuen Hof brauchen“⁴⁴². Die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft schlug am 14.12.1945 in einer Empfehlung den Landesverwaltungen folgende Maßnahmen vor: Förderung des Gebäudebaus für Neubauern, Holzeinschlaggenehmigung, Gewährung von staatlichen Krediten an Neubauern und an die Ausschüsse der gegenseitigen Hilfe, Steuerbefreiung und -senkung für die Neusiedler, Reduzierung der und teilweise Befreiung von der Pflichtablieferung für Neubauern, Förderung des Vieh- und Futtermittelkaufs, Entwicklung der politischen und Agrarpropaganda⁴⁴³. Ein schon Anfang November 1945 avisierter Viehausgleich, mit dem 25000 Rinder, 8000 Schweine, 10000 Pferde und 27000 Ziegen und Schafe aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt in den tierarmen Norden (Mecklenburg und Brandenburg) eingeführt werden sollten⁴⁴⁴, fand Mitte Januar 1946 seine Umsetzung in einem Aufruf der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft an die südsowjetzonalen Bauern, mit dem diese angespornt werden sollten, um die Hilfe für ihre „Brüder und Schwestern in den Notkreisen“ miteinander zu wetteifern⁴⁴⁵. Auch wenn in der Folge von Viehtransporten nach Mecklenburg berichtet werden konnte⁴⁴⁶, der große Bedarf wurde nicht gesättigt, „denn

⁴⁴⁰ Neubauer Karl Müller (Buckow, Krs. Malchin) an die Landeszeitung, 30.3.1947, *MLHA VdgB BHG LV*, Nr. 544.

⁴⁴¹ Möller in einer Besprechung mit Hoernle u.a. am 14.1.1946, zit.n. Ulrich Kluge, „Hoernle bei der Bodenreform Mecklenburg-Vorpommern“, in: *FAZ*, 13.9.1994, 15.

⁴⁴² *Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der demokratischen Bodenreform*, Berlin 1975, 74.

⁴⁴³ Vgl. Schwank/Göttlicher, „KPD und demokratische Bodenreform“, aaO., 856-860.

⁴⁴⁴ SMAD-Befehl Nr. 134 vom 3.11.1945, *MLHA Min. Präs.* 1458, 313 f.

⁴⁴⁵ Vgl. *Der Freie Bauer*, Nr. 12, Januar 1946, 2.

⁴⁴⁶ *Volksstimme*, 24.1 und 2.2.1946 und *Volkszeitung*, 16.1.1946 über Viehtransporte nach Güstrow und Rostock.

es wäre ein schlechter Bauer, der ohne weiteres sein Vieh aus dem Stall läßt⁴⁴⁷, zudem bereitete die Verteilung der Tiere auf die einzelnen und in den Gemeinden Probleme⁴⁴⁸. In der ersten Hälfte des Jahres 1946 traten weitere Unterstützungsinitiativen für die Neubauern auf den Plan, die sich originär als von rein wirtschaftlicher Bedeutsamkeit darstellten⁴⁴⁹, sie sollten in ihrer Gesamtheit jedoch mit einem bereits in dem o.g. Brief an die Bezirksleitungen der KPD angesprochenen Beratungssystem einhergehen, welches wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen ‚anleitend‘ begleiten sollte, um die Bodenreform auch politisch zu sichern⁴⁵⁰. Denn nicht allein die, wie schon festgestellt, wirtschaftlichen und materiellen Engpässe erschienen besorgniserregend, auch die ‚Festigung‘ – also die politische Akzeptanz und das Wirksamwerden – der Bodenreform bereitete noch starke Schwierigkeiten, wie Hans Warnke zu Jahresbeginn 1946 in einem Brief an die Oberbürgermeister, Landräte und Vorsitzenden der Kreisbodenkommissionen monierte: „Bei Kontrollen, die wir durchgeführt haben, ist festgestellt worden, daß in einigen Kreisen und Bezirken die Bodenreform sehr oberflächlich und zum Teil auch direkt entgegen den Anordnungen der Landesverwaltung durchgeführt ist. [...] Die Bodenreform [hat] das Ziel, freie Bauern auf eigenem Grund und Boden anzusetzen und aus dem Land der Großagrarier ein Land der Bauern zu machen; d.h. daß nicht nur die Besitzverhältnisse geändert werden sollen, sondern daß anstatt Großlandwirtschaft Kleinlandwirtschaft in unserem Bezirk vorherrschend sein soll. [...] Zum Teil ist die Aufteilung [aber] nur formell vorgenommen, d.h., zwar hat eine formelle Einteilung der vorhandenen Flächen in 5-ha-Stellen stattgefunden, aber sonst ist alles beim Alten geblieben. [...] Jeder Bauer muß genau wissen, welches sein Stück Land ist und muß heute arbeiten für sich selber auf seinem Grund und Boden. [...] Der Bauer muß also wissen, daß er dieses Stück Land für sich bis zur kommenden Ernte zu bewirtschaften hat, und [...] daß der Ertrag [...] nur ihm zugute kommen wird. Im kommenden Jahr wird jedem einzelnen Bauern das Ablieferungssoll

⁴⁴⁷ Landesvorstand der VdgB an August Jahrmann (Krusenfelde b. Krien, Anklam), Brief vom 16.4.1948, *MLHA VdgB BHG LV*, Nr. 702.

⁴⁴⁸ Z.B. Schematische Viehverteilung bzw. -verlosung, ganz gleich, ob nun ein Alleinstehender oder eine Familie mit mehreren Kindern begünstigt wurde; für Neubauern bestimmte Tiere gingen an Altbauern etc. (*MLHA MdI*, Nr. 217). Zonale wie länderinterne Viehausgleichsmaßnahmen wurden auch in den folgenden Jahren noch durchgeführt.

⁴⁴⁹ Der SMAD-Befehl Nr. 62 vom 25.2.1946 ermöglichte die Zahlung zinsgünstiger Kredite an Neubauern für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und den Erwerb von Inventar und Saat- und Düngemitteln. Neubauernfamilien, die aus der Ernte 1945 keine landwirtschaftlichen Produkte erhalten hatten, bezogen bis zur Ernte 1946 Lebensmittelkarten; vgl. Piskol/Nehrig/Trixia, aaO., 72; *Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung*, Sammelheft 2. Januar bis Juni 1946, Berlin 1946, 14.

⁴⁵⁰ Zur Bauernberatung, vgl. den Abschnitt im Kapitel „Die gegenseitige Bauernhilfe“.

zugeteilt, und der Bauer wird das Bestreben haben, dieses Soll so schnell wie möglich zu erfüllen, damit er über den überschüssigen Teil verfügen kann“⁴⁵¹.

Neubäuerliche Gemeinwirtschaft

Warnke kritisierte hier mit seiner Kennzeichnung, daß „alles beim Alten“ geblieben sei, die sog. neubäuerliche Gemeinwirtschaft. Darunter sind vielfältige Erscheinungsformen von Wirtschaftsweisen zu verstehen, die den Agrarumwälzungsprozeß unterbrachen, allerdings z.T. schon vor der Bodenreform einsetzten und sich zumeist über das ganze Jahr 1946 erstreckten⁴⁵². Folgende Kennzeichen waren allen Arten der neubäuerlichen Gemeinwirtschaft zu eigen: Ohne Berücksichtigung der schon durchgeföhrten Aufteilung des Ackerlandes erfolgte die Bewirtschaftung auf der Basis der bisherigen Gutsschläge⁴⁵³. Die Wiesen bzw. Weiden und der Wald wurden gemeinschaftlich genutzt. Der landwirtschaftliche Maschinen- und gerätepark verblieb ungeachtet der neuen Eigentumsrechte der Neubauern auf dem Wirtschaftshof, ebenso wie das Zugvieh und das übrige Vieh in der gemeinschaftlichen Haltung verweilte. Der Leiter der neubäuerlichen Gemeinwirtschaft teilte die Neubauern zu den Acker- und Stallarbeiten ein und entlohte die Arbeit mit Geld oder Naturalien. Nach der Leitung der Gemeinwirtschaft lassen sich zwei Typen dieser Wirtschaftsföhrung unterscheiden: Entweder führte ein Treuhänder – ein ehemaliger Gutsverwalter, -inspektor oder -beamte⁴⁵⁴ – die Geschäfte oder das Komitee bzw. der Ortsausschuß der gegenseitigen Bauernhilfe. Idealtypisch mögen diese beiden Leitungsorgane von unterschiedlichen Interessen und Zielen geleitet worden sein⁴⁵⁵, gemeinsam war ihnen die komplexe Ursachenlage – die materielle Un

⁴⁵¹ Brief vom 2.1.1946 betr.: Vertiefung der Bodenreform, *MLHA Min. Präs.* 1026 (Handakte Höcker).

⁴⁵² Vgl. zum folgenden Kuntsche, *Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes*, aaO., 10 ff; ders., „Der Kampf gegen die ‚Gemeinwirtschaft‘ der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern“, in: *WZ der Universität Rostock*, Gesellschaftswiss. Reihe, 20.1971, 39-51. Die Bestrebungen zur Einföhrung der Gemeinwirtschaft existierten (örtlich) sogar in Reihen der KPD.

⁴⁵³ D.h., da der Fruchtanbau vor der Bodenreform geschehen war, waren die Anbauflächen dementsprechend groß und ungeteilt. Erhielt nun ein Bauer im Zuge der Landreform eine Parzelle, so lag diese i.d.R. mit ihrer ganzen Fläche auf einem Anbaugebiet des ehemaligen Gutsbetriebes und unterlag damit der noch bestehenden Fruchtfolge. Vgl. Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 68.

⁴⁵⁴ Die Einsetzung dieser, der ‚kapitalistischen Wirtschaftsweise‘ entstammenden Treuhänder war umstritten, aber aufgrund fehlender Fähigkeiten der obschon „besten, erfahrensten und zuverlässigsten Bauern und Landarbeiter“ (so Pieck auf seiner programmatischen Bodenreform-Rede in Kyritz am 2.9.1945), einen – zumindest noch übergangsweise bestehenden – Großbetrieb zu verwalten, wurde oftmals auf die ehemaligen Gutsbeamten zurückgegriffen, solange diese die Bodenreform nicht sabotierten (so bestimmten es die Ausführungsbestimmungen vom 22.9.1945 zur Verordnung Nr. 20 vom 8.9.1945 – „Ernennung von Verwaltern auf den enteigneten Gütern“).

⁴⁵⁵ Der ehemalige Gutsbeamte mochte im Sinne seines Gutsherrn als eine Art Gutsverweser fungieren, bis zum Zeitpunkt der Rückkehr des Besitzers (Akte dazu); das Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe dürfte sich als das die Bodenreform durchföhrende und konsolidierende Organ verstanden haben, mit dem Ziel, die

terversorgung und die Verkettung von Bodenreform und Herbstbestellung –, die die Entstehung einer Gemeinwirtschaft förderte. Kuntsche verdeutlicht das Erscheinungsbild der neu-bäuerlichen Gemeinwirtschaft am Beispiel des Dorfes Zettemin im Kreis Malchin, einem ehemaligen Gutsdorf ohne bäuerlichen Besitz⁴⁵⁶.

„Am 8. Oktober 1945 erfolgte die Aufteilung des Ackerlandes sowie der Wiesen in 112 Parzellen durch Verlosen an die Bodenbewerber, nachdem die Gemeindekommission für Bodenreform einen Aufteilungsplan ausgearbeitet und die Parzellierung der Gutsflur vorgenommen hatte. Wie üblich, wurde der Eigentumserwerb durch die Aushändigung einer Besitzurkunde bestätigt und später durch die Grundbucheintragung fixiert.

Die Landverteilung änderte zunächst nicht das geringste an der Wirtschaftsform. Der Gutsbetrieb wurde unter der Leitung des bisherigen Inspektors – nunmehr als Treuhänder fungierend – weitergeführt. Der Treuhänder teilte die Bodenempfänger zur Arbeit ein. Den Bodenempfängern wurden für ihre Arbeitsleistungen Lohngelder gezahlt; dazu empfingen sie eine Art Deputat.

Mitte November wurden der Wald und das Inventar aufgeteilt. Während die großen Maschinen und Traktoren in der Hand des Bauernkomitees zum Nutzen der gesamten Neubauerngemeinschaft verblieben, wurde das Kleingerät verteilt. Trotz der durch die Verlosung begründeten individuellen Eigentumsrechte blieben allerdings die Gerätschaften zunächst auf dem Gutshofe beisammen, obwohl die Herbstsaat größtenteils schon bewältigt war. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch das Nutzvieh aufgeteilt, die Pferde ausgenommen. Ungeachtet dessen blieb auch das Vieh im Gemeinschaftsbetrieb. Erst als das Jahressoll 1945 an Milch erfüllt war, nahmen die Neubauern im Januar 1946 die Kühe nebst einigen Schafen in eigene Obhut. Dies fand in der Unterteilung des auch weiterhin gemeinsam genutzten Rinderstalles des ehemaligen Gutes äußerlich sichtbar seinen Ausdruck.

Der Treuhänder – zugleich Vorsitzender der Gemeindebodenkommission – blieb bis Anfang Februar 1946 im Amt. Seine Tätigkeit vollzog sich jedoch unter Kontrolle des der KPD angehörenden Bürgermeisters. Auf der Wahlversammlung zur Wahl des Ortsausschusses der gegenseitigen Bauernhilfe Anfang Februar 1946 übernahm das Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe die Geschäfte des Treuhänders.

Der Leitungswechsel bewirkte zunächst noch keine Änderung in der Betriebsform. Im Ergebnis von Diskussionen auf einer Neubauernversammlung beschloß der Ortsausschuß die Beibehaltung der gemeinsamen Feldwirtschaft. Als Begründung wurde unzureichende Spannkraft angegeben.

112 Neubauern verfügten Ende 1945 zur Bewirtschaftung von 687 ha LN, darunter 587 ha Ackerland, über 26 Pferde und 5 Zugochsen nebst drei Traktoren. Mit einem Pferdebesatz von einem Tier je 22,6 ha Ackerland lag das Dorf unter dem Landesmittel der Neubauerndörfer, das für Ende 1945 mit 17,3 ha angegeben wird. Das Vorhandensein von drei Traktoren fiel zwar bei der Bewirtschaftung der Flächen in erheblichem Maße ins Gewicht, vergrößerte jedoch nicht unmittelbar die Möglichkeiten bäuerlicher Wirtschaftsführung.

[...] Nun [stellte] die Gemeinwirtschaft eine wirkliche Gemeinschaftswirtschaft der Neubauern dar. Der gewählte Ortsausschuß der gegenseitigen Bauernhilfe trat als Exekutivorgan der Neubauern in Erscheinung. Anfang Februar 1946 wurden die Pferde des Gemeinschaftsbetriebes mittels Los auf die Neubauern aufgeteilt. Das blieb jedoch ein papierener Akt. Als die Witterungsverhältnisse weitere Pflugarbeiten für die Winterfurche ermöglichten, wurden die Pferde gemeinschaftlich eingesetzt. Ebenso wurde bei der Frühjahrssaat 1946 verfahren, die unter Respektierung der Gutsschläge, d.h. ohne Rücksicht auf die Einteilung der Flur in ca. hundert im Eigentum der einzelnen Bodenempfänger stehende Ackerstücke erfolgte.

Im April bzw. Mai 1946 taten die Zetteminer Neubauern im Zusammenhang mit dem Eindrillen der Zukkerrübsaat und dem Auspflanzen der Hackfrüchte den ersten Schritt zur Durchbrechung der gemeinsamen Ackerwirtschaft. Die für die verschiedenen Hackfruchtkulturen bestimmten Schläge der ehemaligen Gutsflur wurden in so viele Stücke zerteilt, wie Neubauernstellen existierten, so daß jede Neubauernfamilie selbständig Hackfrüchte anbauen konnte. Die Pflege [...] erfolgte individuell[;] die Unkrautbekämpfung [...] wiederum gemeinschaftlich [...].

anfänglichen Schwierigkeiten durch eine gemeinsame Anstrengung zu überbrücken.

⁴⁵⁶ Diese Beschreibung wird ausführlicher zitiert, da sie einen beispielhaften Eindruck über die Situation eines Ortes während der ersten Phase der Durchführung der Bodenreform gibt.

Nachdem Anfang März endgültig die vorhandenen Gebäude des ehemaligen Gutes in das Eigentum ihrer Besitzer übergegangen waren, wurden im Frühsommer auch die Gemeinschaftsweiden parzelliert. Bei der Ernte wurde gänzlich von der Gemeinwirtschaft abgegangen, obwohl sich die Spannkraft der durch das Hinzukommen von sechs Pferden nicht wesentlich verbessert hatte. Die Voraussetzung für ein individuelles Arbeiten wurde dadurch geschaffen, daß nun auch die Schläge mit den Halmfrüchten in der Weise parzelliert wurden, daß jeder Neubauer Anteil an jeder Frucht erhielt. Zur besseren Nutzung der Ackergeräte und zum zweckvollen Einsatz der wenigen Pferde schlossen sich jeweils zwei bis drei Neubauern zu einer festen Arbeitsgemeinschaft zusammen.

[...] Es darf nicht übersehen werden, daß die bei der Ernte 1946 individuell bearbeiteten Feldstücke in keinerlei flächenmäßiger Beziehung zu den im Herbst 1945 bei der Aufteilung erworbenen Grundstücken des einzelnen Neubauern gestanden haben. Erst bei der Herbstbestellung 1946 traten die Neubauern aus dem Rotationssystem des ehemaligen Gutes heraus. Nun wurden die Gutsschläge gänzlich ausgelöst, und in der Gemarkung zeichneten sich die neubäuerlichen Ackerparzellen ab. Damit ergab sich eine Übereinstimmung zwischen dem Aufteilungsplan der Gemeindebodenkommission vom Oktober 1945 und der Flureinteilung. Nun bearbeitete jeder Neubauer tatsächlich die zu Eigentum erhaltene, im Grundbuch auf seinen Namen eingetragene Fläche. Damit war auch der Prozeß der betriebswirtschaftlichen Umstellung vom Gutsbetrieb auf die kleinbäuerliche Wirtschaftsführung abgeschlossen“⁴⁵⁷.

Für das Ziel der KPD/SED, durch die Bodenreform die Enteignungsakteure und die Enteignungsprofiteure zusammenzuschweißen, erwies sich die „gesellschaftliche Experimentiermasse“ (Kluge) der Partei – die Neubauern – mit ihrem dünnen wirtschaftlichen Fundament als ungeeignet. Die Mehrheit der Neusiedler hielt nach der Landreform häufig nicht mehr als die Eigentumsurkunde in ihren Händen. Um die Arbeit auf dem zugewiesenen Land bewerkstelligen zu können, wurde die Zusammenarbeit mit den anderen ortsansässigen Bauern eine Notwendigkeit, die regelmäßig auf Basis privater Absprachen geschah⁴⁵⁸ und denen sich auch die neugeschaffenen Organe der Bodenreform- und Bauernhilfskomitees nicht in der Weg zu stellen vermochten, da sie dem Mangel an Baumaterial, an Zugkräften und an Vieh ebenso hilflos gegenüberstanden wie die Bauern selbst. Auf den Schultern dieser Organe – sie hätten schließlich neben dem wirtschaftlichen auch den politischen Auftrag der Festigung der Bodenreform – vereinigte sich eine doppelte Last. Zum einen befanden sie sich in einem Erklärungs- und Rechtfertigungsdruck gegenüber den Forderungen der übergeordneten Stellen (wie der Landesbodenkommission), zum anderen amtierten sie als Beschwerdestellen für die Bauernschaft; sie waren mit der Situation vor Ort bestens vertraut – schließlich waren sie selbst Teil der Ortsgemeinschaft –, sie konnten die Mangelwirtschaft mehr schlecht als recht organisieren, sie waren letztlich aber für die Umsetzung der aus Schwerin eingehenden Verordnungen und Regelungen verantwortlich. Dieses Dilemma ist vielen „Berichten über die Durchführung der Bodenreform“, die die Gemeindevorsteher, Kommissionsvorsitzenden etc.

⁴⁵⁷ Kuntsche, *Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes*, aaO., 11 f.

⁴⁵⁸ „Viele Altbauern helfen den Neubauern bei der Frühjahrsbestellung, ebenso helfen die Neubauern unter sich“; Brief Höckers, Warnkes und Möllers an alle Oberbürgermeister und Landräte vom 20.5.1946 betr. Hilfeleistung der Altbauern für die Neubauern, *MLHA MLF*, Nr. 3217, 22.

der Landesregierung abzugeben hatten, zu entnehmen. Der Vorsitzende der Gemeinde Batinththal (Krs. Rindow) vollführte in seinem Bericht vom Februar 1946 einen (zwar nicht spektakulären, aber) beispielhaften ‚Eiertanz‘, der sich nicht nur inhaltlich, sondern auch sprachlich manifestierte. Mit Formulierungen wie „vorschriftsmäßig“ und „fristgemäß“ – gerichtet an die Adresse seiner Dienstaufsichtbehörde – versuchte er den erfolgreichen Vollzug der ihm aufgetragenen Durchführung der Bodenreform zu vermelden, nur in Nebensätzen gab er die von den Bauern geäußerte Kritik wieder und verpackte die katastrophale Bilanz seiner 64 bis dato bestehenden Siedlerstellen in nüchterne Statistiken: „An Saatgut fehlt: 250 Ztr. Weizen, 245 Ztr. Hafer, 260 Ztr. Gerste, 4800 Ztr. Kartoffeln, 176 Ztr. Erbsen. [...] Es fehlt noch folgendes Ackergerät: 52 Satz Eggen, 60 Häufelpflüge, 56 Schälpflüge, 62 Hungerharken, 60 leichte Wagen, 52 leichte Pflüge“⁴⁵⁹. Warnke legte im Januar 1946 dar, was er von den Komitees zur gegenseitigen Bauernhilfe erwartete – und was somit auch den Batinthaler Gemeindevorsitzenden in die Bedrouille brachte: „Diese Komitees sind wichtige Organe zur Umstellung unserer Landwirtschaft, die bis dahin zum größten Teil auf großbetrieblichen Wirtschaften beruhte und jetzt zur bäuerlichen Wirtschaft übergeht. Heute besteht die Landwirtschaft in Mecklenburg aus 40% Altbauernbetrieben, 40% Neubauernbetrieben und 20% Großwirtschaften, wie Staatsbetriebe (Saatzuchtbetriebe), Kirchgüter und Lehrgüter. Die Komitees zur gegenseitigen Bauernhilfe sind erst dann gesund, wenn sie getragen werden von der Masse der Bauern selber. Sie sind somit ein wichtiges Organ der demokratischen Erneuerung Deutschlands“⁴⁶⁰. Warnke, dem, wie auch vielen anderen Offiziellen aus der Landesregierung, wahrlich nicht Unkenntnis der Situation auf dem Lande nachgesagt werden darf, machte seine Interpretation der Lage mehr von politischen Erwägungen und Strategien abhängig und sah in seiner offiziellen Lesart zweckoptimistisch und fahrlässig über die wirtschaftliche Not hinweg, nach dem Motto „Es gibt beim Bauern nichts, was nicht überwunden werden kann und wird“⁴⁶¹. Für die politische Festigung der Bodenreform – hier sah er vornehmlich Handlungsbedarf – griff Warnke hingegen schneller auf die dunklen Bereiche der Rhetorik zurück, malte am Schreckgespenst ‚Junker‘ und lieferte seine Erklärung des Phänomens ‚neubäuerliche Gemeinwirtschaft‘: „Bei der Durchführung der Bodenreform haben sich einige Schwierigkeiten gezeigt. Das waren einmal Unklarheiten in der Reihe der eigenen Partei, die Kleinmütigkeit bei einigen Kleinbauern und Landarbeitern und die bewußten und un-

⁴⁵⁹ Bericht Fischers vom 17.2.1946, *MLHA MLF*, 2836a, 1.

⁴⁶⁰ „Die Komitees zur gegenseitigen Bauernhilfe“ von Warnke am 7.1.1946, *MLHA MdI*, 186.

⁴⁶¹ So formulierte es der Redner Schmidt aus Demmin am 17.3.1946 auf der Landeskonferenz der VdgB, *MLHA MLF*, Nr. 3212, 56.

bewußten Gegenaktionen der junkerfreundlichen Elemente. Diese Schwierigkeiten wurden am besten dadurch überwunden, daß die Masse der Landarbeiter und Kleinbauern selbst mobilisiert wurde, die Kleinmütigen wurden mitgerissen, und die Unklarheiten in den Reihen der Partei wurden durch diese Bewegung geklärt und überwunden. Nach Abschluß der Aufteilung der großen Güter trat an einigen Stellen eine Stockung und später eine rückläufige Bewegung ein. Die Neubauern hatten Angst vor den Schwierigkeiten, insbesondere durch den Mangel an Vieh und Geräten. Die junkerfreundlichen Kräfte versuchten, diese Stimmungen auszunutzen, um trotz der Aufteilung das Land in Großwirtschaft weiter zu betreuen⁴⁶². Die Einschätzung, daß das parteipolitische Netzwerk, welches die Bodenreform kontrollierend auf den richtigen Weg bringen sollte, noch nicht recht funktionierte, verlangte für die „Befreiermission“ der Partei⁴⁶³ eine Intensivierung ihrer Möglichkeiten und Überprüfung ihrer Methoden, damit die „Sicherung der neu geschaffenen Verhältnisse auf dem Lande“⁴⁶⁴ nicht abbrach. Die politische Bedeutung von wirtschaftlichen Maßnahmen, sowie die Vermischung und Nutzbarmachung dieser beiden Bereiche rückte in den Vordergrund. Politik und Wirtschaft traten in ein Abhängigkeitsverhältnis, das sich von der üblichen Beziehung dieser beiden gesellschaftlichen Sektoren in folgender Hinsicht unterschied: Die staatliche Einflußnahme auf die realwirtschaftliche Entwicklung – welche sich verschlechterte und durch Kompetenzüberschneidungen in den planerischen Anstrengungen auch nicht mehr ausgebaut werden konnte – verdichtete sich durch die Bildung zentraler Lenkungsinstanzen. Diese Zentralverwaltungen fungierten als ein „Hilfsorgan“ der SMAD, die zwar aufgrund ihrer Reparations-Entnahmen vorrangig sowjetischen Interessen nachging, die Verantwortung für die Realisierung der angeschlagenen Wirtschaftspläne und die Initiative in den Fragen der zentralen Wirtschaftsorganisation nach und nach aber der SED übertrug⁴⁶⁵. Die „Kompetenzkompetenz“ – was die Gestaltung des wirtschaftspolitischen Rahmens anging – in der Hand, verfolgte die SED ihre „Maxime der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zum einen durch eine „relative Bedürfnisbefriedigung“⁴⁶⁶, zum anderen suchte sie, eine Regimestabilisie-

⁴⁶² „Die Komitees zur gegenseitigen Bauernhilfe“ (7.1.1946), *MLHA MdI*, 186.

⁴⁶³ Günter Benser, „Probleme der Bündnispolitik der KPD und SED von 1945 bis 1949“, in: *BzG* 1.1964, 22.

⁴⁶⁴ Dieses war die Hauptaufgabe für die KPD/SED im Zuge der Festigung der Bodenreform; vgl. Herbert Schäwel, „Einige Bemerkungen zur führenden Rolle der SED in der Agrarpolitik im Zeitraum von 1946-1949“, in: *WZ Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe* Nr. 1, 16.1967, 51.

⁴⁶⁵ Vgl. André Steiner, „Zwischen Länderpaklularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947“, in: *APuZ* B 49-50/93, 3.12.1993, 32-35, 39.

⁴⁶⁶ M. Rainer Lepsius, „Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR“, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 21.

rung im Innern durch das Denunzieren angeblich außerhalb der antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft stehender Feinde zu erlangen. Die Rolle der so Bezichtigten hatten in bezug auf die ländliche Gesellschaft zuerst die Junker zu spielen, später dann die Großbauern und die ‚westlichen Imperialisten‘, die sich laut parteiamtlicher Version allesamt anschickten, den Neubauern ihr Land wieder abzunehmen⁴⁶⁷. Der Herausbildung einer Schicksalsgemeinschaft von Neubauern und Regime widmete sich die Propaganda und die Politik der Partei – die mit Erfolg die Definitionsmacht in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik beanspruchte – in besonderem Maße. Zur Wirksamkeit dieser Strategie äußerte sich Duhnke: „Wenn überhaupt,“ formulierte er mit skeptischem Unterton, „so mußten diese [die Neubauern, J.M.] das größte Interesse am Weiterbestehen des Regimes haben, da im Falle seines Sturzes ihre rechtlichen Ansprüche auf das ihnen übergebene Land gefährdet sein würden“⁴⁶⁸. Ob die sicherlich rein äußerlich als Homogenisierung und Einpassung in die parteiliche Willensbildung bewertbare Transformation der großen Mehrheit der bäuerlichen Gesellschaft jedoch mehr als Resultat der Propaganda verstanden werden darf, denn als Ergebnis der im Zuge der wirtschaftlichen Not forcierten Demobilisierung, -motivierung und -politisierung, bleibt zu hinterfragen. Die parteistaatlichen Organe jedenfalls bekundeten reges Interesse an der „allgemeinen Stimmung“ der Bevölkerung und im speziellen an der der Neubauern.

,Stimmungen‘

Die Landräte hatten in ihren vierzehntägigen Tätigkeitsberichten der Abteilung Innere Verwaltung beim Landespräsidenten die Stimmung in ihren Landkreisen einzuschätzen⁴⁶⁹. Untersucht man anhand dieser Einschätzungen⁴⁷⁰ die Stimmung der Bevölkerung genauer, so ist bei aller Fehlerhaftigkeit dieser Quellenart zu ersehen, daß die Stimmung jeweils nur in Verbindung mit dem Zustand der derzeitigen Versorgungslage gedeutet wurde. Politisch begründete Ursachen für – zumeist schlechte – Stimmungslagen wurden in der Regel schon in den

⁴⁶⁷ Sicherlich mag die gemeinwirtschaftliche Betriebsweise auf die enteigneten Großgrundbesitzer die Hoffnung auf eine Restitution erhöht haben.

⁴⁶⁸ Duhnke, aaO., 121.

⁴⁶⁹ Daneben war bei verschiedenen Anlässen, wie z.B. bei den sog. Prüfungstagen, welche in den Gemeinden zur Kontrolle der Durchführung der Bodenreform abgehalten wurden, der Gemütszustand der Neubauern zu bewerten.

⁴⁷⁰ Diese Quellen können natürlich nicht als authentische Dokumentation der Verfassung der Bevölkerung aufgefaßt werden; sie sind formelhaft und knapp, zudem ist das Interesse der jeweiligen Autoren nicht vollständig ergründbar – es ist zu vermuten, daß sich der zuständige Landrat für in seinem Kreis herrschende schlechte Stimmung auch persönlich zu rechtfertigen hatte. Für den Zeitraum 1945/46 war ‚Stimmung‘ semantisch fast ausschließlich negativ belegt, d.h. sie wurde mit Kritik gleichgesetzt.

Berichten als Gerüchtemacherei abgetan⁴⁷¹: „Die wenig erfreuliche Stimmung in der ersten Hälfte des Novembers ist durch Verteilung von größeren Mengen der vorgesehenen Lebensmittel leicht gebessert“⁴⁷²; „die Stimmung der Bevölkerung ist durch die etwas reichlicheren Lebensmittelzuteilungen und Sonderabgaben zum Weihnachtsfest ein wenig besser geworden“⁴⁷³; „schädlich wirken sich aber Gerüchte aus, daß das Leben in den anderen Besatzungszonen viel leichter und besser sein soll, weil mehr Lebensmittel zugeteilt, Renten gezahlt und auch Auszahlungen von alten Sparguthaben geleistet werden“⁴⁷⁴; „die Bevölkerung gibt sich der Hoffnung hin, daß das neue Jahr keine Ernährungsschwierigkeiten bringt“⁴⁷⁵; „die Bildung von Gerüchten aller Art, über den Abzug der Roten Armee, über bessere Lebensbedingungen in anderen Besatzungszonen usw. soll jetzt ganz energisch bekämpft werden, da sie die Stimmung der Bevölkerung verdirbt“⁴⁷⁶; „die Stimmung der Bevölkerung kann auf Grund der Ausgabe von Bezugsscheinen für Textilwaren als zufriedenstellend bezeichnet werden. Es ist in diesem Falle doch eine Zuteilung, die lange nicht gewesen ist und worüber sich ein jeder freut. Außerdem ist die Witterungslage besser geworden, so daß der Mangel an Heizung nicht so fühlbar ist, und die Bevölkerung an und für sich froh gestimmt ist“⁴⁷⁷; „die Maßnahmen zum Wiederaufbau [...] werden augenblicklich besonders durch das ankommende Vieh aus Sachsen und Thüringen beeindruckt, [...] was besonders bei der ländlichen Bevölkerung zur Hebung der Stimmung beitrug“⁴⁷⁸; „die Kartoffelknappheit hat die Stimmung der Bevölkerung etwas gedrückt. Besonders ist die Bevölkerung darüber erregt, daß große Mengen von Kartoffeln an die Brennereien zum Verbrennen für Schnaps angefahren werden. – Andererseits wird die Stimmung dadurch gehoben, daß die Bevölkerung nunmehr sieht, daß für sie Holz geschlagen und angefahren wird. [...] Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Stimmung der Gesamtbevölkerung nicht schlecht ist“⁴⁷⁹; „das außenpolitische Interesse der Bevölkerung wurde stark angeregt durch die Rede Churchills in Amerika und die Gerüchte von der unmittelbaren Kriegsgefahr“⁴⁸⁰; „aus der Bevölkerung wird weiter über

⁴⁷¹ Ab Mitte 1946 wurden auch politische Ereignisse – in bewußt regimestabilisierender Absicht – als für eine gute Stimmung ausschlaggebend herangezogen. Diesen Berichten ist quellenkritisch noch weniger zu trauen als ihren Vorläufern.

⁴⁷² *MLHA RdK Hagenow* 36, 17, Bericht über die Stimmung der Bevölkerung vom 6.12.1945.

⁴⁷³ *MLHA RdK Demmin* 46, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 7.-22.12.1945, vom 20.12.1945.

⁴⁷⁴ *MLHA RdK Demmin* 46, Tätigkeitsbericht vom 22.12.1945 bis 7.1.1946, vom 3.1.1946.

⁴⁷⁵ *MLHA RdK Hagenow* 36, 36, Bericht über die Stimmung der Bevölkerung (20.12.45-7.1.46) vom 5.1.1946.

⁴⁷⁶ *MLHA RdK Demmin* 46, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 7.-22.1.1946, vom 20.1.1946.

⁴⁷⁷ *MLHA RdK Demmin* 46, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 22.1.-7.2.1946, vom 5.2.1946.

⁴⁷⁸ *MLHA RdK Demmin*, 46, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 7.-22.2.1946, vom 20.2.1946.

⁴⁷⁹ *MLHA RdK Demmin* 46, Tätigkeitsbericht vom 23.2.-7.3.1946, vom 4.3.1946.

⁴⁸⁰ *MLHA RdK Demmin* 46, Tätigkeitsbericht vom 8.-22.3.1946, vom 20.3.1946.

mangelhafte Fett- und Fleischzuteilung geklagt. Irgendwo ist von irgendwem folgender Vers geprägt worden: „Herr, schenk uns das 5. Reich, denn das 4. ist dem 3. gleich!“⁴⁸¹

Auch wenn die Stimmungslage zusammenfassend häufig als „gut“ bezeichnet wurde⁴⁸² und der Wahrheitsgehalt dieser Stimmungsinterpretationen auch aus anderen Gründen angezweifelt werden muß, so macht die Gesamtschau doch deutlich, daß der materielle wie seelische Zustand der bäuerlichen Bevölkerung noch lange Zeit krisenhaft, labil und disharmonisch war, wofür weitere Ursachen angeführt werden können. Gerade die Aufnahme der Neubauern in das fremde Gesellschaftsmilieu und die Anpassung an die neue Arbeitswelt vollzog sich in der Zeit großer materieller Not häufig nur mühsam und gegen viele Widerstände. In den Augen vieler Altbauern war der Neubauer der, „der nicht wirtschaften kann“. Hilfe (Gespannhilfe etc.) von Altbauern für Neubauern⁴⁸³ wurde vielfach nur gewährt, wenn „als Gegenleistung Naturalien zur Verfügung gestellt werden konnten“⁴⁸⁴.

Trotz der vielerorten herrschenden Mißgunst und Diskrepanz zwischen Altbauern und Neusiedlern stellte sich die Gruppe der Neubauern ebenfalls sehr heterogen dar. „Die ersten Umsiedler hatten durch die Bodenreform eine Siedlung erhalten und dadurch eine neue Heimat, Arbeit und den Lebensunterhalt für die Familie. Für die Umsiedler, die aber später kamen, waren keine Stellen mehr frei und so sahen diese oft voller Neid auf die Neusiedler. Daher war es auch nicht verwunderlich, wenn das Verhältnis der Menschen untereinander oft häßlich und giftig war. Jeder war sich selbst der Nächste und gönnte den Mitmenschen nichts; voller Egoismus lebte ein großer Teil der Gemeinde nebeneinander. Viele Menschen hatten noch keine Lust zur Arbeit, da sie glaubten und hofften, nach einer gewissen Zeit in ihre Heimat zurückzukehren und die alten Arbeitsplätze einnehmen zu können. Sie lebten von einem Tag zum andern, sahen das Elend in ihren Familien und in ihren Häusern und blickten in eine düstere Zukunft“⁴⁸⁵.

⁴⁸¹ MLHA RdK Demmin 46, Tätigkeitsbericht vom 1.-31.5.1946, vom 14.6.1946.

⁴⁸² Die Gemeinden (Gemeindevorsteher, Parteienblock, Landrat, Gemeindebodenkommission) in Rostock hatten am „Prüfungstag der Gemeinden zur Bodenreform“ (17.2.1946) neben 16 weiteren Fragen auch die „allgemeine Stimmung der Neubauern“ zu reflektieren. Das – wiederum quellenkritisch besonders vorsichtig zu genießende – Stimmungsbarometer (aus 164 Berichten) sah folgendermaßen aus: „Gut“: 69; „Zufrieden(stellend)“: 27; „gefährdet“: 19; „sehr gut/sehr zufrieden“: 3; „sehr schlecht“: 1 u.v.a.; MLHA MLF 2836a, 28-199.

⁴⁸³ 1947 leisteten die Neubauern untereinander auf 32112 Wirtschaften Gespannhilfe, aber nur auf 1217 Wirtschaften leisteten Altbauern den Neubauern Gespannhilfe; vgl. Kuntsche, „Das Zugkraftproblem“, aaO., 160.

⁴⁸⁴ Herbert Schäwel, *Die Vorbereitung und Durchführung der Demokratischen Bodenreform im Kreise Rügen*, Diss. Universität Greifswald 1964, 154.

⁴⁸⁵ Schüleraufsatz Johanna Schicke von 1958, 12. Jahrgang Joh.-Brinckmann-Oberschule Bülow/Güstrow, 18 Seiten, Ms. (beim Verf.).

Diese Gesamtschau der die Stimmung der Bevölkerung beeinflussenden und als Unruhepotential bewertbaren sozioökonomischen *hard facts* kann als Begründung des besonderen Interesses der Verwaltung resp. Partei dienen, ihr Ohr ständig am Puls der Zeit haben und einen Informationsvorsprung besitzen zu wollen⁴⁸⁶. Um die andere, oben gestellte Frage anzureißen, inwieweit nämlich die Homogenisierung der Willensbildung auch von der Propaganda der KPD abhing, ist zu berücksichtigen, daß die Partei natürlich *auch* auf die aus der materiellen Not entstandene Stimmung rekurrierte, darüberhinaus jedoch auch eine eigene Stimmungsmache betrieb, d.h. sie suchte durch die in ihrer Hand befindlichen Einwirkungsinstrumente (Gesetzgebung, Medien etc.) die mentale Verfaßtheit der Bevölkerung zu manipulieren und auf die Wege und Ziele ihrer Politik einzuschwören⁴⁸⁷.

Die bis hierher geschilderten, aus der Agrarumwälzung entstandenen Anpassungs- und Übergangsprobleme (Gemeinwirtschaft, Versorgungs- und Verteilungsgpässe, Unzufriedenheit und Mißstimmung) versperren leicht den Blick für eine sachliche Bewertung der Gesamtsituation 1945/46. Trotz aller Niedergeschlagenheit und Unterversorgung vor allem auf Seiten der Neubauern bildete sich in diesen Reihen nicht ein Protest- oder gar Widerstandspotential, das der neuen ‚Parteistaatsherrlichkeit‘ als reale Bedrohung erscheinen mußte. Der Krieg war kaum ein dreiviertel Jahr zu Ende, das Land stand unter Kontrolle einer Besatzungstruppe, die Bevölkerungswanderungen waren noch in vollem Gange, der Sicherung der privaten Existenz mußte das Hauptinteresse gelten, die mentale Verfassung der meisten Menschen war mehr geprägt von der Sorge um das eigene Schicksal denn von aktiver Teilnahme am politischen Leben oder gar von Forderungen und Ansprüchen, gerichtet an die Adresse des Staates. Die frische Erinnerung an die Katastrophe erschien noch ursächlich für den derzeitig herrschenden krisenhaften Zustand, konnte nicht der Verantwortung der neuen ‚Regierung‘ zugeschrieben werden⁴⁸⁸. Umso überraschender müssen in Anbetracht dieser Wertung die Aktionen wirken, die die KPD mit Unterstützung der SMAM Anfang 1946 zum Abschluß und zur Kontrolle der Bodenreform initiierte und die ihren Höhepunkt im sog. Bauernschautag am 17.2.1946 fanden.

⁴⁸⁶ Die ausgefeilten ‚Horch und Guck‘-Methoden späterer Jahre haben hier vielleicht ihren Ausgangspunkt.

⁴⁸⁷ Z.B. wurden schon im Zusammenhang mit der Bodenreform-Kampagne „fingierte Bauernbriefe“ in der Presse plaziert, die der breiteren Öffentlichkeit, aber auch den besonders Betroffenen glauben machen sollten, daß große Teile der Bevölkerung eine Landreform einforderten; vgl. Badstübner/Loth, aaO., 55.

⁴⁸⁸ Wie sehr allerdings (daneben oder überhaupt) die Parteipropaganda dafür die Verantwortung trug, daß das vermeintliche Unruhepotential nicht in offene Opposition umschlug, kann nicht bestimmt werden.

Bauernschautag

Für diesen Prüfungs- bzw. Kontrolltag startete die KPD im Januar einen Werbefeldzug, in dem die Ergebnisse der Bodenreform und damit auch weitere Erleichterungen für die Bauern als höchst gefährdet dargestellt wurden. Bereits für die Woche vom 2.-6.2.1946 ordnete das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft⁴⁸⁹ an, daß überall im Lande Neubauernversammlungen zur Überprüfung des Standes der Bodenreform stattzufinden hätten, die die Durchführung und den Erfolg des eigentlichen Prüfungstages sichern und einige der noch bestehenden Defizite ‚kurz vor Toreschluß‘ regulieren sollten; so wurde u.a. die „sofortige, restlose Aufteilung auch des Waldes und des Kleininventars“ gefordert, ebenso wie die „sofortige Abgrenzung des Besitzes“. Bis zum 15.2. – also zwei Tage vor dem Prüfungstag – war „von jedem Neubauern eine Anzahlung [für den erhaltenen Boden, J.M.] entgegenzunehmen“, ein „Schuldschein auszuhändigen, auf dem die Restschuld vermerkt ist“, sowie die „Aushändigung der Besitzurkunden“ und die „Anmeldung beim Grundbuchamt“ vorzunehmen⁴⁹⁰. Wie schon hieraus erkennbar, war der Hauptangriffspunkt der Aktion „Bauernschautag“ die neu-bäuerliche Gemeinwirtschaft, d.h. im Jargon, der „Kampf gegen die Überreste der Gutswirtschaft“⁴⁹¹, insbesondere galt es jedoch, die Dorfbevölkerung über eine definitorische Feinheit, die für die KPD aber politische Tiefenwirkung besaß, aufzuklären: „Vermieden werden muß, daß statt gemeinsamer Arbeit gemeinsam gewirtschaftet wird“⁴⁹². Gemeinwirtschaft – so argumentiert Kuntsche – verhindere die Bindung der Bauern an den Boden, an das Dorf und an das Arbeitsergebnis, was Arbeitsunlust und Passivität zur Folge hätte⁴⁹³. Auf den im Rahmen des Kontrolltages durchgeführten Versammlungen sprachen Redner der ‚antifaschistisch-demokratischen‘ Parteien zu den Teilnehmern. Ihre Aufgabe als „Kontrollbeauftragte“ der Verwaltung war die Überprüfung des Standes der Bodenreform, aber ihre Aktivität – unterstützt durch die Anwesenheit von Offizieren der sowjetischen Kommandanturen – war vor allen Dingen eine Demonstration der Präsenz und der Möglichkeiten der Einflußnahme und der Macht „in jede[m] Dorf“⁴⁹⁴ gegen die Tendenzen der als „Sabotage“⁴⁹⁵ deklarierten neu

⁴⁸⁹ Aufgrund einer Anordnung der SMAM vom 31.1.1946, die Restarbeiten der Bodenreform bis Mitte Februar zu erledigen, *MLHA Mdl*, 327.

⁴⁹⁰ *MLHA MLF*, 2834, Kurzberichte (Frage und Antwort) zum „Arbeitsplan zur Festigung der Bodenreform“.

⁴⁹¹ Kuntsche, *Probleme der Auflösung*, aaO., 34.

⁴⁹² *Neuer Weg*, 2.1946, 9. Der Unterschied war offensichtlich auch vielen Parteaktivisten nicht geläufig, denn auf der ersten Zonen-Konferenz der VdgB (9./10.5.1946) „beklagten sich [die Delegierten], daß sie gerade in dieser Frage von den Genossen der SED nicht immer gut beraten wurden und deshalb viele Fehler vorgekommen sind [...]“; ebd.

⁴⁹³ Vgl. Kuntsche, „*Gemeinwirtschaft*“, aaO., 247 ff. Mit Blick auf die LPG ist das eine spannende These!

⁴⁹⁴ Kuntsche, *Probleme der Auflösung*, aaO., 36.

bäuerlichen Gemeinwirtschaft⁴⁹⁶ Die Redner richteten sich jedoch auch an die Altbauern und die übrige Bevölkerung⁴⁹⁷. In vier ‚Bezirken‘ (Boizenburg, Hagenow, Lübtheen, Zarrentin mit insgesamt über 56000 Einwohnern) des Hagenower Landes beispielsweise fanden insgesamt 82 Versammlungen statt, an denen 5040 Personen (davon 625 Neubauern und 1844 Altbauern) teilnahmen. Zu den Versammelten sprachen 46 Redner der KPD, 20 der SPD, hingegen nur sieben der CDU und einer der LDP⁴⁹⁸. Die Landesleitung der KPD „erarbeitete für ihre Referenten eine Richtlinie mit präzisen Kontrollfragen, auf der schließlich der Fragespiegel der Landesverwaltung aufbaute“⁴⁹⁹. Die darauf beruhenden und von den jeweiligen Dorfkommissionen der Bodenreform zu beantwortenden Fragebögen beinhalteten 17 Fragen zum Stand der Belegung der neuen Parzellen, zur Verteilung des lebenden und toten Inventars und zur Arbeitsweise der Neusiedler⁵⁰⁰.

Aus den überblicksartig eingesehenen Antwortprotokollen zum Bauernschautag in den Kreisen⁵⁰¹ kann hier keine tragfähige Wertung der überlieferten, dürftig formulierten Ergebnisse gegeben werden. Die Protokolle sind zudem nicht auf ihre Authentizität zu überprüfen, wie folgendes Beispiel vermuten lässt: Gegen Ende seines Berichtes konstatierte z.B. der Vorsteher der Gemeinde Battinsthal jenes, auch offiziell gewünschte Ergebnis des Bauernschautages, daß nämlich „der Siedler weiß, daß es kein Gemeinschaftsarbeit gibt, sondern nur gegenseitige Hilfe“⁵⁰².

Die Kontrollfunktion des Bauernschautages macht deutlich, wie die KPD versuchte, durch politische ‚Begleitung‘ bzw. Schulung ihre Herrschaft wirtschaftlich zu besiegen und abzusi-

⁴⁹⁵ Nach der Verordnung Nr. 43 der Landesverwaltung vom 30.11.1945 wurden für Sabotagehandlungen, i.e. „Verbrechen, die Wühlarbeiten in der Industrie, Land- und Forstwirtschaft und Transportunternehmungen betreiben“, Strafen von 1000 RM, einem Jahr Gefängnis oder bis zu zehn Jahren Zuchthaus vorgesehen: „Alle Handlungen, durch die die normale Tätigkeit der behörden, der Transportunternehmen und der Land- und Forstwirtschaft gestört werden, so daß die Unternehmungen und Betriebe ihre Aufgabe nicht erfüllen können und Schaden erleiden, werden als Sabotageakte angesehen und bestraft“, *MLHA MLF Landeskommision für Bodenreform* 2854/2, 13. Der *Demokrat*, die Zeitung der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, veröffentlichte diese Verordnung am 22.12.1945.

⁴⁹⁶ *MLHA BPA SED Schwerin*, Nr. I/3.

⁴⁹⁷ Kuntsche, *Probleme der Auflösung*, aaO., 37, bestätigt: Die Maßnahmen hatten „günstige Auswirkungen auf die Stabilisierung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in den Dörfern. Sie stärkten die Autorität der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf dem Lande“.

⁴⁹⁸ *MLHA MLF*, 2836, „Berichte über die Durchführung des Bauernschautages; Berichte der Gemeinden“.

⁴⁹⁹ Kuntsche, *Probleme der Auflösung*, aaO., 35.

⁵⁰⁰ *MLHA MLF*, 2836a, 28: „1) Sind sämtliche Parzellen von Neubauern besetzt?, 2) Wieviele Parzellen sind noch frei?, 3) Sind alle Gebäude verteilt?, 4) Ist das gesamte tote und lebende Inventar reell verlost?, 5) Hat jeder Neubauer Wald?, 6) Sind die Grenzen der Parzellen deutlich durch Steine oder starke Pfähle gekennzeichnet?, 7) Ist das gesamte Land, Wiesen und Weiden grob vermessen?, 8) Arbeiten die Neubauern selbständig?, 9) Ist der ehemalige Besitzer oder Pächter oder deren Familienangehörigen noch im Ort? [...]“.

⁵⁰¹ *MLHA MLF*, 2836a für die Kreise Randow und Rostock.

⁵⁰² *MLHA MLF*, 2836a, 1.

chern, ganz im Sinne ihrer ideologischen Devise, wonach die „letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen [...] in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise“ zu suchen sind⁵⁰³. Das darf in der Gesamteinschätzung der Bodenreform allerdings nicht dazu verleiten, allein „ernährungs- und arbeitspolitische Gründe“ für die Durchführung der Agrarreform anzuführen und sie daraufhin „nicht als Schaffung einer Klientel“ zu verstehen⁵⁰⁴, auch wenn erstere – eindimensional ökonomisch begründete – Interpretation bei Durchsicht der Quellen auf den ersten Blick naheliegen mag: In dem Zwischenresümee, das die Deutsche Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft nach einem Jahr Bodenreform am 9.12.1946 der SMAD abgab und anhand dessen die fast auf den Tag genau ein Jahr zuvor geforderten Maßnahmen zur ‚Festigung‘ der Neubauernwirtschaften überprüft werden können, hieß es: „Als Fehler bei der Durchführung der Bodenreform können zusammengefaßt werden: 1) Das Fehlen einer ordentlichen Siedlungs- und Bauplanung. 2) Unzweckmäßige Aufteilungen. 3) Unrichtige Waldzuteilungen. 4) Wirtschaftlich ungerechtfertigte Übergabe an Liegenschaften an neue Eigentümer (Länder, Kreise, Gemeinden und so weiter). 5) Außerachtlassung der Gesetzesbestimmungen durch die Landes-, Kreis- und Ortskommissionen für die Bodenreform hinsichtlich Aushang, ordnungsgemäßer Kommissionsbildung, Protokollführung, Aufteilung des Inventars und so weiter. 6) Unrechtfertigte Enteignungen von Liegenschaften unter 100 Hektar durch Landesbodenkommissionen. 7) Fehlende Eindeutigkeit hinsichtlich der an die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zu übergebenden kleineren landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. 8) Fehlende Satzungen für die Kreis- und Landesverbände der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. 9) Zu späte und lückenhafte Baustoffplanung und -erfassung für die Erstellung der Neubauerngehöfte. 10) Nebeneinanderarbeiten der Verwaltungsstellen in Kreisen und Ländern (Bodenordnung, Vermessung, Bodenkultur und so weiter)“⁵⁰⁵. Diese Mängel in Fragen der grundlegenden Organisierung und Konzeption der Bodenreform lassen den Stellenwert erkennen, den eine Eindeutigkeit in der Form der Durchführung a) für die Durchführungsorgane, b) für die Partei und c) für die betroffenen Bauern besaß bzw. besessen hätte. Erst die anscheinend häufig vorkommende materielle Fehl- und Unterversorgung der Neubauern mußte bei diesen Zweifel an der Legitimität, der Beständigkeit und Unwandelbarkeit und damit auch an der

⁵⁰³ Friedrich Engels, „Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, in: Marx/Engels, *Ausgewählte Werke*, aaO., 401.

⁵⁰⁴ So Elke Scherstjanoi während der Diskussion zu Sektion 25 des 40. Historikertages Leipzig, 1.10.1994.

⁵⁰⁵ „Ein Jahr nach der Bodenreform. Materialzusammenstellung für einen Bericht an die Sowjetische Militäradministration“, Aktenbestand des ehemaligen DDR-Landwirtschaftsministeriums, zit.n. Kluge, aaO.

politischen Führung erwecken. Der Verhinderung des Wirksamwerdens dieser Kausalität galt die Sorge der KPD.

Legalität und Legitimation

Die „Hilfe für die Neubauern“ wurde zum *politischen* Auftrag und Schlagwort der ersten Nachkriegsjahre⁵⁰⁶, mit dem die Partei das angestrebte Bündnis mit der Bauernschaft zu kreieren gedachte. Ulbricht selbst betonte, daß die Bodenreform nicht *nur* auf die Verbesserung der Ernährung des Volkes abzielte, sondern auch „die Demokratie festigen“ half⁵⁰⁷. Sie wurde in dieser Terminologie zur „ersten, entscheidenden Bewährungsprobe des die politische und soziale Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung darstellenden Bündnisses der Arbeiter und Bauern und damit auch der Organe der sich herausbildenden revolutionär-demokratischen Volksmacht“⁵⁰⁸. Aus Ulrichts Ausführungen wird die besondere politische Bedeutung der Reform für die KPD ersichtlich⁵⁰⁹, die die Entstehung eines politischen Machtvakums im Zuge der Entnazifizierung und Enteignungen – welches womöglich gerade auf dem Lande Raum für antikommunistische Orientierungen geboten hätte – nicht nur verhindern, sondern die Lücke aus den eigenen Reihen auffüllen wollten, dabei aber unablässig die These propagierten, daß „*die Bodenreform von den Bauern selbst durchgeführt*“ worden sei⁵¹⁰.

Ordnet man zusammenfassend den Begründungszusammenhang der Bodenreform also dem Versuch der KPD unter, sich als künftige Staatspartei eine „politisch, sozial, ökonomisch und

⁵⁰⁶ Z.B. Walter Ulbricht, „Hilfe für die Neubauern“, in: *Deutsche Volkszeitung*, Nr. 152, 7.12.1945.

⁵⁰⁷ Walter Ulbricht, „Die Bodenreform war Sache des Volkes“. Aus dem Bericht auf dem 15. Parteitag der KPD, 19.4.1946, in: ders., *Bauernbefreiung in der DDR*, aaO., 90.

⁵⁰⁸ Kornow, aaO., 95.

⁵⁰⁹ „Die Bodenreform hilft die faschistischen Kräfte des Volkes entmachten, und wenn an Stelle der alten, faschistischen Kräfte die Bauern und das werktätige Volk selbst die Führung des Dorfes in die Hände nehmen, dann wird ein neues Verhältnis von Stadt und Land zustande kommen [...]“; Ulbricht, „Die Bodenreform war Sache des Volkes“, in: ders., *Bauernbefreiung*, aaO., 91.

⁵¹⁰ Diese Behauptung wurde nicht nur als nach außen wirkende Legitimationsformel – so erschien die KPD als Erfüllungsgehilfe der revolutionären Bauernschaft (und nicht umgekehrt) – benutzt, sondern auch den Bauern selbst wieder und wieder indoktriniert: Ulbricht, „Praktische Bauernhilfe“. Rede auf einer Bauernversammlung in Nauen am 28.10.1945, in: ders., *GdA*, 509. „Man hat uns aus verschiedenen Gebieten die Frage gestellt: Ja, ist es nicht so, daß in der sowjetischen Besatzungszone eigentlich die Kommunisten bestimmen? Ich glaube, die Durchführung der Bodenreform zeigt, daß wirklich die Masse der Bauern bestimmt hat; daß davon ein großer Teil Kommunisten geworden ist, ist eine Tatsache“; Ulbricht, Rede auf der ersten Landesbauernkonferenz vom Mecklenburg-Vorpommern am 17.3.1946, in: *Volkszeitung*, Nr. 65, 18.3.1946. Mitte Dezember 1945 zählte die KPD ca. 30000 Mitglieder, von denen über 5000 ihrer Herkunft nach Landarbeiter und Bauern waren; vgl. Christa Müller, *Probleme der Führungstätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Lande im Kampf um Veränderungen im Denken und Handeln der werktätigen Bauern während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und des Übergangs zur sozialistischen Revolution*. Diss. Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Berlin 1978, 33.

mental verpflichtete Klientel zu schaffen“⁵¹¹, so stößt man über die beschriebenen Durchsetzungs-, Akzeptanz- und Verankerungsschwierigkeiten, die diese Reform begleiteten, auf das Kernproblem für die Enteignungsakteure, das Legalitätsproblem, welches in einer konfliktiven Beziehung zur Frage der Legitimität bzw. Legitimation stand. Erschien die entschädigungslose Enteignung politisch gerechtfertigt und volkswirtschaftlich sogar nötig, so war sie juristisch nicht rechtmäßig. Die Enteignung als unmittelbarer, die Betroffenen im Vergleich zu anderen Personen ungleich belastender Eingriff der staatlichen Gewalt in die Rechte Privater zur Verfolgung öffentlicher – politisch-ideologisch definierter – Zwecke und deren Verwirklichung konnte die aufgrund „noch mental verankerte[r] Rechtsnormen“⁵¹² zu klärende Frage nach der Legitimität, d.h. der Rechtfertigung der Herrschaft und ihrer Rechtsordnung aus ‚höheren‘ Grundsätzen (Entnazifizierung, Versorgung der Bevölkerung etc.) nur als *maßnahmestaatlichen* Akt der sowjetdeutschen Verwaltung begründen. Eine Legalität, d.h. eine *rechtsstaatliche* Gesetzmäßigkeit der Enteignungsaktionen hätte den Exproprierten die Möglichkeit eröffnet, aufgrund des geltenden Rechts ihrerseits juristisch gegen diese staatlichen Akte vorzugehen, was zur Folge gehabt hätte, daß zum einen illegale Enteignungen hätten rückgängig gemacht werden müssen, eine Irreversibilität der Bodenreform damit nicht gesichert worden wäre, und daß zum zweiten die neuen Besitzer über Jahre hinweg im Stande der Ungewißheit verblieben wären. Kam eine demokratisch-rechtsstaatliche Grundlegung der Bodenreform daher aus taktischen Erwägungen und aufgrund machtpolitischer Konstellationen nicht in Betracht, so war nichtsdestotrotz auch von der unlimitierten Herrschaftsmacht eine Legitimation für ihre Maßnahmen zu erbringen, wollte sie sich innen-; aber auch außenpolitisch nicht isolieren auf ihrem Standpunkt der letztlich dann allein militärisch gesicherten Ordnungsgewalt.

Entscheidend für einen ‚Rückhalt in der Bevölkerung‘ – das ist die Ersatzform einer demokratischen Legitimation – war letztendlich jedoch, ob (und wie lange) die „Herrschaftsunterworfenen[n] selbst das politische System für legitim erachten“⁵¹³. Die Loyalität der Beherrschten orientierte sich an „subjektiven Interessen“, stellte damit eher eine „vornehmlich strategische, interessengeleitete Hinnahme der Herrschaftsform“ dar⁵¹⁴, die der Binnenlogik und der Wert- und Normensetzung der von der Herrschaft konzipierten Legitimation folgen konnte, aufgrund dieses militärisch gestützten Gewaltmonopols auch folgen mußte.

⁵¹¹ Jochen-Christoph Kaiser, „Die Bodenreform als soziale Sicherung militärisch legitimierter Herrschaft“, Vortrag auf dem 40. Historikertag in Leipzig, Sektion 25, 1.10.1994.

⁵¹² Ebd.

⁵¹³ Meuschel, aaO., 22.

⁵¹⁴ Ebd., 23.

3. „Stützpunkte der Partei in jedem Dorfe“ – Der Bauernverband

Im Juli 1946 wiederholte Edwin Hoernle wohlgelegte Gedanken, die seine Partei schon zuvor zur Popularisierung der Bodenreform mehrfach geäußert hatte: „Mit der Beendigung der Bodenreform ist das Bündnis der Arbeiter und Bauern keineswegs erschöpft. Mit der Bodenreform hat das Bündnis erst begonnen“⁵¹⁵. Weiter führte er aus: „Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft muß und wird ein echtes Bündnis sein, weil die objektive Harmonie der Hauptinteressen beider Klassen sie zum gegenseitigen Vertrauen und zu gegenseitiger Hilfe zwingt“⁵¹⁶. Hoernle beschrieb in seiner Interpretation die Eckdaten bzw. Ergebnisse, die aufgrund der Durchführung der Bodenreform den Rahmen für den weiteren Verlauf der ‚antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung‘ darstellen würden: Die unter Führung der KPD⁵¹⁷ vollzogene Agrarreform fügte – zusammen mit der neuen Agrarpolitik – große Teile der Bauernschaft in ein neues Abhängigkeitsverhältnis, welches durch die „Erhöhung der materiellen Interessiertheit der Bauern“⁵¹⁸ – aufgrund der Absatz- resp. Handelsmöglichkeiten der ‚freien Spitzen‘ und der reduzierten Ablieferungspflicht für die Neubauern – als eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft erscheinen sollte, jedoch durch die sich einseitig in der Hand der Staatsparteiverwaltung befindlichen Regelungs- und Normsetzungskompetenz genuin politischen Charakter erhielt. Die volkserzieherisch als „Bewegung der Solidarität und kameradschaftlichen Zusammenarbeit“⁵¹⁹ propagierte gegenseitige Hilfe besaß also eine doppelte Konnotation: Zum einen war sie angelegt als Weiterführung kommunistischer Bündnispolitik („Stadt und Land – Hand in Hand!“), zum anderen firmierte sie als „eine Methode, mit deren Hilfe die Masse der Neubauern die Durchführung ihrer landwirtschaftlichen Produktion und den Aufbau ihrer Wirtschaft sicherte“⁵²⁰. So war die gegenseitige Bauernhilfe eine „wesentliche Organisations- und Aktionsform, die alle Schichten der werktätigen Bauern erfaßt [...] für die Organisierung und Erziehung [...] zu Bündnispartnern der

⁵¹⁵ E. Hoernle, „Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern“, in: *Neue Welt*, H. 2, Juli 1946, 78.

⁵¹⁶ Ebd., 79.

⁵¹⁷ Der Gebrauch des Begriffs ‚Arbeiterklasse‘ als pseudo-basisdemokratisches Äquivalent für ‚KPD‘ sollte nicht den entscheidenden Einfluß der Partei für die Durchsetzung der Bodenreform verschleiern, diente jedoch dazu, der Landreform einen betont revolutionären, volksdemokratischen und damit auch weiterhin mobilisierenden Anstrich zu verleihen: Die Bodenreform „war nur deshalb erfolgreich, weil sie unter Führung einer wirklich marxistisch ausgerichteten Arbeiterklasse durchgeführt wurde. [...] Die Bauernschaft hat sich willig dieser politischen Führung durch die Arbeiterklasse untergeordnet“, ebd., 75.

⁵¹⁸ Helmut Droste, *Zur Rolle der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe bei der Verwirklichung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft*, Diss. Universität Leipzig 1961, 10.

⁵¹⁹ *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Abriß, Autorenkollektiv des Instituts für Marxismus-Leninismus, Berlin 1978, 103.

⁵²⁰ Droste, aaO., 16.

Arbeiterklasse“⁵²¹. Droste, der ansonsten kaum Inhaltliches bzw. Sachliches zur gegenseitigen Bauernhilfe äußert, betont wiederholt die „politische Aufgabenstellung“, die alle wirtschaftlichen Handlungen umfasse (z.B. die „politische Bedeutung der Ernte“) und so zwangsläufig und quasi dialektisch zu einer immer deutlicheren Demokratisierung des Dorfes führe.

Die Konzeption eines speziellen „Bauernbundes“ als „Kampforga[n] aller Schichten“⁵²² schwelte führenden Kommunisten bereits während des Krieges vor, also lange bevor die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) als „echtes Kind der demokratischen Bodenreform“⁵²³ und „Transmissionshilfe“ der KPD auf dem Lande auf den Plan trat⁵²⁴. Wiederum Edwin Hoernle antizipierte im von ihm entworfenen „Agrarprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ im August 1944, daß neben den landwirtschaftlichen Genossenschaften „eventuell besonderen Bauernkomitees eine besondere Bedeutung zukommt“ bei der Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land⁵²⁵. Diese, hier als eine in erster Linie wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellte Kooperation erhielt ein halbes Jahr später zusätzlich politische Aufgaben, als u.a. sie aufgefordert wurde, „die „Überreste des Faschismus und alle reaktionären Elemente“ zu bekämpfen und die Dorfbevölkerung für die neue politische Macht zu gewinnen“⁵²⁶. Ihre Konkretisierung konnte diese vage allgemein-politische Aussage erst erhalten, als die gesellschafts-, wirtschafts- und strukturpolitischen Zustände im Dorf Gestalt annahmen, d.h. im Zuge der Durchführung der Bodenreform, die allerdings nicht ohne Friktionen ablief.

Zur Überwindung der – bereits oben angeführten⁵²⁷ – „Schwierigkeiten“ bei der Abwicklung der Bodenreform propagierte Hans Warnke die „Belebung der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe“⁵²⁸: „Wir haben festgestellt, daß diese unsere Absicht sehr stark hintergangen wird, z.T. auch bewußt sabotiert wird von den eingesetzten Treuhändern und Verwaltern. [...] Die Tätigkeit der Treuhänder bzw. Verwalter ist auf den aufgeteilten Gütern beendet. Sie haben die Geschäfte sofort an das Komitee zur gegenseitigen Bauernhilfe abzugeben. Nun hat das Komitee aber nicht einfach die Arbeit des Treuhänders fortzusetzen, sondern nur die

⁵²¹ Ebd., 17.

⁵²² W. Ulbricht, *GdA* Bd. II, 1933-1946, 1. Zusatzband, Berlin 1966, 176.

⁵²³ Herferth/Poosch/Schmidt/Stöckigt, aaO., 56.

⁵²⁴ Vgl. Wernet-Tietz, aaO., 46.

⁵²⁵ Hoernle, *Zum Bündnis*, aaO., 339.

⁵²⁶ Wernet-Tietz, aaO., 45, bezieht sich auf einen Vortrag Hoernles vom 4.2.1945 über die Agrarpolitik des „Blocks der kämpferischen Demokratie“.

⁵²⁷ Vgl. Abschnitt *Neubäuerliche Gemeinwirtschaft*.

⁵²⁸ MLHA MdI 186 bzw. *Neuer Weg*, 1.1946, 39.

Arbeit zu übernehmen, die dem Komitee zusteht“⁵²⁹. Mit der Verordnung über die Bodenreform im Land Mecklenburg vom 5.9.1945⁵³⁰, der ersten Ausführungsbestimmung zur Bodenreform-Verordnung vom 11.9.1945⁵³¹ und der dritten Ausführungsbestimmung vom 2.11.1945⁵³² wurden die Bildung und die Aufgaben der Komitees und der ‚Vereinigung‘ fixiert⁵³³, die Warnke förmlich-bürokratisch – zur allgemeinen Kenntnisnahme und zwecks gleichartiger Durchführung – folgendermaßen erläuterte: „Von der Gemeindekommission wird eine allgemeine Versammlung einberufen. In dieser wird ein Beschuß zur Schaffung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe gefaßt. In derselben Versammlung wird auch das Komitee zur gegenseitigen Bauernhilfe, das den Vorstand der Vereinigung darstellt, gewählt. Die Versammlung wählt außerdem den Vorsitzenden des Komitees und eine Revisionskommission. Dieses Komitee stellt eine Liste auf, in der alle Bauern, die sich an der gegenseitigen Bauernhilfe beteiligen wollen, eingetragen werden. Der Vorsitzende des Komitees vertritt die Vereinigung gerichtlich und außergerichtlich. Zum Abschuß von Verträgen, Geschäften usw. sind seine Unterschrift und die eines weiteren Mitglieds des Komitees notwendig. Das Komitee organisiert die gegenseitige Hilfe und organisiert die Gemeinschaftshilfe, wie Aushilfe mit Maschinen, Werkzeugen und Geräten. Es leitet die Reparaturwerkstätten, die Saatreinigungsanlagen, bestimmt über die großen Wagen und Trecker sowie über die Einrichtung und Ingangsetzung von Betrieben aller Art. Das Komitee sorgt für einen Austausch des Viehes. [...] Die Aufsichtbehörde über das Komitee und die Vereinigung ist der Landrat“⁵³⁴.

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Die Aufforderung an die Bauern zur Gründung von Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe erging verstärkt seit September 1945⁵³⁵, zur gleichen Zeit, als die örtlichen Bodenreformkom-

⁵²⁹ Warnke an alle Oberbürgermeister und Landräte betr. Vertiefung der Bodenreform, 2.1.1946, *MLHA Min. Präs.* 1026. Den Treuhändern wurde ihre wirtschaftliche Grundlage endgültig entzogen, denn „Treuhänder auf Neubauernstellen zu setzen, ist nicht möglich. Frei werdende Stellen sind durch andere Bewerber zu besetzen“, Wehmer an das kreislandwirtschaftsamt in Stralsund, 15.4.1947, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 626*.

⁵³⁰ Artikel IV, 12, *Amtsblatt*, aaO.

⁵³¹ Vgl. Heinz Döring, *Von der Bodenreform zu den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*, Berlin 1953, 75.

⁵³² *MLHA MdI* 186 (Broschüre zur VdgB); *Volkszeitung* Schwerin, 3.11.1945.

⁵³³ „Die Aufgaben und die Organisation der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe“, in: *Volkszeitung* Nr. 87, 10.11.1945 (*MLHA MLF Landeskommision für Bodenreform* 2854/2, 90). Vgl. zu „Entwicklung und Funktion der VdgB“ den Vorspann des Findbuches des Landesverbandes der VdgB 1946-1952 im *MLHA*, III-VIII.

⁵³⁴ Hans Warnke, „Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“, in: *Neuer Weg*, 1.1946, 39.

⁵³⁵ Z.B. forderte Wilhelm Pieck in seiner bekannten Rede zur Bodenreform in Kyritz am 2.9. auch die Schaffung eines Bauernhilfskomitees, „das aus den besten, zuverlässigsten Bauern besteht und das die Verwaltung über das nicht zur Verteilung gelangende Inventar übernimmt“, ders., *Bodenreform, Junkerland in Bauernhand*, Berlin 1945, 14.

missionen ihre Arbeit aufnahmen⁵³⁶. Besaßen beide Organisationen auch dieselbe Rechtsgrundlage und schöpften beide aus derselben Klientel, so ist zu vermuten, daß den Mitgliedern der Bauernhilfkomitees eine Teilnahme an der auf Dauer angelegten gegenseitigen Hilfe nicht dadurch erschwert werden sollte, daß sie gleichsam als mitverantwortbare Verwaltungsorgane bei der Durchsetzung der Bodenreform zu fungieren hätten – wie es für die Gemeindebodenkommissionen ja der Fall war. Als Indiz für diese Annahme kann die von der Staatsparteiverwaltung in diesem Sinne sensibel behandelte Frage der Haftung der Komitees verstanden werden. In einem (nicht zuordbaren) Brief der Verwaltung an den mecklenburgischen Präsidenten Höcker vom 19.12.1945 wurde diesem ein Satzungsentwurf für die Bauernkomitees übermittelt, „wie er von mir [i.e. der unbekannte Verfasser aus der Verwaltung, J.M.] aufgestellt ist [...] und [...] wie er nach Beratung der KPD [...] ergänzt worden ist“⁵³⁷. Im Gegensatz zur zunächst vorgeschlagenen solidarischen Haftung aller Komiteemitglieder empfahl die KPD, daß „die solidarische Haftung nicht herausgestellt“ werden sollte. „Zweifellos“, so der Autor, „will man damit erreichen, daß die Bauern sich aus lauter Sorgen vor der Haftbarmachung vom Komitee nicht fernhalten“⁵³⁸. Trotzdem bestand in der Frage der Aufgabenabgrenzung zwischen den Gemeindekommissionen und den Bauernhilfkomitees noch längere Zeit Klärungsbedarf⁵³⁹, wie ein Brief des Kreiskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe Güstrows an alle Bezirksbürgermeister und Komitee-Vorsitzenden von Ende März 1946 offenbart: „Aufgabe der Gemeindekommissionen ist die Durchführung der Bodenreform, also die Aufteilung des Bodens, die Vermessung des Landes und die grundbuchliche Eintragung. Die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe organisieren die Zusammenfassung der Bauern zur gegenseitigen Hilfe, zur gemeinschaftlichen Übernahme, Beschaffung, Betrieb und Unterhaltung von Maschinen, landwirtschaftlichen Großgeräten, Gebäuden, Werkzeugen, Zuchttieren usw. [...]“⁵⁴⁰.

Daß den Bauernhilfkomitees dennoch frühzeitig ein politisches Wesen zugesprochen wurde, zeigt ein Bericht der Landesleitung der KPD von Anfang Dezember 1945. Hierin wurde auf die Rolle der Komitees bei der Demokratisierung des Dorfes abgehoben, wobei der Begriff ‚Demokratisierung‘ gebraucht wurde als „Säuberung des alten agrarischen Sektors des Staats-

⁵³⁶ Vgl. Stein, aaO., 220.

⁵³⁷ Brief vom 19.12.1945, [unleserlich] an Höcker, *MLHA MdI* 186.

⁵³⁸ Ebd.

⁵³⁹ Denn, solange Bauernhilfkomitees noch nicht bestanden, wurden die entsprechenden Aufgaben von den Gemeindekommissionen „mit erledigt“; Schäwel, aaO., 152. Auch konnten später Mitglieder der Gemeindekommissionen in die Bauerausschüsse gewählt werden, jedoch sollten Bürgermeister oder Landräte „keinesfalls den Vorsitz in den Organen der gegenseitigen Bauernhilfe führen“; Piskol/Nehrig/Trix, aaO., 74.

⁵⁴⁰ Huenges (Kreiskomitee Güstrow), Brief vom 27.3.1946, *MLHA RdK Güstrow* 527, 242.

apparates von allen faschistischen und halbfaschistischen Elementen“⁵⁴¹. Es bestand – laut Bericht – die „Gefahr der Verflachung der Arbeit der Komitees. Sie sind nämlich praktisch den landwirtschaftlichen Abteilungen der Landräte angegliedert. In diesen Abteilungen obliegt meist die Kontrolle den Bezirksagronomen und anderen landwirtschaftlichen Beratern, die meist Fachsimpler sind, keine Politiker. Politisch beeinflussen sie die Komitees negativ oder falsch“⁵⁴². Zu diesem Zeitpunkt waren immerhin 40% der 8474 in Komitees der gegenseitigen Hilfe organisierten Personen Mitglied einer Partei. Darunter befanden sich 1881 KPD-Mitglieder, 1402 SPD-Mitglieder und 112 Mitglieder anderer Parteien, 5079 waren parteilos⁵⁴³.

Die „intensive staatliche Aufsicht“⁵⁴⁴ über die Bauernhilfskomitees durch die Landräte regelte eine Mustersatzung, die die Landesverwaltung im Januar 1946 erließ⁵⁴⁵, die *gesetzlichen Bestimmungen* zur Bildung und Tätigkeit der Komitees wurden aber „zwischen der Parteiführung der KPD und den Repräsentanten der KPdSU in der SMAD abgestimmt und im engen Zusammenwirken von Besatzungsorganen und KPD-Leitungen realisiert“⁵⁴⁶. Gerade das Zentralkomitee der KPD forcierte den Auf- und Ausbau der Bauerausschüsse – wie die Komitees in Mecklenburg auch genannt wurden –, da diese zum einen „sowohl wirtschaftliche als auch politische Aufgaben zu erfüllen“⁵⁴⁷ hatten und zum anderen „die einzigen gewählten Organe des Dorfes“⁵⁴⁸ waren. Damit konnten die Bauerausschüsse – „das wichtigste Instrument der bäuerlichen Selbsthilfe und nicht zuletzt die Stützpunkte der Partei in jedem Dorfe“⁵⁴⁹ – bei der Bevölkerung als von höherer Legitimität erscheinen. Hierfür war es allerdings von besonderer Bedeutung, die Bauernhilfskomitees als *gesamtbäuerliche* Organe herauszustellen. Unübersehbar widersprüchliche Aussagen zu diesem machtpolitisch zentralen Punkt stifteten in Mecklenburg während der Startphase der gegenseitigen Bauernhilfe jedoch Verwirrung in Bauernschaft, Verwaltung und Partei. Aufgrund der als Hauptaufgabe deklarierten Lösung

⁵⁴¹ „Zusammensetzung der bäuerlichen Komitees zur gegenseitigen Hilfe aus insgesamt 18 Kreisen“, Bericht vom 6.12.1945, Landesleitung der KPD, Abteilung Landwirtschaft, *MLHA BPA Schwerin LL der KPD I/3a*, 40.

⁵⁴² Ebd.

⁵⁴³ Vgl. ebd.

⁵⁴⁴ Findbuch VdgB LV, *MLHA*, aaO., III.

⁵⁴⁵ Inhalt: §1: Name und Sitz der Vereinigung, §2: Zweck der Vereinigung, §3, §4: Mitgliedschaft, §5: Mitgliederversammlung, §6: Vorsitzender und Komitee, §7: Revisionskommission, §8: Verwaltung. *MLHA MdI 186* (Broschüre).

⁵⁴⁶ Kuntsche, „Unterstützung“, aaO., 154.

⁵⁴⁷ Schäwel, aaO., 151.

⁵⁴⁸ So Ernst Goldenbaum – Geschäftsführer der Landesbodenkommission und nachmaliger 1. Vorsitzender der VdgB –, zit.n. ebd.

⁵⁴⁹ Rundschreiben bzw. Briefe des ZK an die LL der KPD vom 17.10., 24.10. und 24.11.1945, *MLHA BPA Schwerin*, II/I-7.

der Not der Neubauern konnte bei den Altbauern der Eindruck entstehen, daß die neuen Bauernausschüsse zu ihren Lasten handeln könnten: „Es empfiehlt sich, durch die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe und durch die Landräte die Mittel- und Großbauern zu veranlassen, Jungvieh an die Neubauern zu verkaufen“⁵⁵⁰. Zudem sorgten unpräzise Aussagen zur Gestalt der Bauernhilfskomitees für weitere Konfusion. Zwar sollten die Komitees – im Gegensatz zu den Bodenkommissionen – „auch andere Bauern [erfassen], die die Absicht haben, sich an der gegenseitigen Bauernhilfe zu beteiligen“, definiert wurde diese Gruppe aber unspezifisch: Die Ausschüsse „umfassen also einen breiteren Kreis von Bauern. [...] Sie werden in einer Versammlung der werktätigen Bauern gewählt“⁵⁵¹. Die Verwendung des Begriffs ‚Werktätige‘ mußte jedoch eine zweifache Reaktion hervorrufen. Bezeichnete man damit die kommunistisch-ideologische *in-group* innerhalb der Bauernschaft – die „durch eigene Arbeit [...] und nicht auf Kosten fremder Arbeitskraft“ ihren Lebensunterhalt verdiente⁵⁵² –, so mußte sich einerseits ein Großteil der Altbauernschaft ausgegrenzt fühlen, andererseits konnten das (und sie taten es auch) eifrige Parteifunktionäre als chiffrierten Auftrag verstehen, ihre Politik in erster Linie auf die Neubauern auszurichten. Während das ZK der KPD in der Regel jedoch betonte, daß neben den Neu- und Kleinbauern auch die Alt- und Mittelbauern in die Bauernausschüsse einzubeziehen seien⁵⁵³, verbot die mecklenburgische KPD-Landesleitung per Parteibeschluß die Aufnahme von Mittel- und Großbauern in die Vereinigung⁵⁵⁴. Mit einem Ende 1945 verbreiteten Informationsblatt versuchte die Verwaltung die Arbeitsweise der VdgB klarzustellen und pries sie an als eine Sicherheit gebende „Körperschaft des öffentlichen Rechts z.B. wie eine Versicherungsanstalt“, in der „alle Bauern, die neuen wie auch die alten“ vor „Übervorteilung geschützt“ seien⁵⁵⁵. Attraktiv sollte zudem die Aussicht wirken, daß Mitglieder der VdgB eher die Möglichkeit besäßen „bei der Belieferung von Vieh, Düngemitteln, Saatgut, Inventar, Krediten usw. berücksichtigt zu werden“⁵⁵⁶.

Erst ab Februar 1946 – nachdem der größte Teil des Bodenfonds verteilt worden war, die strukturellen Veränderungen und neuen Machtverhältnisse auf dem Lande für die Bevölkerung erkennbar wurden und die „Zwischenzeit ausgenutzt werden“ mußte bis die Frühjahrs-

⁵⁵⁰ W. Ulbricht, „Praktische Bauernhilfe“ (öffentliche Rede), in: ders., *Bauernbefreiung*, Bd. I, aaO., 59.

⁵⁵¹ Ebd., 60.

⁵⁵² Stichwort ‚Werktätiger‘, in: *Kleines politisches Wörterbuch*, Berlin 1985, 1061.

⁵⁵³ Vgl. Stöckigt, aaO., 218 f.

⁵⁵⁴ Vgl. Schäwel, aaO., 108.

⁵⁵⁵ Aufruf, *MLHA* MdI 186.

⁵⁵⁶ Ebd.

bestellung anlief⁵⁵⁷ – widmeten sich SMAD⁵⁵⁸ und KPD-Führung, aber zunehmend auch die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (DVLF) dem weiteren „planmäßigen Aufbau“ der Organisationsstruktur der VdgB⁵⁵⁹. Zwar hatte das ZK der KPD schon am 16.1. 1946 allen Bezirkssekretären die Anweisung erteilt, örtliche VdgB-Ausschüsse und vorläufige Kreisausschüsse bei den Kreisämtern zu schaffen, doch mußte die Partei einen Monat später ihre Initiative zur „Schaffung von Kreis-, Provinz- und Landesausschüssen“ wiederholen⁵⁶⁰, die bis dahin relativ fruchtlos geblieben war⁵⁶¹.

Auf einer von der DVLF organisierten Tagung zur Bodenreform am 21./22.2.1946 konnte schließlich – damit ein gleichartiger Aufbau der Vereinigungen gewährleistet war – ein „Musterstatut“ der VdgB⁵⁶² verabschiedet werden, das ab März 1946 für alle VdgB-Organe zum Maßstab wurde⁵⁶³. Während dieser Tagung wurde ebenfalls beschlossen, Delegiertenkonferenzen auf Kreis- und Landesebene einzuberufen, um auf diesen Verwaltungsebenen VdgB-Organe zu bilden⁵⁶⁴. Innerhalb der nächsten zehn Tage fanden in der Regel die notwendigen Bauernversammlungen statt, auf denen die Delegierten für die Kreiskonferenzen gewählt wurden – welche dann z.B. in Wismar am darauffolgenden Wochenende (9./10.3.) abgehalten wurde⁵⁶⁵. Diese Delegierten konnten sich allerdings nicht aus der Gruppe der Vorsitzenden der Komitees rekrutieren, da jene bereits am Sonntag, den 3.3. auf ihrem ersten Schulungslehrgang im Umsiedlerlager Ventschow begrüßt wurden⁵⁶⁶. Vom 3. bis zum 9.3.1946 fanden dort

⁵⁵⁷ Schwank/Göttlicher, aaO., 860, Dokument 5: Rundschreiben des ZK bzw. Walter Ulrichs an die LL der KPD vom 15.2.1946.

⁵⁵⁸ Mit drei zufällig (?) parallel zu den Gründungskonferenzen erlassenen Befehlen (Nr. 38 vom 31.1., Nr. 57 vom 19.2. und Nr. 62 vom 22.2.1946) gewährte die SMAD insbesondere den Neubauern Saatgut- bzw. Kredithilfen für die anstehende Frühjahrsbestellung, vgl. *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, aaO., 235, 246, 248.

⁵⁵⁹ Wernet-Tietz, aaO., 51.

⁵⁶⁰ Die Ausschüsse sollten auf Kreisebene mit 12-15, auf Landesebene mit 25-30 Personen besetzt sein, die sich bei der Durchführung der Bodenreform „bewährt“ hatten; Schwank/Göttlicher, aaO., 860 f.

⁵⁶¹ Am 30.1.1946 bestanden in Mecklenburg 2054 Bauernhilfskomitees mit insgesamt 9529 Mitgliedern, also nur etwa 1000 mehr als zwei Monate zuvor. Davon gehörten 21,5% der KPD an, 16,1% der SPD, nur 1,1% CDU/ LDP, aber es waren immer noch mehr als 60% parteilos; *MLHA MdI* 24, 138.

⁵⁶² In: *Der freie Bauer*, Nr. 18, März 1946.

⁵⁶³ In den Akten findet sich bei vielen Vollzugsmeldungen – der übergeordneten VdgB-Stelle wurde die ‚neue‘ Kreissatzung zugesandt – über Gründungen von Vereinigungen dieses Musterstatut dann wieder.

⁵⁶⁴ „Sofortiger Feldzug zur Gründung von freiwilligen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in jedem einzelnen Dorfe“, Beratungsbericht vom 22.2.1946, in: *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, aaO., 250.

⁵⁶⁵ *MLHA MdI* 186, stellvertretender Landrat Reichardt (Wismar) an alle Vorsitzenden der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe, Brief vom 3.3.1946.

⁵⁶⁶ So verhielt es sich jedenfalls im Kreise Wismar, Lehrplan für den ersten Schulungslehrgang der Vorsitzenden der KdgB aus den Bezirken Sternberg, Brüel und Warin, 2.3.1946, *MLHA MdI* 186. Auf diese Art konnten möglichst viele Bauern in die Verantwortung für die VdgB einbezogen werden, wodurch sie dann auch dem Einfluß der KPD unterlagen.

„Unterricht und Aussprache“ zu spezifischen, organisatorischen und landwirtschaftlichen Fragen, die in den Kompetenzbereich der VdgB fielen⁵⁶⁷, statt, allmorgendlich äußerte sich zunächst aber ein Referent über „Politische Tagesfragen“, der „Schulung“ zweiter Teil⁵⁶⁸.

Auf dem Programm der folgenden Kreiskonferenz standen Berichte über die Durchführung der Aufteilungsarbeiten und über die Vorbereitung der Frühjahrsbestellung, sowie als Haupttagesordnungspunkt die Wahl eines Kreiskomitees⁵⁶⁹. Das Wahlkomitee setzte sich zusammen aus dem Landrat und den ersten Sekretären der KPD, der SPD, der CDU und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)⁵⁷⁰. Die Entwicklung der Organisation der VdgB kulminierte dann in der feierlichen – Walter Ulbricht war anwesend – Landeskongress der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe am 17.3.1946 in Schwerin, auf der die Delegierten aus den Kreiskonferenzen ein Landeskomitee als geschäftsführendes Gremium der Vereinigung wählten⁵⁷¹. Vor dieser Wahl und nach langen Begrüßungsreden von Vertretern der Parteien und Organisationen⁵⁷² eröffneten die Vizepräsidenten Warnke und Möller die Tagesordnung mit Referaten über die Bodenreform und die Frühjahrsbestellung – den seinerzeit wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben auf dem Lande⁵⁷³. Unter den insgesamt 25 Personen, die in den Landesausschuß gewählt wurden, befanden sich mit Friedrich Wehmer, Otto Möller, Ernst Goldenbaum und Hans Warnke, der zum Vorsitzenden auch dieses

⁵⁶⁷ „Struktur der KdgB“, „Aufbau des Beratersystems“, „Rechtsmittel und Rechtsverbindlichkeiten der KdgB“, „Statuten der KdgB“, „Buchführung“, „Finanzierungs- und Kreditfragen“ etc.

⁵⁶⁸ Diese „Morgenandachten“ wurden abgehalten von Mierau (KPD, späterer 1. Sekretär der VdgB), Moritz (SPD), Hollert (SPD), Dettmann (SPD) und dem stellvertretenden Landrat Reichardt, überwiegend Männer, die auch die folgende Kreiskonferenz leiteten.

⁵⁶⁹ Zum Ausklang war Kino angesagt. „Programm für die Kreiskonferenz der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe in Wismar am 9./10.3.1946“, *MLHA MfL* 186. Die Kreiskomitees bestanden in der Regel aus sieben bis neun Mitgliedern nebst Vorsitzendem und Sekretär.

⁵⁷⁰ Ebd.

⁵⁷¹ *MLHA MfL* Nr. 3212, 22 ff.

⁵⁷² Allseitig wurde der „freudigen Durchführung der Bodenreform“ Lob gezollt. Anspornende Reden versuchten, den Versammelten die weitere Richtung zu weisen: „Ihr müßt politisch sein, wohin Ihr geht“ (Tiedt, LDP). Gleichzeitig ist bereits eine gewisse *Hilflosigkeit* erkennbar: Angesichts der politischen Machtverhältnisse möchte Tiedt den Einfluß der anderen Parteien neben der KPD gestärkt wissen: „Wir haben heute vier Parteien, vier Räder an einem Wagen. Daß die Räder gut zusammenarbeiten, beweist der Antifablock“. Zum anderen Hilflosigkeit aufgrund der Unterversorgung bzw. der schlechten Ausstattung der Wirtschaften: „An den Land-Sonntagen gingen auch unsere Vertreter in die Dörfer, sprachen in Euren Versammlungen, diskutierten mit Euch, stellten fest, woran es an Geräten fehlt. Dann kamen wir wieder in der Stadt zusammen, besprachen die Lage und organisierten unsere Maßnahmen“ (Warnke, FDGB); *MLHA MfL* Nr. 3212, 28, 33-37.

⁵⁷³ Alles Tagesordnungspunkte, die sämtlich bereits im Rundschreiben des ZK der KPD vom 15.2.1946 festgelegt worden sind, *MLHA MfL* Nr. 3212, 22. Zum Abschluß der Landeskongress stand um 15.00 Uhr allerdings noch ein nicht prä determinierter Theaterbesuch auf dem Programm. Es wurde das k.u.k. Puszta-Schmankerl die „Czardasfürstin“ gegeben, also die eher unzeitgemäße, pädagogisch nicht verwertbare, aber sehr beliebte Operette von Emmerich Kálmán, der in der Katastrophe des ersten Weltkrieges die abgewirtschafteten „Blaublütter“ kaum in Frage stellte!

Gremiums gemacht wurde, „bewährte Vertreter der werktätigen Bauern und Aktivisten der Bodenreform“⁵⁷⁴, d.h. politisch zuverlässige und/oder – von ihrer Verwaltungstätigkeit her – zuständige Männer⁵⁷⁵.

Mit dem Abschluß des Aufbaues der Organisation der VdgB sah die KPD die Möglichkeit gewährleistet, durch „Aktivierung und Lenkung der Vereinigungen“⁵⁷⁶ umfassenden Einfluß auf die Bauernschaft ausüben zu können. Die VdgB sollte in Form einer Massenorganisation für die Bauern⁵⁷⁷ (ähnlich wie die Gewerkschaften für die Arbeiter) als Motor der Transformation wirken, damit, wie Ulbricht es auf der Landeskonferenz ausdrückte, die „demokratische Entwicklung in Deutschland gesichert“ werde⁵⁷⁸.

Bäuerliche Interessenvertretung

Durch eine einheitliche Organisierung der Bauernschaft war eine Effektivitätssteigerung auf mehreren Ebenen möglich: Da die Bauerausschüsse unentgeldlich das wichtigste Inventar für die Landwirtschaft aus den Bodenfonds erhalten hatten, war weiten Teilen der Bauernschaft zwar eine geregelte, rationelle Teilhabe an diesen Geräten gesichert, gleichzeitig gerieten sie dadurch aber auch in eine wirtschaftliche Abhängigkeit zu den über diese Produktionsmittel verfügenden Organen, welche durch die ihnen gegebene Position wiederum politisch tätig werden konnten und sollten, um sog. „Sabotage“ und „Abweichung“ zu verhindern oder positiv ausgedrückt, um im Interesse und zum – kommunistisch definierten – Wohle der Gesellschaft zu handeln⁵⁷⁹. 1946 entwarf Edwin Hoernle die Aufgabe der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe vielsprechend und unverdächtig, indem er sie als „ausgesprochen demokratische Organisationen“ dem Wollen der Mitglieder unterwarf: „*Sie sind nicht die Herren, sondern die Diener der Bauernschaft*“⁵⁸⁰. Daß nach kommunistischem Verständnis ,die-

⁵⁷⁴ Stein, aaO., 225.

⁵⁷⁵ Diese vier erhielten als einzige mindestens 100 Stimmen bei ihrer Wahl, *MLHA MfL*, Nr. 3212, 67. Goldenbaum (KPD) und Wehmer (SPD) waren während der Weimarer Zeit schon MdL und übten nach dem Krieg Bürgermeistertätigkeiten in Parchim bzw. Plate aus. Wehmer erhielt am 2.4.1946 von Warnke, in dessen Funktion als Vorsitzender der Landesbodenkommission, sein Berufungsschreiben zum 1. Sekretär des Landeskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe, *MLHA MdL* 186.

⁵⁷⁶ ZK (Ulbricht) an die LL der KPD, 15.2.1946 (vgl. Schwank/Göttlicher, aaO., 861).

⁵⁷⁷ Vgl. Stöckigt, aaO., 179.

⁵⁷⁸ „Sieg der Bodenreform und Durchführung des Landwirtschaftsplanes sichern die Ernährung des Volkes“, Rede, 17.3.1946, in: *GdA* Bd. II., aaO., 591.

⁵⁷⁹ „Interessenvertretung konnte [...] nicht losgelöst von übergeordneten Systemnormen erfolgen, sondern war an das von der SED definierte gesamtgesellschaftliche Interesse gekoppelt“, Wernet-Tietz, aaO., 47.

⁵⁸⁰ Rundfunkrede im Dezember 1946 „VdgB – die bäuerliche Interessengemeinschaft. Was soll und kann die VdgB“, in: Hoernle, *Zum Bündnis*, aaO., 394. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer lag im Januar 1947 übrigens erst bei 95310 Personen (4,5% der Bevölkerung), d.h. auf alle 6,6 Haushalte fiel ein Rundfunkgerät; *MLHA Min.Präs.* 1034, 14. Die Rede wurde allerdings auch im *Freien Bauern*, Nr. 58, 1946, abgedruckt.

nen‘ jedoch nicht in erster Linie als ‚bedienen‘ oder ‚ausführen‘ ausgelegt wurde, haben wir bereits am Beispiel der Bodenreforminitiative verfolgen können. Da die Partei zu wissen meinte, was dem Volk *diene*, besaß die Funktion der VdgB im Herrschaftssystem der SBZ den Charakter einer abhängigen, quasi tributpflichtigen Interessenvertretung. Zwar unterstrich Hoernle auf dem 1. Bauerntag im November 1947, daß die VdgB eine „einseitige Interessenvertretung ab[lehnt]“, er schränkte dieses Prinzip im folgenden Satz jedoch sogleich ein, indem er darlegte, daß die Vereinigung davon ausgehe, „daß die wahren Interessen der Bauernschaft unzertrennlich verbunden sind mit den Interessen des gesamten werktätigen Volkes in Deutschland“⁵⁸¹. Die parteipolitisch noch gering eingebundene bäuerliche Bevölkerung unterlag durch ihre Teilnahme an der gegenseitigen Bauernhilfe dem *indirekten* Zugriff der SED⁵⁸². In umgekehrter Richtung sollte aber auch die VdgB der SED eine größere Massenbasis erschließen. Für die Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen, die im Herbst 1946 in der gesamten SBZ stattfanden, ließ die Wahlordnung neben den Parteien ebenfalls gesellschaftliche Organisationen – wie VdgB, FDGB, FDJ, Kulturbund, Frauenausschüsse – zu. Auf der Sitzung des Landeskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe am 22.9.1946 – auf der Vizepräsident Warnke als Vorsitzender des Landeskomitees zurücktrat und sogleich zu dessen Ehrenvorsitzenden akklamiert wurde – wurde beschlossen, „im kommenden Wahlkampf mit eigenen Listen aufzutreten, damit auch denjenigen Bauern, die noch nicht davon überzeugt sind, daß ihre Interessen durch eine der antifaschistischen Parteien rechtmäßig vertreten sind, Gelegenheit gegeben wird, ihre Interessen durch die Organisation der Bauern selber, nämlich durch die VdgB, vertreten zu lassen“⁵⁸³. Da als einzige ‚echte‘ antifaschistische Partei in den Augen der VdgB-Leitung nur die SED gelten konnte, macht der Beschuß deutlich, daß die VdgB nicht nur die „bäuerlichen Wählerpotentiale der bürgerlichen Parteien für die SED zu erschließen“ beabsichtigte⁵⁸⁴, sondern zudem erhoffen konnte, ihre eigene Legitimationsbasis als eine *politische* Massenorganisation zu erweitern und damit ihre Position im Staatsapparat zu stärken⁵⁸⁵. Die – im doppelten Sinne – Heranführung der Landbevölkerung an die neuen Verwaltungsorgane und an die SED-dominierte Blockpolitik schien nach den Wahlen als

⁵⁸¹ Zit. n. Wernet-Tietz, aaO., 47.

⁵⁸² Auf den höheren Organisationsebenen verschob sich der Anteil Parteiloser deutlich zugunsten der KPD. Am 22.3.1946 sah die parteipolitische Zusammensetzung der 161 Kreiskomiteemitglieder in den 21 Kreisen des Landes folgendermaßen aus: 90 waren Mitglied der KPD, 41 der SPD, 2 der CDU und 30 waren parteilos. Zu diesem Zeitpunkt bestanden 2196 Ortskomitees, davon 42 in Löcknitz und 169 in Güstrow (Minimum und Maximum), *MLHA BPA LL der KPD* I/3a, 98.

⁵⁸³ Bericht vom 23.9.1946, *MLHA MdI* 186. Die formelle Rücktrittserklärung Warnkes war unterzeichnet mit „Mit deutschem Bauerngruß“. Das Wort ‚deutschem‘ wurde nachträglich handschriftlich durchgestrichen!

⁵⁸⁴ Wernet-Tietz, aaO., 77.

⁵⁸⁵ Vgl. ebd., 75.

zahlenmäßig gering einzustufen zu sein⁵⁸⁶, jedoch „verhalfen die VdgB-Mandate der SED in Einzelfällen zu parlamentarischen Mehrheiten“⁵⁸⁷ – ein absehbarer Zug, wenn man berücksichtigt, daß 14 der 15 VdgB-Landtagsabgeordneten gleichzeitig Mitglieder der Einheitspartei waren⁵⁸⁸. So schien sich nach den Wahlen auf der politischen Ebene die ‚Prophezeiung‘ Walter Ulrichts zu bewahrheiten, die er im März des Jahres unter lebhafter Zustimmung der Delegierten der KPD-Reichskonferenz gemacht hatte: „Wir werden sie [die Wahlen, J.M.] durchführen mit dem Verantwortungsbewußtsein, das bei der Durchführung solcher demokratischer Wahlen notwendig ist, und wir werden sie so durchführen, daß unter Garantie in allen Städten und Orten eine Arbeitermehrheit zustande kommt. [...] Wir werden so arbeiten, daß in den Dörfern die Bauern gewählt werden, die die besten Männer bei der Durchführung der Bodenreform waren. [...] Bei diesen Wahlen werden die Arbeiter, die Bauern und die besten Vertreter der deutschen Intelligenz siegen. Das wird das Ergebnis der Wahlen sein“⁵⁸⁹. Die VdgB, die aufgrund ihrer Inhalte durchaus ein eigenes Profil an der Seite der bereits bestehenden Parteien und Organisationen hätte gewinnen können, war jedoch seit ihrer – ohnehin strategischen – Gründung der Unterwanderung und Beeinflussung der KPD/SED ausgesetzt, daß sie zwischen den Ansprüchen der Bauernschaft und denen der Einheitspartei zerrieben zu werden drohte. Sie büßte ihr Interessenvertretungspotential zugunsten einer ‚Steigbügel‘- und ‚Wahlhelfer‘-Funktion für die SED ein. Ihr Ansinnen war systemstabilisierend, ihr Verhalten systemkonform.

Wesentlich die wirtschaftliche Attraktivität der Vereinigung, die natürlich für die überwiegende Mehrheit auch der Alt-, Mittel- und Großbauern Anreiz zu einer Partizipation war, mobilisierte die Bauernschaft, eröffnete der (die Vereinigung) führenden Partei jedoch die Möglichkeit, kontrollierend und richtungsweisend die Entwicklung der VdgB zu begleiten⁵⁹⁰. Trotz der typisch kommunistischen Orientierung auf Einheitlichkeit und Geschlossenheit und

⁵⁸⁶ Nicht zuletzt aufgrund der noch geringen Organisationsdichte erreichte die VdgB ‚lediglich‘ folgende Wahlergebnisse (in Klammern: Sitze). Bei den Gemeindewahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 15.9.1946 (92,6% Wahlbeteiligung) erhielt die SED 69,7%, die CDU 16,5%, die LDP 10,6% und die VdgB 1,9%. Bei den Kreistagswahlen am 20.10.1946 (90,4% Wahlbeteiligung) entfielen auf die SED 54% (557), auf die CDU 31% (293), auf die LDP 5,2% (50) und auf die VdgB 9,8% (101). Die am selben Tag abgehaltenen Landtagswahlen (90% Wahlbeteiligung) erbrachten folgende Resultate: SED 49,5% (45), CDU 34,1% (31), LDP 12,5% (11) und VdgB 3,9% (3); *MLHA Min. Präs.* 1034, 20-23. Die VdgB errang dort ihre größten Stimmenanteile, wo CDU und LDP – also die ‚Bürgerlichen‘, die gerade bei bzw. vor den Gemeindewahlen massiv von der SMAM behindert wurden – nicht kandidierten.

⁵⁸⁷ Wernet-Tietz, aaO., 81.

⁵⁸⁸ So ermittelte es Wernet-Tietz, aaO., 80.

⁵⁸⁹ Ulbricht, *Der Plan des demokratischen Neuaufbaus*, Berlin 1946, 40 f.

⁵⁹⁰ So wie Ulbricht es explizit für die Gründungskonferenzen einforderte (vgl. Schwank/Göttlicher, aaO., 861), wurden auch von den späteren örtlichen Bauerversammlungen Protokolle angefertigt, in denen selbst „die Reden der Diskussionsredner enthalten sein müssen, einschließlich aller kritischen Bemerkungen“.

des daraus resultierenden ausgeprägten Argwohns, und trotz der Versuche, möglichst umfassend Information und Kontrolle über die gesellschaftlichen Vorgänge zu erhalten⁵⁹¹, verlief die Instrumentalisierung und Kanalisierung der VdgB und damit auch die Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung im Sinne der Politik der KPD nicht gradlinig.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften

Besaßen die neugeschaffenen Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe für die Altbauern ebenfalls Anziehungskraft, so war bei diesen jedoch „der Gedanke der bäuerlichen Selbsthilfe sehr stark mit der Tätigkeit landwirtschaftlicher Genossenschaften verflochten“⁵⁹². Mit dem SMAD-Befehl vom 20.11.1945 wurde den in der Tradition *Raiffeisens* stehenden Genossenschaften – die 1940 auf dem Gebiet der SBZ annähernd 800000 Mitglieder umfaßt hatten⁵⁹³ – gestattet, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, die folgendermaßen umrissen wurde: Erhöhung der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Belieferung von Düngemitteln, Saatgut, Maschinen und Industriewaren, Organisierung des Absatzes und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und Aufbau von Maschinenausleihstationen und Deckstationen⁵⁹⁴. Sollten die Bauerausschüsse „in erster Linie Organe für die wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft“ darstellen, so waren die Genossenschaften für die „wirtschaftlich stärkeren Schichten der Bauernschaft“ bestimmt⁵⁹⁵.

Zur Klärung der Frage, warum neben den gleichzeitig im Aufbau befindlichen Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe überhaupt wieder landwirtschaftliche Genossenschaften zu treten hatten – die im großen und ganzen dieselben Aufgaben verrichten sollten – offeriert Wer-

⁵⁹¹ „Für alle Kreiskomitees muß die politische Bedeutung der Arbeiten zur Frühjahrsbestellung und deren Auswirkung auf das ganze Bodenreformwerk nach den Kreiskonferenzen und der Landeskongress klar sein. Jetzt kommt es darauf an, die Arbeiten praktisch durchzuführen. Zur Hilfe für die Bauern muß ein Kontrollapparat eingesetzt werden. Zuerst stehen die Kreis- und Bezirksberater, die ja nur für die Neubauern eingesetzt sind, zur Verfügung. Der einzelne Berater soll in der Regel nicht mehr als höchstens 20 Neubauern dörfer unter sich haben. Die Berater müssen ihre Dörfer ständig besuchen, müssen sich zur Berichterstattung in jedem Dorf das aktivste Mitglied des Ortskomitees heraussuchen, so daß sie in ständiger Verbindung mit diesen bleiben“, Hans Warnke an die Kreiskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe, Brief vom 28.3.1946, *MLHA MdI* 186.

⁵⁹² Herferth/Poosch/Schmidt/Stöckigt, aaO., 61.

⁵⁹³ Da die verschiedenen Mitgliederstatistiken sehr unterschiedliche Zahlen anbieten und selbst keine aufschlußreicheren gefunden werden konnten, soll hier nicht weiter darüber spekuliert werden. Franz Buss, *Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Marburg 1965, 23, 29, gibt für die SBZ für das Jahr 1940 an, daß 798065 Genossen in 7040 Genossenschaften organisiert waren, Ende 1945 waren es 733950 Mitglieder.

⁵⁹⁴ Vgl. Befehl Nr. 146, in: *Der freie Bauer*, Nr. 5, Dezember 1945, 4.

⁵⁹⁵ Schreiben der DVLF an die Landes- und Provinzialverwaltungen vom 5.12.1945, *Betriebsarchiv der VdgB (BHG)*, *Bezirksvorstand Halle*, zit. n. Stöckigt, aaO., 175. Stöckigt informiert darüber, daß die DVLF Gerüchte zu unterbinden trachtete, nach denen die „Genossenschaften an die Stelle der Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe treten sollten, da diese bereits überholt seien“.

net-Tietz verschiedene Lösungen: Mit den Genossenschaften waren zum einen die Mittel- und Großbauern organisatorisch zu erfassen⁵⁹⁶, zum anderen bot sich eine ökonomisch sinnvolle Arbeitsteilung mit den VdgB an, drittens konnte von sowjetischer Seite erhofft werden, mit dem Genossenschaftsverband Einfluß auf das westdeutsche Äquivalent in bezug auf gesamtdeutsche Interessen zu gewinnen und viertens konnten auch die Genossenschaften bündnispolitische Funktionen übernehmen⁵⁹⁷. Als Rechtsnachfolger ihrer jeweiligen Vorgänger konnten die neugebildeten Genossenschaften deren „gesamtes Anlagevermögen übernehmen“⁵⁹⁸, auch wenn die landwirtschaftlichen Spar- und Kreditgenossenschaften zunächst natürlich aufgrund der durch die SMAD angeordneten Bankenschließung funktionsuntüchtig waren⁵⁹⁹. Mit dem SMAD-Befehl Nr. 37 vom 12.2.1946 löste ein im Dezember 1945 ausgearbeitetes „Einheitsstatut“ die Bestimmungen des alten Reichsgenossenschaftsgesetzes ab⁶⁰⁰. Neben den bereits erwähnten landwirtschaftlichen Aufgaben fiel den Genossenschaften auch die „Erziehung der Genossen in kooperativem Geist“ zu und die „Hebung deren Kulturstandes“⁶⁰¹. Betrachtet man es als das wichtigste politische Ziel der SMAD/KPD, die „gesamte Bauernschaft im nationalen, demokratischen Kampf zusammenzuführen“⁶⁰², so wurde frühzeitig versucht, auch die Genossenschaften in eine gesellschaftspolitische Verantwortung einzubinden, damit eine befürchtete wirtschaftliche Monopolstellung dieser traditionell landwirtschaftlich potennten und kompetenten Organe sich nicht kontraproduktiv zur kommunistischen Bündnispolitik entwickeln konnte. Bereits am 13.2.1946 wurde auf der ersten Landestagung der Genossenschaften von Mecklenburg ein Landesverband gegründet, der ungefähr 80000 Mitglieder – darunter 10000 Neubauern – zusammenschloß⁶⁰³.

Bei den eher im traditionellen, altbäuerlichen Milieu Fußenden Genossenschaften mußte die

⁵⁹⁶ Bei der Wiedergründung der Genossenschaften ‚dominierten‘ – anders als bei der VdgB – nicht die Neubauern, sondern die klein- und mittelbäuerlichen Altbauern und Großbauern. Zum Jahresende 1945 bestanden in Mecklenburg bereits 1204 unterschiedliche Genossenschaften; vgl. Stein, aaO., 236 f.

⁵⁹⁷ Vgl. Wernet-Tietz, aaO., 46.

⁵⁹⁸ Eberhard Schinke, „Die agrarpolitische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945“, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, hg. v. W. Berges/H. Herzfeld, Berlin 1962, 257.

⁵⁹⁹ Vgl. Armin Moritz, aaO., 211.

⁶⁰⁰ „Bestätigung des Einheitsstatuts für landwirtschaftliche kooperative Genossenschaften“, *MLHA Min. Präs.* 1459, 163-179.

⁶⁰¹ Unter §3 wurden als weitere Aufgaben der Genossenschaften verankert: Kreditgewährung an ihre Mitglieder (Genossen), Versorgung der Bauern mit Dünger, Organisierung der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Organisierung von Verleihstellen, Deckungsstellen; vgl. ebd.

⁶⁰² Stöckigt, aaO., 175.

⁶⁰³ Vgl. Stein, aaO., 238. Zum Jahresende 1946 wurden 1064 tätige landwirtschaftliche Genossenschaften (weniger als Stein für 1945 angab!) gezählt mit insgesamt 94409 Mitgliedern, davon 1559 juristischen Personen, *MLHA Min. Präs.* 1034, 36. Buss, aaO., 28 f., gibt für Ende 1946 einen Mitgliederstand von 113000 Genossen in 1301 Genossenschaften an und für Ende 1947 114000 Mitglieder in 1307 Genossenschaften.

„planmäßige Unterwanderung“⁶⁰⁴ dieser Organe durch die KPD/SED langwieriger und behutsamer vonstatten gehen als bei der VdgB. Dem lagen mehrere Strategien zugrunde, das hatte aber auch mehrere Folgen: Der weitere organisatorische Aufbau hin zu einem zonalen Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften wurde erst vollzogen, nachdem Gewißheit darüber herrschten durfte, daß diese „Organisation systemloyal arbeiten“ würde⁶⁰⁵. Der hierdurch einerseits bestehende relative wirtschaftliche Freiraum innerhalb der Verwaltung und der Tätigkeit der Genossenschaften trug diesen – die für den sensiblen, aufgrund der wirtschaftlichen Not gerade von Seiten der Bevölkerung mit Argusaugen beobachteten Bereich der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion verantwortlich zeichneten – andererseits durch die betont antikapitalistisch ausgerichteten politischen Rahmenbedingungen viel negative Kritik ein⁶⁰⁶. Eine aufschlußreiche Differenzierung zwischen den Eigentumsformen der beiden Bauernorganisationen liefert Arlt: War das Eigentum der Genossenschaften ein „kollektives kapitalistisches“, so war das der VdgB übergebene ein „gesellschaftliches Eigentum niederer Stufe“, an dem der VdgB ein „unentgeldliches Nutzungsrecht“ eingeräumt worden war⁶⁰⁷. Dies wurde in der Folgezeit zu immer intensiverer politischer Agitation gegen die Genossenschaften genutzt, mit dem Ziel, deren Trägergruppen politisch auszuschalten. Das wirtschaftliche Potential der Genossenschaften sollte auf diesen Sektor beschränkt bleiben, damit ein Konflikt zwischen möglicherweise zwei politischen Transmissionshilfen vermieden wurde.

Die obschon arbeitsteilige, doch sehr schematische Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche der beiden landwirtschaftlichen Organisationen – die „VdgB als Pionier und Mithelper in allen Fragen der Produktion, die Genossenschaften in allen Fragen der Produktionsverwertung“⁶⁰⁸ – erleichterte das Unterfangen, die anfänglich heterogenen Vereinigungen der gegenseitigen

⁶⁰⁴ Schinke, aaO., 258.

⁶⁰⁵ Dietrich Staritz, „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)“, in: *SBZ-Handbuch*, aaO., 761. Der Zentralverband wurde erst im März 1949 gegründet, das Pendant auf VdgB-Seite – die Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe – bereits im November 1947.

⁶⁰⁶ Brief Quaschning (SED Landesvorstand, Abt. Landwirtschaft) an alle Kreisvorstände vom 9.9.1947: „Die Erfahrung des letzten Jahres bei der Annahme der Ernte durch die Genossenschaften hat uns gezeigt, daß dort sehr starke Mängel und Schwächen vorhanden sind. Wohl sind die Genossenschaften eine sich selbst verwaltende Organisation, die durch die Wahl der Mitglieder entsteht. Leider haben bisher die Mitglieder (Bauern) es nicht verstanden, sich für ihre Rechte einzusetzen und diese Rechte nutzbringend anzuwenden. Immer wieder bekommt man auf den Dörfern zu hören, ‚Was sollen wir mit der Genossenschaft, die betrügt uns doch bloß‘. Und stellt man die Frage, was die Bauern [...] gegen diese Betrügerei getan haben, bekommt man zur Antwort, dagegen könne man nicht ankommen, denn die Genossenschaft läßt sich auf nichts ein“; *MLHA RdK Anklam 21*.

⁶⁰⁷ Im Gegensatz zur Gewinnverteilung bei den Genossenschaften. Rainer Arlt, *Agrarrechtsverhältnisse in West- und Ostdeutschland*, Berlin 1957, 271.

⁶⁰⁸ Bruno Bibach, „Landwirtschaftliche Genossenschaften auf neuen Wegen“, in: *Neuer Weg*, 6.1947, 11. Die VdgB war also im Produktions-, die Genossenschaften waren im Distributionsbereich tätig.

Bauernhilfe und die Genossenschaften zukünftig in einem einheitlichen Zentralverband zusammenzuschließen. Bis dahin betrieb die VdgB eine systematische Einflußnahme auf die Entwicklung, Ausrichtung, Arbeit und Leitung der Genossenschaften⁶⁰⁹.

Ein Beleg für die sozial-pädagogische Bedeutung der Genossenschaften, daß nämlich durch ihre Tätigkeit „der genossenschaftliche Gedanke breit entfaltet“ wurde, die Bauern „hier [...] die Kraft des Kollektivs kennen[lernten]“ und damit „bedeutend de[r] Übergang zur genossenschaftlichen Produktion“⁶¹⁰, der 1952/60 zur Gründung der LPGs führte, gelegt wurde, konnte allerdings weder dem Archivmaterial noch den mündlichen Zeugnissen entnommen werden. Die dennoch 1945/46 zu konstatierende – und besonders von den Sowjets unterstrichene – Bedeutung der Genossenschaften ergab sich aus deren „außerordentliche[r] Wichtigkeit [...] für die maximale Leistungssteigerung der Produktion in der Landwirtschaft“⁶¹¹, zu einem geringeren Teil auch aus dem historisch vorbildlosen Charakter der VdgB, deren „massenmobilisierende“ Entwicklungs- und Tragfähigkeit sich erst noch zu erweisen hatten. Und schließlich war mit einer in den Genossenschaften zusammengefaßten Mittel- und Großbauernschaft den „neuen demokratischen Staatsorgane[n]“ eine bessere Möglichkeit gegeben, „Lenkung und Kontrolle“ auszuüben, als dies bei „zahlreichen privaten kapitalistischen Betriebe[n] des Landshandels“ der Fall gewesen wäre⁶¹².

„Förderung“ der Neubauernwirtschaften

Wirtschaftliche Hilfe für die Bauern – insbesondere für die Neubauern – war nach den durch Krieg und Bodenreform verursachten Veränderungen in der Agrarstruktur ein betriebswirtschaftliches Erfordernis. Der Wiederaufbau der Agrarwirtschaft sollte nach den Vorstellungen der sowjetischen und deutschen Kommunisten jedoch einhergehen mit agrar- und gesellschaftspolitischen Schritten, die grundlegend, unumkehrbar und volkserzieherisch die Basis für ein neues, sozialistisches Gemeinwesen legten⁶¹³. Für die „Sicherung“ der sozialen „Umwälzung“ auf dem Lande wurde den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe ein umfangreiches Instrumentarium an die Seite gegeben. Da die landwirtschaftlichen Genossenschaften „in der vorhergegangenen Periode ihrer Entwicklung zu kapitalistischen Einrichtungen geworden waren und sich völlig in den Händen kapitalistischer Elemente befanden“⁶¹⁴

⁶⁰⁹ Vgl. Wernet-Tietz, aaO., 90.

⁶¹⁰ Stein, aaO., 239.

⁶¹¹ SMAD-Befehl Nr. 146, aaO.

⁶¹² Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 77.

⁶¹³ In der *Täglichen Rundschau* Nr. 261 vom 7.11.1946, 9, wird mit Sozialismus eine „Demokratie der Werktäglichen“ bezeichnet.

den, [...] konnten [sie] nie und nimmer die Bodenreform durchführen noch unmittelbar sichern“⁶¹⁴.

Aus der Reihe der die Landwirtschafts- und gesellschaftspolitik der KPD/SMAD kennzeichnenden Maßnahmen soll die Entwicklung eines ‚Institutes‘ vorgestellt werden, das aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Dringlichkeit und seiner propagandistischen ‚Ausschlachtung‘ Bedeutung erlangte: die Maschinenausleihstationen.

Die auf Grundlage der Bodenreform-Verordnung vom 15.9.1945 enteigneten „Trecker, Dreschmaschinen, Mähdrescher, Lokomobile, Mähmaschinen und andere[n] Landmaschinen, die sich auf den Gütern befinden, [...] sind den zu schaffenden Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe zur Organisation von Ausleihstellen für landwirtschaftliche Maschinen zu übergeben. Die Ausleihstellen werden zuerst den bäuerlichen Wirtschaften dienen, die durch die Bodenreform Land erhalten haben“⁶¹⁵. Die Bereitstellung von Maschinenausleihmöglichkeiten wurde als Hauptaufgabe der Gegenseitigen Bauernhilfe zur Überwindung der materiellen Not der Neubauern ausgegeben. Die zunächst nur sehr dürftig ausgestatteten Ausleihstationen – daneben wurden noch sog. Maschinenhöfe als Reparaturwerkstätten gegründet – entsprachen des weiteren dem Vorhaben der SMAD/KPD, durch derartige „feste[] Organisationsformen“ ihre bündnispolitischen Ziele „stärker ökonomisch [zu] untermauer[n]“⁶¹⁶. Wenngleich bereits die *frühen* Maschinenausleihstationen in der DDR-Historiographie als „Instrument zur Durchsetzung der Interessen der werktätigen Bauernschaft“⁶¹⁷ charakterisiert wurden, trifft dieses Urteil für die Jahre 1945 bis 1948 nicht zu. Zwar konzentrierte sich das enteignete, wie das neu hinzukommende landwirtschaftliche Großgerät – wirtschaftlich durchaus rationell und sinnvoll – bei den Ausleihstationen, deren Einsatz und Organisierung verlief jedoch nicht wie gewünscht. Zum äußerst geringen maschinellen Besatz und dem anhaltenden Treibstoffmangel gesellten sich weitere interne Schwierigkeiten, die die Bedeutung und Wirksamkeit der Maschinenausleihstationen beeinträchtigten: „Immer noch kommt es vor, daß Maschinen und Geräte der VdgB im Freien herumstehen und der Witterung ausgesetzt sind. Oftmals fehlen die notwendigen Werkzeuge, Hilfsstoffe und Vorrichtungen für die Instandhaltung der Maschinen. Vielfach ist das Personal fachlich ungeeignet, den Anforderungen der Pflege und der Bedienung der Geräte und Maschinen nicht gewachsen“⁶¹⁸. Aufgrund der häufig auf-

⁶¹⁴ Arlt, aaO., 271. Erst wenn diese Organe „grundlegend reformiert und reorganisiert“ seien, „konnten sie in hartem Klassenkampf von kapitalistischen Elementen gesäubert und zu Instrumenten in den Händen der werktätigen Bauern werden“.

⁶¹⁵ Verordnung Nr. 19, Artikel IV, 12, *Amtsblatt*, aaO.

⁶¹⁶ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 167.

⁶¹⁷ Droste, aaO., 41.

⁶¹⁸ Rudolf Reutter, „Maschinen-Ausleih-Stationen“, in: *Neuer Weg*, 12.1947, 12.

tretenden fachlichen und organisatorischen Inkompetenz, dem mangelnden Verantwortungsbewußtsein, aber auch teilweiser Unzuverlässigkeit und Korruptheit des Personals und den damit eingeschränkten Möglichkeiten der Ausleihstationen mußten sich viele der Neu- und Kleinbauern in den vierziger Jahren die benötigten Produktionsmittel von den Großbauern leihen, „die ihre starke Position gelegentlich ausnutzten“⁶¹⁹.

	Zahl der MAS	Zahl der Traktoren	Zugkraft absolut (PS)	Zugkraft je 100 ha Ackerland der NB (PS)
11.12.1945	341	1123	24860	6,6
20.05.1946	523	1641	29325	5,7
15.11.1946	623	1671 ⁶²⁰	29705	6,3 ⁶²⁰

Der hinter den Bedürfnissen der Bauern zurückgebliebene Umfang der Leistungen der Maschinenausleihstationen unterminierte nicht nur den ökonomischen Einfluß dieser Transmissionshilfen, er hemmte auch deren politisch-pädagogischen ‚Arbeitsauftrag‘. Dieser hatte zum Ziel, durch die gemeinschaftliche Nutzung der Gerätebestände die Vorzüge der Gemeinschaftsarbeit deutlich zu machen und so eine *gemeinsame* ökonomische Konsolidierung zu erreichen. Auf diese Art sollte eine wirtschaftliche Differenzierung verhindert werden, welche die bäuerliche Gesellschaft in leistungsfähige und leistungsschwache Wirtschaften unterteilt und damit zu einer (erneut) sozialen Spaltung geführt hätte. Eine soziale Hierarchie aber verursacht einen Pluralismus der Interessen, der nicht nur die beabsichtigte Einheitlichkeit des Gemeinwesens, sondern auch deren Organisier- und Kontrollierbarkeit in Frage stellen würde.

Kann man jedoch einerseits dieses politische Vorhaben der staatlichen Führung nicht unbesehen als *planmäßige Strategie einer ‚Gleichschaltung‘* diffamieren und darf man anderseits ebensowenig dem Fehlschluß verfallen, daß aus rein altruistischen Motiven versucht wurde, *Chancengleichheit für alle auf der Basis liberaler Gleichberechtigung* zum Wohle aller herzustellen, so ist die Wahrheit dazwischen zu suchen, mit einer starken Tendenz zur ersten Erklärungsvariante. Als sich nämlich immer stärker abzeichnete, daß die ländlichen Organisationsformen den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht gerecht werden würden, begann man seit 1947/48 mit wirtschaftsplanerischen Methoden und intensiverer (kader)politischer Durch-

⁶¹⁹ Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 132. Droste, aaO., 45, drückt das folgendermaßen aus: Die „Zugkräfte, Maschinen und Geräte [wurden] zu den agrotechnisch günstigen Terminen auf den Feldern ihrer Besitzer eingesetzt und standen den werktätigen Bauern dadurch zu einem ungünstigeren Zeitpunkt zur Verfügung. Als Gegenleistung verlangten eine Reihe Großbauern die Mitarbeit der werktätigen Bauern und deren Familienangehörigen auf ihren Feldern – natürlich wiederum zu der für die Kapitalisten günstigsten Zeit“.

⁶²⁰ Aus: Kuntsche, „Das Zugkraftproblem“, aaO., 159.

dringung, die ökonomische Misere und soziale Unzufriedenheit zu kompensieren und auf den mittlerweile als vorbildhaft herausgestellten sowjetischen Weg auszurichten.

Am 10.11.1948 verfügte die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) die Gründung der ‚Verwaltung der Maschinenausleihstationen‘, der die VdgB ebenso wie die landwirtschaftlichen Genossenschaften alle in ihrem Besitz befindlichen Maschinenausleihstationen und deren Inventar zur Verfügung zu stellen hatte⁶²¹. Die erst jetzt als MAS titulierten Maschinen-Ausleihstationen wurden als staatliche Einrichtungen zu „Stützpunkten der Arbeiterklasse auf dem Lande“⁶²². Mit dem Aufbau der MAS erhöhte sich die Versorgung der Klein- und Neubauern mit landwirtschaftlichem Gerät. Die Ausleihstationen konnten ihren Maschinenbesatz und deren Arbeitsleistung verbessern. „Unsere Aufgabe als Genossen [...] lag aber auch darin, gemeinsam mit den Genossen der MAS mitzuhelfen, die weitere Demokratisierung auf dem Dorfe durchzusetzen. Es ging um die Zurückdrängung des Einflusses des Großbauern im Dorf und besonders in der VdgB und um die Erhöhung des Einflusses der Klein- und Mittelbauern in den Dörfern bei der Verteilung von Saatgut und des Einsatzes der Technik der MAS“⁶²³. Zu Lasten der Großbauern wurden die Tarife für den Einsatz der MAS nach Betriebsgröße gestaffelt; das kulturell-politische Angebot der bei den MAS eingerichteten Kulturhäuser (musikalische, literarische und Theaterveranstaltungen) und der ‚Bauernbibliotheken‘, Studienzirkel und Sportgemeinschaften wandte sich ebenfalls in erster Linie an die Kleinbauern⁶²⁴. Die Maschinen-Ausleihstationen durchliefen eine für die SBZ/DDR typische ‚Sozialisierungskarriere‘. Waren sie zunächst „Institutionen der VdgB“ aufgrund privater Initiative, wurden sie danach „Anstalten des öffentlichen Rechts“, so waren sie schließlich Volkseigentum im Sinne zentral gesteuerter volkseigener Betriebe⁶²⁵.

Das hier kurz skizzierte Schema, anhand dessen sich die ‚Förderung‘ der Neubauernwirt-

⁶²¹ Vgl. Wolfgang Zank, „Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)“, in: *SBZ-Handbuch*, aaO., 267.

⁶²² Piskol/Nehrig/Trix, aaO., 169. Folgende Aufgaben wurden den MAS übertragen: Konzentration und Ausleih der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, Aufbau eines agrotechnischen Beratungsdienstes, kulturelle und politische Schulung auf dem Lande; vgl. Grüneberg, aaO., 50. Mit Einführung der zentral geplanten Wirtschaftsordnung sollten die MAS vornehmlich für die Produktionssteigerung und die „Durchführung der Landwirtschaftspläne“ verantwortlich zeichnen; vgl. Ulbricht, *GdA* Bd. II, 408.

⁶²³ Heinrich Möller, „Durchführung des 2-Jahresplanes auf dem Lande und Zurückdrängung des Einflusses der Großbauern“, Erinnerungen, geschrieben am 12.1.1977, *MLHA BPA Nachlässe* V5/148.

⁶²⁴ Vgl. Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 132. Die MAS sollte als Kulturzentrum ihrer „geistespoltische[n] und gesundheitliche[n] Aufgabe“ auf dem Dorfe gerecht werden können; vgl. Hoernle, „Gesellschaftliche Hilfe für die bäuerliche Wirtschaft“, Rede auf der Hauptversammlung der DLG in Leipzig im Juni 1949, in: ders., *Zum Bündnis*, aaO., 444.

⁶²⁵ Vgl. W. Wapenhans, *Agrarpolitik in der Zentralverwaltungswirtschaft Mitteldeutschlands und in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Gießen 1959, 81.

schaften während der vierziger Jahre dokumentiert – zunächst Schaffung von bäuerlichen Institutionen, danach deren Zentralisierung und Instrumentalisierung – lässt sich von seiner Grundaussage her auf andere Bereiche der *Landwirtschaftspolitik* der KPD/SED und SMAD übertragen. Das hier war nur eine knappe summarische Auflistung. Die genaue Untersuchung ist ein Desiderat.

Die Rahmenbedingungen für eine Landwirtschaftspolitik bildeten die Überwindung der Kriegsfolgen, die Strukturveränderungen durch die Bodenreform, die zu leistenden Reparationen und die ungewollte autarke geopolitische Situation der SBZ. Um es vorweg zu nehmen: Die Leistung der landwirtschaftspolitischen Maßnahmen in der SBZ war es, nicht nur die befürchtete Hungerkatastrophe verhindert zu haben, sondern auch, den sozialen Druck zu entspannen. Diese, durch maßnahmestaatliche Regelungen vollbrachte relative wirtschaftliche und soziale Stabilisierung bis Ende der vierziger Jahre etablierte zur gleichen Zeit ein bis in das Privatleben des Einzelnen gehendes System von Instruktion und Kontrolle, das sukzessive auch die Gesellschaft(spolitik) durchdrang bzw. charakterisierte und aus Sicht – und Überzeugung und Erfahrung – der politisch Herrschenden zur einzig praktikablen Bestimmung werden mußte, wollten sie ein Gemeinwesen aufbauen, das ihren sozialistischen Vorstellungen entsprach.

Zum wirkungsvollsten, auch ambivalentesten ‚Hebel‘ der Agrarpolitik wurde das Ablieferungssystem, das für pflanzliche und tierische Erzeugnisse ein – bald stark negativ besetztes – sog. Soll festlegte. Mit den SMAD-Befehlen Nr. 40 vom 18.6.1945 und Nr. 18 vom 29.7. 1945 wurde jedem Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes sein jährliches Mengensoll zugewiesen⁶²⁶. Die Ablieferungsnormen richteten sich zunächst nur nach den Notwendigkeiten der Nahrungsmittelversorgung, berücksichtigten dabei wenig die landwirtschaftlichen und betrieblichen Eigenarten, Möglichkeiten und Bedürfnisse. Sie sahen auch keine Differenzierung „nach sozialökonomischen Gesichtspunkten vor“, was bedeutete, daß es größeren Betrieben leichter fiel, den Ablieferungsverpflichtungen nachzukommen⁶²⁷. Nach von den Gemeinden, Kreisen, Ländern und DVLF erarbeiteten Anbauplänen, die die SMAD prüfte und daraufhin als Produktionsvorgabe befahl, richtete sich das Abgabesoll. Dieses wurde durch SMAD-Befehl länderweise für jede Fruchtart festgelegt. Die Länder, aber auch die Kreise und Gemeinden konnten das Soll innerhalb ihrer Grenzen differenzieren, das Gesamtabgabesoll der jewei-

⁶²⁶ Vgl. Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 25 f.

⁶²⁷ Joachim Piskol, „Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960“, in: ZfG 5.1991, 420.

ligen Gebiete blieb allerdings unverändert⁶²⁸. Die Ablieferungsbescheide, die von den staatlichen Organen (Oberbürgermeister und Landräte) ausgehändigt wurden, erfaßten Getreide, Gemüse, Schlachtvieh, Milch, Eier, Wolle; sog. technische Kulturen wie Tabak, Mohn und Zuckerrüben wurden aufgrund von Verträgen zwischen den staatlichen Wirtschaftsorganen und den Erzeugern erfaßt. Das später eingeführte, doppelte Agrarpreissystem⁶²⁹ bot für die im Rahmen des Ablieferungssolls erfaßten landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen bis zu fünfmal niedrigeren Preis als er nach erfüllter Ablieferung auf den ‚Märkten für den freien Verkauf‘ oder bei den staatlichen Aufkauforganen erzielt werden konnte⁶³⁰, und sollte die Bauern so zu einer Steigerung der Produktion anregen, verhalf dem Staat aber auch zu einer „indirekten Steuerung des Produktionssortiments“⁶³¹. „Manche Bauern sind sich über den Ernst der Verpflichtung noch nicht ganz klar, sonst würden sie nicht ihre Kartoffeln in die Stadt fahren und sie dort verkaufen. Erst müssen die Normen erfüllt werden, dann kann Ware zum freien Verkauf gebracht werden“⁶³². Die Verkaufs- und Aufkaufsstellen (Märkte und Genossenschaften) sollten die größtmögliche Nahrungsmittelverteilung gewährleisten. Damit die „Märkte eine gute Quelle für die zusätzliche Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung werden können“, befahl Marschall Shukow am 30.10.1945 nicht nur, „in den Städten und Dörfern [...] Märkte für den freien Verkauf [...] zu eröffnen“, sondern er bestimmte zur Unterbindung des Schwarzmarktes und des Wuchers, daß „der Handel auf den Märkten [...] nur unmittelbar von den Bauern getätigter werden“ konnte und der „Aufkauf und Weiterverkauf der [...] Erzeugnisse grundsätzlich zu verbieten“ sei. „Die Aufkäufer sind als Spekulanten zu betrachten und dem Gericht zu übergeben“⁶³³. Mit der – von der VdgB beantragten – Einführung der sog. Hektar- bzw. der Kopfveranlagung wurde das Ablieferungssoll nach der Betriebsgröße, bei Vieh nach der Stückzahl gestaffelt. Damit sollten die neubäuerliche Gemeinwirtschaft⁶³⁴ und ‚Verheimlichungen‘⁶³⁵ – die einen häufigen, schwer geahndeten Straftatbe-

⁶²⁸ Vgl. Moritz, aaO., 198.

⁶²⁹ Erfassungspreis für die Pflichtablieferung und Aufkaufpreis für die ‚Freien Spitzen‘.

⁶³⁰ Vgl. Klemm, aaO., 170 ff.; *SBZ von A-Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands*, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1960, 9, 13, 129.

⁶³¹ Andreas Hünemörder, *Die Vorbereitung der 2. Parteikonferenz der SED und die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahre 1952*, Diss. Hamburg 1990, 223.

⁶³² Otto Möller, Vizepräsident der Landesverwaltung, am 20.8.1945 auf der Tagung der Oberbürgermeister und Landräte in Schwerin, in: *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen*, aaO., 92.

⁶³³ SMAD-Befehl Nr. 122 „Organisation der Märkte in der SBZ für den freien Verkauf der nach der Pflichtablieferung (Verkauf) bei den Bauern übriggebliebenen Erzeugnisse“, *MLHA Min. Präs.* 1458, 271.

⁶³⁴ „Eine wichtige Hilfe ist das neue Ablieferungssoll. Im Vorjahr ist den Bauern das Prinzip der demokratischen Landwirtschaftspolitik noch nicht klargeworden, weil alle Betriebe über einen Kamm geschoren wurden und für eine Differenzierung nach Bodenklassen und Gruppierung nach Betriebsgrößen nicht die nötige Zeit vorhanden war. In diesem Jahr ist durch die Selbsttätigkeit der Bauern schon eine Änderung eingetreten. Jeder Bauer sieht, daß der Erfolg seiner Arbeit in erster Linie von ihm abhängt und daß nach Ablieferung seines Solls

stand darstellten⁶³⁶ – unterbunden werden und der Viehvermehrung ein Anreiz geboten werden, es wurde jedoch in Verbindung mit dem Aufkaufpreis auch als „eine gezielte agrarpolitische Maßnahme zur Benachteiligung der größeren Betriebe“ eingesetzt⁶³⁷. Durch die Differenzierung bei der Pflichtablieferung lag das Ablieferungssoll der Großbauern pro Hektar „um 50-60% höher als bei den Kleinbauern“⁶³⁸.

Anhand einer, 1948 vom Statistischen Landesamt hergestellten Graphik lassen sich die Auswirkungen der von der mecklenburgischen Landesregierung festgesetzten Ablieferungsnormen für Getreide der Ernte 1948 für den Kreis Schwerin – aufgeteilt nach Alt- und Neubauern – aufzeigen. Nur durch den Ausgleich mit anderen landwirtschaftlichen Produkten aus der eigenen Produktion war bei einigen Betriebsgrößen das Ablieferungssoll erfüllbar⁶³⁹:

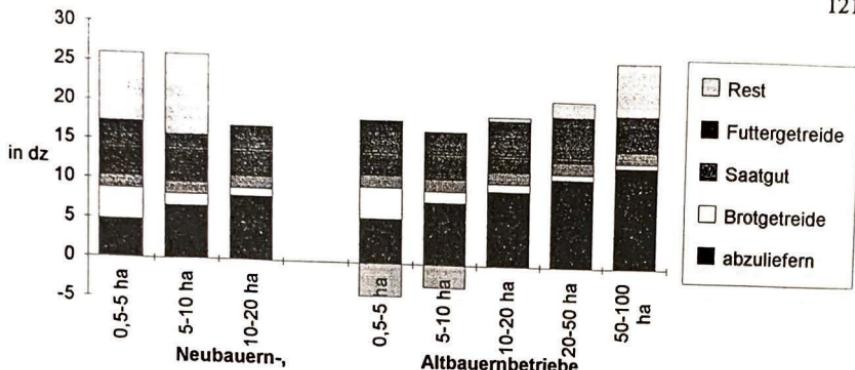
der Mehrertrag ihm gehört“; E. Goldenbaum, „Jeder Halm muß gesichert werden“, in: *Neuer Weg*, 5.1946, 9.
 635 Im SMAM-Befehl Nr. 51 (24.11.1945) über den „Gang der Durchführung des Ablieferungsplanes von landwirtschaftlichen Produkten“ wurden Fälle von Verheimlichung und Nichtablieferung erwähnt, zudem beschwerte sich der Chef der SMAM, Gorbatow, darüber, daß die Durchführung des Ablieferungsplanes „im November [...] vollkommen unbefriedigend“ verlaufen sei und daß „einige verantwortliche Angestellte der Verwaltung des Präsidenten (Kollmer, Dr. Becker) sich mit schädlichen Redensarten über die Unmöglichkeit der Beendigung des Ablieferungsplanes von Getreide [befaßt hätten] anstatt Maßnahmen zur verstärkten Ablieferung zu ergreifen“, *MLHA Min.Präs.* 1462, 95 f. Zur Feststellung der Ablieferungsgrundlage befahl die SMAD am 19.11.1945, eine „gleichzeitige Erfassung der Landwirtschaft nach dem Stande vom 1.1.1946“ durchzuführen (*Min.Präs.* 1458a), eine Überprüfung der Überprüfung, „daß diese Erfassung im Lande nicht gewissenhaft geprüft“ wurde: „Tatsächlich sind [...] im Lande 1076 tausend ha Ackerland vorhanden, wovon 22491 ha bei der Erfassung verheimlicht wurden“, *MLHA Min.Präs.* 1463, 158 f., Befehl Nr. 45 vom 9.3.1946. Im SMAM-Befehl Nr. 61 vom 16.4.1946 wurde festgestellt, daß „im Schweriner Kreise Fälle massenhafter Verheimlichung von Vieh vor der Pflichtablieferung der Tierzuchtprodukte“ vorgekommen waren, *MLHA Min.Präs.* 1463, 205-207.

636 Im Juli 1948 wurde beispielsweise bei einer Viehkontrolle in Vellahn festgestellt, daß der VdgB-Vorsitzende zwei Schafe, vier Kälber und acht Ferkel verheimlicht hatte. Er wurde „von der Erfassungsstelle des Kreises Hagenow“ mit 700 DM Geldstrafe und Einziehung des verheimlichten Viehs bestraft, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 629*, Regierungsinspektor Marmulla an das Innenministerium, Informationsabteilung, 14.9.1948. Die Kreissatzung des Kreises Güstrow bestimmte zur Beschleunigung und Beendigung der Erntearbeiten, daß im Sinne dieser Satzung sich „säumig oder nachlässig“ zeigende Personen mit einer Geldstrafe bis zu 1000 RM oder Haft bis zu sechs Monaten (pro Einzeldelikt) belegt werden können, wobei die Strafen ohne „zuvorige Verwarnung“ „sofort vollstreckt“ werden können. Rechtsgrundlage bildete eine Verordnung über die Zwangsvollstreckung aus dem Jahre 1899 in der Neufassung vom 6.9.1934; *MLHA Rdt. Güstrow* 47, 138.

637 Denn die Steigerung der Hektarquoten ging über den Ausgleich des verringerten Anteils des Eigenverbrauchs hinaus; vgl. Hünenförder, aaO. „Der Hektarbesitz an Vieh nimmt mit steigender Betriebsgröße normalerweise ab“, Konrad Merkel/Eduard Schuhans, *Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. Sozialisierung und Produktionsergebnisse*, Bonn-Berlin 1960, 46.

638 Doernberg, aaO., 221.

639 *MLHA Statistisches Landesamt* (Min.Präs.) 24. Bei den Neubauernwirtschaften der Größe 0,5-5 ha war die durchschnittliche Getreideanbaufläche 1,4 ha groß, bei 5-10 ha-Wirtschaften 3,5 ha, bei 10-20 ha-Wirtschaften 6 ha. Bei den Altbauernbetrieben betrug die durchschnittliche Anbaufläche der 0,5-5 ha-Wirtschaften 1 ha, bei den 5-10 ha-Wirtschaften 3,5 ha, bei den 10-20 ha-Wirtschaften 6,5 ha, bei den 20-50 ha-Wirtschaften 14,5 ha und bei den 50-100 ha-Wirtschaften 25 ha. Hier von war also jeweils der Bedarf zu erbringen.



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Jöhren stellte am 14.1.1947 im mecklenburgischen Landtag u.a. den Antrag, den Bauern bei der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse „unter allen Umständen solche Vorräte von der Erfassung freizulassen, die für den Eigenverbrauch der bäuerlichen Familien und der im Betriebe beschäftigten Hilfskräfte und als Saatgut unentbehrlich sind“⁶⁴⁰. Bauern, die ohne Eigenverschulden das Ablieferungssoll nicht erfüllen könnten, sollten Erleichterungen gewährt werden, „und zwar nicht nur vorübergehende, d.h. im nächsten Jahr mit Aufschlag zurückzuzahlende“⁶⁴¹. In seiner Antragsbegründung reflektierte Jöhren die Einwirkung des Ablieferungssystems auf die Agrarwirtschaft:

„Eines der heikelsten Probleme der Ernährungswirtschaft ist die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. In der Ostzone ist sie nach dem Zusammenbruch in der Weise geregelt worden, daß den Landwirten ein bestimmtes Ablieferungssoll auferlegt worden ist, nach dessen Erfüllung sie über den Rest ihrer Ernte frei verfügen können. Grundlage für die Festsetzung des Ablieferungssolls war der von der Besatzungsmacht aufgestellte Versorgungsplan, der die Mengen angibt, die für die Ernährung der Bevölkerung aufzubringen sind, und ein damit zusammenhängendes System allgemeiner Ablieferungsnormen, das die Durchschnittssätze enthält, die bei der Veranlagung der Bauern in den einzelnen Ländern als Richtschnur zu dienen hatten. Die abzuliefernden Mengen waren dann von den Landesregierungen auf die Kreise und von den Landräten auf die Gemeinden zu verteilen. Bei dieser Unterverteilung durften die Landesregierungen von den für ihr Gebiet festgesetzten Normen um 30% nach oben und unten abweichen, jedoch ohne den allgemeinen Durchschnitt zu verändern; die gleiche Befugnis hatten die Landräte. Dieses System bietet gegenüber der früheren totalen Beschlagnahme theoretisch einen Vorteil, als es danach den Bauern überlassen bleibt, wie sie nach Erfüllung ihrer Pflichtabgabe ihre Überschüsse verwenden wollen. Unter dem System des Reichsnährstandes waren für den Eigenverbrauch, die Ernährung des Viehs und die Aussaat bestimmte Grenzen festgelegt; heute dagegen kann der Bauer für sich und sein Vieh so viel verbrauchen, wie er will, wenn er seine Ablieferungspflicht erfüllt, und darf sogar seine Überschüsse zu erhöhten Preisen an zugelassene Genossenschaften, Werkskonsumanstalten, Krankenhäuser und dergleichen oder gar auf den freien Märkten verkaufen, die in den Städten und Dörfern eingerichtet worden sind. Auf diesem Wege könnte man allmählich zu einer Lockerung der Zwangswirtschaft gelangen. Dieser Vorteil fällt aber gegenwärtig für die Landwirtschaft kaum ins Gewicht. Der Bedarf der Städte ist so groß und die Möglichkeiten des Bezuges von Lebensmitteln aus dem Auslande sind so begrenzt, daß das Ablieferungssoll übermäßig hoch bemessen worden ist. Es dürfen daher nur verhältnismäßig wenige Bauern über freie Überschüsse von nennenswertem Umfang verfügen. Andererseits befinden sich aber [...] zahlreiche Bauern

⁶⁴⁰ MLHA RdK Grevesmühlen 39, 2-4, Abschrift des Antrages.

⁶⁴¹ Ebd.

infolge der Höhe ihres Ablieferungssolls in den größten Schwierigkeiten. Die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse bringt es mit sich, daß mit allgemeinen Normen der wirklichen Leistungsfähigkeit eines Betriebes schwer gerechnet werden kann. Je höher die Norm ist, welche die Festsetzung des Ablieferungssolls als Grundlage zu dienen hat, desto verhängnisvoller ist die Auswirkung, wenn die Bestimmung der Kreis- und Gemeindenormen allzu schematisch erfolgt ist, oder wenn, wie im vergangenen Sommer, infolge unvorhergesehener Trockenheit während der Wachstumszeit und nasser Witterung während der Ernte [...] das Ernteergebnis dem Ablieferungssoll nicht entspricht⁶⁴².

Trotz der dennoch vielfachen Versuche, die Neubauernwirtschaften zu konsolidieren und zu fördern, sie aber auch zu bevorzugen, blieb deren ökonomische, familiäre und soziale Situation bis weit in das Jahr 1947 hinein ein Notstandssektor. Am Beispiel des Problems der Selbstversorgung soll das veranschaulicht werden.

„Den Verwaltungen fehlt noch der demokratische Geist. Man stopft sich die Ohren zu und will die Nöte und Sorgen der Neubauern gar nicht hören. Die Bürgermeister sind angewiesen, von den Bauern, auch wenn sie 100%ig erfüllt haben, nur keine eidestatlichen Erklärungen anzunehmen, daß sie kein Brotkorn mehr besitzen. – Ich habe im Oktober 1945 eine Handwerkersiedlung von 2½ ha übernommen; habe kein Schwein geschlachtet, besitze heute noch kein Ferkel, habe kein Korn Roggen geerntet und bin seit August 1946 Vollselbstversorger wie unsere Altbauern. Wovon lebt unsere sechsköpfige Familie ? Ja, ich bekam am 12.8.1946 eine Kuh und damit war mein Los besiegelt. Eine Milchlieferung von 412 kg übernahm ich mit, auch diese hatte ich am 10.12.1946 erfüllt, genau wie meine 100%ige Ablieferung bis zum 22.11.1946 erfüllt wurde“⁶⁴³.

Mit der Einführung der Verpflegungsnormen in Mecklenburg-Vorpommern auf Grundlage der SMAD-Befehle Nr. 96 vom 13.10.1945 und Nr. 146 vom 23.11.1945 erhielten „Karten alle Personen, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind. Alle übrigen Personen müssen von Überschüssen der Landwirte, die nach der Ablieferung noch verblieben sind, ernährt werden, d.h. der Bauer muß verlangen, daß alle, die bei ihm wohnen, auch arbeiten. Es gab eine Zeit, da jeder Selbstversorger sein wollte, jetzt wird das umgekehrt sein“⁶⁴⁴.

Der Schweriner CDU-Kreisverband schilderte im Oktober 1946 dem ebenfalls der CDU angehörenden Vizepräsidenten und Landwirtschaftsminister Otto Möller die Lage in Rubow (Krs. Schwerin): „1. Von 67 Neusiedlern haben 30 kein Stück Vieh, nicht einmal eine Katze, die ihnen die Ratten verjagt. Kürzlich sind 20 Schafe und elf Kühe von einem Landesgut gekommen. Die Schafe helfen den Leuten nicht sehr, und die Kühe sind nicht immer die Besten, da meist das minderwertige Vieh abgeschoben wird. Z.B. hat ein Neusiedler mit acht

⁶⁴² Ebd.

⁶⁴³ Brief Fritz Baumanns (Runow, Krs. Schwerin) vom 27.12.1946 an den mecklenburgischen Präsidenten, *MLHA VdgB BHG LV*, Nr. 626.

⁶⁴⁴ Möller, in: *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen*, aaO., 92. Die Bürgermeister hatten den Kreis der Selbstversorger festzulegen.

Kindern eine Starke von 1½ Jahren bekommen. Das ist nun seine ‚Kuh‘! 2. Die Leute sind Selbstversorger. Auch die, die kein Stück Vieh haben. Sie bekommen keine Milch, Butter, Fleisch. Sie müssen trockenes Brot essen und sollen dabei [...] arbeiten. 3. Durch den Regen sind die Mieten durchnäßt. Korn und Erbsen, die noch nicht ausgedroschen werden konnten, wachsen [...] aus. Die Mieten werden richtig grün. Kartoffeln sind verfault. 4. Das nach der Sollerfüllung versprochenen Saatgut wurde nicht vergeben. 5. Den Leuten wurde gesagt: ‚Ihr bekommt die Siedlungsschulden frei‘. Dies ist auch geschehen. Aber im Durchschnitt hat jetzt jeder Siedler 800 RM Schulden. Im Frühjahr mußten sie das Saatgut kaufen. Die Trecker des früheren Gutsbetriebes sind seit März kaputt. Ein Leithrecker ist mit 8 RM pro Stunde zu bezahlen. Dazu ist der Dreschkasten zu leihen, ein Pflug kostet 150 statt früher 20 RM, und die anfallenden Schmiedearbeiten müssen bezahlt werden. 6. Auf den Umsiedler-Koppeln weidet unentgeldlich russisches Vieh. Die Umsiedler haben selbst kein Vieh“.⁶⁴⁵ In einer knappen Antwort der zuständigen Dienststelle (Abteilung Handel und Versorgung) erfuhr der Kreisverband nur, daß Neubauern „nach dem Befehl Nr. 179 der SMAD grundsätzlich als Selbstversorger zu behandeln“ seien und vertröstete sie bezüglich ihrer Frage zu den ohne Schlacht- und Milchvieh darstehenden Neubauern auf eine Entscheidung aus „Berlin-Karlshorst“⁶⁴⁶.

Die Situation spitzte sich in den folgenden Monaten jedoch sogar noch zu. Aus mehreren Kreisen erhielt die Landesverwaltung Berichte über die aus der Selbstversorgung entstandene Not: „Ein immer dringender werdendes Problem bildet die Versorgung der Neusiedler und Kleinlandwirte. Die Führung als Vollselbstversorger ist auf die Dauer unhaltbar“⁶⁴⁷. In dem einen Monat auf diese Meldung folgenden Tätigkeitsbericht schien die Situation nach Ansicht des Hagenower Landrates zu eskalieren: „Bereits seit Dezember 1946 sind viele Familien, die als Selbstversorger eingestuft sind, ohne Brot bzw. Brotgetreide und Fleisch. Es ist unmöglich, diese Leute in der Selbstversorgung zu lassen. Wenn diesem Zustand nicht so schnell wie möglich abgeholfen wird, ist zu befürchten, daß Unruhen in der Bevölkerung entstehen, die größeres Ausmaß annehmen“⁶⁴⁸.

Neben der Stundung von Kaufgeldraten für Bodenreformländerien und der Übergabe von Inventar an Neubauernwirtschaften wurden den Neubauern weitere materielle Unterstützungen

⁶⁴⁵ Brief vom 7.10.1946, *MLHA BHG LV*, Nr. 626.

⁶⁴⁶ Pohle an den Kreisverband Schwerin der CDU, Brief vom 30.10.1946, *MLHA VdgB BHG LV*, Nr. 626.

⁶⁴⁷ Landrat Hagenow, Abteilung Handel und Versorgung im Tätigkeitsbericht für den Monat November, 15.12. 1946, *MLHA RdK Hagenow* 36, 149.

⁶⁴⁸ Tätigkeitsbericht vom 16.12.1946 – 15.1.1947, *MLHA RdK Hagenow*, 36, 150.

gewährt⁶⁴⁹: Bei der Pflichtablieferung von Getreide und Kartoffeln erhielten sie eine Ermäßigung von 15% von der Norm zugesprochen, bei Heu, Stroh und Ölfrüchten von 20%⁶⁵⁰ und bei tierischen Produkten von 50% bzw. ab 1947 von 40%. Auch auf die MAS-Tarife wurde den Neubauern eine Ermäßigung von bis zu 30% gewährt. Die Neubauern erhielten Vorschüsse und Darlehen an Saatgut⁶⁵¹, und zur Verbesserung der Ausstattung ihrer Bauernstellen mit lebendem und totem Inventar wurden Patenschaften mit Industriebetrieben organisiert⁶⁵². Kredite in Höhe von 1500 RM für den Saatgut-, Düngemittel- und Inventarerwerb sowie für das Bauen konnten auf Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 62 vom 25.2.1946 in Anspruch genommen werden⁶⁵³. Da viele Maßnahmen durch Einwirkung und Initiative der VdgB auf den Weg gebracht wurden – z.B. die Hektarveranlagung, Agrarmittel-Beihilfen, MAS-Tarifsenkungen, die Einrichtung eines „Naturalfonds“⁶⁵⁴, die Sozialversicherung in der Landwirtschaft u.a.m. – erhielt die Vereinigung ob ihres landwirtschaftlichen Detailwissens für die von ihr beanspruchte Rolle als Interessenvertreterin der Bauern anfänglich sicherlich beachtlichen bäuerlichen Zuspruch.

Laut Tätigkeitsbericht der Landesbodenkommission unter Hans Warnke (vom 19.6.1946) war der „Wohnungsbau [...] trotz Bereitstellung ausreichender Kredite noch sehr ungenügend. Es sind noch nicht einmal 10% der beabsichtigten Wohnungsbauten begonnen worden“⁶⁵⁵. In Mecklenburg herrschte ein Bedarf von 40000 Neubauernhäusern, um die Neubauern nach der

⁶⁴⁹ Vgl. dazu Clement, aaO., 70 ff.

⁶⁵⁰ SMAM-Befehl Nr. 121 vom 21.5.1947, *MLHA Min. Präs.* 1460, 263-265.

⁶⁵¹ SMAD-Befehle Nr. 38 vom 31.1.1946 und Nr. 57 vom 19.2.1946, in: *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland*, aaO., 235 f., 246 f.

⁶⁵² Herferth/Poosch/Schmidt/Stöckigt, aaO., 63. Patenschaften wurden aber auch von Verwaltungsorganen übernommen. Der Landesverband erhielt einen Stimmungsbericht, den die Informationsabteilung des Innenministeriums von dem Referenten Werner aus Parchim zugesandt bekam: „In der Gemeinde Severin sollen 17 Neubauernhöfe errichtet werden. Der RdK Parchim hat die Patenschaft übernommen“. Durch freiwillige Sonntagsarbeit der Angestellten, deren Einsatz beim RdK registriert wurde, konnte beim Bau geholfen werden. Angestellte ohne Einsatz wurden allerdings als „Bummelanten!“ tituliert; 16.4.1948, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 629.

⁶⁵³ Vgl. Warnke, „Richtlinien für die Ausgabe von Krediten an Neubauern“, 10.4.1946: Bezug: Befehl Nr. 62; Höhe des Kredits: 1500 RM; Haftung: VdgB, *MLHA MLF*, Nr. 3213, 11. Am 15.8.1946 bat der Kreissekretär der VdgB Radow den Landesausschuss – „da in der Kreditbeschaffung von Mitgliedern der VdgB wesentliche Unterschiede zwischen Alt- und Neubauern bestehen“ –, eine Regelung zu treffen, „die auch den Altbauer befriedigen würde, denn auch dieser hat im Kreis Radow unter den Kriegseinwirkungen schwer gelitten“, *MLHA MLF*, Nr. 3219. Im Jahre 1950 verfügte die DDR-Regierung eine umfassende Entschuldung für Neu- und Altsiedler; *Dokumente zur Bauernbefreiung*, aaO., Dok. 157.

⁶⁵⁴ Die ZVdgB rief bereits einen Monat bevor die Verordnung für einen Naturalfonds von der DWK verabschiedet wurde (7.9.1948) zur Gründung eines solchen zwecks Unterstützung der unverschuldet in Not geratenen Bauernwirtschaften auf; vgl. den Aufruf „Bauern helfen Bauern!“, in: *Der Freie Bauer*, 12.9.1948. DIN A2-Farb-Plakate der VdgB „Helft Euch gegenseitig – Naturhilfsfonds“ finden sich in: *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 206.

⁶⁵⁵ *MLHA MLF* Nr. 2825, 120 f.

Bodenreform *auf* ihrem Land ansiedeln zu können. Für die Errichtung von Neubauernstellen wurden Dorfbebauungspläne und Typenbaupläne⁶⁵⁶ erstellt, zudem wurden Bauausschüsse und Lehrbaustellen eingerichtet, die den Bauern das Bauen allgemein und das Bauen mit Naturbaustoffen im besonderen nahebringen sollten, denn „sämtliche Neubauernstellen müssen weitgehendst in Selbsthilfe gebaut werden, da die Zahl der Bauhandwerker in Mecklenburg-Vorpommern nur gering ist“⁶⁵⁷. Trotz der Initiativen und Verordnungen zum Wohnungsbau konnte der große Bedarf im Verlauf der Jahre 1946 und 1947 nicht annähernd befriedigt werden. Zonenweit besaßen im Oktober 1947 nur etwa 37% der Neubauern Wohngebäude und weniger als die Hälfte eigene Stallgebäude⁶⁵⁸. So sah sich die SMAD gezwungen, die Überwindung des Wohnraumdefizites zu einem Hauptanliegen zu machen, denn der „politische und wirtschaftliche Erfolg der Bodenreform ist durch das Versagen unserer Bauwirtschaft gefährdet“⁶⁵⁹, solange einer Mehrzahl von Neubauern die Grundlage zum Seßhaftwerden fehlte. Mit dem Befehl Nr. 209 vom 9.9.1947 und dem dazugehörigen Durchführungsbefehl Nr. 147 vom 23.9.1947 formulierten die Sowjets ein Hilfsprogramm, für das die Bezeichnung „Neubauernbauprogramm“ zum Synonym wurde⁶⁶⁰. Danach wurde veranschlagt, „im Laufe des Jahres 1947/48“ 12031 Häuser mit Wirtschaftsgebäuden für die Neubauern in Mecklenburg zu bauen⁶⁶¹. Das Bauprogramm stellte jedoch einen „Kopf ohne Rumpf“ dar: Es mangelte an Baumaterial, Arbeitskräften, Transport- und Finanzmitteln; Desorganisation, schlechte Koordination und Fehlentscheidungen⁶⁶² trugen ein übriges dazu bei, daß zur Jahresmitte 1948 die planmäßige Erfüllung des Befehls 209 in weite Ferne rückte: In Mecklen-

⁶⁵⁶ Baubeschreibung, s. Anlage 7 in: Clement, aaO.

⁶⁵⁷ Tätigkeitsbericht der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge der Landesverwaltung, 17.6.1946, in: *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen*, aaO., 275. Im Juli 1946 befanden sich „13841 Bauhandwerker, das sind 45% der Normalstandes vor dem Kriege“, im Lande; ebd., 306 (Rechenschaftsbericht Höcker, 22.7.1946).

⁶⁵⁸ Vgl. Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 123.

⁶⁵⁹ Brief Edwin Hoernles an Marschall Sokolowski, zit. n. Zank, aaO., 156.

⁶⁶⁰ „Befehl Nr. 209 des Obersten Chefs der SMAD über die Einrichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für Neubauern“, *MLHA Min.Präs.* 1460a, 211-214. „Aus dem Befehl Nr. 147 der SMAD“, in: *Dokumente zur Bauernbefreiung*, aaO.

⁶⁶¹ Z.B. 880 Häuser in Malchin, 750 in Schwerin, 150 in Ludwigslust, 100 in Ueckermünde. „Abschrift von Befehl Nr. 147“, 24.9.1947, *MLHA Min.Präs.* 1464a, 110 ff.

⁶⁶² Zank, aaO., 157, berichtet, daß eine nur ungenügende Anzahl von Ziegeleien auf die Dachsteinproduktion umgestellt worden waren, daß die DWK eine Baukalkspetze verhängte und daß der Austausch von Baufacharbeitern schleppend verlief. In Mecklenburg stand durchschnittlich nur ein Facharbeiter pro Neubauernbau zur Verfügung, der Bedarf an Zement, Gips, Dachpappe, Nägeln und Baubeschlägen überschritt die zur Verfügung stehende Menge um ein Vielfaches; der Abriß von Ruinen und Gutshäusern war aufwendig und politisch brisant (vgl. Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 137); Zuteilungen und Freigaben der SMA verliefen häufig schleppend (vgl. z.B. Befehl Nr. 327, der erst am 22.11.1947 die „unbehinderte Freigabe von Stämmen“ verfügte, *MLHA Min.Präs.* 1470).

burg waren Ende Mai 1948 erst 17,1% des Bausolls erfüllt, 75% waren begonnen⁶⁶³. Auch durch die Erschließung von Naturbaustoffen – die Lehmstampfbauweise mußte zunächst vorgenommen und geübt werden – oder den Abriß von Gutshäusern und -katen – von denen die meisten ohnehin noch bewohnt waren – konnte das Defizit kaum behoben werden. Sachlich teilte die Kreisreferentin Puls dem mecklenburgischen Innenministerium am 27.6.1948 mit, daß „nach Rücksprache mit dem Kreisbaumeister Penner [...] im Kreise Neustrelitz von den 448 zu bauenden Neubauernhäusern 34 fertig und 225 Bauten angefangen [sind]. Es fehlt hier an Material, Fachkräften und Transportmitteln“⁶⁶⁴.

Aufgrund der Ausführungsschwächen des Neubauernbauprogramms wurde eine umso intensive propagandistische Begleitung in die Wege geleitet. Das Startsignal dafür gab der II. Parteitag der SED, der vom 20. bis 24.9.1947 in Berlin stattfand und die Erfüllung des Befehls 209 „zu einer Hauptaufgabe ihrer Agrarpolitik“ erklärte⁶⁶⁵. Da zudem alle Befehle der SMAD vorgeblich darauf orientierten, nicht nur die „Lösung der sozialen und nationalen Probleme des deutschen Volkes“ zum Inhalt zu haben, sondern diese auch durch „die deutsche Bevölkerung [...] mit Hilfe ihrer neuen demokratischen Verwaltungen und der gesellschaftlichen Organisationen aktiv verwirklichen“ zu lassen⁶⁶⁶, sorgten breit angelegte Kampagnen dafür, daß eine Mobilisierung auf allen Ebenen einsetzte. Die SMAD versuchte verschärfst, „alle staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte zur Erfüllung des Bauprogramms zusammenzufassen“⁶⁶⁷. Für die Arbeit der verantwortlichen Staatsorgane hieß das, diese „für die Leitung einer Massenbewegung zu qualifizieren“⁶⁶⁸. Die SED tat das ihrige und initiierte für den 20.5.1948 eine „Bauaktivierungskonferenz“, an der führende Vertreter der SED, CDU, LDPD, der FDGB, VdgB, FDJ, der betreffenden Abteilungen der DWK, der Landesregierungen und der SMAD teilnahmen⁶⁶⁹. Die Konferenz und – in der staatlichen Umsetzung – die DWK⁶⁷⁰ disziplinierten sämtliche, für die Bautätigkeit nutzbaren Personenkreise von den Ministerpräsidenten bis zu den Bauunternehmern, die allesamt zu einer „Beteiligung am Bauprogramm“ aufgefordert und herangezogen wurden⁶⁷¹. So rührten sich ebenfalls die entsprechenden Presseorgane, um eine „intensive politisch-ideologische

⁶⁶³ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 141.

⁶⁶⁴ Bericht, der an den LV der VdgB weitergeleitet wurde, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 629.

⁶⁶⁵ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 137. Vgl. *Protokolle der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED*, Berlin 1947, 307, 539.

⁶⁶⁶ Tjulpanov, „Die Rolle der SMAD“, aaO., 249 f.

⁶⁶⁷ Fritz Reinert, „Der Befehl Nr. 209 der SMAD“, in: *ZfG* 23.1975, 508.

⁶⁶⁸ Ebd.

⁶⁶⁹ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 141.

⁶⁷⁰ Anordnung „Über die Einrichtung von Neubauernhöfen im Jahre 1948“ vom 28.7.1948.

⁶⁷¹ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 142.

Überzeugungsarbeit“ unter der Bauernschaft zu leisten⁶⁷². Die *Landes-Zeitung* machte beispielsweise dem „werten Genossen“ Mierau vom Landesverband der VdgB folgenden standardisierten Vorschlag: „Wir bitten Dich, uns zu dem nachfolgend aufgeführten Datum einen Artikel über das näher bezeichnete Thema für die *Landes-Zeitung* schreiben zu wollen. „19. Mai; Neubauernhäuser wachsen empor“. Wir bitten jedoch dringend darum, die Arbeit so abzufassen, daß sie nicht mehr als 2½ Schreibmaschinenseiten bei normalem Zeilenabstand umfaßt“⁶⁷³. In einigen Bereichen – denn es wollte nicht nur gebaut, es mußte zur selben Zeit auch bestellt werden – schien die bäuerliche Selbsthilfe bereits zu funktionieren: „In der Gemeinde Severin, Kreis Parchim, greifen die Neubauern zur Selbsterziehung. Ein Neubauer, der als Langschläfer bekannt ist, wurde am 12.4. von seinen Berufskollegen morgens samt seiner Familie aus dem Bett geholt. Die Bauern sagen: Wer arbeiten kann, darf wegen Faulheit nicht zurückbleiben mit seiner Bestellung, besser jetzt auf diese Weise helfen als nach der Ernte bei der Ablieferung“⁶⁷⁴. Die mecklenburgischen Bauern erbrachten als Eigenleistungen beim Bauprogramm 31,2% der Abbrucharbeiten, 26,2% der Transportarbeiten, 37% der Schachtarbeiten und 5,6% der Bauarbeiten⁶⁷⁵. Sie erhielten in konzentrierten Aktionen Unterstützung anderer, zumeist organisierter, Bevölkerungsgruppen. Neben der Initiierung von sog. Bauaktivs, Patenschaften und Solidaritätseinsätzen der Betriebe⁶⁷⁶, der Durchführung eines „Solidaritätssonntages“ für die mecklenburgischen Bauern (17.6.1948)⁶⁷⁷ mobilisierten insbesondere die Massenorganisationen – wie die „Volkssolidarität“ und der FDGB – ihre Mitglieder. Dabei trat besonders die FDJ hervor, die am 25.2.1948 auf der Landjugendkonferenz in Schwerin den Bau von 12000 Neubauernhäusern zur „Sache der Jugend“ machte⁶⁷⁸. Durch die Ausschreibung von Wettbewerben wurden Jugendliche in die Arbeit für das Neubauernbauprogramm einbezogen. „Bauaktivs der FDJ errichteten selbstständig ganze Bauernhöfe und Dörfer und bauten Straßen“⁶⁷⁹.

Da trotz aller Initiativen bis Ende 1948 nur 68,3% der nach dem Bauprogramm vorgesehenen

⁶⁷² Ebd.

⁶⁷³ Brief vom 12.5.1948, *Landes-Zeitung* an Mierau (1. Sekretär der VdgB), *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 544. Die *LZ* bedankte sich „mit sozialistischem Gruß“.

⁶⁷⁴ Stimmungsbericht, 16.4.1948, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 629.

⁶⁷⁵ Stand: 31.12.1948, zit. n. Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 142, Tab. 2/6.

⁶⁷⁶ *MLHA MLF* Nr. 2277.

⁶⁷⁷ Von der SED organisiert. Vgl. Fritz Reinert, *Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht für die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft durch das Neubauern-Bauprogramm (Herbst 1947 bis Ende 1948)*, Potsdam-Babelsberg 1973, 332.

⁶⁷⁸ *MLHA MLF* Nr. 35.

⁶⁷⁹ Reinert, *Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht*, aaO., 260.

Bauten ‚beendet‘ werden konnten⁶⁸⁰, mußte das Programm nach 1949 weitergeführt werden. In Mecklenburg sollten 1949 6800 Bauernhäuser mit Stall (Eindachtypen), 670 Wohnhäuser, 400 Handwerkerhäuschen, 1700 Ställe, 4500 Scheunen und 60 sonstige Bauten errichtet werden⁶⁸¹. Nachdem das Neubauernbauprogramm in jenem Jahr noch als eine der wichtigsten Unterstützungsmaßnahmen für die Neubauern propagiert wurde⁶⁸², wurde es Ende 1949/Anfang 1950 jedoch – obwohl sich die Lage längst noch nicht entspannt hatte – „stillschweigend von der Tagesordnung gesetzt“⁶⁸³. Auch wenn vereinzelt noch Berichte über das Neubauernbauprogramm auftauchten⁶⁸⁴, zielte die „strategische Hauptaufgabe“ der SED nun nicht mehr auf die Stärkung der einzelbäuerlichen Wirtschaftsführung ab, sondern auf die moderate Einleitung der Thematisierung von ‚Kollektivierung‘ und ‚Sozialismus‘⁶⁸⁵, die erst 1952 offiziell und offensiv betrieben wurde.

Wenn die DDR-Historiographie, in der das Neubauernbauprogramm einen herausragenden Stellenwert besaß, in ihrer ‚Endabrechnung‘ die Ergebnisse der Durchführung des Befehls Nr. 209 durchweg als Erfolg wertet, so bezieht sich dieses Urteil weniger auf die Quantität oder gar Qualität der Bauleistung, als vielmehr auf die einschneidenden und beispielhaften machtpolitischen Veränderungen, die im Schatten des Bauprogramms vollzogen werden konnten⁶⁸⁶.

Da in Mecklenburg die regierungsbehördliche Zuständigkeit für das Bauprogramm „relativ

⁶⁸⁰ Vgl. Olaf Mertner, „Die Rolle der VdgB im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Mecklenburg (1945/46 bis 1949)“, in: *WZ der Universität Rostock*, Gesellschaftswiss. Reihe, 10.1987, 87, Tab. 2. Als fertiggestellt galten bereits all jene Gehöfte, auf denen die Bewirtschaftung beginnen konnte, ohne daß der Innenausbau vollständig abgeschlossen sein mußte; vgl. Zank, aaO., 158.

⁶⁸¹ Ulbricht, „Unsere Landwirtschaftspolitik im Jahre 1949“, Referat auf der I. Parteikonferenz der SED vom 25. bis 28.1.1949 in Berlin, in: ders., *Bauernbefreiung*, Bd. I., 192.

⁶⁸² Vgl. ebd.

⁶⁸³ Zank, aaO., 159.

⁶⁸⁴ „Wenn das Bodenreformbauprogramm für 1950 erfüllt sein wird, bleibt noch ein Rest von 23000 Wohngebäuden zu erstellen, so daß in kurzer Zeit unsere Neubauern sämtlich in Besitz von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden sein werden“, *Norddeutsche Zeitung*, 9.7.1950, Artikel: „Seid wachsam!“, in: *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 558. Und noch am 7.5.1952 hieß es in einem Brief des Kreisrates des Dezernats Landwirtschaft, Abteilung Landwirtschaft aus Rostock an den Landrat nicht nur, daß sich das Dezernat Landwirtschaft „in seiner Arbeitsbesprechung vom 19.4.1952 geschlossen zum Kampfprogramm der SED [bekannte]“, sondern, daß es auch seine zugesagte „Unterstützung bei der Durchführung des Neubauernbauprogramms 1952“ einhalten würde; *MLHA RdK Rostock* 29, 63.

⁶⁸⁵ Dabei rügte Ulbricht all jene Genossen, die „ausgerechnet bei der Landwirtschaft anfangen wollen“; „Unsere strategische Hauptaufgabe beachten!“, Schlußwort auf der 5. Tagung des ZK der SED vom 15. bis 17.3.1951, in: Ulbricht, *Bauernbefreiung*, Bd. I., aaO., 253. Aus politisch-strategischen Gründen hatte zunächst die Frage der Wirtschaftlichkeit von Kollektiven in den Hintergrund zu treten: „Es steht gegenwärtig also nicht die Frage, ob vom ökonomischen Standpunkt aus die Kollektivierung fortschrittlicher ist als unsere jetzigen Verhältnisse. Wir müssen vielmehr ausgehen von dem politischen Standpunkt, daß der Kampf um die Einheit Deutschlands geführt werden muß“.

⁶⁸⁶ Hierzu lassen sich beispielsweise Reinert/Urban, aaO., 54-99, recht klar aus.

ungeklärt“⁶⁸⁷ war, versuchte die SED den entstandenen Freiraum „zugunsten der Hegemonie der Arbeiterklasse“⁶⁸⁸ auszugestalten. In allen Ländern wurde – dem Beispiel Sachsen-Anhalts folgend – eine „klassenmäßig und organisatorisch effektive Organisationsstruktur zur Durchführung des Bauprogramms“ installiert⁶⁸⁹. Diese Struktur – durch die eine „weitgehende Zentralisierung der verantwortlichen staatlichen Organe“ erreicht wurde⁶⁹⁰ – bestand unter der direkten Leitung des Innenministers, dem zur einheitlichen Lenkung Siedlungsausschüsse auf Kreis- und Landesebene und eine sog. Oberbauleitung 209 bzw. in den Kreisen Bauleitungen 209 zur Seite gestellt wurden⁶⁹¹. Diesen, als Staatsorgane fungierenden Behörden sollte die VdgB durch die weitgehende Mobilisierung der Bevölkerung für eine „aktive“ Mitwirkung am Neubauernbauprogramm zuarbeiten.

Als letzter Punkt der antagonistischen Politik der ‚Förderung‘ der Neubauernwirtschaften soll die Beratung der Neubauern bei ihrer Wirtschaftsführung Erwähnung finden, die aufgrund ihrer ambivalenten Aufgabenstellung – Kontrolle und Instruktion einerseits, Hilfestellung und Ansprechpartner andererseits (mit zunehmender Tendenz zu ersterem⁶⁹²) – ebenfalls von „Bedeutung für die Festigung der Neubauernwirtschaften“ war⁶⁹³. Dem Kreiskomitee der gegenseitigen Bauernhilfe in Waren wurde bereits auf seiner konstituierenden Sitzung Anfang Dezember 1945 vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß „wir [...] im Kreise die antifaschistischen Wirtschaftler, Agronomen und dergleichen zusammenholen [wollen]. Sie sollen Kurse abhalten und Menschen ausbilden, die dann in die Gemeinden gehen, damit mit der Zeit jeder Ge-

⁶⁸⁷ Reinert/Urban, aaO., 59. Da der Befehl 209 erst mit einiger zeitlicher Distanz auf die 1946 als beendet geltende Bodenreform folgte, arbeiteten viele nun abermals zuständige Bodenreformbehörden (z.B. Kreis- und Gemeindebodenkommissionen) nur noch auf dem Papier. Im Kreis Anklam bestanden am 5.7.1947 62 Gemeindebodenkommissionen mit 337 Mitgliedern und 72 Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe mit 443 Mitgliedern. In den Gemeindekommissionen waren 212 Personen Mitglied der SED, 2 der CDU und 123 parteilos. 222 Personen zählten zur Gruppe der Landarbeiter und landlosen Bauern, 10 waren Kleinpächter und Landarme und 92 Umsiedler (13 waren „andere“). 232 Personen aus den Bauernhilfskomitees waren Mitglied der SED, 5 der CDU, und 206 waren parteilos; *MLHA RdK Anklam* 415.

⁶⁸⁸ Reinert/Urban, aaO., 63.

⁶⁸⁹ Ebd., 60.

⁶⁹⁰ Ebd., 61.

⁶⁹¹ In den mecklenburgischen Bauleitungen 209 waren 99 der 375 Mitarbeiter in der SED, 14 in der LDPD, 16 in der CDU, 10 in der DBD, und 236 waren parteilos; *MLHA Min. für Wirtschaft* 5550, zit. n. ebd., 80 f.

⁶⁹² Auch wenn die agrartechnische Anleitung und Beratung im folgenden vernachlässigt werden soll, machte diese insbesondere für die fachfremden Teile der Neubauern eine nicht unbedeutende Hilfe bei der Führung ihrer Wirtschaft aus. *Der Freie Bauer* beispielsweise verwandt eine erheblichen Umfang seiner Seiten auf die genaue Erläuterung (und bildliche Darstellung) von – jeweils zur Jahres- bzw. Anbauzeit gehörenden – landwirtschaftlichen Maßnahmen. Hinzu gesellte sich eine Unmenge spezieller, überwiegend unpolitischer Bauernliteratur, wie ein Blick in die Schriftenreihe „Der Bauernfreund“ zeigt: „Ackerarbeiten des Kleinbauern“, „Wie behandle ich meinen Tabak?“, „Kaninchen – Zucht und Haltung“, „Bauern- und Bodenrecht“, „Kleines Kochbuch für die Bäuerin“; *MLHA VdgB BHG LV Nr. 544*, Deutscher Zentralverlag an das Landeskomitee der gegenseitigen Bauernhilfe, 5.3.1947.

⁶⁹³ Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 72.

meinde ein landwirtschaftlicher Berater zur Verfügung steht. Wir werden diesen Beratern mit auf den Weg geben, daß sie nicht als Inspektoren auf das Land hinausgehen, sondern als Berater, als Helfer der Gemeinden und als Förderer, Vermehrer und Veredler der landwirtschaftlichen Produktion“⁶⁹⁴. Die offenbar von Beginn an zwiespältig zu verstehende dienstliche Zugehörigkeit („Helfer der Gemeinden“ oder Helfer der Bauern?) erfuhr auch durch den Präsidenten Höcker keine eindeutige Klärung, als er die Oberbürgermeister und Landräte Ende Januar 1946 darüber informierte, daß zur „Förderung der Bodenreform [...] die Einrichtung einer umfassenden Beratungstätigkeit notwendig“ wurde, die sich „auf alle landwirtschaftlichen Fragen [...] zu erstrecken“ hatte⁶⁹⁵. Vizepräsident Möller konnte schließlich am 8.3.1946 den Landräten erneut nur berichten, daß „eine Beratung der Neubauern eingeführt“ worden sei. „Dafür sind beamtete Kräfte aus den Mitteln des Bodenfonds für die einzelnen Kreise festgesetzt. Bauernkomitees und Beratungswesen betreffen vornehmlich die Produktion“⁶⁹⁶. Sollten die Berater in den Dörfern auch vermeiden, das unsympathische Erscheinungsbild von ‚Landjägern‘ abzugeben, so hatten die Kontrolleure der Erfassung beispielsweise aber nicht allein „Sabotage, grobe Nachlässigkeit und Verstöße“ zu melden, ihnen oblag vor Ort zudem eine Art kombinierter Polizei- und Richterfunktion, aufgrund welcher sie durch „systematische Einzelbearbeitung rückständiger Bauernwirtschaften“ diese zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflichten zwingen konnten⁶⁹⁷. Das gewollt unpräzise definierte Beratungssystem wurde ergänzt durch die, zumindest bei jeder Bestellung und Ernte anstehenden Bauernversammlungen und durch Kontrollfahrten, die die Räte der Kreise und andere Behörden, die Partei, die DWK und auch die SMA auf dem Lande durchführten. Ein weitreichendes Informandennetz sollte das Informationsbedürfnis der Staatsparteiverwaltung befriedigen, die regelmäßig Auskunft zu erlangen suchte über Stimmungen auf dem Lande, politische Entwicklungen und über die Reaktionen auf staatliche Maßnahmen. Als Referenten für die Bauernversammlungen wurden u.a. Kreistagsabgeordnete herangezogen, die allerdings „vor dem Beginn der Versammlungskampagne [...] noch eine allgemeine Aufklärung über die wichtigsten Maßnahmen“ durch den Landrat bzw. Kreisrat erhielten⁶⁹⁸.

⁶⁹⁴ *MLHA RdK Waren* 65, Bericht vom 3.12.1945.

⁶⁹⁵ Brief vom 25.1.1946 betr. Bodenreform-Beratungstätigkeit, *MLHA Min.Präs.* 1026.

⁶⁹⁶ Möller an alle Landräte Abt. Bodenreform und Abt. Landwirtschaft, *MLHA Min.Präs.* 1026.

⁶⁹⁷ „Direktive an die Kontrolleure der Erfassung“, 13.11.1947, *MLHA RdK Güstrow* 47a, 26. Die Kontrolleure selbst hatten mit Sanktionen zu rechnen. „Die Erfüllung dieser Direktive erfordert von den Kontrolleuren unermüdlichen, selbstlosen und gewissenhaften persönlichen Einsatz. [...] Wer seine Pflicht nicht erfüllt, wird zur gerichtlichen Verantwortung gezogen, unter Verlust seiner Stellung“.

⁶⁹⁸ Sorgenicht (Landrat Güstrow) an die Kreisvorstände von SED und CDU, 24.3.1947, *MLHA RdK Güstrow* 29, 1(a). Auch wenn eine Kreistagssitzung „infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse“ vor der Kampagne „schlecht möglich“ war, rief der Landrat die ‚Referenten‘ zu einer „allgemeinen Aufklärung“ zusammen; eine

Daß solche „Aufklärungen“ im Sinne der SED durchaus ihre Berechtigung hatten, kann ein Sonderbericht aufzeigen, den ein Mitarbeiter der DWK dem SED-Landesvorstand, dem ZS der SED und Edwin Hoernle ablieferte. Da er sich dafür verantwortlich sah, daß die von ihm kontrollierte Gemeinde sich nicht „nach einer falschen Richtung entwickelt“, muß er folgendem „an und für sich sinnlosen Gerede“ dennoch Bedeutung bei: In Klein-Kussewitz, einer reinen Neubauerngemeinde (107 Wirtschaften) im Kreis Rostock schien „ein reaktionärer Kurs gesteuert“ zu werden, wie der DWK-Mitarbeiter im Gespräch mit dem Bürgermeister (SED), dem Gemeinsekretär, dem Ortsvorsitzenden der VdgB, und dem stellvertretenden Leiter des Maschinenhofes (alle drei parteilos), festzustellen glaubte. „Die SED steht dort in schlechtem Ansehen. Der Kopf der Gegenströmung ist der Ortsvorsitzende der VdgB, Bethmann, der mir erklärte, daß der alte Gutsherr ein Mensch war, von dem man sich eine Scheibe abschneiden könnte. Es hätte damals alles gut geklappt und niemand konnte sich beklagen. Er vertrat unter Zustimmung der anderen Anwesenden, auch des Bürgermeisters Martens, die Ansicht, daß die SED eine Angelegenheit für Fabrikarbeiter in der Stadt wäre und nicht aufs Land kommen sollte, um Unruhe zu stiften. Die Redner der SED taugten nichts fürs Dorf, könnten keine richtigen Auskünfte geben, stiften nur Verwirrung unter den Leuten, und ähnliche zweckbestimmte Verunglimpfungen brachte er vor. Bürgermeister Martens, der Mitglied der SED ist, fand es nicht für nötig, für seine Partei eine Lanze zu brechen, sondern hieb in die gleiche Kerbe. [...] In der Unterhaltung mit dem Maschinenpersonal und den Ortsbewohnern [konnte ich mich] überzeugen, daß die Gemeinde wie Pech und Schwefel zusammenhält, d.h. zu Bethmann und Martens hält. Diese sind keine nebensächlichen Figuren, sondern haben das Heft fest in der Hand. [...] Der Leiter des Maschinenhofes ist Genosse, aber zu schwach und einflußlos. Die SED-Ortsgruppe umfaßt 20 Mitglieder, die aber eben nur Mitglieder sind. [...] Ich habe mit den Gen. König, Abt. Landwirtschaft, Gen. Torweg, Abt. Technik und Gen. Jensen, Abt. Kommunalpolitik vom Kreisvorstand der SED diese Angelegenheit eingehend besprochen. Bethmann wird bei der im Februar fälligen Wahl nicht mehr zum Vorsitzenden der Ortsvereinigung gewählt werden. Für Martens gibt es noch keinen Ersatzmann in der Gemeinde. Es ist bekannt, daß er mehr gegen als für die Parteilinie ist. Da Wiesheit zu schwach ist, wird in Kürze ein ideologisch gefestigter Gen. dort als Maschinenhofleiter angestellt werden. Ein geeigneter Bewerber ist bereits vorgesehen. Auch werden einige Treckerfahrer, die gute Genossen sind, dorthin verlagert bzw. neu eingestellt werden. Es muß sich ein Kern von Genossen bilden, von denen aus – in dieser für den Kreis

wichtigen Gemeinde – der falschen Strömung entgegengewirkt werden kann“⁶⁹⁹.

Die Darstellung dieses Mikrokosmos zeigt, mit welchen Problemlagen sich die SED konfrontiert sah. Das System aus Hilfe, Beratung und Kontrolle, das der Partei die ‚Planierung‘ und „Durchherrsung“ der bäuerlichen Gesellschaft ermöglichen sollte, hatte nicht allein die Bauern als Zielgruppe, sondern mußte als Überprüfungs- und Instruktionsinstrumentarium stets auch die (vermeintlich) eigenen Gewährsleute disziplinieren, die in der Loyalität und Abhängigkeit sowohl der Partei als auch ‚des Dorfes‘ standen – wobei vielfach ‚das Dorf‘ zu dominieren schien. Berücksichtigt man zudem, daß „bäuerliches Selbstbewußtsein [...] in dem Maße zu entstehen [begann], wie sich wirtschaftliche Erfolge einstellten“⁷⁰⁰, so konnte die wirtschaftliche Konsolidierung, die – spärlich, aber sichtbar und für die ‚betroffenen‘ Bauern von nicht zu unterschätzender motivierender Wirkung – 1948/49 eben auch einsetzte, für die SED durchaus unerwünschte Folgen haben: Die Gesellschaft begann sich zu differenzieren und die einseitige Fixierung auf die ‚Arbeiter-und-Bauern-Partei‘ – die die ökonomische Bauernhilfe ja stark dominierte – verflog⁷⁰¹, wenn nicht neue und ‚stärkere‘ Mechanismen das Homogenisierungsideal und Machtmonopol der SED durchzusetzen halfen. Wie man sich so etwas vor Ort vorzustellen hatte, deutet der vorstehende Bericht des DWK-Mitarbeiters an. Die hier u.a. zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit mit der Arbeit der VdgB ist symptomatisch – die VdgB hatte den Zenit ihrer konstruktiven, d.h. von den Bauern akzeptierten und anerkannten Einfluß- und Wirkmöglichkeiten bereits überschritten. Dieses mußte Anfang 1950 selbst der Vorstand der Zentralvereinigung konstatieren: „In der letzten Zeit mußte bei einem Teil unserer bäuerlichen Bevölkerung, insbesondere aber auch bei Mitgliedern der VdgB, festgestellt werden, daß unsere nationalen und wirtschaftspolitischen Aufgaben nicht das nötige Verständnis finden. Bei der Bildung der ‚nationalen Ausschüsse‘ nimmt die VdgB nicht den aktiven Anteil, der ihr als die stärkste Massenorganisation auf dem Lande zukommt. Es ist weiter zu verzeichnen, daß eine Reihe von fortschrittlichen Maßnahmen, z.B. der Landarbeitertarif und das LandarbeiterSchutzgesetz eine lebhafte Diskussion hervorgerufen haben, so daß eine Aufklärung im positiven Sinne erforderlich ist. In vielen Kreisen sind die Einrichtungen der VdgB, die Kreis- und Ortsausschüsse nicht die führende Kraft auf dem Dorfe, die sie sein müßten, um die Demokratisierung des Dorfes

⁶⁹⁹ K. Nitsch (DWK, HV Land- und Forstwirtschaft, Kontroll- und Beschwerdeabteilung), 1.2.1949, Kontrollfahrt vom 18.-31.1.1949, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 629.

⁷⁰⁰ Siegfried Kunzsche, „Bauern im Interessenkonflikt. Die Situation vor der Staatsgründung 1949“, in: Scherstjanoi, aaO., 234.

⁷⁰¹ Das könnte ein weiterer Erklärungsansatz dafür sein, daß 1948/49 „nur noch wenige Bauern der SED beitreten“, ebd.

weiter zu entwickeln. Um diese Schwächen zu überwinden ist es erforderlich, daß die VdgB-Arbeit durch eine konstante, operative Instrukteurtätigkeit verstärkt wird“⁷⁰². Wie in den ‚politischen‘ Behörden und Ämtern, so sollte natürlich auch in der landwirtschaftlichen Beratungs- und Verwaltungstätigkeit der ‚fortschrittliche‘, kadermäßig geschulte Aktivist wirken; auch „bei der Wirtschaftsberatung [sind] nicht die Fachkräfte“ – wie es der 1. Sekretär des Landesverbandes der VdgB, Hans Mierau, programmgemäß formulierte – „von ausschlaggebender Bedeutung“⁷⁰³.

Kuntsche resümiert: „Hatte es zunächst den Anschein gehabt, als würde mit der VdgB eine demokratische Organisation, eine bäuerliche Interessenvertretung, entstehen, so war 1949 das Machtdiktat augenscheinlich“⁷⁰⁴.

4. „Klassenkampf auf dem Lande“ – Die Festigung der volksdemokratischen Ordnung

Die Prämissen der neuen – im vorherigen Kapitel bereits angedeuteten – Phase in der Agrarbündnispolitik der SED umschrieb Walter Ulbricht selbst sehr deutlich und öffentlich im November 1948 in der *Neuen Welt*: „In der Landwirtschaft ist es notwendig, Maßnahmen zu beraten, die den Klein- und Mittelbauern helfen, die Maschinen-und-Geräte-Ausleihstationen der VdgB zu verstärken, die Abänderung des Ablieferungssystems im Sinne einer stärkeren Verpflichtung der Großbauern zur Steigerung der Erzeugung und zum Verkauf an die landwirtschaftlichen Genossenschaften durchzuführen, die Pachtsätze zugunsten der Klein- und Mittelbauern zu überprüfen, klassenbewußte Arbeiter zur Förderung der Maschinenausleihstationen und der landwirtschaftlichen Genossenschaften ins Dorf zu entsenden und den Einfluß der Großbauern in den landwirtschaftlichen Genossenschaften auszuschalten. Das sind einige Hinweise, die zeigen, in welcher Richtung in Verbindung mit der Durchführung des Zweijahrplans die kapitalistischen Kräfte geschwächt werden können“⁷⁰⁵.

Die Maximen der Innenpolitik veränderten sich bereits seit 1947 zusehends. Gegen den Wi-

⁷⁰² ZVdgB, 5. Vorstandssitzung 7.2.1950: Plan für die Errichtung der Instrukteur-Abteilung, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 28. Der Vorstand beschloß: „25 Instrukteure [werden] eingestellt [...], die in engster Zusammenarbeit mit den Landesverbänden die Aufgabe haben, die Arbeit in der VdgB zu verbessern. Die Instrukteure sollen jeweils 4 Wochen in den einzelnen Kreisen arbeiten“. Die Finanzierung dieser Instrukteure erfolgte übrigens zu 50% aus Mitteln der ZVdgB und zu 50% aus denen der Landesverbände. Grundgehalt: 650 DM; Sozialbeiträge: 60 DM; Reisekosten monatlich: 300 DM; insg. 1010 DM.

⁷⁰³ Mierau auf der Landesausschusssitzung der VdgB in Schönils bei Güstrow, 28.8.1949, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 2.

⁷⁰⁴ Kuntsche, „Bauern im Interessenkonflikt“, aaO., 235.

⁷⁰⁵ „Über unsere Bündnispolitik“, in: Ulbricht, *Bauernbefreiung*, Bd. I., aaO., 177.

derstand der Sowjets⁷⁰⁶ unternahmen die sich organisatorisch und machtpolitisch festigenden deutschen Kommunisten Gehversuche in Richtung Aufbau des Sozialismus nach dem Vorbild der volksdemokratischen Entwicklungen in Mittel-/Osteuropa. Hatten sie sich der Öffentlichkeit während der frühen Nachkriegszeit über eigene ideologische Vorbehalte hinweg, auf pragmatischem, scheinbar kooperativem Wege als Anwalt des ganzen Volkes präsentiert, so wurde schon damals eines deutlich: Eine Politik ohne plastisches Feindbild und greifbaren Gegner, allein auf dem freien, gleichberechtigten Wettstreit der politischen Argumente, Vorstellungen und Konzeptionen beruhend, kam für die KPD/SED nicht in Betracht, wäre eine zu un-kommunistische Politik gewesen. Waren es zunächst die Faschisten (da fiel es leicht) und Großgrundbesitzer (da war es nur wenig schwerer), die zu Feinden des Volkes und all dessen, was diesem lieb und teuer war bzw. zu sein hatte (Demokratie, Ernährung, Bodenreform etc.) deklariert wurden, so traten im Stadium der „Fortführung des revolutionären Umwälzungsprozesses auf dem Lande unter veränderten internationalen und inneren Bedingungen“⁷⁰⁷ die Großbauern als die „noch verbliebenen reaktionären Kräfte“⁷⁰⁸ in den Bannstrahl der werdenden Staatspartei. Die Weiterführung bzw. die Vertiefung des sozioökonomisch-politischen „Umwälzungsprozesses“ in der SBZ, der sich die SED widmete und die das innenpolitische und innergesellschaftliche Klima radikalierte, entsprang allerdings weniger den ‚Notwendigkeiten‘ des dialektisch-materialistischen Bewegungsgesetzes – obwohl dieses Argument natürlich *auch* vorgebracht wurde –, fand vielmehr ihre Entsprechungen, aber auch ihre Ursachen in außen- bzw. lager-, deutschland- und machtpolitischen Konflikten, Vorhaben und Vorgehensweisen⁷⁰⁹.

Den außenpolitischen Kontext zur Verschärfung des Transformationskurses bildeten die in wichtigen Fragen ergebnislos verlaufenden Tagungen des Rates der Außenminister, die ‚Truman-Doktrin‘ vom März 1947, die Pariser Marshall-Plan-Konferenz (Juli 1947), die Kominform-Gründung im September 1947, der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei im Februar 1948 und andere ‚volksdemokratische‘ Umwälzungen in Osteuropa, der auch durch „wechselseitige[] Fehlwahrnehmungen und Konflikteskalationen“⁷¹⁰ beginnende Kalte Krieg, der ‚Abfall‘ Jugoslawiens im Juni 1948, die seit 1948 durch die „atomare Diplomatie“

⁷⁰⁶ Vgl. Dietrich Staritz, „Das ganze oder das halbe Deutschland? Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der KPD/SED (1945-1955)“, in: Jürgen Weber (Hg.), *Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand*, München 1989, 122 ff.

⁷⁰⁷ Vgl. Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 147.

⁷⁰⁸ „Zum 3. Jahrestag der Bodenreform“, Entschließung des ZK der SED vom 5.9.1948, in: *Dokumente der SED*, Bd. II, Berlin 1951, 93.

⁷⁰⁹ Vgl. Staritz, *Gründung*, aaO., 147-151.

⁷¹⁰ W. Link (NPL 16.1971) zit. n. Kleßmann, *Staatsgründung*, aaO., 178.

und die Korea-Krise anwachsende Kriegsfurcht⁷¹¹ und die Gründungen von OEEC und RGW, womit im Januar 1949 die Zentren der wirtschaftlichen Blockbildung etabliert waren⁷¹². Die innerdeutschen Beziehungen waren gekennzeichnet durch das seit Ende 1947 einsetzende Drängen der SED bei den Sowjets auf Gründung eines ostdeutschen Staates⁷¹³, die Währungsreform, durch die der schwelende Berlin-Konflikt endgültig ausbrach und die beinahe elfmonatige Berliner Blockade nach sich zog und durch die Einbeziehung Westdeutschlands in das *European Recovery Program (Marshall-Plan)*⁷¹⁴.

Innenpolitische Momente der Kursverschärfung waren die seit Mitte 1948 unternommenen Versuche der SED, auch in der SBZ eine ‚Volksdemokratie‘, d.h. den Aufbau des Sozialismus ausrufen zu wollen⁷¹⁵, der Ausbau der DWK zum Kern einer ostdeutschen Zentralregierung (Februar bis November 1948)⁷¹⁶, die damit zusammenhängende, ebenfalls Mitte 1948 forcierte Festigung des volkseigenen Wirtschaftssektors und der Beginn der zentralen Wirtschaftsplanung⁷¹⁷, zudem die Volkskongreßbewegung „für Einheit und gerechten Frieden“, die ursprünglich unter Führung der SED als Forum für eine Stellungnahme zur Londoner Außenminister-Konferenz gegründet worden war, im weiteren Verlauf dann von der SED als Instrument der ‚Bündnispolitik‘ genutzt wurde⁷¹⁸.

Diese endo- und exogenen Faktoren der Deutschlandpolitik⁷¹⁹, speziell aber die „Dynamik der bisherigen Gesellschaftspolitik“⁷²⁰, bildeten den Hintergrund für jene Umorientierung und Radikalisierung, von der auch der ideologische Bereich der Ostzone erfaßt wurde. Mit der Einführung des Marxismus-Leninismus wurden die Thesen von der ‚antifaschistisch-demokra-

⁷¹¹ Vgl. Dietrich Staritz, „Die SED und Stalins Deutschlandpolitik“, in: DA 8.1994, 858.

⁷¹² Zur Neuordnung der Weltwirtschaft vgl. Abelshauser, aaO., 147 ff.

⁷¹³ Vgl. Dietrich Staritz, „Die SED, Stalin und der ‚Aufbau des Sozialismus‘ in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs“, in: DA 24.1991, 689.

⁷¹⁴ Nach Gimbel gesellte sich auch der Marshall-Plan in die Reihe der o.a. ‚Fehl wahrnehmungen‘, da er nicht in erster Linie auf einer antisowjetischen Eindämmungsstrategie beruhte, vgl. John Gimbel, *The Origins of the Marshall-Plan*, Stanford 1976.

⁷¹⁵ Vgl. Staritz, „SED, Stalin, Gründung der DDR“, aaO., 5. Die „Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ wurde bereits in den „Grundsätzen und Zielen der SED“ im April 1946 formuliert. Zunächst galt es jedoch, „auf dem Boden der demokratischen Republik“ die politische Macht zu erobern; *Dokumente der SED*, Bd. I, Berlin 1951, 9.

⁷¹⁶ Vgl. Zank, in: *SBZ-Handbuch*, 264 ff.

⁷¹⁷ Vgl. Niedbalski, aaO., 341 f.

⁷¹⁸ Der Deutsche Volkskongreß (DV) wählte im März 1948 den Deutschen Volksrat, der dem DV am 30.5.1949 die vom ihm auf Grundlage eines Vorschlages des Parteivorstandes der SED entworfene Verfassung vorlegte. Aus der Volkskongreßbewegung ging im Zusammenhang mit der Gründung der DDR die ‚Nationale Front des demokratischen Deutschlands‘ hervor (die spätere ‚Nationale Front der DDR‘).

⁷¹⁹ Deutschlandpolitik und die bis dato von den Alliierten kaum thematisierte ‚deutsche Frage‘ gerieten „in den Sog der Lagerbildung“, Staritz, „SED, Stalin und Gründung der DDR“, aaO., 3.

⁷²⁰ Staritz, aaO., 150.

tischen‘ Ordnung und dem eigenständigen demokratischen Weg zum Sozialismus aufgegeben⁷²¹. Dies galt im Innern für die Schulung der Parteimitglieder und Kader⁷²², wie für die generelle Angleichung der SED an die KPdSU, als auch für die öffentlichkeitswirksamen Äußerungen der Partei. In der gebotenen engen Absprache mit den Sowjets entwickelte die SED seit Anfang 1948 Überlegungen zur Schaffung einer zentralen staatlichen Instanz in der SBZ, was Stalin jedoch ablehnte; er empfahl der Partei hingegen ein „neues Programm“⁷²³. Auch bremste Stalin die Anstrengungen der SED-Führung, Ostdeutschland in das „werdende ,sozialistische Lager“⁷²⁴ zu integrieren. Sie erschienen ihm als verfrüht, solange die Alternativen sowjetischer Deutschlandpolitik noch „nicht ausgereizt“ waren⁷²⁵. Die „vielfältigen Varianten“ dieser Politik drehten sich jedoch – wie auch bei den anderen Alliierten – schon vor Mitte 1947 (der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz) um den *status quo* einer faktischen deutschen Teilung⁷²⁶, wodurch sich auf dem Boden der SBZ die „totalitären Tendenzen“ zunehmend entfalten konnten⁷²⁷. Die Kommunisten verfolgten allerdings auch weiterhin die taktische Perspektive auf die „Einheit D[eutschlands]“⁷²⁸, ohne sich bzw. der Bevölkerung einzustehen, daß der „forcierte Kampf für die Einheit Deutschlands in Wirklichkeit die Spaltung beschleunigte“⁷²⁹. Stalin wollte aber eben „ohne Geschrei“⁷³⁰ die Weichenstellungen in der SBZ zum Sozialismus vornehmen; sein von ihm selbst so definierter „Zickzack“-Kurs⁷³¹ unterlag der Hoffnung, daß die populistische, stärker national eingefärbte Agitation für die deutsche Einheit – für die es nach ideologischen Kriterien gar keinen Grund gegeben hätte – die „Einheit durch Anschluß [an den] Osten“ zustandebringen würde⁷³². Den Kampf, d.h. die „neue Argumentation“ für einen sog. „wahren Nationalismus“⁷³³ sollten der Volks-

⁷²¹ Vgl. Wolfgang Leonhard, „Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR (1945-1955)“, in: APuZ B40/94, 7.10.1994, 6 f.

⁷²² Mit der am 10.1.1948 eröffneten Parteihochschule ‚Karl Marx‘ in Klein-Machnow bei Berlin begann ein „neuer[r] Abschnitt in der ideologischen Arbeit unserer Partei“. Otto Grotewohl hielt den programmatischen Vortrag „Der nächste Schritt“ auf dem Weg Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in: *Neuer Weg* 2.1948, 1-3, 30 f.

⁷²³ Nach Staritz, „SED, Stalin und Gründung der DDR“, aaO., 4.

⁷²⁴ Staritz, „SED, Stalin und ‚Aufbau des Sozialismus‘“, aaO., 689.

⁷²⁵ Ebd., 690.

⁷²⁶ Jochen Laufer, „Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947“, in: Kocka, *Historische DDR-Forschung*, aaO., 33.

⁷²⁷ Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, aaO., 129.

⁷²⁸ Pieck unterstrich während dieser „Besprechung bei Semjonow“ am 24.6.1948 ebenso das Wort „Klassenkampf“, Badstübner/Loth, aaO., 234.

⁷²⁹ Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, aaO., 128.

⁷³⁰ Nach Staritz, „SED und Stalins Deutschlandpolitik“, aaO., 859.

⁷³¹ „Ergebnis der 4stündigen Besprechung am 18.12.1948“, in: Badstübner/Loth, aaO., 260.

⁷³² Badstübner/Loth, aaO., 31, 233 (Besprechung bei Semjonow am 10.6.1948).

⁷³³ Ebd.

kongreß, die Nationale Front, aber auch die neugegründete Nationaldemokratische Partei führen. Für den ehemaligen Sozialdemokraten Grotewohl war nach dieser Maßgabe die Wiedererrichtung einer „gewöhnlichen bürgerlichen Republik [...] kein politisches Ziel“; es gelte, sich „eindeutig und ohne jeden Rückhalt [sic] nach dem Osten zu orientieren“, wovon „unsere Forderung nach der Einheit Deutschlands unberührt“ bleibe⁷³⁴. Zur Taktik der SED wurde der Klassenkampf, den Ulbricht und Tjulpanov als seine stärksten Protagonisten in einem „klassenkämpferische[n] Amoklauf“⁷³⁵ offensiv zu propagieren beginnen. Nach der gescheiterten Londoner Außenminister-Konferenz erklärte Ulbricht in einer Sitzung der Abteilungsleiter, daß die „Ostzone konsequent den volksdemokratischen Weg gehen müsse. [...] Dazu müssen noch viele Voraussetzungen geschaffen werden. Wir müssen erst noch die Massenorganisationen festigen, die bürgerlichen Parteien spalten und dann eine ‚Nationale Front‘ aufbauen“⁷³⁶. Offiziell vermittelte Oberst Tjulpanov der Partei die neue strategische Grundorientierung in einem, den Vorstellungen der ostdeutschen Führer entgegenkommenden Memorandum am dritten Jahrestag der Kapitulation: „Die Partei hat sich in ideologischer und organisatorischer Hinsicht als eine marxistische Partei entwickelt. [...] Die Partei bekennt sich offen zum Leninismus als einer neuen Stufe in der Entwicklung des Marxismus⁷³⁷. [...] Die Partei läßt die Massen erkennen, daß die unmittelbaren Ziele und die Endziele nur auf dem Wege des Klassenkampfes zu erreichen sind“⁷³⁸. Die staatspolitischen Veränderungen verdeutlichte Tjulpanov anhand der faktischen Aufteilung Deutschlands, dessen östlicher Teil sich „nach dem Typ der neuen Demokratien“ entwickele. Hier stehe die Partei der Arbeiter und Bauern „an der Macht“; die Staatsmacht, deren Funktionen sich „grundsätzlich“ ändern, sei ihrer Form nach „keine rein bürgerlich-parlamentarische, sie ist höher, demokratischer ihrem Charakter nach“⁷³⁹. Ohne es zu so zu benennen, forderte Tjulpanov, die SED in eine „Partei neuen Typus“ umzuwandeln⁷⁴⁰, die folgendermaßen in Erscheinung trete: „In der Partei muß der Kampfgeist erzogen werden. [...] Die SED ist keine Parlamentspartei. [...] Die SED nimmt eine herrschende staatliche Stellung ein. [...] Jedes Mitglied der SED [muß sich]

⁷³⁴ Otto Grotewohl im *Neuen Deutschland* und in der *Täglichen Rundschau* (1./2.7.1948), zit. n. Staritz, „SED, Stalin und Gründung der DDR“, aaO., 6.

⁷³⁵ Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, aaO., 135.

⁷³⁶ Gniffke, aaO., 275.

⁷³⁷ Ulbricht brachte das auf folgende einprägsame Formel: „*Lenin* ist nicht mehr, aber sein Werk lebt. Seine Lehre wurde weiterentwickelt von *Stalin*, dem *Lenin* unserer Tage“, Walter Ulbricht, „Die Partei neuen Typus“, in: *Einheit* 9.1948, 774.

⁷³⁸ Tjulpanov am 8.5.1948, in: Badstübner/Loth, aaO., 216.

⁷³⁹ Ebd., 217.

⁷⁴⁰ Vgl. Staritz, „SED, Stalin und Gründung der DDR“, aaO., 5.

als kleiner Leiter in seinem Abschnitt fühl[en]. [...] Die SED muß mit allen Mitteln ihre Verbindung zu den breiten Massen festigen“⁷⁴¹.

Großbauern und werktätige Bauern

Gerade dieser letzte Punkt war für die von uns beobachtete Entwicklung auf dem Lande von Bedeutung. Denn – so monierte es Tjulpanov an gleicher Stelle – „schlecht steht es um die Neuaufnahme von Bauern“; zudem hielten die Parteiaustritte „auch 1948“ an⁷⁴². Von einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ versprach sich Ulbricht eine engere Bindung der Bevölkerung an die Partei und deren Politik, die dafür auch auf dem Lande den Weg der „vollständigen Überwindung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente“ beschreiten müsse. Diese Aufgabe sei nichts anderes als die des „Aufbaus des Sozialismus“⁷⁴³. Zum Vorgehen in der Öffentlichkeit – Klassenkampf erschien demnach nicht gerade populär, doch anerziehbar zu sein – empfahl Ulbricht die Verleumdungstaktik: „Zunächst werden wir den Gegner beschuldigen, daß er den Klassenkampf verschärft und die Methoden der Verschärfung des Klassenkampfes zeigen, damit die Arbeiter und werktätigen Bauern daraus lernen“. „Wir kämpfen sozusagen aus der Verteidigung gegen ihn [den Gegner], was leichter ist“⁷⁴⁴.

Mit der Agitation gegen die Großbauern (als ‚Gegnern‘ im Dorfe), der als ‚Klassenkampf auf dem Lande‘ propagiert worden war, wurde die Gruppe der Klein- und Mittelbauern ideologisch geadelt. Als ‚werktätige Bauern‘ waren sie mehr und mehr der Zuneigung, d.h. der Betreuung und Beobachtung der SED und ihrer Sachwalter auf dem Lande, ausgesetzt. So wenig wie jedoch die Großbauern vor 1948 von den Kommunisten als ideale ‚Bündnispartner‘ angesehen worden waren⁷⁴⁵, so wenig mutierten nach 1948 die werktätigen Bauern zur Avantgarde der (ländlichen) Gesellschaft. Zwar wurde – vgl. den Abschnitt *Arbeiter-und-Bauern-Bündnis* – den werktätigen Massen auf dem Lande aufgrund des ihnen durchaus zugestandenen Potentials (sie erschienen formbar) eine hervorragende bündnispolitische Stellung und

⁷⁴¹ Tjulpanov am 8.5.1948, in: Badstübner/Loth, aaO., 218.

⁷⁴² Ebd., 220.

⁷⁴³ „Die Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“, Referat auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der SED am 15./16.9.1948. Ulbricht zitiert aus einer Rede Molotows vom XV. Parteitag der KPdSU 1927, in: Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. III: 1946-1950, Berlin 1953, 325. Vgl. auch Staritz, „SED, Stalin und ‚Aufbau des Sozialismus‘“, aaO., 691.

⁷⁴⁴ „Wenn wir auch sagen: der Gegner hat den Klassenkampf verschärft, so haben wir selbstverständlich mit Hilfe des Zweijahresplans ihn auch verschärft“. Ulbricht am 10.10.1948 auf einer Konferenz der SED-Ministerpräsidenten, Landesvorsitzenden und Wirtschaftsfunktionären, zit. n. Staritz, „SED, Stalin und ‚Aufbau des Sozialismus‘“, aaO., 691.

⁷⁴⁵ Andere Ansicht: Piskol, „Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960“, in: ZfG 5.1991, 419, 423.

Aufgabe zuteil, sie blieben in den Augen der SED dennoch ideologische Stiefkinder der Arbeiterpartei, die „die Führerin in der revolutionären Entwicklung sein und bleiben muß“⁷⁴⁶. Durch die, auch in anderen Bereichen⁷⁴⁷ angewandte Doppelstrategie von ‚Zuckerbrot und Peitsche‘ gerieten die Klein-, Mittel- und Neubauern in die Umklammerung der SED. Die ‚Förderung‘ der (werkaktiven) Bauern erhielt seit 1948 einen immer stärkeren politisch-ideologischen Charakter. Die Reorganisierung der Landwirtschaft als Reaktion auf den „sich verstarkenden sozialen Differenzierungsprozeß auf dem Lande“⁷⁴⁸ geschah, weil „wir [...] die Bodenreform nicht durchgeführt [haben], um eine Entwicklung für neue kapitalistische Elemente zu begünstigen“⁷⁴⁹, wie Hans Warnke den Landesvorstand der SED im Dezember 1948 belehrte. War der Antifaschismus auch *die Legitimationsfigur schlechthin*, aus der die DDR ihre moralisch-ideologische Integrität zu ziehen trachtete, so trat dieser gemeinschaftsstiftenden Schablone mit dem aufkommenden Ost-West-Konflikt der Antikapitalismus an die Seite. Zum Sinnbild des Kapitalismus wurden die USA und die von ihr ‚abhängige Adenauer-Clique‘ in Westdeutschland; und „auch der Großbauer ist ja ein Kapitalist, wenn auch im allgemeinen ein kleiner“⁷⁵⁰. Kapitalismus – lässt man hier die ideologische, marxistisch-leninistische Herleitung und Definition einmal außer acht – lief als eine von liberaler Wirtschaftsge- sinnung und Anerkennung des Privateigentums geprägte Wirtschaftsform den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Ostzonenführung diametral entgegen. Die Praktizierung marktwirtschaftlicher Mechanismen wurde den Großbauern, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Potenz und ihres Einflusses in den VdgB als kapitalistische ‚Elemente‘ auf dem Lande verunglimpft wurden, negativ veranschlagt. Ihre in der Tat überdurchschnittlich günstige ökonomische Entwicklung bis 1949 eröffnete Anfeindungen Tor und Tür. Den auch gesellschaftlich dominierenden Großbauern wurde verallgemeinernd „Wucher“, „Sabotage“, „Schwarzmarkthandel“, „Kapitalismus“, „Reaktion“ u.a.m. vorgeworfen, wenn sie sie Handel trieben oder gegen Geld die Felder von maschinell unversorgten Klein- und Mittelbauern bestellten. Die 11000 Großbauern (8,4 % aller Landwirtschaften), die 28,7 % der Ackerfläche Mecklenburgs

⁷⁴⁶ Landtagspräsident Carl Moltmann auf der 13. Landesvorstandssitzung der SED, 26./27.10.1948, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/31*, 109-124.

⁷⁴⁷ Z.B. im Antifa-Block.

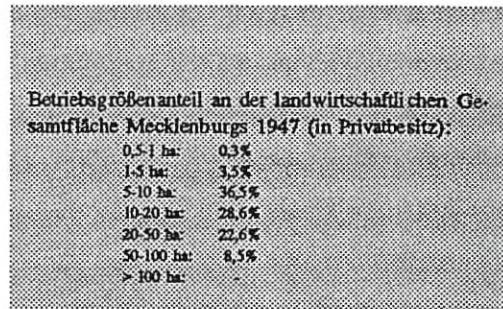
⁷⁴⁸ Piskol/Nehrig/Trixia, aaO., 152.

⁷⁴⁹ Ebd.

⁷⁵⁰ Edwin Hoernle, „Probleme der Agrarpolitik im neuen Deutschland“, aaO., 1038.

bewirtschafteten⁷⁵¹, profitierten vom Überangebot an Landarbeitern, über die ihnen die Lebensmittelknappheit eine direkte Kontrolle ermöglichte⁷⁵².

Die Großbauern waren demnach nicht das schwächste Glied in den ‚Klassenkampfkette‘ der SBZ, sondern das vermeintlich stärkste. Über den Zustand der Großbauernwirtschaften kursierte damals der Slogan: „Denen fehlt nur noch der Teppich im Kuhstall“⁷⁵³.



Diese sozioökonomische Differenzierung war für die Staatsparteiführung der Hauptangriffspunkt gegen den Kapitalismus: Die Gesellschaft, für die das von der SED auferlegte Homogenisierungsideal Geltung erlangen sollte, würde sich durch die Aufteilung in ‚reich‘ und ‚arm‘ spalten, womit sich unterschiedliche wirtschaftliche Interessenlagen im Extremfall als gegensätzliche politische Richtungen Durchbruch verschaffen könnten⁷⁵⁴. Um dem zu begegnen, wurde der Antikapitalismus als populärer ‚Kampf gegen die Dorfarmut‘ betrieben⁷⁵⁵. Das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse diente in erster Linie dazu, den sich aus der wirtschaftlichen Kraft der Großbauern ergebenden politischen Einfluß („in der Regel hat der wirtschaftlich stärkste Bauer die Führung im Dorf“⁷⁵⁶) zu reduzieren, denn die ökonomische Effizienz dieser Gruppe hatte den größten Anteil an der Ver-

⁷⁵¹ Sie bewirtschafteten zudem 32% aller Pferde, 37,3% aller Kühe, 30,7% aller Schweine, 43,4% aller Traktoren, 36,6% aller Dreschmaschinen und 33,1% aller Lokomobile und Motoren. „Wenn ich nun dem gegenüberstelle die Klein- und Kleinstwirtschaften von 0,5 bis 10 ha, so sind dies 72%. Diese 72% bewirtschaften 43,7% des Bodens, wobei 40,6% keine Pferde und 12,6% kein Rindvieh haben“; Hans Warnke am 15.12.1948 auf der Sitzung des Landessekretariats, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/32*, 249-261.

⁷⁵² Die Landarbeiter arbeiteten auf Naturalbasis bei den Großbauern, die aufgrund der geringen Landmaschinenproduktion vielen Arbeitern eine Anstellung bieten konnten; vgl. Kuntsche, „Bauern im Interessenkonflikt“, in: Scherstjanoi, aaO., 232 f.; Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 133.

⁷⁵³ Zit. n. Piskol „Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern“, aaO., 423.

⁷⁵⁴ Der Antagonismus der Klassen kündigt nach der kommunistischen Lehre das Ende des Kapitalismus an und kann nur durch einen revolutionären Umsturz aufgelöst werden. Von dieser Vorstellung hatten sich die deutschen Kommunisten längst verabschiedet; der Aufbau des Sozialismus erschien ohne Revolution möglich.

⁷⁵⁵ Vgl. Hoernle, „Einige Bemerkungen zur Frage der Planung in der Landwirtschaft“, in: ders., *Zum Bündnis*, aaO., 511. Der Kampf gegen die Dorfarmut richtete sich gegen die dafür verantwortlich gemachten „Dorf Frei-chen“, die – so betrieb Ulbricht eine Flucht nach vorn – „nun die Taktik an[wenden] ‚Haltet den Dieb‘. Sie behaupten, die SED wolle eine zweite Bodenreform. Eine solche Absicht haben wir nicht“; Ulbricht, „Unsere Wirtschaftspolitik“, in: *GdA*, Bd. III, 405. Die Furcht vor einer ‚Zweiten Bodenreform‘ kursierte nach der Wende in der SED-Agrarpolitik – und das nicht unzutreffend, wie die weitere Entwicklung zeigen sollte. Der rhetorisch eher unterbemittelte Ulbricht scheint für politische Finten schon frühzeitig eine Standardformulierung entwickelt zu haben, vgl.: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“. Ein anderes Gerücht dieser Tage war das der „bevorstehenden Rückkehr“ der Umsiedler in ihre „alte Heimat“.

⁷⁵⁶ Undatierte „Unterlagen über die Lage im Dorfe“, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/7/411*, 33 f.

sorgung der Bevölkerung. Deshalb mahnten die Sowjets im Spätsommer 1947 zum besonderen Umgang mit den Großbauern – zumindest solange, wie es notwendig erscheine: „Es ist bekannt, daß die deutschen demokratischen Organisationen bei der Durchführung der Bodenreform das Prinzip verfolgten, den Großbauern (Kulaken) nicht anzutasten. Dieser Grundsatz bleibt auch gegenwärtig, und man muß es betonen, da in den Händen der Großbauern immerhin 40% des gesamten Landes liegen und sie die wichtigsten Getreidelieferanten sind. Wenn wir Brot haben wollen, so müssen wir die linken Einstellungen über die ‚Enteignung‘ der Großbauern, die mancherorts auftauchen, ablehnen“⁷⁵⁷. Die – schon im vorherigen Kapitel erwähnten – Maßnahmen zur Eindämmung des Einflusses der Großbauern durch gleichzeitige Stärkung der Position der Klein- und Mittelbauern⁷⁵⁸, richteten sich vornehmlich auf die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, die als organisierte, bäuerliche Interessenvertretungsverbände gänzlich in die Hände der Großbauern zu fallen drohten. So hieß es in der sowjetischen Mahnung des weiteren: „Man muß auch aufmerksam darauf achten, daß die Leitung der VdgB aus den Händen der Neubauern und des besitzlosen Teils des Dorfes nicht in die Hände der Großbauern übergeht und daß die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe in der Praxis nicht zu Organen der Ausbeutung der Neubauern und der Armut werden, wie dies die Großbauern in einer Reihe von Orten unserer Zone erstreben“⁷⁵⁹.

Stand	VdgB	Mitglieder	davon: Neubauern	Altbauern	sonstige	SED	CDU	LDPD	Parteilose
1.7.1947	2529	90567	67268	14367	8932	54573	2264	221	33509
1.7.1948	2585	94712	71492	19776	3444	37749	3990	1019	51954 ⁷⁶⁰

Tab.: Mitgliederbewegung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in Mecklenburg

Die Sozialstruktur der VdgB-Mitgliedschaft in Mecklenburg ergab im Jahre 1949 folgendes Bild: Bauern mit Wirtschaften kleiner als fünf Hektar und unselbständige Erwerbstätige machten 17,4% der Mitgliedschaft aus, Bauern mit fünf bis zehn Hektar 60,6%, Bauern mit zehn bis 20 Hektar 17,2%, Bauern mit 20 bis 30 Hektar 2,6%, Bauern mit 30 bis 50 Hektar 1,7% und Bauern mit Betrieben über 50 Hektar Größe machten einen Anteil von 0,5% aus⁷⁶¹. Der Großbauernanteil lag mit 4,8% unter dem Zonendurchschnitt. Beinahe die Hälfte aller

⁷⁵⁷ „Ich spreche schon nicht davon, daß diese Lösung auch aus allen anderen politischen Erwägungen heraus schädlich ist“; „Undatiertes Redemanuskript (Ende August/Anfang September)“, in: Badstübner/Loth, aaO., 169.

⁷⁵⁸ Bei diesen Vorgehensweisen ist immer wieder der Anspruch der Staatsparteiführung beachtenswert, durch die ‚Förderung‘ der Klein- und Neubauern insbesondere auf deren mentale, sozialpsychologische Verfassung einzuwirken, d.h. sie aus dem Zustand „vielhundertjähriger Knechtschaft“ herauszuführen – dies alles natürlich nicht ohne den Versuch, sie in neue Loyalitäten einzubinden.

⁷⁵⁹ „Undatiertes Redemanuskript (Ende August/Anfang September)“ 1947, in: Badstübner/Loth, aaO., 169.

⁷⁶⁰ Stöckigt, aaO., 278.

⁷⁶¹ Vgl. Wernet-Tietz, aaO., 61. Stand: 1.4.1949.

Großbauern waren Mitglied einer VdgB⁷⁶², in deren Leitungen sie überproportional stark im Verhältnis zu ihrem Anteil vertreten waren. Ziemlich vollständig waren die Neubauern Mecklenburgs in der VdgB organisiert, zudem strömten aufgrund der sukzessive ausgebauten wirtschaftlichen Monopolstellung der VdgB notgedrungen ebenfalls die Altbauern in die Organisation⁷⁶³ – eine Entwicklung, die von der SED nicht beabsichtigt worden war⁷⁶⁴. Hinzu trat, daß die Unterminierung der Großbauern auf dem Lande eine genau gegenteilige Reaktion, als intendiert, hervorrief: „Die meisten Altbauern mit mittelbäuerlichen Höfen solidarisierten sich mit den Großbauern“⁷⁶⁵. Dieses Problem schien nach Ansicht der Partei aus den Veränderungen der in Bewegung geratenen bäuerlichen Sozialstruktur zu resultieren. So wie sich im Zeitraum von 1945 bis 1948 „12 % der Kleinbauernhöfe zu Betriebseinheiten mittelbäuerlicher Größe entwickel[n]“ konnten und in Mecklenburg „fast ein Drittel aller Neubauern mehr Land [bewirtschaftete], als ihnen nach der Bodenreformverordnung zustand“, so begannen einige Mittelbauern (5-20 ha), „sich zu Großbauern zu entwickeln“⁷⁶⁶. Da die Mittelbauern auch den größten Anteil in den VdgB und den Genossenschaften stellten, wurden sie zu den „zentralen Figuren“ im Dorfe: „Sie liebäugeln mit den Großbauern und die mit ihnen“⁷⁶⁷. Diese Einschätzung wies auf ein Hauptproblem der SED im Umgang mit der gar nicht so homogenen Bauernschaft hin; denn abgesehen von den scheinbar so klaren statistischen Klassifizierungen, herrschte Unsicherheit über die Eindeutigkeit der ‚Klassenzugehörigkeiten‘ der Bauern, was nicht allein die politische Agitation erschwerte, sondern insbesondere die Differenzierung für die Ablieferungspflicht⁷⁶⁸. Hans Warnke ist bei seinem Versuch, „wen man nun wirklich zu den Großbauern rechnen [kann]“, ausgegangen von der Hektar-Größe unter Berücksichtigung der fremden Arbeitskräfte, der Zugkräfte, des Viehbesatzes

⁷⁶² 49,5% in Mecklenburg, teilte Warnke auf der Landessekretariatsitzung am 15.12.1948 mit; *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/32*, 249-261. Dieser Wert ist vergleichsweise gering: Piskol/Nehrig/Trix, aaO., 125, geben für die gesamte SBZ einen Organisationsgrad unter den Großbauern von 91,6% an, der damit der höchste von allen bäuerlichen Gruppen war.

⁷⁶³ Vgl. Wernet-Tietz, aaO., 60.

⁷⁶⁴ Die VdgB – obzwar als politische Massenorganisation *aller* Bauern propagiert – „ist die Organisation der Klein- und Mittelbauern und soll durch ihre Arbeit auf dem Gebiete der gegenseitigen Hilfe ökonomisch ihre Überlegenheit gegenüber den Großbauern erkämpfen“; Ulbricht, „Die Partei neuen Typus“, aaO., 770.

⁷⁶⁵ Kuntsche in Scherstjanoi, aaO., 235.

⁷⁶⁶ Piskol/Nehrig/Trix, aaO., 152.

⁷⁶⁷ „Unterlagen über die Lage im Dorfe“, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/7/411*, 33 f.

⁷⁶⁸ Die aus politischen Gründen angelegte ‚Normenschraube‘ förderte sicherlich *generell* die Klein- und Neubauernbetriebe, wurde jedoch nicht der differenzierten Wirtschaftskraft gerecht. In Mecklenburg – so beklagte man es in den „Unterlagen über die Lage im Dorfe“ – hätten Betriebe mit gleicher Ackerwertzahl, gleicher Größe und gleicher Struktur noch nicht die gleiche Norm. Es müßten zusätzlich Normen für die Wirtschaftsgruppen 5-7, 7-10, 10-15 und 15-20 ha erstellt werden, da das System „sonst ungerecht“ sei. In der Gruppe 10-20 ha gäbe es viele Neubauern, die „gerade mal 10 ha besitzen, aber die 100% höhere Norm haben“; ebd.

und der Großmaschinen⁷⁶⁹. So rechnete er 30000 Besitzer von Betrieben der Größe zehn bis 35 Hektar zu den Mittelbauern und 7000 Besitzer von 35 bis 100 Hektar zu den Großbauern⁷⁷⁰. Hätte man andere und weitere Kriterien – wie den Anteil von Lohnarbeit, das Betriebsergebnis und die Intensivierung – berücksichtigt, so würden sich „beträchtliche Unschärfen“ ergeben haben⁷⁷¹. Über diese Frage entsponn sich auf der 13. Landesvorstandssitzung des SED Ende Oktober 1948 ein Streit zwischen Carl Moltmann und Kurt Bürger, der im Ergebnis keine Klärung des Problems zu liefern vermochte und womöglich auch gar nicht zu liefern beabsichtigte, da bei ideologischen Stellungnahmen und Agitationen eine gewisse kategorische Unschärfe das typische Kennzeichen für den „Zickzack“-Kurs der moskautreuen und daher opportunistischen Partei war. Moltmann argumentierte: „Wenn wir aber mit der Parole ‚Kampf dem Großbauer‘ hinausgehen, dann wird man uns die Frage stellen, wen meint Ihr mit Großbauer. [...] Klassenkampf auf dem Lande bedeutet Beseitigung der Wirtschaftsmacht, die die Kleinen unterdrückt, bedeutet Verstärkung der VdgB, [...] der MAS, [...] der Genossenschaften. [...] Durch Differenzierung und Gesetzgebung kann man den Großbauern ihre Macht nehmen. [...] Vielleicht wird der Großbauer, wenn ich ihn mit einer richtigen Differenzierung drücke, eines Tages einsehen, daß er Land abgeben muß. – Auch die Steuerschraube kann da wesentlich helfen“⁷⁷². Kurt Bürger erwiderte ihm: „Wenn wir zu der Frage der Großbauern Stellung nehmen, muß man die Frage stellen des Klassenkampfes auf dem Dorfe, und das kann man nicht, wenn man die Massen der Kleinbauern nicht irgendwie aufruft und ihnen nicht sagt, es geht gegen den Großbauer. Es geht nicht um Neuaufteilung, es geht um Schwächung der Macht der Großbauern auf dem Dorf. Wir müssen sie isolieren von den Neubauern und Kleinbauern. Das erfordert von uns, daß wir den Neubauern alle Hilfe erweisen. [...] Ich glaube, wer Großbauer ist, das wissen unsere Kleinbauern auf dem Lande sehr wohl und gut, und daß maßgebend nicht nur die Größe seines Besitzes ist. [...] Wenn man sich ganz scharf auf dem Lande umsieht, dann weiß man gegen wen man zu kämpfen hat“⁷⁷³.

⁷⁶⁹ „Die Lage und die Aufgaben unserer Partei auf dem Lande“. Referat auf der Landesekretariatsitzung am 15.12.1948, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/32*, 249-261.

⁷⁷⁰ Letztlich verfiel er dann allerdings doch wieder auf die gängige Einteilung (so machte es die amtliche Statistik des Deutschen Reiches und später auch die der DDR), nach der alle Wirtschaften mit 20 und mehr Hektar zu den Großbauern zu zählen seien; vgl. ebd. Paul Merker definierte Großbauern als Bauern, „die über 50 bis 100 Hektar Nutzfläche oder auch über weniger verfügen und vorwiegend und ständig fremde Arbeitskräfte verwenden“, in: *Einheit* 11.1948, 1022 f. Entscheidend war also allein die Beschäftigung von Landarbeitern.

⁷⁷¹ Piskol, „Entwicklung der Großbauern“, aaO., 419, Anm. 2.

⁷⁷² Referat Carl Moltmann, 26./27.10.1948, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/31*, 109-124.

⁷⁷³ Referat Kurt Bürger, 26./27.10.1948, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/31*, 125-155.

Die undifferenzierte Stigmatisierung einer ganzen Gruppe von Landwirten sollte Keile in die bäuerliche Gesellschaft treiben, durch die die vorhandenen wirtschaftlichen Unterschiede durch den angestachelten Neid der sich subjektiv unterlegen *Fühlenden* potenziert würden. In der Konsequenz bekämen die Ausgrenzungen sogar einen volksdemokratischen Charakter. Die Vorbehalte gegenüber den Großbauern beruhten auf einer fatalen Diskriminierung⁷⁷⁴ und Angstmache unter der willkürlichen Anschuldigung des ‚Kapitalismus‘. Nach der von der SED verbreiteten Theorie würden die „inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktion [...] schließlich dazu [führen], daß die Großen die Kleinen auffressen“⁷⁷⁵.

Während eines beinahe zweiwöchigen Aufenthaltes der SED-Parteispitze (Pieck, Grotewohl und Ulbricht) in Moskau im Dezember 1948 zur Abklärung der Generallinie der bevorstehenden Parteikonferenz wurde u.a. zu folgender Frage Stellung bezogen: „Durch welche Maßnahmen können die kapitalistischen Kräfte eingeschränkt werden?“⁷⁷⁶ In der Antwort, die die oben, einleitend angeführten, sinngleichen Aussagen Ulrichts in Teilen konkretisierte, wurde u.a. die „Stärkung der führenden Rolle der VdgB im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften“ antizipiert⁷⁷⁷.

Bildung der VdgB (Bäuerliche Handels-Genossenschaft)

Mit der Propagierung des Klassenkampfes kehrte knapp drei Jahre nach Kriegsende jene militäristische Terminologie endgültig wieder in den Alltagsgebrauch zurück, deren reale Umsetzung jeder noch gut vor Augen hatte. Überhaupt zeichnete sich die ohnehin nicht zimperliche Sprache der Kommunisten verstärkt (in der Öffentlichkeit) seit 1948 durch ihre radikale, pejorative Wortwahl aus. Sie benutzten Bilder, die schon von den Nazis zur Veranschaulichung ihrer menschenverachtenden Politik-Ziele kolportiert worden waren („Kampf“, „Elemente“,

⁷⁷⁴ An der Tagesordnung waren Diffamierungen wie „Hetzer“, „Lump“, „Agent“ und „Saboteur“, aber auch Rufmord, Einschüchterungen sowie physische und psychische Bedrängung; vgl. Konrad Müller, aaO., 16 f.

⁷⁷⁵ Paul Merker, „Der Klassenkampf im Dorfe“, in: *Einheit* 11.1948, 1022.

⁷⁷⁶ „Reise nach Moskau vom 12.-24.12.1948“, in: Badstübner/Loth, aaO., 249.

⁷⁷⁷ Ebd., 250. Daneben – das soll hier allerdings nicht weiter verfolgt werden – spielte die, von schleppendem Erfolg gezeichnete Agitation gegen die Großbauern zu den zwischen 1947 und 1949 stattfindenden VdgB-Wahlen eine wichtige Rolle bei dem Versuch, den Einfluß der Großbauern zu beschränken. So wies der *Freie Bauer* seine Lokalredaktionen am 7.10.1948 an: „Der *Freie Bauer*, das Organ der VdgB, wird sich restlos in den Dienst der VdgB-Wahlen stellen, damit sie ein voller Erfolg werden. Die VdgB ist die Organisation der Klein- und Mittelbauern. Großbauern können nicht in die Vorstände der einzelnen VdgB-Einheiten gewählt werden. Das ist eben das Ziel der jetzigen VdgB-Wahlen: den klein- und mittelbäuerlichen Charakter unserer VdgB zu betonen und hervorzukehren, um die VdgB als den Motor für die Demokratisierung des Dorfes vorwärts zu treiben und auf eine höhere Stufe zu stellen“, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 544*. Dieses Dokument weist in seinem Unterton deutlich auf die Probleme und Begründungsschwächen hin, die die Anti-Großbauern-Propaganda – die einen ‚Schnitt‘ quer durch die Dörfer zog – bei den Beteiligten verursachte.

„Liquidierung“, „Säuberung“ etc.)⁷⁷⁸. Reflektiert man die politische Funktion der Sprache, so ist festzustellen, daß die von der SED gebrauchten organischen⁷⁷⁹, technischen⁷⁸⁰, architektonischen⁷⁸¹ und Bewegungs-Metaphern⁷⁸² mehrere Ansprüche der Partei und ihrer Ideologie widerspiegeln: Der Marxismus-Leninismus vertrat einen Absolutheitsanspruch, der durch Wissenschaftlichkeit, Modernität bzw. Fortschrittlichkeit und Gebrauchbarkeit plausibel und attraktiv gemacht werden sollte⁷⁸³. Die Sprache besaß eine erhöhte Abstraktionsstufe, die durch bewußt unbestimmte, mehrsinnige und vage Leerformeln einen Informationsgehalt vermissen ließ. Diese Leerformeln waren „beliebig manipulierbar; denn sie lassen sich sowohl zur Rechtfertigung, zur scheinbaren Bekräftigung wie auch zur Bekämpfung von sprachlichen und moralisch-politischen Ordnungssystemen verwenden“⁷⁸⁴. Inhalte verloren ihre Bedeutung und Verlässlichkeit; sie gaben weder Sicherheit, noch war eine Berufung auf sie möglich. Durch den absoluten Wahrheits- und Geltungsanspruch der Ideologie dominierten ‚Freund-Feind-Stereotype‘ im Vokabular der politischen Führung der SBZ/DDR⁷⁸⁵, woraus u.a. resultierte, daß „die SED-Führung mit der Bevölkerung nicht kommuniziert[e]; sie appelliert[e] vielmehr“⁷⁸⁶.

Die Aufgabe des Klassenkampfes wurde mit der euphemistischen Metapher ‚Säuberung‘ umschrieben und betraf nicht nur die Gesellschaft, die Politik, die Wirtschaft und Kultur im allgemeinen, sondern gerade auch die Partei⁷⁸⁷ und die ländlichen Verbände. Letztere, die von

⁷⁷⁸ Unter Ulbrichts veröffentlichten Reden und Schriften findet sich sogar ein Bändchen von 1935, das mit „Unser Kampf“ betitelt wurde (176 Seiten).

⁷⁷⁹ Sprachliche Beispiele hierfür sind: Entwicklung; Erzeugung; Produktion usw.

⁷⁸⁰ Maschinen-Traktoren-Stationen; Lenkung; Hebel usw.

⁷⁸¹ Festigung; Erhaltung; Aufrichtung; Basis; Baustein usw.

⁷⁸² Prozeß; Umwälzung; Steigerung; Erhöhung usw.

⁷⁸³ Gesetzmäßigkeit; Verlauf usw.

⁷⁸⁴ Peter Christian Ludz, *Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR*, München-Wien 1980, 129.

⁷⁸⁵ Gegensatzpaare wie: Sozialismus – Kapitalismus und revolutionär – reaktionär.

⁷⁸⁶ Ludz, aaO., 158. Hierfür ist die Flut der Lösungen, die zu den verschiedenen Anlässen ausgegeben wurden, ein Beispiel. Die VdgB verteilte z.B. 1951 35 Lösungen zur rechtzeitigen und guten Durchführung der Herbstbestellung: „Die rechtzeitige Durchführung der Herbstbestellung – ein Schlag gegen die westlichen Kriegstreiber!“; „Bauer! Deine Selbstverpflichtungen sind Baustein für die Erhaltung und Festigung des Friedens“; „Den Kriegstreibern wird es nie gelingen, uns von der Friedensarbeit abzubringen“; *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 405.

⁷⁸⁷ In der SED richteten sich die Säuberungen nicht nur gegen ehemalige Sozialdemokraten, sondern auch gegen den Zustrom von Großbauern in die Partei: „Es ist leider so in allen Kreisen, daß recht viele Großbauern Mitglieder unserer Partei sind; das müssen wir in den Kreisen bereinigen, Ihr müßt sie aus unserer Partei herausbringen, denn sie können nicht Mitglieder [...] sein, auch wenn sie charakterlich gute Menschen sind. Sie gehören einfach als Großbauern nicht hinein“, Moltmann, 26./27.10.1948, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/31*, 109-124. „Solange sämtliche Bauern im Dorf Mitglied der SED sind, können wir [Landarbeiter] nicht kommen. Wir können nicht glauben, daß die SED eine Arbeiterpartei ist“, *Geschichte der Landesparteiorganisation der SED*, aaO., 405.

den Großbauern dominiert wurden und sich vielfach in Opposition zur SED-Agrarpolitik befanden, waren für eine Säuberung zunächst umzuformen und zu unterwandern. Diese Vorhaben formulierte die VdgB in ihrer Satzung von 1947, worin sie die Genossenschaften als ihr unterstellte Organisationen betrachtete⁷⁸⁸. Da das „Vertrauen“ der bäuerlichen Bevölkerung zu den Genossenschaften „noch sehr gering“ war – so bezeichnete Moltmann die zurückhaltende Beteiligung der Kleinbauern an den Genossenschaften⁷⁸⁹ – „müssen [wir] daher die Kleinbauern ideologisch auf diesen Weg bringen, damit sie die Notwendigkeit, die Genossenschaften als einen Machtfaktor für sich zu erkennen, einsehen. Die Großbauern haben das längst erkannt“⁷⁹⁰. Die VdgB entfaltete – insbesondere unter ihren eigenen Mitgliedern – eine „systematische Werbung für den Eintritt in die Genossenschaften“⁷⁹¹. Dieses Vorgehen war nicht Ausdruck einer Stärkung der genossenschaftlichen Prinzipien Freiwilligkeit, Selbstständigkeit, Selbstverwaltung und Subventionierung, sondern der Versuch einer „(zusätzlichen) Erfassung der Bauern in einer – später – von der SED zu steuernden Organisation“⁷⁹². Die Gleichschaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens setzte um die Mitte des Jahres 1948 ein, als der in der SBZ vollzogene Übergang zur kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsplanung, zur damit verbundenen Zentralisierung des Landwirtschaftsapparates und zur Entstehung volkseigenen Eigentums eine stärkere Integration der bäuerlichen Bevölkerung in das ökonomische und gesellschaftliche System erforderlich machten⁷⁹³. Die große Anzahl der selbständigen landwirtschaftlichen Organisationen und Verbände wurden in einem ersten Schritt so umstrukturiert⁷⁹⁴, daß sie ihre „Autonomie weitgehend einbüßten“ und danach in die VdgB eingegliedert werden konnten⁷⁹⁵. In den Dörfern wurden die verschiedenen Spezialgenossenschaften zur einheitlichen ‚Dorfgenossenschaft‘ zusammengefaßt, d.h. Bauern benachbarter Gemeinden bildeten diese Genossenschaften, die jeweils ca. 1000 ha umfassen sollten⁷⁹⁶. Da zumeist jeder Bauer auf Teilgebieten die Dienste der neuen Universalgenossen-

⁷⁸⁸ Die Satzung wurde in der Funktionärszeitschrift *Die Ähre* 10/11.1947, 5 ff. veröffentlicht.

⁷⁸⁹ Ein Grund für diese Zurückhaltung mag die starke Spezialisierung des Genossenschaftswesens gewesen sein; die Mehrfachmitgliedschaft war den Klein- und Neubauern finanziell unmöglich, da die Genossen in jeder Genossenschaft Geschäftsanteile hätten erwerben müssen.

⁷⁹⁰ Carl Moltmann, Referat am 26./27.10.1948, *MLHA BPA Schwerin LL der SED Sekretariat IV/2/1/31*, 109-124. Nach Warnkes – ebd. gemachten – Angaben waren 93,3% aller Großbauern in den Genossenschaften organisiert.

⁷⁹¹ VdgB-Satzung, aaO., §1, Ziffer 3 m.

⁷⁹² Buss, *Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften*, aaO., 102.

⁷⁹³ Vgl. Wernet-Tietz, aaO., 58.

⁷⁹⁴ Vgl. *Die Ähre* 8.1948, 1. Der Plan zur „Reorganisation“ der Raiffeisengenossenschaften wurde am 17.8.1948 in einer Sitzung linientreuer SED-Genossenschaftsvertreter in der Abteilung Landwirtschaftliche Berufsvertretung der DWK formuliert.

⁷⁹⁵ Wernet-Tietz, aaO., 89.

⁷⁹⁶ Vgl. Buss, aaO., 55.

schaften in Anspruch nehmen mußte, gerieten sie direkt oder indirekt unter die ‚Fittiche‘ dieser kommunistisch ausgerichteten Massenorganisation. Am 1.12.1949 bestanden in Mecklenburg 21 Kreisgenossenschaften und 721 von 826 geplanten Dorfgenossenschaften⁷⁹⁷. Es regte sich jedoch bei den betroffenen Genossenschaftsmitgliedern und besonders bei deren Leitern vielfach Widerstand gegen die Aufgaben- und Strukturveränderungen der Genossenschaften⁷⁹⁸. Buss schildert den Fall einer Teltower Bezirksgenossenschaft, die sich 1949 auf vier Generalversammlungen der Umwandlung widersetzt. Erst während der fünften – sieben Monate später und immer noch unter „reichliche[m] Widerspruch“ – beugten sich die Bauern⁷⁹⁹. Nachdem die landwirtschaftlichen Genossenschaften 1949 offen zum Gegner der Parteipolitik deklariert wurden, veränderte sich auch die propagandistische Haltung der VdgB ihnen gegenüber. Die Angriffe der Vereinigung richteten sich gegen die „reaktionären Leitungen“ und die unpolitischen „Fachleute“, d.h. gegen den Personenkreis, der die Entwicklung der Genossenschaften hin zu einer Transmissionsorganisation sozialistischen Typs zu unterbinden versuchte⁸⁰⁰. Die Methoden zur Beseitigung des Widerstandes differierten: Öffentlichkeitswirksam, drohend und stigmatisierend wurde in Güstrow ein Schauprozeß⁸⁰¹ gegen die sog. „Raiffeisenverbrecher“ inszeniert, über den die *Norddeutsche Zeitung* am 7.9.1950 unter dem Titel „Seid wachsam! Neuer Millionen-Betrug am Volke“ wie folgt berichtete:

„Aus dem Bericht und aus der Anklageschrift geht einwandfrei hervor, daß verbrecherische Elemente in den landwirtschaftlichen Genossenschaften jahrelang nicht nur die Bauern, sondern die ganze Bevölkerung unseres Landes ungehindert auf das Schwerste schädigen konnten. [...] Nach dem Befehl 146 sollten die alten, unter dem Einfluß der enteigneten Großgrundbesitzer stehenden Genossenschaften einer völligen Reorganisation unterzogen und die neu zu bildenden Genossenschaften nach diesem Befehl zu wirtschaftlichen Unternehmen der werktätigen Bauern und zu einer wirklichen Hilfs- und Schutzorganisation entwickelt werden. Insbesondere sollen Kreis- und Dorfgenossenschaften gebildet werden. Der Bericht beweist, daß die Angeklagten bewußt und mit voller Absicht diese Reorganisation nicht durchführten, sondern die landwirtschaftlichen Genossenschaften nach wie vor in den Händen bauernfeindlicher Elemente verblieben. [...] Die Angeklagten [standen] in ständiger Verbindung mit ihren westlichen Auftraggebern und führten deren Auftrag, der unseren wirtschaftlichen Aufbau schädigen sollte, rücksichtslos durch. Statt ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, Genossenschaften zu organisieren, die

⁷⁹⁷ Landeswirtschaftsberatung der VdgB, Landesspiegel Mecklenburg, Stichtag: 1.12.49, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 603. Zonenweit bestanden im Dezember 1949 neben den 3582 neugebildeten Dorfgenossenschaften noch 2880 Spezialgenossenschaften; vgl. Piskol/Nehrig/Trixa, aaO., 167. In den neugegründeten Kreisgenossenschaften – die die wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitglieder zur Verwirklichung der staatlichen Planung leiteten – mußten alle Dorf- und Spezialgenossenschaften Mitglied sein.

⁷⁹⁸ Vgl. Buss, aaO., 62 f.

⁷⁹⁹ Ebd., 63.

⁸⁰⁰ Buss, aaO., 101.

⁸⁰¹ „Dem Klassenkampf als objektiver Erscheinung des politischen und gesellschaftlichen Lebens entspricht unsere Parteilichkeit der ideologischen Haltung. Das muß auch in der Prozeßführung zum Ausdruck kommen“, Hilde Benjamin, in: *Neue Justiz* 4.1951, 150, zit. n. Buss, aaO., 71.

in der Lage gewesen wären, den 145000 mecklenburgischen Bauern beim Aufbau ihrer Wirtschaft zu helfen, haben die Angeschuldigten alles getan, um diesen Aufbau zu stören“⁸⁰².

Vom 10. bis 15.7. in Güstrow und vom 16. bis 18.7.1950 in Greifswald fand gegen nahezu alle leitenden Funktionäre der mecklenburgischen Landesgenossenschaften ein Prozeß statt unter der Anklage, durch Subventionsbetrug den Staat um 30,5 Mio. Mark (26 Mio. DM und 4,5 Mio. RM) betrogen zu haben⁸⁰³. Die neun Angeklagten (einer konnte sich durch Flucht entziehen) wurden zu Strafen zwischen zwei Jahren Gefängnis und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dieser Prozeß, der „ein Mittel des Klassenkampfes war“⁸⁰⁴, schaltete nicht nur einen Großteil der Führungsschicht des mecklenburgischen Landesverbandes aus und sorgte dafür, daß weitere Genossenschaftler aus der gesamten Zone flüchteten, er zeigte den Zurückgebliebenen zudem, daß Widerstand gegen die „Reorganisation der Genossenschaften auf demokratischer Grundlage“⁸⁰⁵ drakonisch geahndet werden würde. Buss schloß seine Schilderung dennoch mit dem Urteil: „In den Dörfern dagegen lebte der ‚Raiffeisengeist‘ weiter“⁸⁰⁶.

Die Etablierung von Dorfgenossenschaften und der Aufbau und die Beherrschung des ‚Zentralverbandes der ländlichen Genossenschaften‘ durch die SED (März 1949) ging dem Prozeß der Eingliederung der Genossenschaften in die VdgB – der bereits im April 1948 als „in absehbarer Zeit“ zu vollziehen, avisiert wurde⁸⁰⁷ – direkt voraus. Was längst beschlossene Sache war, brauchte (und erhielt) auch in diesem Fall seinen scheindemokratischen letzten ‚Anstoß‘ durch den „erfolgreiche[n] Kampf der werktätigen Bauern um die Entfaltung des demokratischen Charakters ihrer Organisation“⁸⁰⁸: „Wir Bauern von Wendisch-Priborn [Kreis Parchim] beschäftigen uns seit Monaten mit der Frage der Zusammenarbeit VdgB – Dorfgenossenschaft. [...] In unserer Gemeinde ist die enge Zusammenarbeit schon vor vielen Monaten praktisch durchgeführt und laufend verbessert worden. [...] Ja, es ist so, daß die noch rein organisatorische Trennung ein Hemmnis der weiteren Entwicklung ist. Die praktische Arbeit wird leichter und erfolgreicher sein, wenn VdgB und Dorfgenossenschaft zu einer einzigen großen Organisation der bäuerlichen Selbsthilfe zusammengeschlossen sind“⁸⁰⁹. Dieser ‚Forderung‘ voraus gingen die Direktiven des III. Parteitags der SED in

⁸⁰² *MLHA VdgB BHG LV Nr. 558.*

⁸⁰³ Vgl. Buss, aaO., 72-75; Karl von der Neide, *Raiffeisens Ende in der Sowjetzone*, hg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952, 21 ff; Wernet-Tietz, aaO., 91.

⁸⁰⁴ Buss, aaO., 74.

⁸⁰⁵ Vgl. *Der Freie Bauer* vom 23.7.1950, 14.

⁸⁰⁶ Buss, aaO., 75.

⁸⁰⁷ So der Leiter der Genossenschaftsabteilung der VdgB, Walter Scholz; zit. n. Wernet-Tietz, aaO., 90.

⁸⁰⁸ Drost, aaO., 83.

⁸⁰⁹ Brief der Ortsvereinigung der VdgB und des Vorstandes der landwirtschaftlichen Genossenschaft vom 4.11. 1950, zit. n. Herferth/Poosch/Schmidt/Stöckigt, aaO., 80 f.

Berlin vom 20. bis 25. Juli 1950, der in der Hauptsache den ersten Fünfjahrplan beschloß. Ulbricht empfahl den direkten Anschluß der Genossenschaften an die VdgB – eine Frage, die „einige Bauern [...] aufgeworfen“ hätten⁸¹⁰. „Bisher haben sich gewisse Angestellte der früheren Raiffeisengenossenschaften einer solchen Regelung widersetzt. Der Prozeß gegen die leitenden Genossenschaftsangestellten in Mecklenburg hat gezeigt, daß überall eine systematische strenge Kontrolle der Genossenschaften notwendig ist. Die in den Leitungen der VdgB tätigen werktätigen Bauern müssen unmittelbar einen stärkeren Einfluß auf die Arbeit in den Genossenschaften erhalten“⁸¹¹.

Daß den Bauern zu diesem Zeitpunkt jedoch ganz woanders der ‚Schuh drückte‘, zeichnet folgender Instrukteursbericht nach: „Abschließend kann nach der dreitägigen Instrukteursfahrt gesagt werden, daß besonders Sorgen in der Beschaffung von Arbeitsbekleidung und Schuhwerk herrschen. Durch das anhaltende Regenwetter macht sich das besonders fühlbar. Diese Sorgen wurden uns in jedem Dorf vorgetragen, auch konnten wir uns selbst von der manchmal unmöglichen Bekleidung überzeugen“⁸¹². Auf die allerorts sichtbare und intern auch diskutierte wirtschaftliche Notlage – z.B. die Verschuldung vieler Neubauernbetriebe oder deren Devastierung durch Flucht der Besitzer in den Westen, die Probleme mit der Erfüllung der Ablieferungspflicht etc.⁸¹³ – wurde von seiten der Regierung mit intensiverer politischer Kontrolle, mit stärkerer ideologischer Schulung und mit einer totalen Planwirtschaft reagiert. Die DDR besaß nicht den insbesondere psychologisch motivierenden Vorteil des Marshall-Plans und mußte daher auf anderem Wege versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln. Der enorme Werbefeldzug für den Fünfjahrplan war dabei eine Methode, die Herausstellung von Feindbildern, von Sündenböcken und von durch diese drohende Gefahren eine andere. Ob dieser – wirtschaftlich unproduktiven – Aufgabe schienen die Verwaltungsorgane zum Teil überfordert zu sein; ihre Klientel bzw. ihr Mündel – die (neu)bäuerliche Bevölkerung – war weitge-

⁸¹⁰ Referat „Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft“, in: *GdA*, Bd. III, 743.

⁸¹¹ *Ebd.*

⁸¹² Schrape/Hackbarth, 5.10.1950, Bericht über den Instrukteurseinsatz vom 2.–4.10. im Kreis Güstrow zur Vorbereitung der Volkswahlen am 15.10., *MLHA VdgB BHG LV Nr. 664*.

⁸¹³ Vgl. Protokoll der VdgB-Landesausschusssitzung vom 9.9.1950, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 2*. Nachdem der Landesbauernsekretär Quaschning unter dem Tagesordnungspunkt ‚Kritik und Selbstkritik des LV‘, vom Thema abweichend, ein Loblied auf die VdgB, den III. Parteitag der SED, auf Pieck und Ulbricht ausbrachte, wurde in der anschließenden Diskussion Tacheles geredet. Ein Landesausschußmitglied nahm die Bauernschaft in Schutz: „Die Zusammenarbeit im Lande von Genossenschaften, VdgB und Partei muß grundsätzlich eine bessere werden [...] Es kommt auch vielfach daher, weil die Parteigenossen in dem Bauern einen Reaktionär sehen. Der Bauer ist wohl konservativ, aber nicht reaktionär“. Auf die hier kritisierte Art schrieb z.B. die Landesregierung Mecklenburg der DBD zur Nichtablieferung: „Gegner der DDR verzögern die Ablieferung durch Sabotage. Es handelt sich dabei um den politisch reaktionären Teil der Landbevölkerung“, *MLHA Min. Präs. HA Erfassung und Aufkauf 77, 4*.

hend ungefestigt, sowohl wirtschaftlich und sozial als auch (im Sinne der SED) politisch. Im Oktober 1950 beschrieb die VdgB das Erscheinungsbild einiger Ortschaften im Kreis Parchim in der von ihr geforderten politisch-ideologischen Sichtweise, die (auch der VdgB?) deutlich machte, wie wenig man mit den angewandten Methoden zur Lösung der Probleme würde beitragen können:

„Die bisher im Kreis betriebene Agrarpolitik zeigte Schwächen, insbesondere bei der richtigen Einstellung der Klassenstruktur auf dem Lande und den damit verbundenen Fragen des Bündnisses zwischen Arbeit und Bauern auf. Sowohl in der VdgB als auch in den Genossenschaften sind Schwächen politischer Art zu verzeichnen. [...] Die Neubauern sind in der Hauptsache ehemalige Landarbeiter und zu ungefähr 30 bis 35 % Umsiedler. Insbesondere die ehemaligen Landarbeiter gewöhnen sich nur schwer an die Entwicklung eigener Initiative. Die Anleitung der Wirtschaftsberatung muß sich daher auf dieses Gebiet konzentrieren, um auch hier politisch gute Arbeit zu leisten. Sie bedarf dazu der stärksten Unterstützung aller Parteien, insbesondere der SED. Die Lebenslage der Neubauern ist [...] teilweise noch schlecht. Sie machen teilweise den Eindruck von ‚Befehlsempfängern‘, die sich ihrer politischen und ökonomischen Positionen noch nicht klar geworden sind. In der Gemeinde Lindenbeck war zu verzeichnen, daß sich einzelne negative Elemente, die den ideologischen Stand der Neubauern und deren ideologische Labilität zu Nutzen machen, nur hetzende Tendenzen zu betreiben. Dieses zeigt sich auch in der Gemeinde Lübz, in der ausgesprochene Anti-Sowjetische Stimmung zu verzeichnen ist“⁸¹⁴.

Die Gleichschaltung des bäuerlichen Organisationswesens erschien der politischen Führung aus machtstrategischen Überlegungen notwendig zu sein. War die VdgB zumindest auf höherer Personalebene bereits ein Spiegelbild der SED, so umfaßte die politische Struktur der Verwaltungsorgane und Belegschaften der 16 in die VdgB (BHG) eingehenden Bäuerlichen Handels-Genossenschaften noch ein relativ breites Spektrum⁸¹⁵:

	insg.	FDGB	DFD	FDJ	Sportbewegung	VdgB	DSF	KB	Kons.	SED	CDU	LDP	NDP	DBD	p.los
Personal ♂	112	104	0	16	15	0	46	14	14	8	11	10	14	1	68
Personal ♀	115	103	5	26	8	0	19	12	10	4	2	6	2	0	101
gesamt	227	207	5	42	23	0	65	26	24	12	13	16	16	1	169
Vorstand	48	17	1	0	3	2	13	14	10	9	13	10	1	2	13
Aufsichtsrat	104	7	0	1	13	10	12	16	7	29	25	12	0	0	38

Die Vereinigung der VdgB mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften wurde am 20.11. 1950 vollzogen. Neben den bündnispolitischen, zentralstaatlichen Zielen der SED lagen die Ursachen dieser Vereinigung, welche die SED immer stärker unter Zugzwang setzten, viel tiefer, im wirtschaftlichen Bereich. Durch das Allheilmittel der Planwirtschaft erwartete die Staatspartei einen wirtschaftlichen Aufschwung und hoffte, ihre schockartigen und häufig

⁸¹⁴ VdgB LV, Parchim, Sekretariat Wirtschaft, 11.10.1950, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 664.

⁸¹⁵ Nach: *MLHA BPA Schwerin LL der SED LPKK IV/2/4/1218*, 77. Stand: 31.8.1950.

willkürlichen Eingriffe in das sensible Wirtschaftssystem der Nachkriegszeit kompensieren zu können. Diese Hoffnung trog, und auf dem Lande schien das wirtschaftliche und soziale Gefüge in diesem mangelwirtschaftlichen Teufelskreis zu erodieren. Das äußerte sich in verschiedenen Erscheinungen, von denen zwei erwähnt werden sollen.

Die Verwaltung – d.h. die staatliche, die parteiliche und die wirtschaftliche – blähte zu einem Wasserkopf auf, agierte jedoch zunehmend kopflos⁸¹⁶, insbesondere wenn sich Widerstände zeigten. Die sich in alle Bereiche und Entscheidungen einmischende ‚Kompetenzkompetenz‘ der Partei entfernte die Organe der bäuerlichen Gesellschaft vom Boden der Realität, von den Menschen. Diese Organe handelten unselbstständig, widersprüchlich und unter wachsendem Ausschluß der sich vor Ort befindenden Fachleute. Jede Handlung wurde zu einer politischen Maßnahme, die Auswirkungen zeigten sich zunächst in der Wirtschaft und der Gesellschaft. Da Mißwirtschaft nicht eingestanden werden konnte, mußten – wie gezeigt – Sündenböcke her. Einige Beispiele, die die Bandbreite dieser Politik aufzeigen: Kurt Bürger erklärte bereits im November 1946 mit der ganzen Macht seiner Leibesfülle den Kreissekretären kurz und bündig die Zuständigkeit der SED: „Die Partei ist der Träger des Staates, sie muß überall für die Durchführung der Lebensfragen eintreten“⁸¹⁷. Weiter führte er aus, daß die Partei – um ihre Basis schnellstens zu vergrößern – die Massenorganisationen wie die Gewerkschaften und die Frauenausschüsse heranziehen müsse. Der wichtigste Verbündete sei jedoch die

⁸¹⁶ Die Defizite wurden erkannt, zum Teil auch intern thematisiert, konnten jedoch nicht bis in die nächst höhere Verwaltungsebene vordringen: „Der Bürokratismus“ – so wurden all jene Erscheinungen benannt, für die nicht Außenstehende verantwortlich gemacht werden konnten – „bei den Landesverbänden und auch beim Zentralverband [der VdgB (BHG)] muß durch neue Methoden beseitigt werden, damit platzt gleichzeitig der Wasserkopf“, Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 17.4.1952, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 4*. Ein anderes Prinzip, Probleme zu thematisieren, ohne dafür Staat und Partei verantwortlich machen zu müssen, war das der ‚Kritik und Selbstkritik‘: In der Schulordnung der Landesparteischule der KPD Mecklenburg-Vorpommerns hieß es zur Kritik und Selbstkritik: „Kommunisten verbinden mit dem Begriff Kritik auch den Begriff Selbstkritik. Das Recht zur Kritik darf nicht geschmälerd werden, aber es ist Pflicht der Kommunisten, zu den eigenen Fehlern und Schwächen offen vor der Gemeinschaft Stellung zu nehmen“, *MLHA BPA Schwerin LL der KPD Mecklenburg I/39*, 37. In einem Brief an den Landrat in Rostock teilte ein Angehöriger des RdK Rostock mit: „Die Kritik und Selbstkritik in unserer Partei dient der Überwindung der Fehler und Schwächen, der ständigen Verbesserung der Arbeit und hilft der Erziehung der Mitglieder und Entwicklung der Partei zur Partei neuen Typs“; Herbert Feige (RdK) an den Gen. Landrat Steudte, 11.8.1950, Brief betr.: Stellungnahme zu dem Diskussionsbeitrag des

Gen. Krebs, Kreisvorstand der SED, *MLHA RdK Rostock 29*, 140-142. Der von Marx und Engels entwickelte Gedanke der Kritik und Selbstkritik hilft, Fehler und Mängel der Partei aufzudecken, diese zu überwinden und die Partei von „Elementen“ zu befreien, „die nicht zu ihr gehören“. Stalin unterschied streng zwischen der „uns fremden, zerstörerischen, antibolschewistischen ‚Selbstkritik‘ und unserer, der bolschewistischen *Selbstkritik*, deren Ziel es ist, den Partegeist zu verbessern, unsere Wirtschaftskader zu stärken, die Arbeiterklasse zu wappnen“; Bernhard Dohm, „Wie soll Kritik und Selbstkritik angewendet werden?“, in: *Einheit* 2.1951, 130 f.

⁸¹⁷ Referat „Wirtschaftspolitische Aufgaben der Partei“, erweiterte Konferenz des Landesvorstandes mit den Kreissekretären, 3.11.1946, *MLHA BPA Schwerin LL SED Sekretariat IV/2/1/13*, 91-93.

„Bauernschaft; wir müssen alles tun, um ihre Organisation, die VdgB, zu stärken“⁸¹⁸. In ihrer Phase relativer Selbständigkeit bis 1948 – hier entfaltete sie ihre größte Wirkung und genoß vielfach Rückhalt in der Bevölkerung – erwehrte sich die VdgB allerdings auch teilweise der Einflußnahme von seiten der Partei. Während einer Kreiskonferenz der VdgB in Demmin im Frühjahr 1947, unter deren 350 Teilnehmern sich auch Edwin Hoernle befand, zeigte sich nicht nur „eine starke Opposition“, die den Eindruck erweckte, als ob sie eine „organisierte Opposition sei“, es wurde sogar vehement gegen die Einwirkung der SED argumentiert: „Wie ist es nun möglich, daß [...] es eine Partei gibt, die sagt, ‚Ihr seid uns unterorganisiert! Ihr habt zu tun, was wir wollen!‘ Wir als VdgB haben selbst kandidiert. Wie ist es möglich, daß einer Kreisrat für die Landwirtschaft wird, der nicht Bauer ist?“⁸¹⁹. Abgehoben von seiner Basis und systemkonform wirkte dagegen der Zentralverband der VdgB. Er sorgte für die korrekte politische Ausrichtung des Verbandes, z.B. bei den Landesverbandstagen Anfang November 1947: „Wir [übermitteln] Ihnen Richtlinien bzw. Anleitung für die Referate auf den außerordentlichen Landesverbandstagen. Desgleichen kann auf dieser Grundlage, angepaßt an die lokalen Verhältnisse, die Entschließung der Landesverbandstage aufgebaut werden. Zur Frage der Londoner Konferenz und der Einheit Deutschlands soll ebenfalls eine kurze Entschließung [...] gefaßt werden“⁸²⁰. Der Landesverband folgte dieser Aufforderung und protestierte so in seiner Resolution vom 2.11.1947 gegen die „Zerschlagung“ und „Sabotierung“ der Einheit Deutschlands, für die Schaffung einer „Zentral-Regierung“ und die Durchführung der „demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland“ und – hier wurden in vager Formulierung (d.h. so präzise wie nötig, so unpräzise wie möglich) die Prügelknaben der Wirtschaftsmisere auserkoren – verurteilte das „Verhalten aller derjenigen Bauern, die aus selbstsüchtigen und reaktionären Gründen ihre Pflicht vernachlässigen und damit die Versorgung der Bevölkerung gefährden. [...] Das enge Bündnis zwischen Arbeiter- und Bauernschaft ist der Grundpfeiler der Demokratie. Wer dieses Bündnis stört und hintergeht, ist unser Feind“⁸²¹. Kritik wurde damit aus dem Verband herausgedrängt und der Kreis der Gegner für selbige gefährlich weit gezogen; all jene, die sich gegen den *status quo* richteten, schlossen sich selbst aus der Gesellschaft aus, machten sich zu deren „Fein-

⁸¹⁸ Ebd.

⁸¹⁹ Landeskomitee VdgB, Sekretariatssitzung, 14.3.1947, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 7. Hoernles Ausführungen auf der Kreiskonferenz in Demmin wurden unterbrochen von dem Zwischenruf: „Brot will wi haben“.

⁸²⁰ Generalsekretär Anton Jadasch (SED) an den LV VdgB Mecklenburg, Brief vom 21.10.1947, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 251.

⁸²¹ Die Delegierten brachten schließlich noch „im Namen der gesamten Bauernschaft Mecklenburgs stärkste Sympathiebekennnisse dem 30. Jahrestag der UdSSR entgegen“; *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 251.

den“. Lange Zeit übernahm die Bauernpresse scheinbar die Rolle einer Interessenvertreterin der Landbevölkerung⁸²², nicht zuletzt deswegen, weil die zuständigen Stellen überlastet waren. Die Beschwerdestelle der ZVdgB wurde in „erheblichem Umfange“ frequentiert. „Die durchschnittliche Besucherzahl betrug monatlich 150 bis 200 Personen. Die Psyche der Mehrzahl der Besucher bedingte einen erheblichen Zeitaufwand“⁸²³. Viele Bauern wandten sich mit ihren Sorgen und Nöten an die Zeitungen, die oftmals sogar eigene Rubriken unterhielten (z.B. „Hier spricht das Dorf“ im *Bauern Echo*), in denen Kritik geäußert werden konnte und veröffentlicht wurde⁸²⁴. Daß diese Artikel schon bald jedoch nicht mehr helfen sollten, die Ursachen der Kritik zu bekämpfen, sondern den der sie geäußert hatte, mußte mancher Briefeschreiber am eigenen Leib erfahren:

„Ich begrüße vor allen Dingen die Artikel, worin schärfste Kritik gegenüber den Behörden und Verwaltungsorganen geübt wurde und besonders die Rubriken, wo Du [der *Freie Bauer*, J.M.] in der Beantwortung den Einsendern Recht gibst. Jedoch möchte ich nicht verfehlten, und das soll der eigentliche Zweck meines Schreibens sein, Dir mitzuteilen, daß wir vergebens darauf warten, daß es endlich mal besser wird. Insbesondere für die Landwirtschaft, die wohl [...] durch den verlorenen Krieg am meisten gelitten hat. So habe ich schon oft dazu angesetzt, um Dich zu bitten, mir die Genehmigung zu erteilen, daß ich jeden Deiner Aufsätze, welche die Landwirtschaft betreffen, widerlegen möchte. Jedoch konnte ich mich dann doch nicht dazu entschließen, das verfaßte Schreiben abzusenden. Der Grund lag wohl darin, daß ich Ende 1946 und während des Jahres 1947 einige mit echter Kritik gespickte Briefe – worin ich sämtliche, uns Bauern betreffende Fragen beleuchtete, von unseren Sorgen und Nöten schrieb, vorschlug, wie es hätte dieses oder jenes anders gemacht werden könnte usw. – der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, der Landesregierung Mecklenburg, dem Rat des Kreises Waren einreichte und die ersehnte Antwort darin bestand, daß man mich durch einen politischen Offizier der Roten Armee abholen ließ, welcher mich nach dem Verlaufe eines langen ausführlichen Verhörs dazu zwang, sämtliche an obengenannte Verwaltungen gerichtete Schreiben zurückzunehmen. Seit der Zeit haßte ich alle Notizen, die die Bauern aufforderten, mitzuarbeiten an der besseren Ausgestaltung Ihrer Zeitung“⁸²⁵.

⁸²² Der *Freie Bauer* an das Landeskomitee der gegenseitigen Bauernhilfe (Landesregierung), 16.1.1947, Anfrage: „Auf Grund einiger Anfragen aus unserem Leserkreise bitten wir um folgende Auskünfte: Wann und wo finden Kurse für Traktorenfahrer statt? Welche Firma stellt Bodenfräsen her? Wo gibt es Obstbaumspritzen?“, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 544. Fritz Baumann (Runow) an Präsident Wehmer, Brief vom 27.12.1946: „Wenn bei uns das illustrierte Blatt *Der Freie Bauer* ins Haus gebracht wird, so bedeutet dies gewissermaßen eine Feierstunde. Die Artikel sind so aus den Sorgen des Alltags gewählt und bringen uns viele neue Kraft und wir hoffen, daß unsere Verwaltungen auch sehr viel daraus lernen mögen. Z.B. der Artikel: Demokratische Methoden anwenden! Nr. 58. [...] Ich möchte Sie nun bitten, Herr Präsident, Stellung nehmen zu wollen, wie sich der Befehl Nr. 197 der SMAD für meine Handwerkersiedlung auswirkt“; *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 626.

⁸²³ „Tätigkeitsbericht des Zentral-Bauernsekretariats für das Jahr 1947“, *MLHA MLF* Nr. 3211, 4-13.

⁸²⁴ Paul Strübing (Rosenow) in *LZ*, 25.10.1951, „Aus der Leserbriefmappe: Liebe Landes-Zeitung!“ „Du hast schon vielen zu ihrem Recht verholfen und mit dieser Hoffnung, auch mir dazu zu verhelfen, wende ich mich mit folgendem Anliegen an Dich:“, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 551.

⁸²⁵ Landwirt Paul Müller (Finken, Post Stuer) an den *Freien Bauern*, Abschrift vom 21.11.1948, die an den VdgB LV weitergeleitet wurde, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 544.

Es überrascht nicht, daß Hans Mierau vom Landesbauernsekretariat denn auch Ende 1949 feststellen mußte, daß „der Vertrieb des *Freien Bauern*, d.h. unsere Zeitung, in den letzten Monaten einen Rückgang erfahren hat“. Mierau beauftragte alle Kreissekretäre, „regste Propaganda für den *Freien Bauern*“ zu betreiben und die „Bedeutung des *Freien Bauern* für unsere Organisation und als Wegweiser in der Entwicklung der Landwirtschaft“ herauszustellen⁸²⁶. Und auch wenn aus dem Ministerium für Landwirtschaft der *Landes-Zeitung* die einsichtige Mitteilung zur Veröffentlichung zugestellt wurde, daß „wir wichtige Aktionen und Entscheidungen nicht administrativ durchführen, sondern daß wir in öffentlichen Versamm-lungen diese Maßnahmen diskutieren und dadurch die Mitarbeit der breiten Masse der Bevölkerung gewinnen“, wurde letztlich am Geltungsanspruch und Dogmatismus der Verwaltungsorgane nicht gerüttelt: „Sie haben die Leitung bei der Erziehung und Schulung und der kulturellen Entwicklung der werktätigen Bevölkerung“, hieß es in dem Diskussionspapier weiter⁸²⁷. Kritiken, die über die Presse an diesen Organen oder an der VdgB geäußert wurden, erreichten nur noch ihren Adressaten, „wenn sie sich in einem Kreis, mit allgemeinen Fehlern und extremen Fehlern in einzelnen Gemeinden befassen. Wenn wir uns mit jedem einzelnen Artikel der Landwirtschaft aus den Kreisseiten der *Landeszeitung* beschäftigen würden, entstünde eine bürokratische Mehrarbeit, die nicht positiv ist“⁸²⁸. Das Abwiegen von Kritik wurde zum Kennzeichen des Umgangs mit ihr. Häufig wurde bei der Weiterleitung von Beschwerden eine Einschränkung an dem Beschwerdegegenstand oder dem Beschwerdeführer gemacht. War jemand ideologisch nicht ‚astrein‘, hatte seine Beschwerde auch weniger Geltung; wurden über den reinen Tatsachengehalt hinaus auch Mitteilungen über Streitereien in einer VdgB-Ortsgruppe oder Genossenschaft gemacht, dann wurde auch das als Einschränkung der Rechtmäßigkeit der Beschwerde ausgelegt⁸²⁹. So wie die Bauernpresse – diese

⁸²⁶ „Die Geschäftsführung setzt für jede Neuwerbung eines Abonnenten den Betrag von DM 0,50 aus. [...] Das Gleiche trifft für unsere Funktionärszeitschrift *Die Ähre* zu. Es darf keinen Funktionär der VdgB geben, der nicht unsere Funktionärszeitschrift liest“. Mierau an alle Kreisvorstände der VdgB, 12.11.1949, Rundschreiben Nr. 273, *MLHA VdgB/VdgB(BHG) KV Greifswald Sz/33*.

⁸²⁷ Oswald Richter (Landesregierung Mecklenburg. Ministerium für Landwirtschaft, Agrar- und Bauernpolitik) an die LZ, 21.6.1949, *MLHA MLF* 2854, 1-3.

⁸²⁸ Sekretariat Wirtschaft, Pflanzliche Produktion an den Sektor Massenagitation (im Hause), 12.11.1951, Brief betr.: Auswertung von Zeitungsartikeln, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 551.

⁸²⁹ Daher war die Bearbeitung von weitergeleiteten Beschwerden häufig nicht ergiebig. Z.B.: „Die Beschwerde des Bauern Tuschka war mit besonderer Vorsicht zu behandeln, da der Bauer T. als Nörgler mit Beschwerden und Wünschen täglich Gast bei der Dorfgenossenschaft, sowie dem Landratsamt-Rechtsstelle, VdgB usw. bekannt ist. Die von T. gemachten Aussagen entsprechen nicht ganz der Wahrheit“; Meier (1. Sekretär KV der VdgB Schwerin) an den LV der VdgB, Abwicklungsstelle. Brief vom 1.2.1951, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 706.

„mächtige und scharfe Waffe“⁸³⁰ – ihre Sprachrohrfunktion eintauschte und sich mit der „Schere im Kopf“ mehr und mehr zu einem Organ der Popularisierung und Aufbereitung politischer Leitlinien und Maßnahmen der Staatspartei-Führung entwickelte, so widmeten sich die Bauerninstitutionen wie die VdgB (BHG) – die „als überparteiliche Organe“ meinten festzustellen zu müssen, daß die „SED sich stets tatkräftig für die Interessen der werktätigen Bauern einsetzt“⁸³¹ – *auf ihren höheren Verwaltungsebenen* dienstwillig und ohne eigenen Standpunkt der „Bauernfängerei“ für die SED und die DDR. Eine, an alle Medien versandte Stellungnahme zur DDR-Staatsgründung zeigt diesen Stil:

„Mit großer Freude haben auch Mecklenburgs Bäuerinnen und Bauern die Friedensbotschaft und die Botschaft der Freundschaft, die Generalissimus Stalin an den Staatspräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, und den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl gesandt hat, zur Kenntnis genommen. Mecklenburgs Bäuerinnen und Bauern [werden] all ihrer Kräfte [...] für den Aufbau des einheitlichen Deutschlands der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung stellen. [...] Es lebe die Sozialistische Sowjet-Union! Es lebe die einheitliche DDR!“⁸³².

Die Entwicklung der VdgB (BHG) zum Instrument der SED für die Steuerung und Beeinflussung der gesamten Landwirtschaft trat nicht in dem gewünschten Maße ein. Die SED-Führung zweifelte nicht nur an der „politisch-ideologischen Zuverlässigkeit der Organisation“, es regte sich zudem „hartnäckiger Widerstand vieler Groß- und Mittelbauern“⁸³³. Gerade die willfährige Funktionärsriege der VdgB (BHG) mußte herbe Kritik von höchster Stelle einstecken. Ende Oktober 1951 monierte Ulbricht vor der Volkskammer, daß sich „alte Bürokraten und Paschas“ in die Leitungen der VdgB (BHG) eingeschlichen hätten⁸³⁴. Ein Vierteljahr später

⁸³⁰ So hieß es im „Undatierten Redemanuskript (Ende August/Anfang September)“ 1947, in: Badstübner/Loth, aaO., 171, unter dem Stichwort „Die Aufgaben der Presse“.

⁸³¹ Mierau und Wehmer an den *Freien Bauern*, „Zur Landesdelegiertenkonferenz der SED“, 8.12.1949, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 544. Die „Überparteilichkeit“ der VdgB dokumentierte zur selben Zeit das Vorgehen der VdgB-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, die zur SED übertrat. „Zu diesem Punkt erklärt Herr Albrecht [Fraktionsvorsitzender], daß es sich keineswegs um einen Übertritt handele, sondern nur darum, daß die VdgB-Fraktion bei der SED momentan hospitiert“; Protokoll der 3. Sitzung des Vorstandes der ZVdgB am 22.11.1949, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 28.

⁸³² LV der VdgB an *LZ*, *ND*, *TR*, weitere Zeitungen, *ADN*, *SMA* und den Landessender, 15.10.1949, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 544. Den Kreisvereinigungen wurden einen Monat später zur Herausstellung der Bedeutung der UdSSR folgende „Aufgaben der VdgB in allen Dörfern“ nahegelegt: 1. „Aktiv“ zu sein bei Versammlungen unter dem Motto „Stalin, der Freund und Helfer des deutschen Volkes“; 2. Versammlungen zu initiieren: „Stalin über das Bündnis der Arbeiter und Bauern“; 3. sog. Schwerpunktörfer zu benennen, in denen die Möglichkeit bestehe, „Ausstellungen über das Leben und Wirken Stalins unter der Berücksichtigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft durchzuführen“. Diese Ausstellungen sollten einen „würdigen Rahmen“ erhalten, um Bauern für deren Besuch zu mobilisieren; Mierau an alle Kreisvorstände der VdgB, 12.11.1949, Rundschreiben Nr. 273, *MLHA VdgB/VdgB (BHG) KV Greifswald* Sz/33.

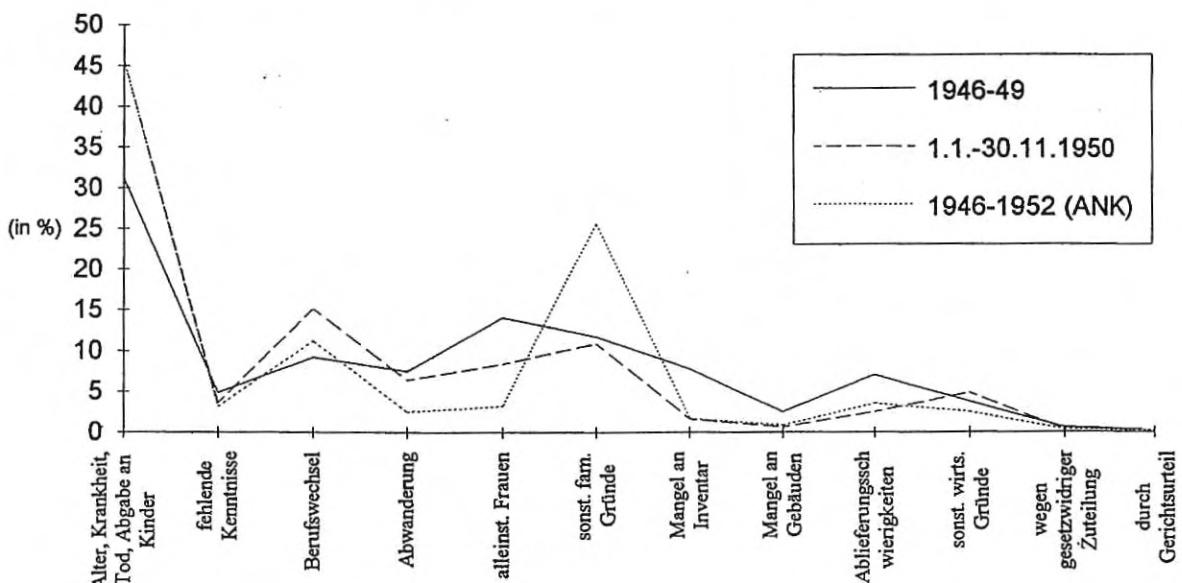
⁸³³ Hünemörder, aaO., 226.

⁸³⁴ Walter Ulbricht, „Der Fünfjahrplan erfordert die Initiative aller werktätigen Bauern“, Rede vom 31.10.1951, in: ders., *Bauernbefreiung*, Bd. I, aaO., 265.

forderte Ulbricht gegen den „alte[n] bürokratische[n] Schlendrian“ in der VdgB (BHG), „unfähige Bürokraten [...] auf demokratische Weise durch fähige Funktionäre“ zu ersetzen⁸³⁵.

Eine zweite, hier zu erwähnende Erscheinung des mißwirtschaftlichen Teufelskreises, war die Landflucht. Verließen zuerst viele der Industriearbeiter, die nach dem Krieg und der Zerstörung der Industrie und der Städte zur Überbrückung ihrer Not in den Dörfern gesiedelt hatten, wieder das Land in Richtung expandierender Industriewirtschaft, so folgten schon bald andere Neubauern. Die Rückgabe von Neubauernstellen wurde zum Äquivalent der Einstellung und Meinungsäußerung der neubäuerlichen Landwirte und zum Gradmesser ihrer wirtschaftlichen Kraft und ihrer sozialen Bindung. Die Motive der Rückgaben bildeten neben dem Berufswechsel die schlechten Wirtschaftsbedingungen, Inventarmangel und fehlende landwirtschaftliche Fachkenntnis; sie resultierten aber auch aus den familiären Lebensumständen: Krankheit, hohem Alter und Tod; und vielfach gaben alleinstehende Frauen, die vergeblich auf eine Rückkehr ihrer kriegsgefangenen und -vermißten Ehemänner gehofft hatten, die von ihnen übernommenen Bauernstellen in den Bodenfonds zurück (30% der in den ersten zwei Nachkriegsjahren zurückgegebenen Wirtschaften Mecklenburgs)⁸³⁶.

Gründe für die Aufgabe von Neubauernstellen in Mecklenburg



⁸³⁵ Ulbricht, „Die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und die Arbeit der VdgB (BHG)“, Referat auf der 8. Tagung des ZK der SED, 21.2.1952, ebd., 274, 277.

⁸³⁶ Vgl. Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 124.

Insgesamt wurden in Mecklenburg von 1946 bis 1949 16811 und 1950 (bis zum 30.11.) 4443 Neubauernstellen zurückgegeben⁸³⁷. Das Problem der Rückgabe und die Probleme, die zu den Rückgaben führten, wurden in den ersten Jahren von den Verantwortlichen in Partei und Staat heruntergespielt. Für den Landesbauernsekretär Franz Urbansky waren die abgegebenen Wirtschaften irrelevant, wie er im November 1947 auf der 2. Landesverbandstagung der VdgB kundtat: „Wenn wir 88000 Neubauernstellen haben und es versagen vielleicht 5000 davon, dann spielt das keine Rolle“⁸³⁸. Eine ähnliche Position vertrat Hans Warnke, der in seiner Rede zum dritten Jahrestag der Bodenreform von „nur 8528“ Neubauernstellen sprach, die „meist infolge von Tod oder Nichtrückkehr der Männer“ aufgegeben worden seien⁸³⁹. Definierte Urbansky Rückgabe in seiner Rede bereits als „Versagen“ der Bauern, so wurde mit zunehmender Zuspitzung des Problems auch der Tonfall rüder; die, die ihre Bauernstelle verließen, wurden bald ebenso als Saboteure diffamiert wie andere ‚feindliche Elemente‘ der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Edwin Hoernle wurde während seiner Rede zum fünften Jahrestag der Bodenreform deutlich:

„Wir [wollen] zunächst einer Lüge entschieden entgegentreten, die in Westdeutschland vielfach verbreitet wird und die behauptet, die Neubauern in der DDR würden heute zu Tausenden, ja Zehntausenden ihre Bauernstellen verlassen, in die Industrie abwandern oder in den Westen flüchten. Diese Rede ist eine Gemisch von Unsinn und böswilliger Erfindung. Natürlich gibt es bei insgesamt 210000 Neubauern und über 90000 ‚Aufgestockten‘ [...] eine gewisse Anzahl unbäuerlicher Elemente, die in den Notjahren nach dem Kriege auf einer Siedlerstelle Unterschlupf suchten und heute – beim Aufblühen unserer Industrie und bei der allgemein verbesserten Lebenslage in den Städten – die schwere Arbeit des Bauern wieder verlassen, schon deshalb, weil sie von allem Anfang an diese Arbeit nur ungenügend meisterten und ihnen die echte bäuerliche Liebe zum Boden, zum Tier und zum Dorf abgeht“⁸⁴⁰.

⁸³⁷ „Als Neubauern gelten sämtliche Landarbeiter, landlose und landarme Bauern sowie Umsiedler, denen im Zuge der Bodenreform ein hauptberuflich zu bewirtschaftender landwirtschaftlicher Betrieb zugeteilt bzw. geschaffen wurde und – insbesondere für aufgestockte Wirtschaften – denen bei der Veranlagung zur Pflichtablieferung der für Neubauern vorgesehene Nachlaß gewährt wurde“; VdgB, 19.12.1950, „Aufgegebene Neubauernwirtschaften in Mecklenburg“, Stand: 30.11.1950, *MLHA BPA Schwerin LL der SED IV/2/7/411*, 187. Die Berechnungen in der Graphik für den Kreis Anklam (ANK) aus: *MLHA MLF 3095*. In Anklam wurden zwischen 1947 und 1952 1088 Wirtschaften abgegeben; 1946 wurde noch keine abgegeben. 1952 wurden dort insgesamt 290 Neubauernstellen (2819 ha) verlassen, 226 davon ordnungsgemäß. Bis Jahresende konnten 174 Wirtschaften neu besetzt werden; Heidke (RdK ANK) an den Rat des Bezirkes Neubrandenburg, 31.12.1952, *MLHA RdK Anklam 415*.

⁸³⁸ Protokoll, 2.11.1947, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 251*.

⁸³⁹ 30.9.1948, *MLHA MLF 3222*.

⁸⁴⁰ Hoernle, „Fünf Jahre demokratische Bodenreform“, in: ders., *Zum Bündnis*, aaO., 452.

Die Besitzer der sog. devastierten Betriebe waren in der Regel hoch verschuldet⁸⁴¹. Unter dem Vorwurf der ‚Unfähigkeit‘ und ‚Interessenlosigkeit‘ wurden die meisten der Rückgabefälle abgewickelt⁸⁴². Ursachenforschung wurde nur ‚weg‘ von der eigenen Zuständigkeit betrieben; die Schuld lag generell bei den Bauern, was sich besonders in den Rückgabemodalitäten ausdrückte. Die Rückgabe einer Siedlung erfolgte ohne Entschädigung für materielle Aufwendungen. Von einer Neubauernstelle durfte lediglich jenes Vieh mitgenommen werden, das selbst eingebracht oder im freien Verkauf erworben wurde. Für Ablieferungsrückstände des Vorgängers haftete zu Teilen der Neuerwerber der Siedlerstelle. Zwischen dem Neubauern und seinem Nachfolger vereinbarte Überlassungs- bzw. Kaufprotokolle entbehrten „jeglicher Grundlage“, wie die Landeskommision für Bodenreform festlegte⁸⁴³.

Die – augenscheinlich nicht ausreichenden – Maßnahmen zur Verhinderung der Rückgabe von Neubauernstellen wurden bereits oben beschrieben; eine weitere Ursache für die Abwanderungen ist im unharmonischen Sozialgefüge des Dorfes zu sehen, das nach den Umstrukturierungen des Krieges und der Bodenreform aufgrund der klassenkampfbegründeten Eingriffe der Staatsparteiverwaltung nicht zur Ruhe kam. Zwar wurden vereinzelt Anstrengungen unternommen, „dahin zu streben, daß der noch vielerorts vorhandene leidige Gegensatz zwischen Neu- und Altbauern, Eingesessenen und Zugewiesenen schleunigst verschwindet und einer neuen, einheitlichen, gesunden und tatkräftigen Dorfgemeinschaft Platz macht“⁸⁴⁴, die mentalen Differenzen und Distanzen wurden durch die wirtschaftlichen

⁸⁴¹ Viele flohen – aus Furcht vor Bestrafung aufgrund von Ablieferungsrückständen – in den Westen. Die Bestandsaufnahmen nach der Abgabe einer Neubauernstelle beinhaltete folgende Punkte (hier am Beispiel der Neubäuerin Natalie Quast aus Spedin aufgezeigt, die am 9.7. „wegen Fehlender Arbeitskräfte und Arbeitsunfähigkeit“ ihre Stelle in einer Gesamtgröße von 10,71 ha zurückgab): 1.) Gebäude: 1 Stallgebäude aus dem Bodenfonds. 2.a) Lebendes Inventar: 1 Pferd (Rappe m.St.) Kl. IV: 700 DM; 1 Kuh (4 Jahre) tierärztl. Untersuchung: 900 DM; 1 Starke (2 Jahre): 600 DM; 1 Starkenkalb: 75 DM; 2 Schafe (1 Mutter =120 DM, 1 Mutterlamm = 60 DM): 180 DM; 2 größere Schweine (je 50 kg): 120 DM; 1 Läufer (35 kg): 60 DM; 2 Ferkel: -; 5 Hühner je 3,-: 15 DM; insg.: 2650 DM. 2.b) Totes Inventar: 1 Ackerwagen (rep.bedürft.): 250 DM; 1 Pferdegeschirr (neuwertig): 140 DM; 1 Saatgut (neu): 135 DM; 1 zweiteil. Holzegge m. eis. Zinken: 60 DM; 1 Schwingpflug: 45 DM; insg.: 630 DM; insg.: 3280 DM. 3. Landwirtschaftliche Produkte, Dünger und Saatgut: Saatgut- und Düngerschulden: 550,22 DM. Schlußverrechnung: Gegenstand/szt. Übernahmewert zu 1) -/10000; 2a) 2650/1450); 2b) 630/435; 3) 550,22/659,28; insg.) 3830,22/12544,28. Schuldkonto: Baukredit (abgewertet): (-); Inventarkredit: 4330,87; Wirtschaftskredit: 1171,75; Düngerkredit: (-); insg.: 5502,62 DM. „2 Bestandsaufnahmen“, 25.5. und 7.9.1951; *MLHA VdgB BHG LV Nr. 697*.

⁸⁴² Dieses Vokabular wurde quasi zu einem *Code* für Dinge, deren Ursachen offensichtlich im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu suchen gewesen wären, dort allerdings nicht gefunden werden durften (und nicht auf die Natur, westliche Einflußnahme o.ä. abgewälzt werden konnten). Vgl. „Denkschrift über die Notlage der Siedler der VdgB Niederhof und Vorschläge zu ihrer Behebung“, OV der VdgB Niederhof an den RdK Grimmen, 17.1. 1950, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 701*.

⁸⁴³ Clement, aaO., 123.

⁸⁴⁴ Hoernle, „VdgB – die bäuerliche Interessengemeinschaft. Was soll und kann die VdgB?“, Dezember 1946, in: ders., *Zum Bündnis*, aaO., 393.

jedoch eher noch vertieft. Anfang März 1948 veranstaltete das Land Mecklenburg sogar eine „Werbewoche ,Volk und Heimat“⁸⁴⁵, um den irredentistischen Gefühlen seiner Neubürger und den Vorbehalten seiner Altbürger offensiv zu begegnen. Als Zweck und Ziel dieser Werbewoche wurde im Begleitflugblatt angegeben: „Abschaffung der Begriffe ‚Umsiedler‘ und ‚Flüchtlinge‘, Verschmelzung der Alteingesessenen mit den Neubürgern und Unterstützung Bedürftiger mit lebensnotwendigen Bedarfsgütern durch zusätzliche Produktion, durch Sammlung von Hausrat, Bekleidung, Möbeln usw.. Es werden in dieser Zeit täglich in allen Städten und größeren Dörfern Veranstaltungen stattfinden, zu denen Neubürger und Einheimische herzlich eingeladen sind. [...] Die Lasten des Krieges sollen nicht allein von den Neubürgern getragen werden. Die Neubürger sollen endlich das Gefühl haben, in Mecklenburg eine Heimat gefunden zu haben“⁸⁴⁵. Abgesehen von diesen Ansätzen wurde jedoch nicht die Klassenharmonie, sondern der Klassenkampf zur Maxime der Verhältnisbestimmung im Dorf. Wenn so talentierte Demagogen wie Paul Merker fordern, „die Einheit des Dorfes muß gewahrt werden!“⁸⁴⁶, dann bedeutete das im Resultat nichts anderes, als daß die eine Kategorisierung durch die andere abgelöst wurde. „In der Agitation verschwand die allgemeine Bezeichnung ‚Bauer‘. Mittel- und Kleinbauern wurden als ‚werkätige Bauern‘ den Großbauern entgegengestellt, wobei die Bezeichnung ‚Großbauer‘ einen negativen Anstrich erhielt“⁸⁴⁷.

Motive für die Gründung der DBD

Auf Betreiben der SMAD und SED hatte sich am 29.4.1948 die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) als erster Landesverband in Schwerin konstituiert⁸⁴⁸. Ein Teilnehmer an der Gründungsveranstaltung beschrieb die Reaktion auf die Gründungsnachricht in seinem Kreis (Anklam) wie folgt:

„Wir mußten feststellen, daß die Anwesenden gar nicht recht wußten, ob sie sich freuen sollten, ob sie sich überhaupt schon freuen durften, denn es wurden Zweifel laut, ob es auch wirklich an dem sein wird, daß endlich auch der Bauer den Platz einnehmen soll, der ihm im Leben des Volkes gebührt. Früher [wurde] über den Bauern immer geringschätzig die Nase gerümpft, [man sprach] von ‚Mist-Bauern‘. Heute hat dieser ‚Mistbauer‘ so große Pflichten, die er ehrlich und treu erfüllt. [Im Kreis der Bauern herrscht] noch ziemliches Mißtrauen, [ob nicht wieder] der Bürokratismus dahinterstecken kann, der alles im Keime erstickt wird. Man will sich auch

⁸⁴⁵ Aufruf zur Werbewoche (29.2.-6.3.1948) vom Landrat, vom Umsiedleramt, von der Volkssolidarität, den antifaschistischen Parteien und den demokratischen Organisationen in Neustrelitz, *MLHA RdK Neustrelitz* 69, 1.

⁸⁴⁶ Paul Merker, „Bündnispolitik und Landwirtschaftsplan“, in: *Einheit* 4.1949, 318.

⁸⁴⁷ Kuntsche, in: Scherstjanoj, aaO., 233.

⁸⁴⁸ Der Landesgründungsausschuß der DBD in Mecklenburg teilte der SMAM in einem Brief vom 29.4. u.a. mit, daß „91 Bauern aus allen Kreisen des Landes Mecklenburg [...] nach einem Referat und anschließender Diskussion, an der sich 17 Bauern aus 16 Kreisen beteiligten, einstimmig beschlossen, für die Gründung der DBD einen Landesgründungsausschuß zu bilden“, *MLHA MLF* 3208.

noch nicht freuen, ehe es so weit ist, daß der Bauernstand in unserem Lande mitzureden hat in allen Dingen des täglichen Lebens und bei der Gesetzgebung. [...] V.a. die Altbauern, die bisher abseits standen, die von der allgemeinen Politik nichts wissen wollten, fühlen sich angesprochen. [...] Dann haben wir die kleine Schar der sog. Mitläufer der früheren NSDAP, die heute noch nicht das Selbstvertrauen wiedergewonnen haben, die z.T. tüchtige Landwirte sind, auf die wir ganz und gar nicht verzichten wollen. Deshalb [frage ich,] sollen diese Leute wieder als tüchtige Landwirte auch in unsere Bauernpartei zugelassen werden zur Mitarbeit! Politisch uninteressierte Bauern sind heute sehr stark an unserer Bauernpartei interessiert“⁸⁴⁹.

Betrachtet man neben dieser noch weitere Aussagen der Gründungsveranstaltung, so tritt – bei berechtigten Zweifeln an der Authentizität mancher Stellungnahmen – doch deutlich der Bedarf nach einer stärkeren, basisnahen Interessenvertretung unter den Bauern hervor. Der Umgang der staatlichen Organe mit dem Bauernstand scheint in politischen, aber auch fachlichen Angelegenheiten geprägt gewesen zu sein von Überheblichkeit, Unkenntnis, Ungleichbehandlung und Bevormundung. Ob der Wunsch nach Beseitigung dieser Mißstände allerdings den ausschlaggebenden Anstoß zur Gründung einer Bauernpartei gab, darf schon anhand einiger Referate während der Gründungskonferenz bezweifelt werden: „Aber eines wurde mir ans Herz gelegt“, fabulierte in großen Worten, aber schlechtem Deutsch z.B. ein ‚Aktivist‘ aus Rügen, „hierfür aufzupassen, daß nicht der ehemaligen Reaktion und dem Faschismus wieder die Leitung der Bauernpartei in die Hand bekommen, sondern allgemeiner Wunsch der Bauern ist, daß das Zepter der Partei in die Hand von Demokraten, besser gesagt von alten Sozialisten bleiben wird und bleiben muß“⁸⁵⁰.

Die Motive für die Gründung einer Bauernpartei sind ebenso in den Kontext des beginnenden ‚Klassenkampfes auf dem Lande‘ einzuordnen wie die anderen bisher beschriebenen Phänomene der Verschärfung und Modifizierung der Agrarpolitik. Eine Gewichtung dieser Motive fällt allerdings schwer. Auch Wernet-Tietz bietet eher summarisch die Palette der Einflußfaktoren an. Seine Interpretation konzentriert sich auf die zu konstatierende Krise und „Verhärtung der Blockpolitik“⁸⁵¹. Bei verschiedenen Anlässen (z.B. Teilnahme an der Volkskongreßbewegung, Wirtschaftsplanungspolitik, Industrieenteignungen) lehnten sich CDU und LDP gegen den Führungsanspruch der SED im Block, aber auch in der Gesellschaft, auf und konnten sich durch ihre „teilweise Verweigerung“ zunehmend als Oppositionsparteien profilieren⁸⁵². Zur gleichen Zeit verlor die SED in der VdgB an Gewicht, weil sich der Altbauernanteil zuungunsten der Klein- und Neubauern – die ja die Klientel der SED bilden sollten

⁸⁴⁹ Koch, Anklam, ebd.

⁸⁵⁰ Theel, Rügen, ebd.

⁸⁵¹ Wernet-Tietz, aaO., 100.

⁸⁵² Ebd.

– veränderte. Diese Entwicklung schien jedoch nur Ausfluß einer gesamtgesellschaftlichen SED-kritischen Haltung zu sein. Pieck und Grotewohl zeichneten während eines Aufenthaltes in Moskau bei Stalin ein für die Kommunisten unerfreuliches Bild über die „pol[itische] Stimmung der Volksmassen“⁸⁵³. Die Gesellschaft sei gekennzeichnet von wachsenden Gegensätzen, die aus der allgemein- bzw. außenpolitischen Lage resultierten; die „Hetze“ gegen den Kommunismus – Welteroberungspläne, Vernichter der Freiheit etc. – zeitige „gewisse Erfolge“; das Bürgertum sei verängstigt durch die Enteignungen; die Umsiedler hätten die „Hoffnung auf Rückkehr“ noch nicht aufgegeben und gegen die SED als „angeblich russ[i-scher] Staatspartei“ mache sich „Mißtrauen“ breit – die Partei werde „für alles verantwortlich“ gemacht und ihr würden „totalitäre Bestrebungen“ nachgesagt⁸⁵⁴. Da die SED zur Durchsetzung ihrer agrarpolitischen und -wirtschaftlichen Vorstellungen auf einen „stark in der bäuerlichen Bevölkerung verankerten und im Parteiensystem gleichermaßen fest organisierten loyalen Bündnispartner angewiesen“ war⁸⁵⁵, kündigten Pieck und Grotewohl während dieser Berichterstattung bei Stalin die „Bildung einer 4. Partei evtl. 5. Partei“ an⁸⁵⁶. Sie warfen dabei die „Frage der Führung einer solchen Partei“ auf und signalisierten deren „Einschaltung in die Volkskongreßbewegung“⁸⁵⁷. Mit dem Umbau der SED zur ‚Partei neuen Typus‘ änderte sich nicht nur deren ideologisch-theoretische Ausrichtung, es wurde auch die „organisatorische Festigung“ der Partei beschlossen, was zum einen ihre „Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“ bedeutete und zum anderen eine modifizierte Aufnahmepraxis von Mitgliedern⁸⁵⁸. Zwar wollte die SED eine Massenpartei bleiben, doch wandte sie die Aufnahmeprinzipien einer Kaderpartei an: Mitgliedskandidaten benötigten die Empfehlung von zwei Parteimitgliedern (die selber bereits mindestens zwei Jahre in der Partei gewesen waren) und mußten vor der Mitgliedschaft eine zweijährige Kandidatenzeit (für Arbeiter: ein Jahr) absolvieren⁸⁵⁹. Die SED mit ihren annähernd 1,8 Millionen Mitgliedern hatte Mitte 1947 einen Bauernanteil von lediglich 5,8%. Der Anteil der Landarbeiter lag bei 3,6% und damit genauso unter dem der Handwerker und Gewerbetreibenden, die

⁸⁵³ „Gespräche bei Stalin in Moskau vom 26.3.1948“ (während des Aufenthaltes vom 25.3.-1.4.1948), in: Badstübner/Loth, aaO., 191.

⁸⁵⁴ Ebd.

⁸⁵⁵ Wernet-Tietz, aaO., 101.

⁸⁵⁶ Badstübner/Loth, aaO., 201.

⁸⁵⁷ Ebd.

⁸⁵⁸ Zit. n. Werner Müller, „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ in: *SBZ-Handbuch*, aaO., 497; vgl. die Protokolle der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes der SED (Juni bis September 1948), z.T. in: *GdA*, Bd. III, 251 ff., 290 ff., 334 ff.

⁸⁵⁹ Vgl. Müller, „SED“, aaO., 498 f.

6,5% stellten⁸⁶⁰. Auch wenn die Sozialstruktur in Mecklenburg sich von der zonenweiten deutlich unterschied – hier waren 15,8% der Mitglieder Bauern –, entsprach dieses Bild nicht den Vorstellungen der SED von einer konsequenten Einbindung der Bauernschaft in das politische System. Da zudem ca. 60% der VdgB-Mitglieder parteilos geblieben waren, beabsichtigte die SED mit der Gründung einer Bauernpartei, die Rekrutierungsbasis der bürgerlichen Parteien zu veröden⁸⁶¹, die politisch indifferenten Schichten zu organisieren und – nach Beendigung der Entnazifizierung⁸⁶² – ehemalige Nazis indirekt der kommunistisch dominierten Entwicklung der Gesellschaft anzugliedern. Mit der gleichzeitig stattfindenden Gründung der National-Demokratischen Partei suchte sie, das „Monopol“ der CDU und LDP „auf die Vertretung der bürgerlichen und mittelständischen Schichten“ einzuschränken⁸⁶³, ohne die gerade innerparteilich durchgesetzten Prinzipien einer Kaderpartei gleich wieder aufzugeben zu müssen⁸⁶⁴.

Akzeptiert man dieses Szenario als Motivlage für die Gründung der Bauernpartei, so bleibt die Frage, wie die VdgB – die als wirtschaftliche, aber auch politische Interessenvertreterin der Bauernschaft agieren sollte – auf diese Konkurrenz aus dem bzw. im eigenen Lager reagierte.

Auf der fünften Vorstandssitzung des Deutschen Bauernsekretariats (ZVdgB) am 21.5.1948 in Berlin – an der neben dem Generalsekretär Vieweg und dem geschäftsführenden Mitglied Jadasch die fünf 1. Vorsitzenden der Landesvorstände teilnahmen –, wurde zu folgenden drei Fragen Stellung genommen: „1.) Läßt sich eine Aufgabentrennung zwischen einer Bauernpartei und der VdgB in wirtschaftliche und politische Aufgaben konsequent durchführen? 2.) Kann es zwischen einer demokratischen Bauernpartei und der VdgB ein besonderes Verhältnis geben, welches über den Rahmen der Beziehungen unserer Vereinigung zu anderen

⁸⁶⁰ Ebd., 510.

⁸⁶¹ Vgl. Bernhard Wernet-Tietz, „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“, in: *SBZ-Handbuch*, aaO., 584.

⁸⁶² Mit dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom 16.8.1947 (Inh.: Von der Anwendungsordnung der Direktiven des Kontrollrates Nr. 24 und Nr. 38 über die Denazifizierung) erhielten die früheren Mitglieder der NSDAP das aktive und passive Wahlrecht und andere politische und bürgerliche Rechte, womit die Beendigung der Entnazifizierung begann, *MLHA Min.Präs. 1460a*, 172-174. Das offizielle Ende der Entnazifizierung verkündete der SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26.2.1948; vgl. Clemens Vollnhals (Hg.), *Entnazifizierung*, 1991, 52.

⁸⁶³ Vgl. Loth, *Ungeliebtes Kind*, aaO., 133. Pieck erwähnte diese Strategie bei Stalin (Reise vom 12.-24.12.1948): „Einfluß auf bürgerl. Parteien/ Blockpolitik verstärken/ 2 neue Parteien/ NDP – DBP“; Badstübner/Loth, aaO., 258.

⁸⁶⁴ Daß die DBD „nahe der SED“ anzusiedeln sei, wurde während einer Besprechung zwischen Pieck, Grotewohl, Dahlem und Tjulpanov über die Bildung der NPD und DBD am 14.5.1948 bemerkt; Badstübner/Loth, aaO., 228.

Parteien hinausgeht? 3.) Ist die VdgB bereit, die Bemühungen zur Bildung einer Bauernpartei aktiv zu unterstützen?“⁸⁶⁵.

Die Fragen machen bereits deutlich, wie orientierungslos diese Männer, die bis auf Brauer (CDU) allesamt der SED angehörten, zu diesem Zeitpunkt – da die DBD bereits gegründet war – noch waren. Der politische Kurswechsel, den die SED-Führung mit ihrer ‚volksdemokratischen‘ Wendung beabsichtigte, war auch in der Funktionärsriege der SED erst im Frühjahr 1948 nach und nach erahnt worden, bevor dann Ulbricht diesen Kreis am 16.4.1948 in einem fünfstündigen Referat über die bevorstehenden Veränderungen instruierte⁸⁶⁶. Er erläuterte das Bestreben der Partei, „mehr die Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern“⁸⁶⁷. Die SED hatte offensichtlich ihre Zuversicht, mit Hilfe des Blockes eine ‚Revolution von oben‘ durchführen zu können, verloren, doch Ulbricht deutete nur am Rande seiner Instruktionen die mögliche Gründung „ein paar neue[r]“ Parteien an⁸⁶⁸. Mit diesem Vorhaben an die Öffentlichkeit trat zuerst Wilhelm Pieck auf einer SED-Kundgebung in Berlin am 18.4.1948, auf der er dem bestehenden Dreiparteiensystem Inaktivität bei dem gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozeß vorwarf⁸⁶⁹.

Mit wenig mehr als diesem geringen Informationsstand ausgerüstet, diskutierte der Zentralvorstand der VdgB die von ihm aufgeworfenen Fragen – sichtlich verunsichert und zurückhaltend. Jadasch kritisierte die sog. ‚Bauernaktivistentagung‘ in Wismar – von der angeblich die Initiative zur Gründung der Bauernpartei ausging⁸⁷⁰ –, indem er (mit der Arroganz des linientreuen Wissenden) erklärte, daß „die gesamte Konferenz zu viel vom parlamentarischen System [erwartete]“⁸⁷¹. Des weiteren beanstandete er die Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden des Landesvorstandes der DBD in Mecklenburg, Reder, als „ziemlich unklar, so daß die Bauern, die der neu zu gründenden Partei beizutreten beabsichtigen, glauben, man brauche dann nicht der VdgB anzugehören, zumal aus den Ausführungen von Reder hervorging, daß die Partei sich auch mit wirtschaftlichen Problemen beschäftigen wird“. „Reder“, so referierte Jadasch die unliebsamen Ausführungen des DBD-Funktionärs, „sagte weiter, daß die neue Partei eine Partei der Neubauern sein sollte. Dagegen wandten sich verschiedene Diskussionsredner aus mittelbäuerlichen Kreisen, so daß man sich auf der Basis einigte,

⁸⁶⁵ Protokoll vom 24.5.1948, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 28.

⁸⁶⁶ Vgl. Leonhard, *Die Revolution*, aaO., 426.

⁸⁶⁷ Ebd., 427.

⁸⁶⁸ Ebd.

⁸⁶⁹ Vgl. Wernet-Tietz, aaO., 103.

⁸⁷⁰ Sie fand am 17.4.1948 im ‚Schützenhaus‘ in Wismar mit ca. 200 Teilnehmern statt; vgl. Ernst Goldenbaum, „Werktätige Bauern als aktive Kraft beim demokratischen Neuaufbau“, in: *ZfG* 8.1969, 1019 f.

⁸⁷¹ Protokoll der 5. ZVdgB-Vorstandssitzung vom 24.5.1948, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 28.

daß die DBD keine Partei für Großbauern sein sollte“⁸⁷². Jadasch bejahte zwar „vom politischen Standpunkt die Bildung einer Bauernpartei“, solange die VdgB jedoch noch nicht „100%ig gefestigt ist“, hielt er die Gründung „für bedenklich“. Der 1. Vorsitzende der VdgB Sachsen-Anhalts, Otto Körtling, reagierte weitaus pragmatischer auf die DBD-Gründung: „Wir können es nicht verhindern, daß eine Bauernpartei kommt. Also müssen wir uns stärkstens dafür einsetzen, daß wir Einfluß in der neuen Partei gewinnen“. In Mecklenburg, wo Ernst Goldenbaum – der Fraktionsvorsitzende der VdgB im Landtag – die Gründung der Bauernpartei vorantrieb, „wurde bisher die VdgB für die Gründerin der neuen Partei gehalten“.

Auch wenn der Christdemokrat Brauer vom Zentralvorstand der VdgB befürchtete, daß „evtl. eine Zersplitterung des Bauerntums“ drohe, glättete Kurt Vieweg (SED) – seit einem halben Jahr Generalsekretär der ZVdgB – die Wogen: Er glaubte zu wissen, daß die „Stimmung der Bauern der Zone“ für die Gründung der Bauernpartei sei. „Der Bauer will sich jetzt eine eigene politische Vertretung schaffen, und die Bauernpartei wird eine große Bewegung werden. Die VdgB jedoch als überparteiliche Berufsorganisation der Bauern wird ihr großes Gewicht beibehalten“⁸⁷³. Daß Vieweg mit seiner optimistischen Einschätzung nicht Recht behalten sollte, zeigte die praktische Parteiarbeit der DBD. Bauernverband und Bauernpartei konkurrierten bei der Gewinnung von Mitgliedern, wobei die DBD ihr – im Endeffekt erfolgloses – Werben stark auf die parteilosen VdgB-Mitglieder konzentrierte. Außerdem funktionierte die zwischen beiden Organisationen getroffene Aufgabenabgrenzung – VdgB als Wirtschafts- und Berufsvertreterin und DBD als politische Interessenvertreterin der Bauern⁸⁷⁴ – in der Praxis nicht. Gerade auf der Ebene der Ortsorganisationen überschnitten sich die Arbeitsbereiche⁸⁷⁵ – zur Verwirrung der Bauernschaft und zum Nachteil der DBD⁸⁷⁶.

⁸⁷² Ebd.

⁸⁷³ Ebd.

⁸⁷⁴ Es ergab sich, daß die neue Partei „Zusammenarbeit mit allen bestehenden antifaschistisch-demokratischen Organisationen und Parteien erstrebt. Die Vertreter der Bauernpartei anerkennen die VdgB als wirtschaftliche Interessenvertretung der gesamten Bauernschaft und sind bestrebt, die VdgB, die Genossenschaften und alle ihre Einrichtungen zu unterstützen. [...] Die neu gegründete Bauernpartei kann dazu beitragen, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bauernschaft in den Parlamenten und Verwaltungskörperschaften wirkungsvoller als bisher wahrzunehmen. Eine enge Zusammenarbeit zw. VdgB und der Bauernpartei ist auf Grund des demokratischen und bürgerlichen Charakters dieser Partei möglich und notwendig. [...] Die VdgB ist und bleibt jedoch eine überparteiliche Organisation, sie ist Vertreterin der wirtschaftlichen Interessen aller wktB. [...] Entsprechend dem Willen der überwiegenden Mehrheit unserer Mitgliedschaft ist die ZVdgB fest entschlossen, den überparteilichen Charakter der Organisation grundsätzlich zu wahren“; ZVdgB-Stellungnahme zur Bildung der DBD. 6. Vorstandssitzung am 31.5.1948, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 28.

⁸⁷⁵ Vgl. zum vorherigen Wernet-Tietz, aaO., 152.

⁸⁷⁶ Der DBD gelang es, die Quote der parteilosen in der VdgB nur von 63,6% auf 61,4% zu reduzieren (Stand: 1.1.1950); vgl. Staritz, in: *SBZ-Handbuch*, 765.

Obwohl – das als kurzer Ausblick – die DBD sich zu SED-identischen Interessen und Zielen bekannte, konnte sie die ihr von der SED zugesetzte Aufgabe – die Integration der Mehrheit der klein- und mittelbäuerlichen Schichten in das gesellschaftliche und politische System der SBZ – nicht verwirklichen. Einzig wurde sie in Struktur und Funktion beispielhaft für den, das bestehende Parteiensystem umformenden Typ der ‚Transmissionspartei‘⁸⁷⁷.

Propagierung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

„Die enge Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der VdgB und der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist auch im Hinblick auf die voraussichtliche spätere Entwicklung des Dorfes notwendig, denn zur Befreiung der werktätigen Bauern und der Landarbeiter vom wirtschaftlichen und politischen Druck der Großbauern genügen alle die geschilderten Maßnahmen noch nicht. Auch ist der dadurch erreichbare Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion beschränkt. Um die Herrschaft der werktätigen Bauern und der Landarbeiter im Dorfe endgültig zu errichten und die landwirtschaftliche Produktion noch über das bis dahin schon erreichte Maß zu erheben, ist eine weitere freiwillige Ausbreitung der genossenschaftlichen Produktion die Voraussetzung“⁸⁷⁸. Ein halbes Jahr, nachdem Tjulpanov die *Einheit*, das theoretische Zentralorgan der SED, kritisiert hatte, weil sie „nicht für die Reinheit des Marxismus“ kämpfe⁸⁷⁹, verfaßte Paul Merker diese Zeilen, um die antikapitalistische Trendwende der SBZ-Führung hin zur Entwicklung einer Volksdemokratie unverblümt deutlich zu machen. Vielleicht hatte er sich etwas zu weit vorgewagt, denn im anschließenden Beitrag in der *Einheit* führte Edwin Hoernle aus: „Heute unterschiebt [die Westpresse] uns die Absicht, durch Zuteilung von lebensunfähigen Zwerghofstellen bewußt einen Zustand der Hoffnungslosigkeit unter den Neubauern schaffen zu wollen, um sie so zwangsmäßig zur ‚Kollektivisierung‘ [sic] reif zu machen“⁸⁸⁰. Leugnete Hoernle auch ganz und gar nicht die Richtigkeit des Themas, so warnte er doch vor „voreiligen Experimenten“⁸⁸¹. Mehrere Ursachen hätten im Sommer 1945 gegen genossenschaftliche Großwirtschaften gesprochen: Eine zerrüttete Ernährungslage, aber auch ‚Bodenhunger‘ auf dem Lande, die Notwendigkeit der Liquidierung des Junkertums, die Schaffung von Wohn- und Erwerbsmöglichkeiten für die Flüchtlinge und fehlende technische Grundlagen für intensive Großbetriebe. „Vor allem aber setzt die genossenschaftliche Großbetriebsform, wenn sie die Regel sein soll, Menschen

⁸⁷⁷ Vgl. Wernet-Tietz, in: *SBZ-Handbuch*, 590.

⁸⁷⁸ Merker, „Der Klassenkampf im Dorfe“, aaO., 1025.

⁸⁷⁹ Vortrag vom 8.5.1948, in: Badstübner/Loth, aaO., 223.

⁸⁸⁰ Hoernle, „Probleme der Agrarpolitik“, aaO., 1031.

⁸⁸¹ Ebd., 1035.

mit kollektivem Bewußtsein voraus. Die Bauern aber und die sonstigen für die Landarbeit in Frage kommenden Bevölkerungsschichten hatten bei uns kein Kollektivbewußtsein, sondern ein ausgesprochenes Individualbewußtsein“⁸⁸². Die Politik der SED war demnach zum einen darauf gerichtet, die „allmähliche[] Entwicklung eines Kollektivbewußtseins“ zu fördern, zum anderen – und Hoernle sprach diese Frage selbst an – mußte das Problem gelöst werden, daß mit den Kleinbauernwirtschaften die „Bedingungen für eine neue Festigung des Kapitalismus“ geschaffen worden waren⁸⁸³.

An diesem Punkt entsponn sich die für die Bauernschaft schwer nachzuvollziehende antikapitalistische Politik der SED: Auf der einen Seite standen die Großbauern – unentbehrlich für die landwirtschaftliche Produktion – als kapitalistische ‚Buhmänner‘ des Dorfes, auf der anderen Seite wurde mit allen Mitteln versucht, den aufkeimenden Kapitalismus unter den wenigen sich konsolidierenden Klein- und Mittelbauern zu unterdrücken⁸⁸⁴; man griff also ebenso in die freie Entwicklung und Betätigung dieser bäuerlichen Schicht ein, was sicherlich auch ein Grund für die Solidarisierungsprozesse innerhalb der Bauernschaft gewesen ist. Der oben erwähnte ‚Kampf gegen die Dorfarmut‘ wurde als Unterstützungsmaßnahme für die Kleinbauernschaft propagiert, der Kleinbauer zur gleichen Zeit jedoch als Eigenbrötler diffamiert. Die Politik gegenüber den Klein-, Neu- und Mittelbauern war gekennzeichnet von einer fortschreitenden totalen staatlichen ‚Fürsorge‘. Von den Anfängen der Planwirtschaft über die forcierte Bildung von Dorfgenossenschaften sollte der Weg über immer größere Abhängigkeit, Einbindung und Entdifferenzierung von Produzenten und Produktion im Dorfe liniar, wie selbstverständlich und unumkehrbar in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften führen. Im Zentrum dieser Entwicklung stand der III. Parteitag der SED vom 20. bis 24.7.1950 in Berlin. Dort – auf dem Parteitag des Fünfjahrplans – wurde die Einführung sog. Dorfwirtschaftspläne angeregt, die unter Anleitung der VdgB, der Nationalen Front und der staatlichen Organe dazu beitragen sollten, die „individuell arbeitenden Bauern einander näherzubringen“⁸⁸⁵. Der Dorfwirtschaftsplan setzte sich die „Erreichung von Friedenshektarerträgen in allen Kulturen und die Durchführung aller im Volkswirtschaftsplan gestellten Aufgaben“ zum Ziel⁸⁸⁶. „Unsere Funktionäre müssen dafür sorgen, daß der Dorfwirtschaftsplan alle Reserven des Dorfes ausnutzt und von allen Einwohnern des Dorfes als das Gesetz des

⁸⁸² Ebd.

⁸⁸³ Ebd.

⁸⁸⁴ Nach dem ‚System Spargel‘ beschnitt man alle Köpfe, aus denen etwas geworden war.

⁸⁸⁵ Klemm, aaO., 200.

⁸⁸⁶ „Der Plan der Bauern von Pötenitz“, in: *Bauern Echo*, Nr. 165 vom 19.7.1950, 3.

Dorfes anerkannt wird“⁸⁸⁷. Sieben ‚Normen‘ bzw. Arbeitsbereiche kennzeichneten den Dorfwirtschaftsplan: die Schäl- und Winterfurche, die Düngerversorgung, der Zwischenfruchtbau, die Schädlingsbekämpfung, die Viehwirtschaft und allgemeine Aufgaben wie Fachschulungen und Versammlungen. Diesen wirtschaftlichen Maßnahmen stand als erster Punkt die Gruppeneinteilung vor. Für die Ernte- und nachfolgenden Bestellungsarbeiten wurden Gruppen gebildet, ebenso wie Druschkolonnen und Liefergemeinschaften für die Ablieferung existierten. In Tateinheit mit der betrieblichen Produktionsplanung durch die Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB)⁸⁸⁸, der monopolisierten Maschinenausleihe durch die MAS⁸⁸⁹, der Hektarveranlagung sowie der Differenzierung und der Einführung von sog. Wunschanbauplänen⁸⁹⁰ und von Mitschurinzirkeln⁸⁹¹ wurde entscheidende Instrumente zum Übergang in die landwirtschaftliche Kollektivwirtschaft geschaffen. Eine wichtige Begleiterscheinung für diesen Übergang bedeutete die psychologische Bearbeitung der Klein- und Mittelbauernschaft, die das Potential der neuen Wirtschaftsweise abgeben sollten. Denn hieß es in den „Grundsätzen und Zielen“ der SED vom April 1946 auch, daß die Partei „für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum [kämpft], für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische“⁸⁹², so hielt man diesen Grundsatz lange Zeit zurück. In seiner Regierungserklärung vom 15.11.1950 bezeichnete es Grotewohl als „vollständig unbegründet und falsch“, daß die Regierung der DDR die „Absicht habe, nach den Wahlen Maßnahmen zur Kollektivierung in der Landwirtschaft zu ergreifen“⁸⁹³. Diese Ablenkungsmanöver – denn es drang doch nach

⁸⁸⁷ Landesvorstandssitzung der VdgB am 29.11.1951, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 4.

⁸⁸⁸ VEAB-Erfasser sollten dabei möglichst nicht „Bauernschreck, sondern Helfer unserer werktätigen Bauern sein“, Entschließung der 24. Kreisleitungssitzung Rostock zur Durchführung der Beschlüsse der 8. Tagung des ZK und der 14. Tagung der LL der SED (Entwurf), *MLHA RdK Rostock* 29, 88-97.

⁸⁸⁹ „Mit der MAS sind wir auch nicht so recht zufrieden; denn wenn ein Trecker nur 1,04 ha am Tage mäht, kann von einer Leistung wohl kaum die Rede sein und ein fortschrittlicher Aktivist würde es niemand verübeln, wenn diesem Treckerfahrer der A. versohlt würde“, VdgB LV, 28.8.1949, Protokoll über die Landesausschusssitzung in Schönilsel, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 2.

⁸⁹⁰ Die Bauern sollten auf der Basis betriebsindividueller Produktionswünsche Anbaupläne errichten, die – zusammengefaßt – territoriale Pläne ergeben sollten und mit dem amtlichen Plan abzustimmen waren; vgl. Wernet-Tietz, aaO., 85. Korff (Kreissekretär aus Ludwigslust): „Ich bin also der Meinung, daß der Wunschanbauplan die Grundlage für jegliche Ablieferung ist. Und was die Differenzierung anbelangt, so müßten kurz vor der Ernte Feldbesichtigungen stattfinden und danach die Ablieferungsnormen festgesetzt werden“; VdgB LV, 28.8.1949, Protokoll über die Landesausschusssitzung in Schönilsel, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 2.

⁸⁹¹ Iwan W. Mitschurin (1855-1935) wurde in der UdSSR gepriesen für seine biologischen Experimente, die die Erforschung des Einflusses der Umwelt auf die Vererbung zum Inhalt hatten. Mitschurinzirkel sollten in der Landwirtschaft und Agrartechnik eine ähnliche Hochleistungsbewegung entfachen, wie sie mit dem Bergmann Adolf Hennecke in der Industrieproduktion initiiert wurde.

⁸⁹² *Dokumente der SED*, Bd. I., aaO., 9.

⁸⁹³ Regierungserklärung, in: *Tägliche Rundschau*, Nr. 269 vom 16.11.1950.

außen, was intern geplant, aber offiziell verheimlicht wurde – deuten an, daß für die Mehrheit der Bevölkerung die Kollektivierung im wahrsten Sinne des Wortes ein ‚rotes Tuch‘ war, ein Kennzeichen auch für andere Maßnahmen, für die – so die Meinung – die Politik der ungeliebten Sowjets die Verantwortung zu tragen hätte. Gerade auf einer Versammlung zum ‚Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft‘ (Ende 1951) konnte der Genosse Geithner vom Sektor Massenagitation des Landesverbandes der VdgB folgende „Argumente“, d.h. Kritik, aufgreifen⁸⁹⁴: „Warum führt man betr. der Oder-Neiße-Grenze keine Volksbefragung durch? Wenn wir das Gebiet zurückbekommen würden, würden alle Freunde der Sowjetunion sein“. Der Vorsitzende einer Ortsvereinigung der VdgB im Kreis Neustrelitz (DBD-Mitglied) wurde mit folgenden Äußerungen zitiert: „Die Freundschaft zur Sowjetunion sei keine Lebensnotwendigkeit; alles was von der Sowjetunion kommt, ist nur gut – das ist ja lächerlich“. Ein Bauer in Passow (Kreis Parchim) erwähnte, daß „wir auch mit Hilfe der Sowjetunion zur Kollektivierung der Landwirtschaft kommen werden“. Dies wurde – so Geithner – vom Referenten „in Gegenargumenten widerlegt, indem er auf die Verfassung der DDR hinwies, in welcher das Privateigentum garantiert ist“. Diese ‚Gegenargumentation‘ bemühte Geithner auch, als er sechs Wochen zuvor der ZVdgB die Frage beantwortete: „Wie stehen wir zur Kollektivierung?“⁸⁹⁵. Hiernach versuchten die vertriebenen Junker „im Westen unserer Heimat“ den Bauern einzureden, daß eine Kollektivierung durchgeführt werde. Dieser „bauernfeindlichen Behauptung“ stellte Geithner Aussagen Ulrichts und Piecks vom Sommer 1950 entgegen, wonach – so Ulricht auf dem III. Parteitag des SED – „in Wirklichkeit [...] der Inhalt des Fünfjahrplans [zeigt], daß wir unter Beibehaltung der bisherigen Landwirtschaftspolitik zu einer bedeutenden Steigerung der Erträge kommen können und kommen werden“. Und Pieck (in Leipzig am 16.9.1950) wird mit den entschiedenen Worten zitiert: „Die Existenz der Bauern ist gesichert und unsere demokratischen Gesetze schützen das Eigentum“.

Diese ‚Schutzbehauptungen‘ – *über* den Schutz des bäuerlichen Eigentums und *zum* Schutz der SED-Politik – mußten nach innerer Logik aufgestellt werden, denn „erst mit der fortschreitenden Demokratisierung des Dorfes entwickelten sich Voraussetzungen für den Beginn des Übergangs zu genossenschaftlich-sozialistischer Produktion[;] 1950 und 1951 [aber] war dieser Prozeß noch nicht so weit fortgeschritten, so daß der Zusammenschluß zu landwirt-

⁸⁹⁴ Brief (betr. Informationsdienst) von Geithner (LV VdgB, HA Kultur und Aufklärung, Sektor Massenagitation) an die ZVdgB und LL der SED, 8.1.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 400.

⁸⁹⁵ Brief betr. Kollektivierung, 20.11.1951, Geithner an Römer (ZVdgB (BHG) Sekretariat Kultur und Massenaufklärung, Sektor Massenagitation), *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 405.

schaftlichen Produktionsgenossenschaften zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefördert werden konnte“⁸⁹⁶. Da die „Rückständigkeit in der Landwirtschaft Mecklenburgs noch nicht vollständig überwunden“ war⁸⁹⁷, mußten die „objektiven Voraussetzungen einer realen Demokratie im Dorfe“⁸⁹⁸ erst noch geschaffen werden. Hierfür galt es in erster Linie, die rückschrittlichen Kleinbauern anzuleiten. Sie drohten im zum Staatsziel erklärten ‚Kampf des Fortschrittes gegen die Reaktion‘ in die Fänge des letzteren zu geraten. Durch ihre *nun* als unmodern kritisierte Wirtschaftsweise ohne Einsatz von Technik, ohne Arbeitsteilung und unter Vernachlässigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse standen sie „am Scheidewege“⁸⁹⁹. Sie wurden zu „Eigenbrötlern“ abgestempelt und der ihnen – immerhin nach vielhundertjähriger Unterdrückung – übereignete Besitz wurde nun als „Tyrannei des Bodens“ bewertet⁹⁰⁰. War der Vorwurf des Kapitalismus noch einigermaßen abstrakt und zudem fern ihrer Realität aus Armut und Not, so konnte die Bezeichnung nicht fortschrittlich zu sein, schon eher das Selbstwertgefühl der Bauern treffen⁹⁰¹. Beides dürfte jedenfalls nicht als Sympathiewerbung für die SED aufgenommen worden sein. Der allerdings absurde Vorwurf, sich zu ökonomischen Ausbeutern auf dem Lande zu entwickeln, diese Rolle überhaupt einnehmen zu können, offenbarte nicht nur eine wachsende Ratlosigkeit und Hysterie innerhalb der Staatsparteiführung ob der sozioökonomischen Entwicklung⁹⁰², sondern auch einen eklatanten Realitätsverlust sowohl der Praxis als auch der Ideologie⁹⁰³.

⁸⁹⁶ *Kommunistische Agrarpolitik*, aaO., 100.

⁸⁹⁷ Ebd.

⁸⁹⁸ Edwin Hoernle, „Demokratie im Dorfe. Eine Voraussetzung für den Sieg des Fünfjahrplanes“, April 1951, in: ders., *Zum Bündnis*, aaO., 483.

⁸⁹⁹ „Aus der bäuerlichen Familienwirtschaft *kann* eine Ausbeuterwirtschaft werden, sie *kann* sich aber auch anders entwickeln“. Hoernle, „Einige Bemerkungen zur Frage der Planung in der Landwirtschaft. Aus einer Vorlesung in der Deutschen Verwaltungs-Akademie ‚Walter Ulbricht‘ im Mai 1951“. in: ders., *Zum Bündnis*, aaO., 497.

⁹⁰⁰ Ebd., 489, 504.

⁹⁰¹ Fortschrittlichkeit wurde in der Agitation zum schmückenden Beiwerk des ‚guten‘ Bauern. Demgegenüber standen die „Saboteure“ und „Handlanger der Junker“, aber eben auch die Großbauern, die „nicht als fortschrittliche Menschen um ihre Mitarbeit in der VdgB [kämpfen], sondern um persönliche Vorteile“; Friedel (VdgB Abt. Organisation), Bericht über die Durchführung der Generalversammlungen in den BHG zur Neuwahl der Vorstände und Revisionskommissionen, 24.7.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 555.

⁹⁰² Unzufriedenheit herrschte aber auch über das „bürokratische Verhalten mancher Kreis- und Gemeindeverwaltungen und Organe der VdgB (BHG)“ und über die „Parteiarbeit in den landwirtschaftlichen Gebieten“; aus Ulbrichts Rede auf der II. SED-Parteikonferenz im Juli 1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 637 („Zu den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“).

⁹⁰³ Vielleicht schwante der SED, daß „vom Kommunismus [...] keiner etwas wissen [will], nicht im Westen, nicht hier bei uns, selbst in Rußland nicht“. So formulierte es Bauer Ruhl aus Hohen-Zieritz, der sogar Mitglied des Ortsausschusses der nationalen Front war. Brief des Landesausschusses der Nationalen Front an Konopka (1. Sekretär des LV der VdgB), 17.7.1952; *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 555.

Der ursprünglich als Kampf gegen die Großbauern geführte ‚Klassenkampf auf dem Lande‘ wandte sich nun auch deutlicher gegen die Klein-, Mittel- und Neubauern – die anfänglich nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Hoffnungsträger der politischen Führung gewesen waren – und damit gegen die gesamte bäuerliche Gesellschaft. Am Ende der Phase bäuerlicher Privatwirtschaft in der SBZ/DDR brachen unter den Kommunisten die aus machttaktischen Gründen mühsam zurückgehaltenen Vorurteile gegen den Bauernstand wieder durch: „Viele Bauern haben ihr Ohr noch an der verkehrten Seite, wenn sie die Lügen des RIAS hören und dadurch ihren Verpflichtungen nicht nachkommen“⁹⁰⁴. Ulbricht verurteilte zwar das „geringschätzige Verhalten zur Bauernschaft“⁹⁰⁵, lancierte jedoch durch indirekte Kritik diese unterbewußt fortbestehenden Vorbehalte von der „Idiotie des Landlebens“ und der „Rückständigkeit des Dorfes“⁹⁰⁶. Auf ebenso subtile Art und Weise wurde von der SED-Parteiführung zusammen mit den Sowjets die Bildung von LPGen konzipiert. Im Protokoll der Schlußbesprechung seiner mit Grotewohl und Ulbricht durchgeführten Moskaureise vermerkte Pieck am 7. April 1952:

„Auch Schaffung von Produktiv-Genossenschaften im Dorfe, um Großbauern einzukreisen. Geschickt im Herbst beginnen. Beispiele schaffen – Vergünstigungen Saatgut, Maschinen. Instrukteure zur Verfügung. Niemand zwingen. Nicht schreien Kolchosen – Sozialismus. Tatsachen schaffen. Im Anfang die Tat. - Weg zum Sozialismus – staatliche Produktion ist sozialistische“⁹⁰⁷.

Nach dieser Maßgabe wurde unter allen Umständen vermieden, von Kollektivierung zu sprechen. In einer spöttischen Reaktion auf die Forderung von Bundespräsident Heuß, im deutschen Südwesten eine Flurbereinigung durchzuführen, hieß es: „Bei uns in der DDR werden keine Bauernwirtschaften vernichtet. [...] In unserer DDR ist das Eigentum der Bauern geschützt. Jeder Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes hat die Möglichkeit, seine persönliche Initiative zur Steigerung der Produktion voll zu entfalten. [...] Mit der Lüge der bevorstehenden Kollektivierung in der DDR wollen die Kriegshetzer ablenken von der Verelendungspolitik, von dem Vernichtungsfeldzug gegen die westdeutschen Bauern. [...] Wir wollen keine amerikanischen Farmerwirtschaften, wir wollen freie Bauern auf freier Scholle sein“⁹⁰⁸.

⁹⁰⁴ So Kollege Jendrass auf der Bauernversammlung in Baumgarten, Protokoll vom 7.6.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 424.

⁹⁰⁵ Er interpretierte es als einen „Ausdruck des Sozialdemokratismus“; „Beschluß der II. Parteikonferenz der SED zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus“, in: *Einheit* 8.1952, 711.

⁹⁰⁶ „Die wissenschaftliche Bedeutung der II. Parteikonferenz“, in: *Einheit* 8.1952, 721.

⁹⁰⁷ Schlußbesprechung mit Stalin und Molotow; Badstübner/Loth, aaO., 397.

⁹⁰⁸ (April) 1952, nicht zuordbarer Art.: „Heuß fordert die Vernichtung der kleinen Bauernwirtschaften! In der DDR wird der wachsende Wohlstand der Bauern geschützt!“, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 555. Die Bauern wur-

Ablenkungsmanöver wie diese wurden im Sommer 1952 begleitet von aufwendigen Werbe- feldzügen, welche für die Bildung von Produktionsgenossenschaften (PG) die Gewährung von zehn Vergünstigungen signalisierten: Von der MAS geleistete Arbeiten werden nach dem günstigsten Tarif berechnet und können im folgenden Jahr bezahlt werden; die PG werden die besten Wirtschaftsberater zudem kostenlos erhalten; der Düngerbedarf der PG wird gegen Kredite der Bauernbank vollauf gedeckt; für Mitglieder der PG wird die Pflichtablieferung des Jahres 1952 um 10% gesenkt, die Steuerzahlung für zwei Jahre ausgesetzt und die Steuern für 1952 um 25% gesenkt; Bodenreformwirtschaften wird die weitere Zahlung der Kaufpreisraten erlassen; schließlich werden Mitglieder der PG bevorzugt bei der Belieferung von Düngemitteln, von landwirtschaftlichem Gerät, Saatgut, Zuchtvieh und Futtermitteln und bei der Gewährung von Baukrediten⁹⁰⁹. Diese Auflistung und damit das Eingestehen der bestehenden Defizite verunsicherte die Bauern, die nicht verstehen konnten, warum nicht – da die PG ja ausdrücklich „nur auf Grund freiwilliger Zustimmung“⁹¹⁰ gegründet werden durften – für alle Bauern die Erleichterungen gelten sollten. Die Aussicht, durch wirtschaftlichen Druck in die PG gezwungen zu werden⁹¹¹, lehnten sie ab. „Wir möchten nicht wieder nach der Klingel arbeiten; die Stärkeren haben es nicht nötig, sich zusammenzuschließen, das ist etwas für die Schwachen“⁹¹². Die erste LPG-Gründung in Mecklenburg erfolgte jedenfalls am 12.6.1952 in Meierstorf, Kreis Grevesmühlen⁹¹³, und das – wie bei herausragenden Ver-

den aufgefordert: „Schreibt Euren Kollegen über die Friedensvorschläge der Sowjetregierung, über das Stalin-Interview. Erzählt von Euren Erfolgen in der landwirtschaftlichen Produktion, wie bei uns alle Menschen für den Frieden kämpfen uns arbeiten“.

⁹⁰⁹ „Die werktätigen Bäuerinnen und Bauern diskutieren über die Bildung von Produktionsgenossenschaften“, in: *Bauern Echo* 31.7.1952, 4. Die Vergünstigungen wurden auf Vorschlag des Politbüros am 24.7.1952 vom Ministerrat beschlossen.

⁹¹⁰ „Statut der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“, zit. n. Albert Schäfer, „Die Schaffung von LPG in der DDR – ein entscheidender Schritt zur Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern“, in: *Einheit* 10.1952, 957.

⁹¹¹ „Trotz der Betonung der Freiwilligkeit wird auf die übrigen werktätigen Bauern, die der PG nicht beitreten wollen, insofern ein Druck ausgeübt, da sie nicht die Vergünstigungen erhalten, die die Mitglieder der PG genießen. [So] werden die anderen doch gezwungen – um existieren zu können – der PG beizutreten“; Friedel (VdgB, Abt. Organisation), Informationen zur Bildung von PG, 29.8.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 403.

⁹¹² LV der VdgB (BHG), Sektor Information, „Bericht über die Bildung von Produktionsgenossenschaften“, 29.7.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 555. „In Groß-Korzhagen (Kreis Stralsund) erklären sich die Altbauern von 15-20 ha bereit zur Bildung von PG. Der Kreisverband berichtet, daß die wirtschaftsschwachen Bauern die Bildung der PG begrüßen, während die wirtschaftsstarken sie ablehnen“. „Im Kreis Rostock wollen insbesondere die ‚schlechten Bauern‘ PG bilden, weil sie Vergünstigungen erhalten. Der Meisterbauer Löck in Japenzin ist sich über die Bildung von PG im Unklaren, er vertrat die Ansicht, die PG unterstützen die Faulenzer“. Es gab auch Ausnahmen: „In Lassahn (Kreis Anklam) wollen die Großbauern PG gründen“.

⁹¹³ Vgl. *Kommunistische Agrarpolitik*, aaO., 100.

änderungen üblich – *bevor* die Partei auf ihrer 2. Parteikonferenz (9.-12.7.1952) begann, die Entwicklung von LPG zu propagieren.

Dieselbe Begeisterung, mit der die Presse anfänglich jede Gründung einer LPG begleitete, war unter der Bauernschaft hingegen nicht vorhanden⁹¹⁴. Zwar sorgte eine solche Gründung für „rege Diskussionen“ nicht nur „innerhalb des Ortes, sondern in der ganzen Umgebung“, doch dieses vor allem, weil „ein großer Teil der Bauern [...] der irrgen Auffassung“ anhing, daß es sich hierbei um eine „Kollektivierung“ handelte⁹¹⁵.

Auskunft über die Aufnahme der LPG-Gründungen und die Stimmung der Bauern können uns z.B. die Protokolle der Bauernversammlungen und die Stimmungsberichte der Organe und Behörden geben, wobei erstere in Wortwahl und in der Bandbreite der inhaltlichen Wiedergabe authentischer erscheinen. Aber auch die dokumentierten Aussagen sind quellenkritisch von stark unterschiedlicher Qualität, je nachdem wer sprach, differiert die Aussage zwischen privater, emotionaler Meinung⁹¹⁶ und politischer, rationaler Haltung⁹¹⁷. Eindrucks- voll und glaubwürdig sind Bekenntnisse, die Zwischentöne zwischen diesen beiden Polen ausmachten: „Ich möchte die Probleme an der Wurzel des Übels anfassen. [...] Es ist nicht so, daß wir uns vom RIAS-Sender beeinflussen lassen. Jeder Bauer, der wirklich Bauer ist, ist bestrebt, das Beste aus seinem Boden herauszuholen. [...] Mir kann keiner etwas nachweisen, daß ich meinen Betrieb vernachlässigt habe. Ich bin auch politisch tätig und [...] immer dabei, wenn es gilt, etwas zu leisten“⁹¹⁸. Die Unterschätzung der ‚bäuerlichen Ehre‘ durch die staatlichen Instanzen ging häufig einher mit der unzureichenden Behandlung der bäuerlichen Nöte und Unsicherheiten: „Die vielen Beschwerden, die Ihr eingereicht habt, konnten wir

⁹¹⁴ In Güstrow konnte der zuständige Abteilungsangestellte der VdgB u.a. folgende Äußerungen auf Bauernversammlungen ‚aufschnappen‘: „Warum jetzt Großflächenbewirtschaftung, und 1945 wurden die Güter aufgeteilt; hätte man doch die Güter bestehen lassen können“. „Wenn Landarbeiter in die PG kommen, dann haben die ja einen Anteil an unserem Boden; wo bleibt denn da die Sicherung unseres Eigentums, das uns ja garantiert ist?“. „Ich gehe in die PG, dann werde ich meine Siedlung los und mache überhaupt nichts mehr“. Informationen zur Bildung von PG, Friedel (VdgB LV, Abt. Organisation), 29.8.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 403.

⁹¹⁵ Kranz (VdgB Franzburg, Kreis Stralsund) an LV der VdgB, Stimmungsbericht (Abschrift) vom 15.7.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 523.

⁹¹⁶ Z.B. Bauer Polex über die wirtschaftlichen Ursachen für den Konflikt über den Beitritt in eine LPG: „Ich kann mein Ablieferungssoll auch nicht schaffen, auf freie Spitzen kann ich schon gar nichts abliefern, dann lebe ich ja schlechter wie ein Zuchthäusler. Man soll die Betriebe nicht mit Gewalt abdrehen, man darf uns nicht die Lust und Liebe zur Arbeit nehmen“. Protokoll über die Bauernversammlung in Baumgarten, 7.6.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 424.

⁹¹⁷ Nachdem z.B. ein Redner auf einer Bauernversammlung ausführte: „Entweder wollt Ihr nicht mit unserer Entwicklung mit oder Ihr wartet auf andere Zeiten. [...] Nur der Wille und das bewußtsein aller Bauern muß gestärkt werden“, fügte er entlarvend hinzu: „Ich spreche nicht aus dem Buch“; Protokoll über die Bauernversammlung in Baumgarten, 7.6.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 424.

⁹¹⁸ Bauer Lessle. Protokoll über die Bauernversammlung in Baumgarten, 7.6.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 424.

nicht behandeln. Diese hätten wir erst durcharbeiten und überprüfen müssen. Das hätte zu viel Zeit in Anspruch genommen. Wir haben diese Beschwerden an die Kreisverwaltung abgegeben und werden kontrollieren, was veranlaßt worden ist⁹¹⁹. Gründe für Beschwerden gab es genug, und Unzufriedenheit war es auch, die z.B. die Bauern in Blumenholz veranlaßte, „jetzt langsam an die Arbeit [zu] gehen, nur nicht zu schnell, immer ruhig angehen lassen. Wir arbeiten ja doch nicht mehr für uns. Im nächsten Jahr wird doch schon ohne Grenzsteine gepflügt, es wird nur noch Kolchosen geben“⁹²⁰.

Trotz weit verbreitetem Widerstreben unter der bäuerlichen Bevölkerung gelang es dieser nicht, sich wirksam dem Herrschaftsanspruch der SED-Regierung entgegenzustellen. Erlagen die Bauern in den Möglichkeiten der Durchsetzung ihrer Interessen – es handelte sich viel weniger um *formulierte* Interessen, als vielmehr um wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten – auch den ausgefeilten und organisierten Mechanismen der Macht, so bewirkte die Kollektivierung der Wirtschaft ungewollt jedoch auch eine Kollektivierung der Interessen der Bauern. Aus der Schicksalsgemeinschaft wurde eine Interessengemeinschaft; die originär nicht politisch motivierten „Anti-Haltungen“ waren eine Erscheinung von Resistenz, von kommunikativer „Widersetlichkeit“ gegenüber den staatlichen Eingriffen in die Eigentums- und Wirtschaftsform der Bauern⁹²¹: „So weit ist es noch lange nicht, daß wir Produktionsgenossenschaften bilden, so lange wir uns behaupten können, lassen wir die Hände davon“, sagte Bauer Kracht aus Gaarz und sprach damit aus, was viele seiner Bauernkollegen empfanden⁹²².

⁹¹⁹ Schlußwort Kollege Kiessling. Protokoll über die Bauernversammlung in Baumgarten, 7.6.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 424. Kiessling bewies auch in anderen Fragen wenig Bürgernähe. Die monierte wirtschaftliche Ungleichbehandlung der Bauern klärte er so auf: „Es gibt keinen Unterschied zwischen Altbauern und Neubauern. Hier wird verwechselt zwischen Großbauern und werktätigen Bauern. Dieser Unterschied besteht und wird auch bleiben. Kollegen vom Kreisverband sollen geäußert haben, ‚vielleicht verschwinden die Großbauern bald‘. Wir führen keinen Kampf gegen die Großbauern, wir unterstützen sogar ihre Initiative, wenn sie im Interesse des Volkes ist“.

⁹²⁰ Der Informant konnte diese Einstellung „beim Pumpenbau“ erfahren, wie er schrieb. Brief vom 17.7.1952, Landesausschuß der Nationalen Front an Konoppa (LV der VdgB), *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 555.

⁹²¹ Vgl. Martin Broszat/Elke Fröhlich, *Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus*, München 1987, 49 ff.

⁹²² „Bericht über die Bildung von PG und über die Argumentation über PG im Lande Mecklenburg“, Sektor Information der VdgB (BHG) LV, 29.7.1952, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 555.

IV. Schluß

„Vorwärts für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus“. Unter dieser Parole⁹²³ sollte die inner- und außerstaatliche Stabilisierung der DDR „planmäßig“ und in forcierter Gangart bewerkstelligt werden. Im Frühjahr 1952 erscheint der „Aufbau des Sozialismus“ als rasch vorangetriebene konzertierte Aktion: Nach den gescheiterten deutschlandpolitischen Initiativen der Sowjetunion konnte – quasi als legitimierte, im Interesse des Staates notwendige Reaktion darauf – die verstärkte Erfassung, Mobilisierung und organisatorische Straffung aller gesellschaftlichen Sektoren in Angriff genommen werden, wie das Beispiel des Aufbaus von bewaffneten Streitkräften in der DDR zeigt. Die Radikalisierung der politischen Machtdurchsetzung der SED fand ihren Ausdruck in einer Intensivierung der Methoden des ‚Klassenkampfes‘. Dadurch erhöhte sich aber auch der Binnendruck des nicht wirklich legitimierten Systems.

Zum verstärkten Kampf gegen die Großbauern in den Leitungen der BHG sollten im Frühjahr und Sommer 1952 die Wahlen der Vorstände und Revisionskommissionen dieser Gremien genutzt werden. Trotz breit entfalteter Propaganda gegen die Großbauern wurden diese erneut in viele BHG-Leitungen gewählt. Das Kesseltreiben gegen sie wurde zu einer fixen Idee, die kriminelle Ausmaße annahm. Unter fiktiven Anschuldigungen wie die der Antisowjetizität wurde hinter jedem Bauern, der mehr als 20 Hektar Land bewirtschaftete, ein „versteckter oder offener Feind unserer DDR“ vermutet, gegen den ein „unerbittlicher Kampf“ geführt werden mußte⁹²⁴. „Da unsere Organisation die der werktätigen Bauern ist, kann für Großbauern in den Vorständen [...] kein Platz sein. Der Beschuß der 2. Parteikonferenz der SED in Berlin zeigt, daß der Planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR beginnt. Aus diesem Grunde ist auch der letzte Großbauer aus dem Vorstand oder auch aus der Revisionskommission zu entfernen. Es muß erreicht werden, daß an ihre Stelle Kleinbauern und Zwergbauern treten, denn nur sie können in der Tat die wahren Interessenvertreter der werktätigen Bauern sein“⁹²⁵. Wenn der Kreisverband einer bäuerlichen Organisation sich dermaßen den Beschlüssen einer Partei unterordnet, ist das nicht nur Ausdruck einer bereits weit fortgeschrittenen Gleichschaltung pluraler Artikulationsmöglichkeiten der Bauernschaft, sondern offenbart auch Arbeitsmethoden, die denen des noch nicht einmal konsolidierten Geheimdienstapparates ähnelten. Der Kreisverband erstellte Listen, mit denen die Instrukteure angewiesen wurden, innerhalb eines Monats die in die BHG-Leitungen gewählten

⁹²³ Am 30.5.1952 vom Sekretariat des ZK der SED ausgegeben, zit. n. Loth, *Ungeliebtes Kind*, aaO., 187.

⁹²⁴ Kreisverband der VdgB (BHG) Demmin, „Arbeitsplan zur Entfernung der Großbauern aus den Vorständen und Revisionskommissionen der BHG“, 25.7.1952, *MLHA VdgB BHG Kreisverband Demmin* Nr. 16.

⁹²⁵ Ebd.

„Großbauern zu entfernen“⁹²⁶.

Auch der Landesvorstand der VdgB (BHG) reagierte prompt auf die Anforderungen der 2. Parteikonferenz. „In Zukunft gehört es zu den Hauptaufgaben der VdgB (BHG), bei der Schaffung und Förderung von Produktionsgenossenschaften mitzuwirken“⁹²⁷. Ulbricht legte die neue Hauptaufgabe der VdgB (BHG) nach folgendem Grundsatz fest: „Erst kommt die Produktionsgenossenschaft, dann kommt noch einmal die Produktionsgenossenschaft und dann erst kommen die anderen Klein- und Mittelbauern“⁹²⁸.

Obwohl niemand in die LPG gezwungen werden sollte, übten die unteren Parteiorganisationen starken Druck auf die Bauern aus. Lautsprecherwagen verkündeten z.B. in den Dörfern den Stand der LPG-Gründungen und -beitritte und bedrängten die noch nicht eingetretenen Bauern solange, bis diese schließlich nachgaben. Neben den psychischen und ideologischen Repressalien wurde der wirtschaftliche Druck auf die Mittel- und Großbauern weiter erhöht. Die zunehmende Übertragung des sowjetischen Modells auf die Zustände in der DDR sorgte nicht nur für einen Anstieg der Säuberungen und politischen Prozesse, sondern auch für eine dramatische Zunahme der Fluchtbewegung. Monatlich verließen 15000 bis 23000 Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik⁹²⁹. Der ununterbrochene Angriff des Regime auf die wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen des Landes eskalierte in dem durch unpopuläre Normenerhöhungen ausgelösten Aufstand am 17. Juni 1953. An diesem Tag demonstrierten die sowjetischen Panzer, auf welcher Machtgrundlage der ostdeutsche Parteistaat beruhte, an diesem Tag veränderte sich aber auch – bezogen auf die Landwirtschaft – das Tempo der agrarwirtschaftlichen Umstrukturierung. Mehr als 10% der 5074 bereits bestehenden LPG lösten sich wieder auf, rund 33000 Mitglieder verließen die Genossenschaften⁹³⁰, und erst sechs Jahre später beendete die Vollkollektivierung die Transformation der bäuerlichen Gesellschaft.

Welche Faktoren ermöglichten und konsolidierten die Herausbildung der politischen ‚Macht‘?

Der politische Führungsanspruch der KPD/SED beruhte auf ihrer von den Sowjets garantierten

⁹²⁶ Ebd. Es handelte sich in diesem Fall um 26 Bauern, die durchschnittlich 20 bis 30 ha bewirtschafteten (Minimum: 18,27 ha, Maximum: 62 ha). Vier dieser Bauern waren parteilos, drei gehörten der CDU an, und jeweils zwei der DBD, LDP, SED und NDP.

⁹²⁷ Protokoll der V. Vorstandssitzung in Schwerin, 14.8.1952, Referat von Konoppa: „Unsere Aufgabenstellung nach der 2. Parteikonferenz der SED“, *MLHA VdgB BHG LV* Nr. 4.

⁹²⁸ Walter Ulbricht, *Die Aufgaben und Perspektiven der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*, Berlin 1952, 73.

⁹²⁹ Vgl. Loth, aaO., 195.

⁹³⁰ Vgl. Bauerkämper, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 136.

absoluten Stellung im besatzungshoheitlich gestalteten System⁹³¹. Oberstes Rationalitätskriterium war die „Erhaltung der Macht der Partei“⁹³². Die SED sicherte ihr, als „führende Rolle“ getarntes Machtmonopol mit Elementen „totalitärer Herrschaft“⁹³³: der verbindlichen Geltung der marxistisch-leninistischen Ideologie, der Kopplung des Staatsapparates an den Parteapparat und deren enge personelle Verflechtung, der Unterbindung der Gewaltenteilung, föderaler Prinzipien und kommunaler Selbstverwaltung, einer durchorganisierten, machtlosen Gesellschaft, der Steuerung und Politisierung der Justiz, der Zentralisierung der Verwaltungs- und Legislativfunktionen, der Kaderpolitik und des Nomenklatursystems, der Verfolgung oppositioneller „Abweichungen“, einer zentralen Wirtschaftsplanung, der Anleitung und Umfunktionierung der Massenorganisationen und Blockparteien zu ‚Transmissionsriemen‘, der Instrumentalisierung der Medien, der umfassenden Erfassung, Mobilisierung und politisch-ideologischen Erziehung der Menschen, der Militarisierung der Gesellschaft und der Beherrschung der bewaffneten Organe (Volkspolizei, Armee) durch die Partei⁹³⁴.

War die Bodenreform – für die sowjetische Machtphäre – noch beispiellos und wurde sie u.a. in den Rahmen der Entnazifizierungsmaßnahmen gestellt, so wurde dann seit 1947 der Weg der Sowjetunion als vorbildhaft für die ostdeutsche Entwicklung herausgestellt⁹³⁵. Die Kopie der sowjetischen Methoden in Wirtschaft und Staat stellte das ZK der SED im Juni 1951 unter die Lösung „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“⁹³⁶. Der Prozeß des Machterwerbs wurde begleitet von einer gesellschaftlichen Entdifferenzierung. Im Zuge der gewaltsamen „Revolution von oben“⁹³⁷ machte die Partei Legitimationsangebote, die helfen sollten, Widerstände und Widersprüche in der Gesellschaft zu beseitigen. Die Entdifferenzierung der durch Krieg, Flucht und Enteignung differenzierten Gesellschaft als einen nicht-intentionalen Prozeß der ‚Entbürgerlichung‘ bzw. ‚Entbäuerlichung‘ im Gegensatz zum intentionalen, politischen Vorgang der Gleichschaltung zu begreifen, überzeugt schwerlich, wenn die Aufhebung der funktionalen Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als Strategie die institutionelle, politisch-herrschaftliche Durchdringung der Gesellschaft intendierte. Mögliche andere Rationalitätskriterien, z.B. ökono-

⁹³¹ „Unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung [wurden] die Grundstrukturen für die spätere stalinistisch geprägte DDR gelegt“; Eduard Gloeckner, „Die Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte (SBZ/DDR) hat auf gesamtdeutscher Ebene begonnen“, in: DA 25.1992, 318.

⁹³² M. Rainer Lepsius in: Kocka, aaO., 21.

⁹³³ Bericht der Enquete-Kommission, aaO., 21.

⁹³⁴ Vgl. ebd.

⁹³⁵ Sehr deutlich in: Heft 11.1947 der *Einheit*.

⁹³⁶ Hermann Weber, *DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990*, vollst. überarb. u. erg. Neuauflage, Hannover 1991, 66.

⁹³⁷ Meuschel, aaO., 29.

mische, hatten sich technologischen und politischen Kriterien unterzuordnen⁹³⁸. Die politische Entscheidung fungierte als „Substitut für Markt und Recht“⁹³⁹, und die konsequente Unterbindung privater Verfügungsgewalt über Produktionsmittel – in die jeweils leistungsfähigsten bäuerlichen Wirtschaften wurde interveniert – machte Leistung nicht länger lohnenswert.

Der Antifaschismus als zentrales Legitimationsmuster fand sowohl affektive als auch rationale Verwendung. Die in der SBZ/DDR herrschende „starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gesessen hatten“⁹⁴⁰, förderte den Machterwerb der Kommunisten. Die Bewältigung des nationalsozialistischen Erbes und der sog. antifaschistisch-demokratische Aufbau unter kommunistischer Führung wurden gekoppelt. Die Bereitschaft der Bevölkerung, beim Aufbau des Sozialismus mitzuwirken – auf dem Lande bedeutete das die Unterstützung der Bodenreform –, *konnte* als Beweis antifaschistischer Gesinnung gelten, durch die Instrumentalisierung dieser Formel konnte ihr jedoch andererseits – dort wo es der Partei nötig schien – jederzeit diese ‚Absolution‘ wieder entzogen werden⁹⁴¹. Die Bemühungen der ersten Jahre der SBZ, ein tendenziell homogenisierendes Bündnis von Arbeitern und Bauern zu errichten, müssen als gescheitert angesehen werden. Der Spannungsbogen zwischen normativer und ontologischer Lebenswirklichkeit ließ die Staatspartei ‚neue‘ Formen der Masseneinbindung und Elitenrekrutierung entwickeln. Die Zerschlagung bestehender Kommunikationsmuster (die Junker durften sich ihren ehemaligen Besitz nur auf 30 km nähern) und insbesondere lokaler autonomer Organisations- und Artikulationsformen (z.B. die ländlichen Genossenschaften) wirkte nicht allein auf die traditionellen sozialen Hierarchien, sondern sie kreierte auch eine andere Gesellschaft, eine Gesellschaft neuen Typus. Der machtpolitisch durchgesetzte Entdifferenzierungsprozeß band die dabei „wiederentstehende Vielfalt in eine neue totalitäre Struktur“ ein⁹⁴². Deren Kennzeichen und Antinomien werden beispielhaft in der Organisationsform der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe wiedergespiegelt. Die VdgB spielte in dem politischen System „*ohne intermediäre Organisationen*“⁹⁴³ die Rolle eines Transmissionsriemens, einer Brücke zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Politik und Ökonomie, welche jedoch nur von der Seite der Staatspartei her betreten werden konnte. Doch trotz der objektiv bestehenden ‚kompetenzkompetenten‘ Machtmöglichkeiten griffen die von der VdgB durchgesetzten zentralen

⁹³⁸ Vgl. Lepsius, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 21.

⁹³⁹ Meuschel, „Überlegungen“, aaO., 7.

⁹⁴⁰ So Christa Wolf 1990, zit. n. Meuschel, aaO., 29.

⁹⁴¹ Vgl. Deutscher Bundestag, *Enquete-Bericht*, aaO., 52. Dies galt nicht nur für NS-Belastete – die Entnazifizierung erfolgte ohnehin nicht so gründlich wie bisher angenommen –, als Mittel der Ausgrenzung konnte es hingegen jeden inneren Gegner treffen.

⁹⁴² Meuschel, aaO., 11.

⁹⁴³ Lepsius, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 28.

Organisationsstrukturen und Planungsmechanismen in der Landwirtschaft nur unzureichend. Die in dieser Organisationsstruktur angelegte „Fragmentierung und Personalisierung der Willensbildung“ fand ihre Entsprechung in einer Individualisierung der Funktionselite⁹⁴⁴. Die nach außen hin (im Sinne Max Webers) als rationale Herrschaft propagierte Bürokratie besorgte ihre eigene „Intoxikation“⁹⁴⁵. Schematisch und dogmatisch wurden die Prinzipien der Kaderauswahl, der politischen Kooptation und der Disziplinierung durchgesetzt. Die ideologisch und fachlich relativ homogene Funktionselite war durch ihre Abhängigkeit und ihre Konformität hochgradig unflexibel, immobil und konservativ und in erster Linie damit beschäftigt, sich selbst zu erhalten. Ihre „Lebensberechtigung“ beruhte jedoch nicht auf Leistung, Erfolg und Legitimierung, sondern auf dem politischen Kriterium funktionaler Gebrauchbarkeit. Von dem Zeitpunkt an (1948), wo sie zur reinen Exekutive der Staatspartei mutierte, behinderte die innerorganisatorisch durchgesetzte Gleichschaltung sogar die Homogenisierung der bäuerlichen Bevölkerung. Diese für die Partei niederschmetternde Entwicklung wird auch nicht dadurch aufgewertet, daß es in der Bevölkerung neben den traditionell und potentiell resistenten Gruppen auch deutliche Tendenzen zu Opportunismus und Konformität gibt. Denn daß diese Grundordnung des politischen Herrschaftssystems der SBZ/DDR multiple Folgen für das Leben des einzelnen Menschen hatte, ist unbestritten. Die bäuerliche Gesellschaft Mecklenburgs war längst nicht so normiert und durchherrscht bzw. durchstaatlicht, wie die wirtschaftliche und soziale Kollektivierung es erscheinen lassen. Entzog man sich den Herrschaftsinstrumenten nicht durch „Republikflucht“, so konnte der Rückzug auch innerlich erfolgen: z.B. die ehemalige Bäuerin, die eine Bürokratstelle in der neuen LPG übernahm und so auch weiterhin wenigstens einige Zimmer in ihrem nun von der Genossenschaft okkupierten Haus bewohnen konnte, oder der LPG-Bauer, der – wenn er schon keine eigene „Datsche“ besaß – sein Privathaus zu einem Ferien- und Reiterhof umfunktionierte, hier privat, eigenständig, einfallsreich und dem staatlichen Zugriff entzogen wirtschaftete und als Werbeartikel (oder politisches Bekenntnis) sogar Flaschenuntersetzer entwarf, die seinen alten 23 PS-Lanz zum Motiv hatten und von dem zweckoptimistischen, „bauernschlauen“ Spruch umrahmt wurden: „Am würdigen Alten in Treue halten, am kräftigen Neuen sich stärken und freuen, wird niemand bereuen“⁹⁴⁶.

⁹⁴⁴ Ebd., 27.

⁹⁴⁵ Schon während der Phase der SBZ deutete die Verbreitung von Porträts der politischen Führung und der verstärkte Stalinkult auf eine Tendenz zu *charismatischer Herrschaft* hin. Hans Mierau vom Landesbauernsekretariat wies z.B. zu Stalins 70. Geburtstag alle Kreisvereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe an, auf Versammlungen „aktiv“ heraus zu stellen, daß „Stalin der Freund und Helfer des deutschen Volkes“ sei; Rundschreiben Nr. 273, 12.11.1949, *MLHA VdgB/VdgB (BHG) KV Greifswald Sz/33*.

⁹⁴⁶ Diese beiden Beispiele stammen von befragten Zeitzeugen.

Die gebremste Kollektivierung der Landwirtschaft zwischen 1954 und 1960 scheint ein Indiz dafür zu sein, daß auch das Regime den Umstand informeller Freiräume wohl oder übel akzeptierte.

In der Gesamtschau erscheint die viereinhalbjährige Existenz der SBZ als wirkliche *Vorgeschichte* der DDR. In allen Gesellschaftsbereichen (mit Ausnahme der Kirchen) konnten die Grundsteine gesetzt werden, die zum Kennzeichen der ‚sozialistischen‘ Gesellschaft werden sollten und Charakterzüge einer Stalinisierung trugen⁹⁴⁷: die Nomenklaturkader und die sog. ‚Intelligenz‘, die Normierung und Entdifferenzierung, der ‚versorgte Mensch‘, die durch Privilegien und Auszeichnungen (bis hin zu den sogar begehrten Anstecknadeln für Traktoristen) systemkonform gehaltenen Werktäglichen⁹⁴⁸, der Autoritarismus, das Nischenwesen, die Mechanismen der Repression. Weniger die Strukturen, die gelegt wurden, als vielmehr deren Folgen für das Leben der Menschen, die Eigenarten der Sozialbeziehungen, der Grad der Konformität und die Formen der Anpassung, der Willensbildung und der Gestaltungsfreiheit⁹⁴⁹ bestimmten die Mentalität – die sich schließlich „am langsamsten ändert“ (LeGoff) – der späteren DDR-Bürger nachhaltig. Sie hatten eine sozialisierende Wirkung. Die politischen und gesellschaftlichen Chancen des Neuaufbaus nach dem Kriege scheinen zum Nachteil der Bevölkerung mißbraucht und verspielt worden zu sein⁹⁵⁰.

Einhergehend mit der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen wandelte sich auch der Charakter der bundesdeutschen DDR-Forschung. Der ihr vorgeworfene „pathologische[] Antikommunismus“⁹⁵¹, der in den fünfziger und sechziger Jahren tatsächlich besonders bei den persönlich betroffenen Wissenschaftlern häufig zum erkenntnisleitenden Interesse firmierte, wurde in den siebziger und achtziger Jahren zugunsten eines durch Respekt, Sachlichkeit und Vertrauensbildung gekennzeichneten Wissenschaftsdialogs abgelöst. ‚Charakter‘ umfaßt zudem die geschichtswissenschaftlichen Methoden, Theorien, Klassifizierungen etc. Wenn in der neuen deutschen DDR-Forschung nun Interpretamente herangezogen werden, die – wie z.B. der

⁹⁴⁷ Vgl. hierzu Deutscher Bundestag, *Bericht der Enquete-Kommission*, aaO., 55 f; Hermann Weber, *DDR. Grundriß*, aaO., 13 ff.

⁹⁴⁸ In der Landwirtschaft sollten die 1951 erstmals verliehenen Titel „Meisterbauer“ die Bauern bei ihrem Berufsstolz packen; vgl. Nehrig, in: Scherstjanoi, aaO., 242. Die Meisterbauern berichteten z.B. auf Bauernversammlungen über ihre Ablieferungserfolge. Da sie jedoch aus anderen Orten kamen und in der Regel unbekannt waren und die wirklichen Probleme nicht ansprachen, sorgten diese ‚Henneckes vom Lande‘ eher für Unmut. Ausrufe wie „Man soll nicht immer dem werktätigen Bauern die Schuld geben, sondern v.a. dem Kreis und der Bodenkommission“ wurden dann in den Versammlungen geäußert; „Protokoll über die Bauernversammlung in Sagard am 24.5.“, 27.5.1952, *MLHA VdgB BHG LV Nr. 424*.

⁹⁴⁹ Vgl. Lepsius, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, aaO., 18.

⁹⁵⁰ Zum Vergleich der Zeiträume: Auch das vereinigte Deutschland ist etwas mehr als vier Jahre alt.

⁹⁵¹ Dieser Vorwurf galt (zu Unrecht) Hermann Weber. Heinz Heitzer, „Zu Hermann Weber (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986“, in: *ZfG* 6.1987, 573.

Totalitarismusbegriff⁹⁵² – inhaltlich und wissenschaftsgeschichtlich stark ideologisch aufgeladen sind, dann ist es – übernimmt man sie mangels anderer theoretischer Zugriffe – aus mehreren Gründen notwendig, sie zu entideologisieren. Aufgrund der veränderten empirischen Möglichkeiten (Archivalien und auch *oral history*) wird ein weitaus differenzierteres Bild der DDR gezeichnet werden können; aufgrund der auf höchster repräsentativer und öffentlicher Ebene stattfindenden „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ könnten theoretische Gerüste als Pauschalisierungen mißgedeutet werden. Zwar sind Fehlwahrnehmungen nie auszuschließen, doch scheint es angeraten zu sein, die durch einzelne, aus dem Zusammenhang herausgerissene Aktenveröffentlichungen moralisch aufgeladenen Debatten zu versachlichen. Die Forschung war und ist auf der Suche nach ‚Sündenfällen‘, d.h. nach Anfangspunkten von Entwicklungen. Dieses Aufspüren der *ersten* Quelle ist – bezogen auf die SBZ/DDR-Geschichte – erfolgversprechend, da sich in dem ideologischen System, aus dem sich die DDR-Herrschaft herleitete, all jene Ansätze und Grundsätze wiederfinden lassen, die in modifizierter Art noch am Ende der DDR Geltung besaßen. Diese Vorgehensweise ist jedoch hochgradig politisch und politisiert.

Bohrt sich der Historiker zum Kern einer historischen Entwicklung vor, so übernimmt er die Verantwortung, durch das Umkehren der Richtung nicht die Perspektive der Entstehung des von ihm untersuchten Gegenstandes zu verlieren. Geschichte ‚vom Ende her‘ gesehen ermöglicht Kategorisierungen, Periodisierungen und theoretische Zugriffe, beeinhaltet aber auch die Gefahr der tagespolitischen Effekthascherei und der Moralisierung. Dennoch besitzt dieses archäologische Vorgehen der Geschichtsforschung einige Berechtigung. In vorliegender Arbeit sollte es dem Unterfangen dienen, Diskrepanzen zwischen der politischen Führung und den ‚Geführten‘ aufzuzeigen und herzuleiten. Insbesondere der Anspruch der SBZ/DDR-Führung, „durch das Volk, mit dem Volk, für das Volk“⁹⁵³ zu handeln – also der absolute Geltungsanspruch für das gesellschaftliche und politische Gedeihen des neuen Gemeinwesens – und dagegen die (systematischen, taktischen und willkürlichen) Vertrauensbrüche an den Hoffnungen, Erwartungen und Wünschen der Bevölkerung bieten Anschauungsmaterial für die Geburt eines kranken Staates, der

⁹⁵² Vgl. z.B. Eckhard Jesse, „War die DDR totalitär?“, in: *APuZ*, B 40/1994, 7.10.1994, 12-23; Ludger Kühnhardt/Gerd Leutenecker/Martin Rupps/Frank Waltmann (Hg.), *Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politik-wissenschaftlicher Vergleich*, Frankfurt/M.-Berlin-Bern-New York-Paris-Wien 1994; Bernd Faulenbach/Martin Stadelmaier (Hg.), *Diktatur und Emnazipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991*, Essen 1993.

⁹⁵³ Max Fechner, „Der Kampf um die Gemeinde“, in: *Einheit*, Nr. 3, August 1946, 142; Paul Merker, „Über die Sowjetdemokratie“, in: *Einheit* 11.1947, 1038.

aufgrund seiner Paten dennoch recht alt werden konnte⁹⁵⁴.

Armin Moritz stellte seiner 1984 vorgelegten Untersuchung über die Besonderheiten der SBZ-Agrarwirtschaft folgenden, heute zunehmend aktuellen Satz von Ludwig Marcuse voran: „Man verwechsle nicht, was in den Geschichtsbüchern steht, mit dem, was einer, dessen Zeit sie beschreiben, durchgemacht hat“.

⁹⁵⁴ Die Paten waren die sowjetischen Panzer. Den Eltern- oder Erzieherpart übernahm die Staatspartei. Dieser Herrschaftsapparat rekrutierte sich – und das ist eine nebenbei abgefallene Erkenntnis dieser Arbeit – aus einem sehr heterogenen Kreis. Es gab idealistische, ideologisch sozialisierte, ‚treue‘ deutsche Kommunisten, wie z.B. Bernhard Quandt, für die der Marxismus „Richtschnur für ihr Handeln“ und der „tiefste Grund ihres politischen Daseins“ war (Nettl, aaO., 362), die im Nationalsozialismus ihr Leben dafür gelassen hätten; es gab sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität, wie z.B. Walter Ulbricht, die politisch ehrgeizig und machtbesessen Herrschaft installierten, gebrauchten und instrumentalisierten; es gab deutsche Sozialisten, wie z.B. Hans Warnke, die – einmal an der Macht – als Aufsteiger und Opportunisten jeden politischen Wetterumschwung zu ihrem Vorteil ausnutzen konnten, die nicht fachliche Kompetenz, sondern Loyalität ‚nach oben‘ und Durchsetzungsvermögen ‚nach unten‘ aufweisen mußten. Diese Gruppen organisierten zusammen mit den Sowjets die politische Entwicklung der SBZ. Da die Massen nicht im gewünschten Sinne ‚funktionierten‘, richtete die politische Elite seit 1948 das Hauptaugenmerk auf die Schaffung von Parteiaktivs, -kader und SED-Betriebseinheiten.

ANHANG

Die in den unterschiedlichen Arbeiten verwendeten statistischen Belege weichen häufig so sehr voneinander ab, daß eine Interpretation und ein Jahresvergleich die Ergebnisse schnell fehlerhaft erscheinen lassen. Ursächlich sind schon Ungenauigkeiten im statistischen Material („Unter- und Übererfassung“), die bei einigen Verfassern zur Berechnung und Schätzung von Umrechnungsschlüsseln und m.E. auch zur Fehlerpotenzierung führen. Im folgenden ist daher den absoluten Zahlen weniger Aufmerksamkeit zu schenken als den anteiligen, ein Verhältnis ausdrückenden Prozentzahlen. Basis für die Vorkriegszahlen bildet meist das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung vom 17.5. 1939. Die Werte für Mecklenburg wurden vollständig übernommen und mit den Zahlen der später vorpommerschen Land- und Stadtkreise der Provinz Pommern addiert. Ohne Abzüge angerechnet wurden dabei die Kreise Anklam, Demmin, Franzburg-Barth, Greifswald, Grimmen, Rügen und Stralsund. Aus den Kreisen Rindow, Ueckermünde und Usedom-Wollin wurden die später zum sowjetisch besetzten Mecklenburg-Vorpommern gehörenden Gemeinden einbezogen. Da dieser Schritt jedoch nur für die Bevölkerungszählung möglich war, wurde für weitere Statistiken (z.B. Erwerbspersonen) der hieraus berechnete Anteil an den gesamten Gemeinden (39,4%) übernommen.

1. Bevölkerung „Mecklenburg-Vorpommerns“ 1939¹:

(in Klammern: Bevölkerungsdichte, Juli 1945, Quelle: MLHA MLF 1705/1)

Schönberg (72)	41445
Schwerin (Stadt- u. Landkreis) (58)	35811 + 60938
Hagenow (65)	51751
Ludwigslust (78)	51263
Wismar (64)	46347 + 33839
Parchim (82)	54942
Rostock (108)	72867 + 118048
Güstrow (80)	56314 + 26672
Waren (77)	59098
Stargard/NB/Neustrelitz (68)	63814 + 21033 + 23807
Malchin (90)	58423
Mecklenburg insg.	876412 (♂: 49,6%)
Anklam (75)	39335
Demmin (75)	53017
Franzburg-Barth (60)	50858
Greifswald	39041 + 33669

¹ Quellen: *Statistik des Deutschen Reiches* 552,1-2, S. 231: für Mecklenburg, *Statistik des Deutschen Reiches* 559,2+3, S. 14-19: für „Vorpommern“.

Grimmen (62)	41805
Rügen (75)	59125
Stralsund	49295
Randow ² (80)	30197
Ueckermünde ² (80)	49616
Usedom ² (120)	26917
„Vorpommern“ insg.	472875
<u>„Mecklenburg-Vorpommern“:</u>	<u>1349287</u>

Als „Bevölkerung“ wird hier die „ständige Bevölkerung“ betrachtet. Die Statistik des Deutschen Reiches unterscheidet zwischen „Wohnbevölkerung“ und „Ständiger Bevölkerung“. Bei letzterer handelt es sich um „die Wohnbevölkerung ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Arbeitsmänner und ohne die Arbeitsmaiden“.

Als bisher gängige Zahl der Wohnbevölkerung „Mecklenburg-Vorpommerns“ am 17.5.39 (nach dem Gebietsstand vom 29.10.46) galt 1405403. Hiervon wäre die Anzahl der Dienstverpflichteten³ und ein Übererfassungsanteil noch abzuziehen.

Wohnbevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns 1946⁴: 2108735

Bevölkerung „SBZ“ 1939: 14,9 Mio.⁵

SBZ 1946: 17,18 Mio.⁶

2. Arbeitsfähige Bevölkerung/Wirtschaftlicher Tragkörper:

Zank bezeichnet mit „arbeitsfähiger Bevölkerung“ oder „wirtschaftlichem Tragkörper“ Männer zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr, Frauen zwischen dem 15. und 60. Lebensjahr. Die Volkszählung vom 29.10.1946 erfaßte für Mecklenburg 518896 Männer (24,6% der Gesamtbevölkerung) in der Altersgruppe von 14 bis 65 Jahren und 764638 (36,3%) Frauen in der Altersgruppe von 14 bis 60 Jahren.⁷

Um Vergleichszahlen mit 1939 erhalten zu können, wird die Frauengruppe ebenfalls bis zum 65. Lebensjahr einbezogen (insg.: 820056 = 38,9% der Gesamtbevölkerung). Damit zählen insgesamt 1338952 Personen zur „arbeitsfähigen Bevölkerung“. Übernimmt man die plausible,

² Hier wurden die späteren SBZ-Landkreise und -Gemeinden herausgerechnet. Die Bewohner dieser West-Kreise machen einen Anteil von 39,4% der Gesamtbevölkerung der drei Landkreise aus. Dieser Wert wurde, wie gesagt, bei anderen Statistiken übernommen, da er anders nicht nachzuprüfen war.

³ Die Dienstverpflichteten machen am 17.5.1939 für Mecklenburg und die Provinz Pommern 2,6 bzw. 2,66% der Gesamtbevölkerung („Wohnbevölkerung“) aus.

⁴ Vgl. *Statistische Praxis* 6.1948, S. 3 f.

⁵ Staritz gibt 15192415 (♀: 50,8%) an, in: *Gründung der DDR*, aaO., 61.

⁶ *Statistische Praxis* 7.1948, 1. Nach eigener Berechnung betrug die Gesamtbevölkerung ohne Lagerinsassen 17180407 Personen, vgl. *Statistische Praxis* 6.1948, 3 f.

⁷ Vgl. *MLHA Min. Präs.* 1034, S. 3; *Statistische Praxis* 6.1948, 3.

von Zank für die gesamte SBZ errechnete, durch Übererfassung entstandene Kürzung von 3,8% und dazu den Abzug der Schwerbeschädigten von 2,4%⁸, so erhält man für Mecklenburg einen „wirtschaftlichen Tragkörper“ von 57,3% der Gesamtbevölkerung.

„Wirtschaftlicher Tragkörper“ für Mecklenburg-Vorpommern 1946:

Männer:	518896 (39,8%)
Frauen:	764638 + 55418 (61,2%)
insg.:	1338952
ohne Lagerinsassen:	1261777

Von der Gesamtzahl wurden 21757 Personen abgezogen, die hier als Lagerinsassen gelten. Da für Lagerinsassen entsprechendes Zahlenmaterial nur für die gesamte SBZ und ohne Geschlechterunterteilung vorliegt (133327, davon 93853 = 70,4% im Alter von 14 bis 65 Jahren), wurde dieser prozentuale Anteil ebenfalls für die 30905 in Mecklenburg residierenden Lagerinsassen übernommen (= 21757 Personen).⁹

„Mecklenburg-Vorpommern“ 1939:

1939 zählten 594094 Mecklenburger (♂: 49,4%, ♀: 50,6%)¹⁰ und 315838 „Vorpommern“ (♂: 49,8%, ♀: 50,2%)¹¹ zur Alterskohorte von 14 bis 65 Jahren (insg.: 909932; ♂: 49,5%, ♀: 50,5%). Der „wirtschaftliche Tragkörper“ lag somit bei 67,4% der Gesamtbevölkerung.

„SBZ“ 1939: 10444000 (70,1%)¹²

SBZ 1946: 11428033 (66,5%)

⁸ Vgl. Zank, aaO., 33, 195 ff (Anhang III).

⁹ Basis dieser Zahlen sind die Veröffentlichungen in den Ausgaben der Beilage zur *Statistischen Praxis* 6.1948, 4 bzw. des Beiblattes der *Statistischen Praxis* 8.1949. Erfassungstag war der 29.10.1946. Andere Zahlen (für denselben Tag!) werden allerdings in der Ausgabe 2.1947 der *Statistischen Praxis* genannt, wonach sich in Mecklenburg 43095 Personen in Umsiedler-, Kriegsgefangenen- usw. Durchgangslagern aufhalten.

¹⁰ Aus: *Statistik des Deutschen Reiches* 552, 1-2, 2/176.

¹¹ Eigene Rechnung nach *Statistik des Deutschen Reiches* 559,2+3, 2/4 und 552,1-2, 2/119 f.

¹² Errechnet anhand der Graphik aus *Statistische Praxis* 12.1948, 1.

3. Erwerbspersonen (incl. Arbeitslose)¹³:

Unter ‚Erwerbspersonen‘ haben wir nach Quellenlage die ‚in Arbeit stehenden Männer und Frauen‘ und die ‚nicht arbeitenden Männer‘ zu verstehen. Werden die ‚nicht arbeitenden Frauen‘ hinzugerechnet, ergibt sich die sog. arbeitsfähige Bevölkerung¹⁴. Erwerbspersonen sind also Erwerbstätige und Erwerbslose.

Mecklenburg zählte im Jahre 1947 ca. 43% seiner Bevölkerung als „in Arbeit stehend“. Dabei waren unter den Männern 10% als „nicht arbeitend“ aufgeführt, bei den Frauen hingegen bis zu 60%¹⁵. Diese Diskrepanz scheint daher zu röhren, daß in diesen Statistiken - anders als bei Zank - die unbezahlte Tätigkeit (z.B. die Hausarbeit) wohlmöglich nicht auftaucht.

Erwerbspersonen (in Klammern: von der Gesamtbevölkerung):

Mecklenburg 1939 ¹⁶ :	672000 (49,8%)
Mecklenburg 1946:	951877 (45,1%) (♂: 53,3%, ♀: 46,7%)
„SBZ“ 1939:	7684931 (51,6%) (♂: 63,3%, ♀: 36,7%)
SBZ 1946 ¹⁷ :	8139574 (47,3%) (♂: 54,8%, ♀: 45,2%)

Ende 1946 stehen von 1,2 Mio. „arbeitspflichtigen“ Personen nur 912419 im Arbeitsprozeß (42,4%). 51,5% dieser Beschäftigten sind im Wirtschaftszweig Landwirtschaft und Forsten tätig.¹⁸

Der sich aus den Akten des Statistischen Landesamtes für Mecklenburg ergebende Anteil der „arbeitsfähigen Bevölkerung“ unter den sog. Umsiedlern beläuft sich Anfang 1947 auf 32,6% und ist damit noch erheblich geringer als der bereits o.g. Anteil von ca. 43% für ganz Mecklenburg-Vorpommern¹⁹.

Das Statistische Landesamt verwendete die Begriffe „arbeitsfähige Bevölkerung“ und „Bevölkerung im einsatzfähigen Alter“ anscheinend synonym.

¹³ Beilage zu *Statistische Praxis* 12.1948.

¹⁴ Vgl. *MLHA Min. Präs.* 1034, 11.

¹⁵ *MLHA Min. Präs.* 1034, 11.

¹⁶ *Statistische Praxis* 10.1948, 1.

¹⁷ Die beiden SBZ-Jahreswerte können der *Statistischen Praxis* 3.1949, 44 entnommen werden. Staritz, (*Gründung*, aaO., 60) der sich bezieht auf: Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1946, 44 f., zählt - im Vergleich zu unserer Zahl - nur 5,805 Mio. Erwerbspersonen für 1945.

¹⁸ *MLHA Min. Präs.* 1032/1, 2.

¹⁹ *MLHA Min. Präs.* 1032/1, 29 und *Min. Präs.* 1034, 11.

4. Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft:

,Mecklenburg-Vorpommern‘ 1939:	274900 (40,9%)²⁰
Mecklenburg-Vorpommern 1946:²¹	467051 (49,1%) (♂: 47,4%, ♀: 52,6%)
,SBZ‘ 1939:	1679173²² (21,9%) (♂: 46,8%, ♀: 53,3%)
SBZ 1946:	2365535²³ (29,1%) (♂: 43,9%, ♀: 56,1%)

Im Gegensatz zu unserer Rechnung wurden in der Statistik des Deutschen Reiches 1939 279985 Personen (31,9%) der ‚ständigen Bevölkerung‘ Mecklenburgs zur Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft gezählt²⁴. Als ‚Erwerbspersonen mit ihren Angehörigen ohne Hauptberuf‘ (=Berufszugehörige) wurden 178777 Personen verzeichnet. Die selbst zusammengestellten Zahlen für ‚Vorpommern‘ belaufen sich auf 142782. Zusammen sind demnach 321559 Personen in der Landwirtschaft tätig gewesen. Das sind 35,3% aller Mecklenburger und Vorpommern im Alter von 14 bis 65 Jahren.

Die Struktur des Berufszweiges ‚Landwirtschaft‘ (i.e. Berufe des Pflanzenbaus und der Tierzucht) gliedert sich folgendermaßen:

a) Landwirtschaft und Gartenbauberufe:	59,1%
b) Forst-, Jagd- und Fischereiberufe:	3,6%
c) mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft, Fischerei usw.:	37,3%

Die Bezeichnungen ‚Wirtschaftlicher Tragkörper‘ und ‚Erwerbspersonen‘ werden sowohl im statistischen Material als auch in der Literatur häufig sinngleich benutzt. Ich werde mich auf meine hier im Anhang gemachten Bezeichnungen und Zahlen beziehen und versuchen, die an anderen Orten verwendeten Begriffe zu ‚übersetzen‘.

²⁰ Berechnet aus: *Statistische Praxis* 10.1948, 1.

²¹ Quelle: Beilage zu *Statistische Praxis* 12.1948.

²² Berechnet aus Graphik in: *Statistische Praxis* 7.1948, 1.

²³ Ebd.; vgl. Beilage zu *Statistische Praxis* 6.1948, 5, wo 2378083 Personen zur Wirtschaftsabteilung ‚Landwirtschaft und Tierzucht, Gärtnerei, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei‘ zugehörig gezählt werden (‘Erwerbspersonen‘). Damit besteht eine Differenz von 12548 Personen - wahrscheinlich Lagerinsassen - zum Wert aus Heft 12.1948.

²⁴ *Statistik des Deutschen Reiches* 559, 6-10, H. 7, 4 f.

Zeittafel1945

- 08.05. Bedingungslose Kapitulation Deutschlands
 09.06. Bildung der SMAD
 11.06. Gründungsaufruf der KPD
 15.06. Gründungsaufruf der SPD
 15.06. Gründung des FDGB
 26.06. Gründung der CDU
 01.07. Rote Armee in Westmecklenburg; Westalliierte in Berlin
 05.07. Gründung der LDPD
 04.-16.07. Bestätigung der Landes- und Provinzialverwaltungen durch die SMAD
 14.07. Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien
 17.07.-02.08. Potsdamer Konferenz
 25.07. SMAD errichtet elf „Deutsche Zentralverwaltungen“
 30.08. Beginn der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates
 07.09. Bodenreform-Verordnung in Mecklenburg
 18.10. Gründung der VdgB
 20.11. Wiederaufnahme der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften
 16.-26.12. Moskauer Außenministerkonferenz

1946

- 07.03. Gründung der FDJ
 17.03. erste Landeskonferenz der VdgB
 21./22.04. Gründungsparteitag der SED
 15.06.-12.07. 2. Außenministerkonferenz in Paris
 30.06. Volksentscheid in Sachsen
 15.09. Gemeindewahlen in Mecklenburg
 20.10. Land- und Kreistagswahlen in Mecklenburg
 14.11. Verfassungsentwurf für eine deutsche demokratische Republik durch die SED
 24.11. Aufbau der Maschinenausleihstationen
 03.-12.12. Bildung der Landes- und Provinzialregierungen in der SBZ

1947

- 01.01. Inkrafttreten des Bizonenabkommens
 07.-09.03. Gründung des DFD
 10.03.-24.04. Außenministerkonferenz in Moskau
 13.03. Truman-Doktrin
 04.06. Gründung der DWK
 05.06. Marshalls Rede in Harvard
 06.06. Ministerpräsidentenkonferenz in München
 27.06.-02.07. Konferenz der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs über den Marshall-Plan
 23.07. SED spricht sich gegen Teilnahme am Marshall-Plan aus
 09.09. Neubauern-Bauprogramm
 20.-24.09. II. Parteitag der SED
 30.09. Gründung der Kominform
 22./23.11. I. Deutscher Bauerntag: Bildung der ZVdgB
 25.11.-15.12. Außenministerkonferenz in London
 06./07.12. I. Deutscher Volkskongress

1948

- 23.02.-06.03. Londoner 6-Mächte-Konferenz über Deutschland
 26.02. Beendigung der Entnazifizierung in der SBZ
 17./18.03. II. Deutscher Volkskongreß
 20.03. Kontrollrat stellt Tätigkeit ein
 16.04. OEEC-Gründung
 20.04.-07.06. Londoner 6-Mächte-Konferenz über Deutschland (Fortsetzung)
 21.04. Gründung der NDPD
 29.04. Gründung der DBD
 07.06. Londoner Konferenz über Deutschland
 18.06.- Währungsreform in Westdeutschland
 20.06. Blockierung des Interzonenverkehrs durch sowjetische Truppen
 23./24.04. Warschauer Konferenz von acht Ostblockstaaten
 24.06. Währungsreform in der SBZ
 26.06. Beginn der Luftbrücke nach Berlin
 29./30.06. 11. Tagung des SED-Parteivorstandes: Beschuß über den Entwurf des Zweijahrplanes 1949/50
 16./17.07. I. Parteikonferenz der DBD
 01.09. Konstituierung des Parlamentarischen Rates
 15./16.09. 13. Tagung des SED-Parteivorstandes: Umwandlung zur ‚Partei neuen Typus‘
 13.10. Begründung der Hennecke-Aktivistenbewegung
 14.11. Verfassungsentwurf für eine deutsche demokratische Republik durch den Deutschen Volksrat

1949

- 01.01. Beginn der Zweijahrplanes; erster zentraler Wirtschaftsplan
 25.01. Gründung des RGW in Warschau
 25.-28.01. I. Parteikonferenz der SED in Berlin
 16./17.03. Gründung des Zentralverbandes der ländlichen Genossenschaften
 29.03. Bildung der Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für tierische und pflanzliche Erzeugnisse (VVEAB)
 01.04. Bildung der Trizone
 02.04. erste Traktoren- und LKW-Lieferungen aus der UdSSR
 04.04. Gründung der NATO
 08.05. Verabschiedung des Grundgesetzes
 12.05. Ende der Berliner Blockade
 15./16.05. Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß in der SBZ
 23./24.06. II. Deutscher Bauerntag
 02./03.07. I. Parteitag der DBD
 14.08. erste Bundestagswahlen
 15.09. Adenauer Bundeskanzler
 04.10. 22. Tagung des SED-Parteivorstandes: Beschuß zur Bildung einer Provisorischen Regierung der DDR
 07.10. Gründung der DDR
 10.10. Auflösung der SMAD; Bildung der SKK
 12.10. Grotewohl Ministerpräsident der DDR
 07.12. Landarbeiter schutzgesetz
 17./18.12. Kongreß junger Aktivisten der Landwirtschaft in Schwerin

1950

- 07.01. Umwandlung der Volkskongreßbewegung in Nationale Front des demokratischen Deutschlands
- 20.01. Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950
- 08.02. Gründung des Ministeriums für Staatsicherheit
- 25.06. Beginn des Korea-Krieges
- 06.07. Oder-Neiße-Linie wird zur ‚Friedens- und Freundschaftsgrenze‘
- 10.-15.07. Strafprozeß gegen leitende Genossenschaftsangestellte in Güstrow
- 20.-24.07. III. Parteitag der SED: Beschuß über den ersten Fünfjahrplan
- 17.08. Verordnung zur Herabsetzung des Getreide-Ablieferungssolls für 10-15 ha-Betriebe
- 29.09. Aufnahme der DDR in den RGW
- 15.10. Wahlen zur Volkskammer, zu Land- und Kreistagen und Gemeindevertretungen nach Einheitslisten
- 26./27.10. 3. Tagung des ZK der SED: Überprüfung aller Mitglieder 1951
- 20.11. Zusammenschluß der VdgB und der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur VdgB (BHG)

1951

- 01.01. Überführung der 514 MAS in Volkseigentum
- 01.01. Beginn des ersten Fünfjahrplanes 1951-1955
- 01.01. Aufhebung der Lebensmittelrationierung mit Ausnahme von Fleisch, Fett, Eiern, Milch und Zucker
- 15.02. ‚Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse‘
- 03.06. ‚Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages‘
- 08.07. II. Parteitag der DBD
- 19.07. K. Bürger wird mecklenburgischer Ministerpräsident
- 24.08. B. Quandt wird mecklenburgischer Ministerpräsident
- 08.10. Aufhebung der Rationierung in der SBZ (außer Fleisch, Fett, Zucker)

1952

- 10.03. ‚Stalinnote‘
- 08.05. Aufstellung ‚nationaler Streitkräfte‘ in der DDR angekündigt
- 09.-12.07. 2. Parteikonferenz der SED: Beschuß der planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR; Propagierung der LPG
- 23.07. DDR erhält Bezirkstruktur (Länder verlieren an Bedeutung)
- 05./06.12. Erste Konferenz der LPG-Vorsitzenden mit Vertretern der Regierung und des ZK der SED über Aufgaben und Erfahrungen bei der Gründung und beim Aufbau der LPG
- 19.12. Veröffentlichung von Musterstatuten für die LPG

Abkürzungen

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
ANK	Anklam
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BPA	Bezirksparteiarchiv
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union
DA	Deutschland-Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DM	Demmin
DV	Deutscher Volkskongreß
DVLF	Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft
DVZ	Deutsche Volkszeitung
DSF	Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GdA	Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
GMN	Grimmen
GÜ	Güstrow
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GW	Greifswald
ha	Hektar
HGN	Hagenow
HST	Stralsund
HV	Hauptverwaltung
KB	Kulturbund
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KdgB	Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
KZ	Konzentrationslager
KzgB	Komitee zur gegenseitigen Bauernhilfe
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LL	Landesleitung
LNF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LV	Landesvorstand
LWL	Ludwigslust
LZ	Landes-Zeitung
MAS	Maschinen-Ausleihstationen
MC	Malchin
MdI	Ministerium des Innern
MdL	Mitglied des Landtags
Min.Präs.	Ministerpräsidium
MLF	Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
MLHA	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin
NB	Neubrandenburg
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NST	Neustrelitz
OV	Ortsvereinigung
PCH	Parchim
PVS	Politische Vierteljahrsschrift
RAN	Randow

RdK	Rat des Kreises
ROS	Rostock
RÜG	Rügen
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SG	Sternberg
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMAM	Sowjetische Militäradministration für Mecklenburg
SN	Schwerin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TR	Tägliche Rundschau
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEM	Ueckermünde
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USE	Usedom
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VdgB (BHG)	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handels-Genossenschaft)
VEAB	Volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe
VEG	Volkseigene Güter
VfZ	Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte
VO	Verordnung
VVEAB	Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe
WAR	Waren
WIS	Wismar
WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift
ZA	Zentralausschuß
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZS	Zentralsekretariat
ZVdgB	Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Literaturverzeichnis

(In den Anmerkungen nachgewiesene Aufsätze aus Sammelbänden werden hier nicht einzeln aufgeführt)

1. Monographien und Sammelbände

- Abelshauser, Werner, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt/M. 1983.
- Arlt, Rainer, *Agrarrechtsverältnisse in West- und Ostdeutschland*, Berlin 1957.
- Bilanz des Zweiten Weltkriegs*, Oldenburg-Hamburg 1953.
- Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.), *Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, Berlin 1994.
- Badstübner, Rolf (Leiter), Badstübner-Peters, Evamarie/Benser, Günter/Kirste, Peter/Kuntsche, Siegfried/Mühlfriedel, Wolfgang, *Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949* (Deutsche Geschichte, Bd. 9), Köln 1989.
- Barthel, Horst, *Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR in der Nachkriegsperiode (1945-1949/50)*, Wirtschaftswiss. Habil. Berlin 1968.
- Bender, Peter, *Unsere Erbschaft - Was war die DDR, was bleibt von ihr?*, Hamburg 1992.
- Benz, Wolfgang (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt a.M. 1985.
- Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46*, Berlin 1989.
- Berthold, Werner, *Marxistisches Geschichtsbild. Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution*, Berlin 1970.
- Bilanz des Zweiten Weltkriegs*, o.O. 1953.
- Brinks, Jan Herman, *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit*, Frankfurt/M.-New York 1992.
- Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.), *SBZ-Handbuch*, München 1993.
- Broszat, Martin/Fröhlich, Elke, *Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus*, München 1987.
- Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der demokratischen Bodenreform*, Berlin 1975.
- Buss, Franz, *Die Struktur und Funktion der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone*, Marburg 1965.
- Clement, Annette, *Produktionsbedingungen und Produktionsgestaltung in den bäuerlichen Wirtschaften Mecklenburgs zur Zeit der Bodenreform 1945 bis 1949. Eine Untersuchung für die Kreise Hagenow, Güstrow und Neubrandenburg*, Diss. Uni Rostock 1992.
- DDR-Handbuch*, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979.
- Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, *Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Drucksache 12/7820, 31.5.1994.
- Döring, Heinz, *Von der Bodenreform zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*, Berlin 1953.
- Doernberg, Stefan, *Die Geburt eines neuen Deutschland*, Berlin 1959.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, hg. v. Bundesministerium für Vertriebene, bearb. v. Th. Schieder, 5 Bde., Bonn 1953 ff.

- Dokumente der SED*, Berlin 1951 ff.
- Droste, Helmut, *Zur Rolle der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe bei der Verwirklichung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft*, Phil. Diss. Leipzig 1961.
- Duhnke, Horst, *Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone*, o.O. 1955.
- Eckert, Rainer/Küttler, Wolfgang/Seeber, Gustav (Hg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*, Stuttgart 1992.
- Erdmann, Karl Dietrich, *Der zweite Weltkrieg* (Handbuch der deutschen Geschichte Band 21), Stuttgart 1983.
- Faulenbach, Bernd/Stadelmaier, Martin (Hg.), *Diktatur und Emnazipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991*, Essen 1993.
- Fischer, Alexander (Hg.), *Studien zur Geschichte der SBZ/DDR*, Berlin 1993.
- Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß*, Autorenkollektiv des Instituts für Marxismus-Leninismus, Berlin 1978.
- Geschichte Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952*, hg. von den Bezirksleitungen der SED Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, Rostock 1986.
- Gimbel, John, *The Origins of the Marshall-Plan*, Stanford 1976.
- Gniffke, Erich W., *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966.
- Grünberg, Gottfried, *Vereint sind wir alles* [oder: Als Mitglied der Gruppe Sobottka im Einsatz], Berlin 1966.
- Grüneberg, Gerhard, *Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft*, Berlin 1965.
- Grunenberg, Antonia, *Antifaschismus - ein deutscher Mythos*, Reinbek 1993.
- Hager, Kurt, *Das Vermächtnis von 1525 wurde erfüllt. Rede auf der Festveranstaltung des ZK der SED und des Ministerrates der DDR zum 450. Jahrestag des deutschen Bauernkrieges in Mühlhausen am 15.3.1975*, Berlin 1975.
- Heimann, Thomas u.a. (Bearb.), *Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim* 1994.
- Herbst, Ludolf (Hg.), *Westdeutschland 1945-1955*, München 1986.
- Herferth, Willi/Poosch, K.-H./Schmidt, W./Stöckigt, R. (Autorenkollektiv), *Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf*, Berlin 1965.
- Hermes, Peter, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945*, Saarbrücken 1963.
- Hildenbrand, Bruno/Bohler, K.F./Jahn, W./Schmitt, R., *Bauernfamilien im Modernisierungsprozeß*, Frankfurt/M.-New York 1992.
- Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte*, (1950-1960, Berlin o.J.; 1960-1970, Berlin 1970; 1970-1980, Berlin 1980).
- Hoernle, Edwin, *Die Bodenreform - ein Weg zu Demokratie und Frieden*, Berlin 1946.
- ders., *Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928-1951*, hrsg. vom Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, Berlin 1972.
- Hoffmann, Manfred, *Das Schicksal der Bodenreformwirtschaften in der DDR. Ein Beitrag zur Analyse der Agrar- und Eigentumspolitik der SED*, Köln 1978.
- Honecker, Erich, *Reden und Aufsätze*, Bd. 3, Berlin 1976.

- Hünemörder, Andreas, *Die Vorbereitung der 2. Parteikonferenz der SED und die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahre 1952*, Diss. Hamburg 1990.
- Iggers, Georg G., *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt/M. 1991.
- Immler, Hans, *Agrarpolitik in der DDR*, Köln 1971.
- Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.
- Kirste, Peter, *Zur Ausarbeitung der wirtschaftlichen Konzeption der KPD 1944-1945. Die ersten Schritte der Arbeiterklasse zur Verwirklichung der Wirtschaftspolitik der KPD bei der Einleitung der Umwälzung vom Mai bis Dezember 1945*, Phil. Diss., Berlin 1975.
- Kleines politisches Wörterbuch*, Berlin '1985.
- Klemm, Volker, *Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR*, Berlin 1985.
- Kleßmann, Christoph, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn '1986.
- ders./Wagner, Georg (Hg.), *Das gespaltene Land: Leben in Deutschland 1945-1990; Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte*, München 1993.
- Kocka, Jürgen (Hg.), *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993.
- Kommunistische Agrarpolitik in Mecklenburg 1945-1952. Die Agrarpolitik der Landesparteiorganisation Mecklenburg der KPD/SED (1945/6 bis 1952)*, Gesamtbearbeitung Klaus Schreiner, Neubrandenburg 1980.
- Kornow, Johannes, *Arbeiterklasse und Staatsmacht im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Mecklenburg und Vorpommern von Mai 1945 bis zur Konstituierung der im Herbst 1946 gewählten Machtorgane*, Diss. Uni Greifswald 1984.
- Kramer, Matthias, *Die Landwirtschaft in der SBZ* (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland), Bonn 1957.
- Krellenberg, H.-U., *Die Eingliederung der Umsiedler in das gesellschaftliche und politische Leben in Mecklenburg 1945-1949 (dargestellt an den Kreisen Parchim und Malchin)*, Phil. Diss. A Rostock 1971.
- Kühnhardt, Ludger/Leutenecker, Gerd/Rupps, Martin/Waltmann, Frank (Hg.), *Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politik-wissenschaftlicher Vergleich*, Frankfurt/M.-Berlin-Bern-New York-Paris-Wien 1994.
- Kuntsche, Siegfried, *Die ‚Gemeinwirtschaft‘ der Neubauern. Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaus der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform Mecklenburg*, Diss. Rostock 1970.
- ders., *Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaus der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform*, Alt Schwerin 1975.
- ders./Siegfried Schlombs (Hg.), *Dokumente der Bauernbefreiung. Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin*, Schwerin o.J. (1975).
- Lambrecht, Horst, *Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960*, Berlin 1977.
- Laschitza, Horst, *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD*, Berlin 1969.
- Lenin, W.I., *Ausgewählte Werke*, Moskau 1987.
- Leonhard, Wolfgang, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, München '1985.

- Loth, Wilfried, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955*, München 1990.
- ders., *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994.
- Ludz, Peter Christian, *Mechanismen der Herrschaftssicherung - Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR*, München-Wien 1980.
- Mager, Friedrich, *Geschichte des Bauerntums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg*, Berlin 1955.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich, *Ausgewählte Werke*, Moskau 1987.
- Merkel, Konrad/Schuhans, Eduard, *Die Agrarwirtschaft in Mitteldeutschland. „Sozialisierung“ und Produktionsergebnisse*, Bonn-Berlin 1960.
- Meuschel, Sigrid, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt/M. 1992.
- Moritz, Armin, *Regression und Reform in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation. Zu einigen strukturellen und ökonomischen Besonderheiten der Agrarwirtschaft der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren*, Erlangen-Nürnberg, Diss. 1984.
- Müller, Christa, *Probleme der Führungstätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Lande im Kampf um Veränderungen im Denken und Handeln der werktätigen Bauern während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und des Übergangs zur sozialistischen Revolution*. Diss. Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Berlin 1978.
- Müller, Konrad, *Die mitteldeutsche Landwirtschaft 1945-1974. Ein agrarsoziologisch-soziogeographischer Beitrag zu ihrem Strukturwandel*, Berlin 1975.
- Nettl, J. Peter, *Die deutsche Sowjetzone bis heute*, Frankfurt/M. 1953.
- Niedbalski, Bernd, *Die DWK in der sowjetischen Besatzungszone und ihre Rolle bei der Herausbildung neuer Strukturen in Wirtschaft und Staat*, Diss. Berlin 1991.
- Niemann, Heinz, *Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus*, Berlin 1991.
- Overesch, Manfred, *Die Deutschen und die Deutsche Frage 1945-1955. Darstellung und Dokumente*, Düsseldorf 1985.
- Pieck, Wilhelm, *Bodenreform, Junkerland in Bauernhand*, Berlin 1945.
- Piskol, Joachim/Nehrig, Christel/Trixa, Paul, *Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945-1949)*, Berlin 1984.
- von Plato, Alexander/Meinicke, Wolfgang, *Alte Heimat - neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, Berlin 1991.
- Protokolle der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED, Berlin 1947.
- Rasper, Wolfgang, *Zur Rolle der Staatsmacht im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung auf dem Lande*, Diss. Inst. f. Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR 1975.
- Rat der Stadt Güstrow (Hg.), *Güstrow 1228-1978, Beiträge zur Geschichte der Stadt*, Güstrow 1978.
- Reinert, Fritz, *Der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht für die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft durch das Neubauern-Bauprogramm (Herbst 1947 bis Ende 1948)*, Phil. Diss. A Potsdam-Babelsberg 1973.
- Reuter, Fritz, *Kein Hüsing*, Wismar-Rostock-Ludwigslust 1865.
- SBZ von A-Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands*, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1960.
- Schäwel, Herbert, *Die Vorbereitung und Durchführung der Demokratischen Bodenreform im Kreise Rügen*, Diss. Uni Greifswald 1964.

- Scherstjanoi, Elke (Hg.), „Provisorium für höchstens ein Jahr“, *Die Gründung der DDR*, Berlin 1993.
- Schmidt, Walter, *Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart. Teil I: 1945-1952*, Berlin 1960.
- Schöneburg, Karl-Heinz (Leiter des Autorenkollektivs), *Die Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR*, Berlin 1983.
- Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel, Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Köln 1993.
- Schultz-Naumann, Joachim, *Mecklenburg 1945*, München 1989.
- Schulze, Winfried (Hg.), *Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie*, Göttingen 1994.
- Schwabe, Klaus, *Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern*, Schwerin 1992.
- Seraphim, Peter-Heinz, *Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone*, Berlin 1954.
- Spittmann, Ilse/Helwig, Gisela (Hg.), *DDR-Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945-1949*, Köln 1989.
- Staritz, Dietrich, *Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat*, München 1987.
- Statistisches Jahrbuch der DDR*, Berlin 1955.
- Stein, Siegfried, *Der Kampf der demokratischen Kräfte unter Führung der KPD um die Durchführung der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg (Mai 1945 bis Dez. 1945)*, Phil. Diss., Berlin 1961.
- Steinmann, Paul, *Bauer und Ritter in Mecklenburg*, Schwerin 1960.
- Stöckigt, Rolf *Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, Mai 1945 bis April 1946*, Berlin 1964.
- Ulbricht, Walter, *Der Plan des demokratischen Neuaufbaus*, Rede auf der ersten Reichskonferenz der KPD am 2./3.3.1946 in Berlin, Berlin 1946.
- ders., *Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik*, Bd. I, Februar 1945-Mai 1958, Berlin 1961.
- ders., *Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945*, Berlin 1959.
- ders., *Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945-1958*, Berlin 1958.
- ders., *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen*, Bd. II: 1933-1946, Berlin 1953.
- ders., dass., Bd. III: 1946-1950, Berlin 1953.
- ders., dass., Bd. III: 1946-1950, Zusatzband, Berlin 1971.
- ders., *Die Aufgaben und Perspektiven der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*, Berlin 1952.
- ders., *Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung*, Bd. I, 1. Hbbd., Berlin 1955.
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949*, hrsg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin 1968.
- Urban, Karl/Reinert, Fritz, *Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung und Festigung der demokratischen Bodenreform*, Potsdam-Babelsberg 1978.
- Vollnhals, Clemens (Hg.), *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949*, München 1991.

- Vorländer, Herwart (Hg.), *Oral History. Mündlich erfragte Geschichte*, Göttingen 1990.
- Wapenhans, W., *Agrarpolitik in der Zentralverwaltungswirtschaft Mitteldeutschlands und in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Gießen 1959.
- Weber, Hermann, *Die DDR 1945-1990*, München 1993.
- ders. (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982.
- ders., *DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990*, vollst. überarb. u. erg. Neuauflage, Hannover 1991.
- Weber, Jürgen, *Die deutsche Frage nach 1945*, Bamberg 1986.
- ders., (Hg.), *Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand*, München 1989.
- Wernet-Tietz, Bernhard, *Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945-1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR*, Köln 1984 (= Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, hg. von Hermann Weber, Bd. 2).
- Woderich, Rudolf, *Zu den Anfängen der Demokratisierung des Dorfes in Ostmecklenburg von 1945 bis Ende 1947, dargestellt vornehmlich am Beispiel des Kreises Neubrandenburg*, Phil. Diss., Rostock 1965.
- Zank, Wolfgang, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der SBZ*, München 1987.

2. Aufsätze

- Abelshauser, Werner, „Zur Entstehung der ‚Magnet-Theorie‘ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von H. Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946“, in: *VfZ* 27.1979, 661-679.
- Ackermann, Anton, „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“, in: *Einheit*, Nr. 1, Februar 1946, 22 ff.
- Benser, Günter, „Probleme der Bündnispolitik der KPD und SED von 1945-1949“, in: *BzG* 1964, H. 1.
- ders., „Das deutsche Volk und die Siegermächte. Zu einigen internationalen Aspekten der Klassenkampfsituation nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus“, in: *ZfG* 2.1972.
- Bessel, Richard, „Police of a ‚New Type‘? Police and Society in Eastern Germany after 1945“, in: *German History* Vol. 10, No. 3, 1992, 290-301.
- Blohm, G., „Lebensfragen unseres Neubauerntums“, in: *Heute und Morgen*, 9.1948.
- Dahlem, Franz, „Der neue Typus des Funktionärs der SED“, in: *Einheit*, Nr. 4, September 1946, 193-199.
- Dohm, Bernhard, „Wie soll Kritik und Selbstkritik angewendet werden?“, in: *Einheit* 2.1951, 128-132.
- Eckert, Rainer, „Nicht ohne Reue. Noch einmal: Wer soll die Geschichte der DDR erforschen?“, in: *FAZ*, 22.9.1993.
- Fechner, Max, „Der Kampf um die Gemeinde“, in: *Einheit*, Nr. 3, August 1946 136-145.
- Foitzik, Jan, „Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Organisation und Wirkungsfelder in der SBZ 1945-1949“, in: *APuZ* B 11/90, 9.3.1990, 43-51.

- Fritzlar, Sigrid, „Quellen im Staatsarchiv Schwerin zur Entwicklung der Landwirtschaft in Mecklenburg 1945-1949. Unter besonderer Berücksichtigung der Kreis- und Gemeindebestände“, in: *Archivmitteilungen*, 41.1991, 164-165.
- Glaser, Günther, „Sicherheits- und militärisches Konzept der SED in der SBZ von 1948. Eine Dokumentation“, in: *BzG* 4.1992, 56-74.
- Gloeckner, Eduard, „Die Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte (SBZ/DDR) hat auf gesamtdeutscher Ebene begonnen“, in: *DA* 25.1992.
- Goldenbaum, Ernst, „Werktätiger Bauer als aktive Kraft beim demokratischen Neuaufbau“, in: *ZfG* 9.1969, 1018-1026.
- Heitzer, Heinz/Lozek, Gerhard, „Kritische Bemerkungen zur bundesdeutschen DDR-Forschung“, in: *APuZ* B 34/89, 18.8.1989, 18-27.
- Heitzer, Heinz, „Zu Hermann Weber (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986“, in: *ZfG* 6.1987, 573.
- Henke, Josef, „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im Osten und Südosten 1944-1947“, in: *APuZ* B 23/85, 8.6.1985, 15-34.
- Hockerts, Hans Günter, „Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder“, in: *APuZ*, B 29-30/93, 16.7.1993, 3-19.
- Hoernle, Edwin, „Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern“, in: *Neue Welt*, H. 2, Juli 1946.
- ders., „Probleme der Agrarpolitik im neuen Deutschland“, in: *Einheit* 11.1948, 1025-1040.
- Hübner, Peter, „Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt. Wie Historiker in der DDR sich durch Konzessionen die Wissenschaftsfreiheit zu sichern hofften/Erklärung eines Betroffenen“, in: *FAZ*, 8.9.1993, 36.
- Jesse, Eckhard, „War die DDR totalitär?“, in: *APuZ*, B 40/1994, 7.10.1994, 12-23.
- Kenkmann, Alfons, „Erlebnisse, die ein ganzes Leben nachhängen“, in: *FR*, Nr. 201, 30.8.1994, 8.
- Kluge, Ulrich, „Hoernle bei der Bodenreform Mecklenburg-Vorpommern“, in: *FAZ*, 13.9.1994, 15.
- Koch, Manfred, „Blockpolitik und Parteiensystem in der SBZ/DDR 1945-1950“, in: *APuZ*, B 37/84, 15.9.1984, 3-14.
- Kocka, Jürgen, „Auch Wissenschaftler können lernen“, in: *FAZ*, 25.8.1993, 31.
- ders., „Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR“, in: *APuZ*, B 40/94, 7.10.1994, 34-45.
- Köhler, Henning, „Stalin: ein deutscher Demokrat“, in: *FAZ*, Nr. 177 vom 2.8.1994, 8.
- Kuntsche, Siegfried, „Der Kampf gegen die ‚Gemeinwirtschaft‘ der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern“, in: *WZ der Universität Rostock*, Gesellschaftswiss. Reihe, 20.1971, 39-51.
- ders., „Quellennachweise des Staatsarchivs Schwerin zur Geschichte der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern“, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1972/I, 333-337.
- ders., „Zur wirtschaftlichen Situation des werdenden Neubauerndorfes in Mecklenburg-Vorpommern. Das Zugkraftproblem“, in: *WZ der Universität Rostock*, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, H. 1, Teil II, 21.1972.
- ders., „Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die Sowjetische Militärauthorität bei der Leitung der demokratischen Bodenreform“, in: *Jahrbuch für Geschichte* 1974, 141-182.

- Krause, Klaus Peter, „Begriffsverwirrungen über die ‚Bodenreform‘ zwischen 1945 und 1949“, in: *FAZ*, 2.9.1994, 8.
- Krusch, Hans-Joachim, „Neuansatz und widersprüchliches Erbe. Zur KPD 1945/46“, in: *BzG* 5.1991, 615-627.
- Küttler, Wolfgang, „Neubeginn in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft. Bilanz nach dem Zusammenbruch der DDR“, in: *APuZ* B17-18/92, 17.4.1992, 3-13.
- Lapp, Peter Joachim, „Die neuen Bundesländer. I. Mecklenburg-Vorpommern“, in: *DA*, 24.1991, 680-685.
- Leonhard, Wolfgang, „Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR (1945-1955)“, in: *APuZ* B40/94, 7.10.1994, 3-11.
- Lochen, Hans-Hermann, „Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945 und 1949“, in: *DA* 24.1991, 1025-1038.
- Mehring, Olaf, „„Junkerland in Bauernhand?“ Der Streit über die Enteignungen in SBZ und DDR, in: *Das Parlament*, Nr. 45-46, 11./18.11.1994.
- Merker, Paul, „Über die Sowjetdemokratie“, in: *Einheit* 11.1947, 1038-1043.
- ders., „Der Klassenkampf im Dorfe“, in: *Einheit* 11.1948, 1019-1025.
- ders., „Bündnispolitik und Landwirtschaftsplan“, in: *Einheit* 4.1949, 316-323.
- Mertner, Olaf, „Die Rolle der VdgB im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Mecklenburg (1945/46 bis 1949)“, in: *WZ der Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock*, Gesellschaftswiss. Reihe, 36.1987. H. 10, 86-89: 2 Tab.
- Meuschel, Sigrid, „Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR“, in: *GuG* 19.1993, 5-14.
- Mitter, Armin, „Nach Öffnung der Stasi-Akten. Dossiers allein spiegeln nicht die Vergangenheit“, in: *Das Parlament*, Nr. 15, 3.4.1992, 13.
- ders./Stefan Wolle, „Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre“, in: *FAZ*, 10.8.1993, 23.
- Neuer Weg*. Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, 1946 ff.
- Piskol, Joachim, „Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960“, in: *ZfG* 39.1991, H. 5, 419-433.
- Pollack, Detlev, „Zum Stand der DDR-Forschung“, in: *PVS*, 34.1993, 119-139.
- Reinert, Fritz, „Der Befehl Nr. 209 der SMAD“, in: *ZfG* 23.1975, 504-515.
- Schäfer, Albert, „Die Schaffung von LPG in der DDR – ein entscheidender Schritt zur Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern“, in: *Einheit* 10.1952, 953-961.
- Schäwel, Herbert, „Einige Bemerkungen zur führenden Rolle der SED in der Agrarpolitik im Zeitraum von 1946-1949“, *WZ Greifswald*, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe 16.1967, H. 1.
- Schinke, Eberhard, „Die agrarpolitische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945“, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, hg. v. W. Berges/H. Herzfeld, Berlin 1962, 238-271.
- Schwank, Monika/Göttlicher, Franz, „KPD und demokratische Bodenreform“, in: *BzG* 5.1975, 848-861.
- Seebacher-Brandt, Brigitte, „Zornige Holzhammerbuam. Vom Recht zur Rechthaberei oder Ein groteskes Bild der Sozialdemokratie“, in: *FAZ*, 16.8.1994, 8.
- Sieder, Reinhard, „Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft“, in: *GuG* 20.1994, 445-468.

- Staritz, Dietrich, „DDR-Geschichte im deutsch-deutschen Wissenschaftsdialog“, in: *APuZ* B 34/89, 18.8.1989, 10-17.
- ders., „Ein ‚besonderer deutscher Weg‘ zum Sozialismus?“, in: *Geschichte und Gesellschaftskunde*, 5.1990.
- ders., „Die SED, Stalin und der ‚Aufbau des Sozialismus‘ in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteearchivs“, in: *DA* 24.1991, 686-700.
- ders., „Die SED und Stalins Deutschlandpolitik“, in: *DA* 8.1994, 858 ff.
- Statistik des Deutschen Reiches, 552,1-2; 557,1-3,11-17 (1942-43); 559,2-3, 6-10; 560 (1943).
- Statistische Praxis*. Monatsschrift des statistischen Zentralamts, Berlin 1946 ff.
- Steiner, André, „Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947“, in: *APuZ* B 49-50/93, 3.12.1993, 32-39.
- Stöckigt, Rolf, „Die Gründung der SED und ihre Bedeutung für das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern“, in: *ZfG* 2.1966.
- Tjulpanov, Sergej Ivanovic, „Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands“, in: *ZfG* 15.1967, 240-252.
- Ulbricht, Walter, „Strategie und Taktik der SED“, in: *Einheit* 1.1946, 257-271.
- ders., „Die Partei neuen Typus“, in: *Einheit* 9.1948, 769-783.
- Varga, Eugen, „Demokratie neuer Art“, in: *Neue Welt*, 11.1947.
- Watzal, Ludwig, „DDR-Forschung. Das realistische Bild der DDR zwischen Ignoranz und Verdrängung“, in: *Das Parlament*, Nr. 6, 31.1.1992, 12.
- Weber, Hermann, „Weisse Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung“, in: *APuZ*, B 11/90, 9.3.1990, 3-15.
- Wetzel, Günter, „Das Dilemma der SPD nach dem Kriege“, in: *FAZ*, 26.8.1994, 10.
- Zank, Wolfgang, „Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945-1949“, in: *APuZ*, B 11/90, 9.3.1990, 52-62.
- Zimmermann, Edwin, „Ist wieder Gutsherrenzeit? Das vorliegende Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz bedroht die Existenz Brandenburger Bauern und ihrer landwirtschaftlichen Unternehmen“, in: *Freitag*, 27.5.1994, Nr. 22.
- Zimmermann, Harro, „Alte Seilschaften, neue Elite. Ein Historikerstreit nicht nur ums DDR-Erbe“, in: *FR*, Nr. 10, 13.1.1994.